



Modellprojekt „Familienstützpunkte“

Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung

Adelheid Smolka

Lena Friedrich

Sarah Wünn

Dorothee Engelhardt

Stand: Juli 2014

© 2014 Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg (*ifb*)
96045 Bamberg
Hausadresse: Heinrichsdamm 4, 96047 Bamberg

Leiterin: Prof. Dr. Henriette Engelhardt-Wölfler
Stellv. Leiterin: Dr. Marina Rupp

Tel.: (0951) 96525-0
Fax: (0951) 96525-29
E-Mail: sekretariat@ifb.uni-bamberg.de

Jeder Nachdruck und jede Vervielfältigung – auch auszugsweise – bedürfen der ausdrücklichen Genehmigung des Staatsinstituts für Familienforschung an der Universität Bamberg.

Inhaltsverzeichnis

1	Das Modellprojekt „Familienstützpunkte“	9
1.1	Hintergrund	9
1.2	Zielsetzungen	9
1.2.1	Umsetzung des Gesamtkonzepts inklusive der Entwicklung einer kommunalen Familienbildungskonzeption	9
1.2.2	Implementierung der kommunalen Familienbildungskonzeption inklusive der Einrichtung von Familienstützpunkten	10
1.3	Die Modellstandorte	10
1.4	Die wissenschaftliche Begleitung	11
1.4.1	Zielsetzungen der wissenschaftlichen Begleitung	11
1.4.2	Projektdesign und methodisches Vorgehen	12
2	Voraussetzungen für die Weiterentwicklung kommunaler Familienbildung	17
2.1	Einrichtung einer Koordinierungsstelle für Familienbildung im Jugendamt	17
2.2	Einrichtung einer Steuerungsgruppe und Organisation eines Familienbildungsnetzwerks	20
2.3	Verankerung der Familienbildung in den Strukturen der Jugendhilfe	23
2.3.1	Familienbildung als Teilbereich der Jugendhilfeplanung	23
2.3.2	Die Rolle des Jugendhilfeausschusses	24
2.4	Sozialraumorientierung als grundlegendes Konzept	24
2.5	Formulierung einer gemeinsamen Definition von Familienbildung und Zielentwicklung	26
2.6	Zusammenarbeit mit den Koordinierenden Kinderschutzzstellen	28
3	Das kommunale Familienbildungsnetzwerk	29
3.1	Aufbau des Familienbildungsnetzwerks	29
3.1.1	Initiierung und Kontaktaufnahme	29
3.1.2	Auswahl und Zusammensetzung der Akteure	31
3.1.3	Nutzererwartungen an die Netzwerkarbeit	32
3.2	Zusammenarbeit im Familienbildungsnetzwerk	33
3.2.1	Gemeinsame Zieldefinition	34
3.2.2	Organisation der Zusammenarbeit im Netzwerk	35
3.2.3	Ressourcen für die Netzwerkarbeit	36
3.2.4	Das Thema Konkurrenz	37
3.3	Einbeziehung der Zielgruppe in das Familienbildungsnetzwerk	39
3.4	Verstetigung des Familienbildungsnetzwerks	40
4	Umsetzung der empirischen Planungsschritte	43
4.1	Bestandserhebung	43
4.1.1	Konzeptionelle Vorüberlegungen und Instrumente	43
4.1.2	Durchführung der Erhebung	44
4.1.3	Aufbereitung und Auswertung der Daten	46
4.1.4	Erfahrungen und Stolpersteine	47

4.2	Bedarfsermittlung.....	49
4.2.1	Begriffsabgrenzung, Planung und methodisches Vorgehen.....	50
4.2.2	Durchführung der Erhebung.....	51
4.2.3	Aufbereitung und Auswertung der Daten.....	54
4.3	Abgleich und Erarbeitung des kommunalen Familienbildungskonzepts.....	54
4.3.1	Abgleich von Bestand und Bedarf.....	54
4.3.2	Erarbeitung des kommunalen Familienbildungskonzepts.....	55
4.3.3	Vergleichende Analyse der kommunalen Familienbildungskonzepte.....	55
4.3.4	Verabschiedung des kommunalen Familienbildungskonzepts durch den Jugendhilfeausschuss.....	57
4.4	Fazit zu den empirischen Schritten.....	57
5	Einrichtung von Familienstützpunkten.....	59
5.1	Das Konzept Familienstützpunkt.....	59
5.2	Die Auswahl der Einrichtungen.....	60
5.2.1	Auswahlverfahren.....	61
5.2.2	Auswahlkriterien.....	64
5.3	Die Familienstützpunkte der Modellphase im Überblick.....	67
5.4	Rahmenbedingungen und Ressourcen.....	71
5.4.1	Konzeptionierung des Aufgabenbereichs.....	72
5.4.2	Ressourcenausstattung.....	73
5.4.3	Unterstützung durch den Träger.....	79
5.4.4	Zusammenarbeit mit der Koordinierungsstelle für Familienbildung.....	80
5.4.5	Selbstverständnis und Identität.....	85
5.5	Leistungen in den zentralen Aufgabenbereichen.....	87
5.5.1	Beratung, Information und Weitervermittlung von Eltern.....	88
5.5.2	Initiierung und Durchführung familienbildender Angebote.....	91
5.5.3	Vernetzung.....	98
6	Öffentlichkeitsarbeit.....	105
6.1	Rahmenbedingungen.....	105
6.2	Elemente der Öffentlichkeitsarbeit.....	106
6.2.1	Veranstaltungen und Feste.....	106
6.2.2	Printprodukte.....	107
6.2.3	Pressearbeit.....	107
6.2.4	Internetpräsenz.....	108
6.2.5	Mundpropaganda.....	109
6.2.6	Radiokampagne.....	109
6.3	Unterstützung der Familienstützpunkte durch die Koordinierungsstelle im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit.....	110
6.3.1	Erhaltene Unterstützung.....	110
6.3.2	Bewertung der Unterstützung.....	112

7	Internetplattformen zur Familienbildung.....	113
7.1	Zielsetzungen	113
7.2	Konzeptionelle Entwicklung.....	114
7.2.1	Inhaltliche Struktur	114
7.2.2	Technische Umsetzung	115
7.3	Pflege und Aktualisierung der Inhalte	116
8	Wirkungen des Modellprojekts „Familienstützpunkte“.....	118
8.1	Strukturelle Weiterentwicklung der Familienbildung in der Kommune	118
8.1.1	Institutionalisierung und Finanzierung von Familienbildung	118
8.1.2	Kooperation und Vernetzung der Akteure vor Ort	119
8.1.3	Bewusstseinsbildung	120
8.1.4	Angebotsgestaltung und Zielgruppenerreichung.....	120
8.2	Akzeptanz und Nutzung der Familienstützpunkte	121
8.2.1	Bekanntheitsgrad	121
8.2.2	Nutzung der familienbildenden Angebote.....	124
8.2.3	Nutzung der allgemeinen Informations- und Beratungszeiten	128
9	Zusammenfassung und Ausblick	130
10	Literatur	132

Verzeichnis der Tabellen und Abbildungen

Abb. 1: Grafische Darstellung des Projekts Familienstützpunkte	10
Tab. 1: Übersicht über die im Rahmen des Modellprojekts durchgeführten Workshops	13
Tab. 2: Übersicht über die im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung durchgeführten Erhebungen	15
Abb. 2: Arbeitsstrukturen im Modellprojekt Familienstützpunkte	17
Tab. 3: Übersicht über die eingesetzten Methoden bei der Bedürfniserhebung (Mehrfachnennungen möglich)	51
Abb. 3: Anzahl der Familienstützpunkte pro Standort (absolute Zahlen)	68
Abb. 4: Anzahl der Familienstützpunkte, nach Städten und Landkreisen (absolute Zahlen)	68
Abb. 5: Einrichtungstypen, nach Städten und Landkreisen (absolute Zahlen)	69
Abb. 6: Familienstützpunkte an etablierten Einrichtungen und an alltagsnahen Orten, nach Städten und Landkreisen (absolute Zahlen)	69
Abb. 7: Trägerschaft der Familienstützpunkte, nach Städten und Landkreisen (absolute Zahlen)	70
Abb. 8: Familienstützpunkte nach Art der Anbindung (in %)	71
Abb. 9: Bewertung der finanziellen Ressourcen des Familienstützpunktes (in %)	75
Abb. 10: Bewertung der personellen Ressourcen des Familienstützpunktes (in %)	76
Abb. 11: Bewertung der räumlichen Ressourcen des Familienstützpunktes (in %)	78
Tab. 4: Wichtigkeit der Unterstützung der Familienstützpunkte durch die Koordinierungsstelle für Familienbildung (in %)	83
Abb. 12: Selbstverständnis der Einrichtungen (in %)	86
Abb. 13: Einschätzung des Aufwands, um den Anforderungen eines Familienstützpunktes zu entsprechen (in %)	88
Abb. 14: Einführung bzw. Ausbau der Informations- und Beratungszeiten (in %)	89
Abb. 15: Wahrnehmung der Lotsenfunktion und Weitervermittlung (in %)	90
Abb. 16: Umfang des familienbildenden Angebotes (in %)	92
Abb. 17: Einführung neuer familienbildender Angebote (in %)	92
Abb. 18: Themenschwerpunkte der familienbildenden Angebote (in %)	93
Abb. 19: Form der familienbildenden Angebote (in %)	94
Abb. 20: Sensibilisierung für die Bedürfnisse von Eltern und Familien (in %)	94
Abb. 21: Initiierung neuer Angebote aufgrund von Elternwünschen (in %)	95
Abb. 22: Wissen über andere Einrichtungen (in %)	96
Abb. 23: Kenntnis über Lücken in der Familienbildungslandschaft (in %)	96
Abb. 24: Unterstützung anderer Einrichtungen bei der Umsetzung familienbildender Angebote (in %)	97
Abb. 25: Verantwortung für das familienbildende Angebot im Sozialraum (in %)	97
Abb. 26: Vernetzung der Familienstützpunkte (in %)	99
Abb. 27: Zusammenarbeit mit der KoKi (in %)	100
Abb. 28: Präsenz der Familienstützpunkte im Internet nach Abschluss der Modellphase (absolute Zahlen)	108
Abb. 29: Engagement der Familienstützpunkte im Bereich Öffentlichkeitsarbeit (in %)	110

Abb. 30:Einschätzung des Unterstützungsbedarfs im Bereich Öffentlichkeitsarbeit, nach Unterstützungstypen der Standorte (in %)	112
Abb. 31:Bekanntheitsgrad der Familienstützpunkte im Sozialraum (in %)	122
Abb. 32:Familienstützpunkte als Anlaufstelle für Eltern (in %)	123
Abb. 33:Familienstützpunkte als Anlaufstelle für Fachkräfte (in %)	124
Abb. 34:Information der Eltern über familienbildende Angebote (in %).....	125
Abb. 35:Senkung von Hemmschwellen und Erleichterung des Zugangs (in %).....	125
Abb. 36:Nutzung der familienbildenden Angebote der Familienstützpunkte (in %)	126
Abb. 37:Zielgruppenerreichung (in %)	127
Abb. 38:Schließung von Angebotslücken im Sozialraum (in %)	127
Abb. 39:Nutzung der Informations- und Beratungszeiten (in %).....	128
Abb. 40:Akzeptanz der Weitervermittlung (in %).....	129

1 Das Modellprojekt „Familienstützpunkte“

1.1 Hintergrund

Das Gesamtkonzept zur Eltern- und Familienbildung in Bayern existiert seit 2010 und betont die Verortung der Familienbildung in der Jugendhilfe. Diese ist entsprechend der rechtlichen Basis in § 16 SGB VIII eine Aufgabe der Jugendämter vor Ort.

Um ein bedarfsorientiertes und abgestimmtes familienbildendes Angebot auf kommunaler Ebene zu entwickeln, bedarf es zum einen einer stärkeren Verankerung der entsprechenden Zuständigkeiten im Jugendamt. Zum anderen ist – unter Federführung des örtlichen Trägers der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe – eine differenzierte Planung mit Bestands- und Bedarfsermittlung, der Formulierung eines kommunalen Familienbildungskonzepts sowie der Schaffung wirksamer Netzwerkstrukturen vor Ort unter aktiver Beteiligung aller relevanten Akteure erforderlich. Diese Schritte hat das Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg in einem Leitfaden bzw. einem Handbuch beschrieben (Rupp et al. 2009 bzw. 2010).¹

Im Rahmen des Modellprojekts „Familienstützpunkte“ wurden dieses Gesamtkonzept als Grundlage für die Weiterentwicklung der Eltern- und Familienbildung auf kommunaler Ebene in der Praxis erprobt sowie Familienstützpunkte als wohnortnahe Kontakt- und Anlaufstellen für alle Familien eingerichtet. Das Modellprojekt wurde vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration initiiert und gefördert. An der Entwicklung waren von Beginn an auch Vertreterinnen und Vertreter der Träger der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe beteiligt. Vorgegeben wurde ein struktureller Rahmen, der den teilnehmenden Landkreisen und kreisfreien Städten bei der inhaltlichen Umsetzung viel Raum für die spezifischen Erfordernisse vor Ort ließ.

1.2 Zielsetzungen

Das Modellprojekt „Familienstützpunkte“ hatte zwei Zielsetzungen: die Umsetzung des Gesamtkonzepts inklusive der Entwicklung einer kommunalen Familienbildungskonzeption sowie deren Implementierung inklusive der Einrichtung von Familienstützpunkten.

1.2.1 Umsetzung des Gesamtkonzepts inklusive der Entwicklung einer kommunalen Familienbildungskonzeption

Die erste Zielsetzung des Modellprojekts bezog sich auf die Implementierung der einzelnen im Gesamtkonzept beschriebenen Planungs- und Arbeitsschritte in der Praxis vor Ort – und zwar unter der Federführung des örtlichen Jugendamts:

- Aufbau von Arbeits- und Kooperationsstrukturen vor Ort (Koordinierungsstelle für Familienbildung, Steuerungsgruppe, Familienbildungsnetzwerk),
- Bestandsaufnahme der vorhandenen Einrichtungen und Angebote,

¹ Auf diese beiden Publikationen wird im Folgenden immer wieder Bezug genommen. Sie werden dabei verkürzt „Leitfaden“ bzw. „Handbuch“ genannt.

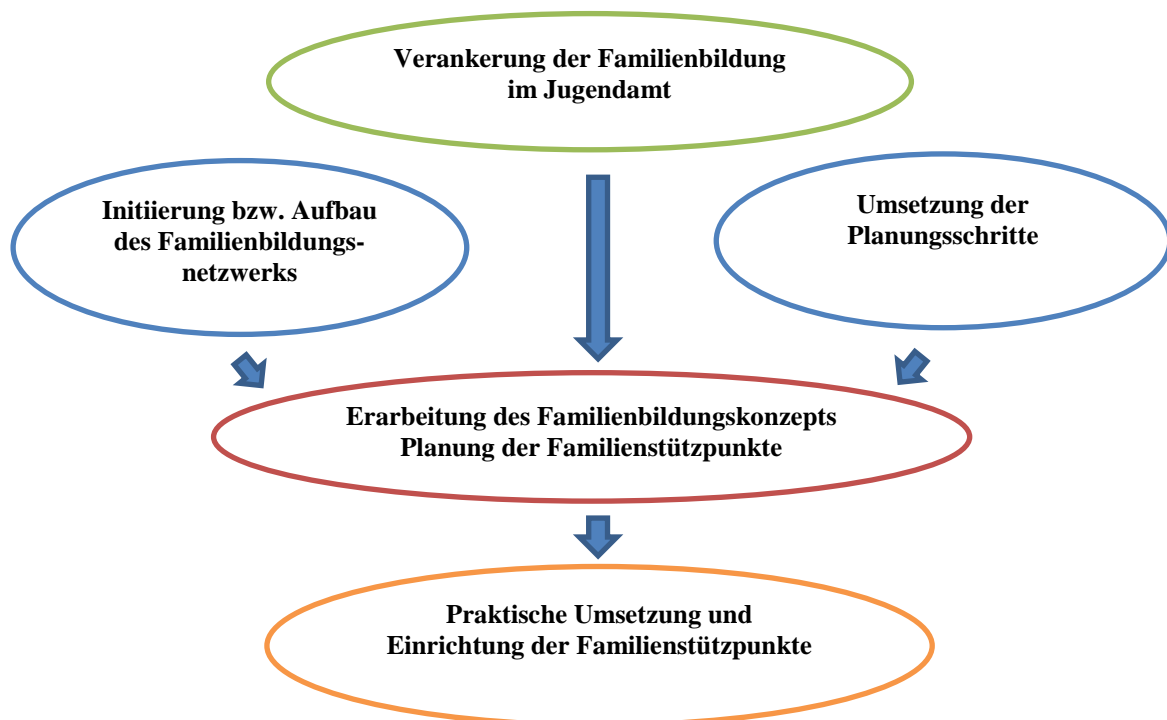
- Bedarfsermittlung sowie
- Abgleich zwischen Bedarf und Bestand einschließlich der Maßnahmenplanung.

Diese Schritte mündeten in die Erstellung einer kommunalen Konzeption für die Strukturierung und Weiterentwicklung der Familienbildungslandschaft vor Ort sowie für die Einrichtung von Familienstützpunkten. In dieser sollten Zielgruppen und Angebote ebenso bestimmt werden wie die entsprechenden Akteure und ihre Arbeitskooperationen.

1.2.2 Implementierung der kommunalen Familienbildungskonzeption inklusive der Einrichtung von Familienstützpunkten

Auf der Grundlage der kommunalen Familienbildungskonzeption sollten Familienstützpunkte eingerichtet werden. Familienstützpunkte sind die greifbaren und für die Familien wahrnehmbaren Eckpfeiler in der neuen Familienbildungslandschaft, an denen Maßnahmen der Eltern- und Familienbildung angeboten, vermittelt, koordiniert und vernetzt werden. Für die Einrichtung von Familienstützpunkten sollten bestehende Einrichtungen der Familienbildung genutzt werden, wobei sowohl öffentliche als auch freie gemeinnützige Träger und Einrichtungen, die bestimmte Voraussetzungen erfüllen, in Frage kamen. Die einzelnen Schritte des Projekts Familienstützpunkte sind in Abbildung 1 dargestellt.

Abb. 1: Grafische Darstellung des Projekts Familienstützpunkte



Quelle: Eigene Darstellung

1.3 Die Modellstandorte

Am Modellprojekt „Familienstützpunkte“ waren elf bayerische Kommunen beteiligt. Um möglichst breite und vielfältige Erfahrungen abzubilden und aus ihnen zu lernen, wurden sieben kreisfreie Städte und vier Landkreise unterschiedlicher Größe und mit völlig verschiedenen Ausgangssituationen und Rahmenbedingungen ausgewählt. Davon repräsentierten sechs

Kommunen – je ein Landkreis und eine kreisfreie Stadt – drei Regionen, so dass auch diese Konstellation in der Erprobung berücksichtigt werden konnte. Konkret haben folgende elf Kommunen zwischen April 2010 und Juni 2013 die einzelnen Schritte modellhaft durchlaufen:

- Stadt Aschaffenburg
- Stadt Augsburg
- Stadt und Landkreis Bamberg
- Stadt Kaufbeuren
- Stadt Nürnberg
- Stadt und Landkreis Regensburg
- Stadt und Landkreis Würzburg
- Landkreis Traunstein

1.4 Die wissenschaftliche Begleitung

Die wissenschaftliche Begleitung durch das **ifb** bezog sich schwerpunktmäßig auf die Phasen der Umsetzung des Gesamtkonzepts sowie der Auswahl und Einrichtung der Familienstützpunkte. Angesichts des sehr offenen Projektkonzepts war auch die wissenschaftliche Begleitung in hohem Maß explorativ und prozessorientiert angelegt.

1.4.1 Zielsetzungen der wissenschaftlichen Begleitung

In der ersten Projektphase begleitete und unterstützte das **ifb** zunächst die Umsetzung der im Gesamtkonzept vorgesehenen Planungsschritte an den elf Modellstandorten. Der Schwerpunkt der Begleitung lag in diesem Kontext darauf, die Implementationsprozesse der einzelnen Standorte zu strukturieren, fachlichen Input zu geben und geeignete Arbeitshilfen, wie z. B. Erhebungsinstrumente oder Dokumentationsbögen, zu entwickeln. Dabei musste zum einen einer gewissen Standardisierung, zum anderen den jeweiligen kommunenspezifischen Rahmenbedingungen Rechnung getragen werden. Viele Fragen und Herausforderungen ergaben sich erst im Projektverlauf, so dass auch die wissenschaftliche Begleitung immer wieder mit veränderten Situationen und Konstellationen konfrontiert war.

In der zweiten Projektphase konzentrierte sich die wissenschaftliche Begleitung durch das **ifb** auf die Dokumentation und systematische Erfassung der Implementation und (ersten) Nutzung der Familienstützpunkte. Dabei wurde erfasst, welche unterschiedlichen Strategien die Modellstandorte bei der Auswahl und Einrichtung der Familienstützpunkte verfolgten und welche sich als besonders zielführend herausgestellt haben.

Eine weitere Aufgabe der wissenschaftlichen Begleitung bestand in der Förderung des Informations- und Erfahrungsaustausches unter den Beteiligten.

Als zentrales Produkt der wissenschaftlichen Begleitung wurde Ende 2013 die Handreichung „Strukturelle Weiterentwicklung kommunaler Familienbildung“ vorgelegt, in welcher die wichtigsten Erfahrungen der Modellphase zusammengefasst und für andere Kommunen aufbereitet wurden.

1.4.2 Projektdesign und methodisches Vorgehen

In der aufgrund der beschriebenen Rahmenbedingungen notwendigerweise stark explorativ und prozessorientierten wissenschaftlichen Begleitung kamen vielfältige und vorrangig qualitative Forschungsmethoden zum Einsatz. Nur wenige Elemente konnten standardisiert werden.

Durchführung von Workshops

Insbesondere in der ersten Projektphase wurden die teilnehmenden Kommunen intensiv fachlich und methodisch unterstützt. In diesem Kontext wurden insgesamt neun Workshops für die Projektverantwortlichen aus den Jugendämtern bzw. der kommunalen Verwaltung durchgeführt. Sie befassten sich mit folgenden Themenbereichen:

- Bestandserhebung
- Bedarfsanalyse
- Abgleich Bedarf-Bestand
- Vernetzungsprozesse
- Konzeptentwicklung

In den Workshops wurden zu jedem dieser Themenbereiche zunächst inhaltliche Grundlagen vermittelt und Ansätze zur Implementierung entwickelt. Teilweise wurden die Modellstandorte dafür auf zwei Gruppen aufgeteilt. So erschien für den ersten Workshop zum Thema Bestandserhebung zunächst eine Aufteilung nach Ausgangssituation bzw. nach „Umsetzungsgeschwindigkeit“ sinnvoll, da einige Kommunen sich im Rahmen des Modellprojekts erstmals intensiver mit dem Bereich Familienbildung befassten, während andere Kommunen bereits über mehr Erfahrung verfügten und z. T. beträchtliche Vorarbeiten erbracht hatten. Es zeigte sich jedoch bald, dass sich auch Städte und Landkreise in ihren Herausforderungen deutlich unterschieden, so dass beim zweiten Thema, der Bedarfsanalyse, zwei getrennte Workshops für Städte und Landkreise durchgeführt wurden. Aufgrund der besonderen Rahmenbedingungen wurde in einem weiteren Workshop für die am Modellprojekt beteiligten Landkreise speziell das Thema „Familienbildung im ländlichen Raum“ aufgegriffen, für welchen auch externe Referentinnen und Referenten gewonnen werden konnten. Der Workshop zum Abgleich von Bestand und Bedarf sowie zur Konzeptentwicklung wurde auf allgemeinen Wunsch hin wieder gemeinsam für alle Modellkommunen durchgeführt, da trotz aller Unterschiede das Interesse an den Erfahrungen der anderen Standorte überwog. Dies zeigte sich auch daran, dass die Vorstellung einzelner kommunaler Familienbildungskonzepte ein fester und geschätzter Programmpunkt bei den Workshops wurde. Nachdem sich zu den Themenbereichen Finanzierung und Kooperationsvereinbarungen in der Praxis immer wieder Fragen ergaben, wurden sie aufgegriffen und ebenfalls im Rahmen eines Workshops bearbeitet. Der letzte Workshop diente schließlich dazu, noch einmal gemeinsam die verschiedenen Erfahrungen zu bündeln und den Ertrag des Modellprojekts zu resümieren.

Tab. 1: Übersicht über die im Rahmen des Modellprojekts durchgeführten Workshops

Datum	Thema bzw. Inhalt	Teilnehmerkreis
29.06.2010	Bestandserhebung und Vernetzung	Modellstandorte (Teilgruppe A)
08.07.2010	Bestandserhebung und Vernetzung	Modellstandorte (Teilgruppe B)
04.10.2010	Bedarfsanalyse	nur Landkreise
08.10.2010	Bedarfsanalyse	nur Städte
18.05.2011	Abgleich Bestand/Bedarf und Konzeptentwicklung	alle Modellstandorte
28.06.2011	Familienbildung im ländlichen Raum	nur Landkreise
02.02.2012	Kommunale Familienbildungskonzepte	alle Modellstandorte
06.12.2012	Finanzierung und Kooperationsvereinbarungen	alle Modellstandorte
16.05.2013	Gemeinsame Abschlussauswertung der Modellphase	alle Modellstandorte

Quelle: Eigene Darstellung

Alle Workshops wurden protokolliert, teilweise auch mit Einverständnis der Teilnehmenden auf Band aufgezeichnet oder in anderer Form dokumentiert, um sie anschließend inhaltsanalytisch auswerten zu können. Zusätzlich fanden acht Besprechungen mit dem Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration statt, bei welchen die Modellstandorte regelmäßig über den Sachstand berichteten. Diese Berichte wurden ebenfalls in die Auswertungen einbezogen.

Befragungen der Jugendämter und der Familienstützpunkte

Der örtliche Träger der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe hat die Gesamtverantwortung für die Erbringung der entsprechenden Leistungen und für eine bedarfsgerechte und strukturierte Angebotspalette auf kommunaler bzw. regionaler Ebene. Als maßgeblicher Akteur war das Jugendamt auch zentraler und kontinuierlicher Partner für die wissenschaftliche Begleitung. Als adäquate Erhebungsweise bot sich eine qualitative Längsschnittuntersuchung an, in deren Rahmen mit den Projektverantwortlichen in den Modellstandorten zu drei Zeitpunkten leitfadengestützte Interviews durchgeführt wurden:

- **Basisinterview** zu Beginn von Projektphase I: Da alle Modellkommunen zum gleichen Zeitpunkt in den Erprobungsprozess einstiegen, konnten alle Basisinterviews im Zeitraum von Mai bis Juni 2010 geführt werden.
- **Zwischeninterview** nach Abschluss von Projektphase I bzw. vor Beginn von Projektphase II: Ursprünglich war das Modellprojekt auf eine Laufzeit von zwei Jahren angelegt. Entsprechend sollten die beiden Projektphasen jeweils ein Jahr dauern. Angesichts der umfangreichen empirischen Aufgaben, die in der ersten Phase zu leisten waren, zeigte sich recht schnell, dass entsprechende Prozesse ein hohes Maß an zeitlichen Ressourcen benötigen. Die Kommunen verfügten zudem über sehr unterschiedliche Voraussetzungen und Rahmenbedingungen, so dass die erste Projektphase an den einzelnen Standorten zu sehr unterschiedlichen Zeitpunkten abgeschlossen werden konnte. Entsprechend wurden die Zwischeninterviews in einem langen Zeitraum von Juni 2011 bis Februar 2012 geführt.

- **Abschlussinterview** sechs bis zwölf Monate nach Beginn der Projektphase II: Der Zeitpunkt der Abschlussinterviews orientierte sich individuell am Zeitpunkt des jeweiligen Zwischeninterviews, um an allen Standorten einen möglichst langen Zeitraum abdecken zu können.

In der zweiten Projektphase wurden auch die neu eingerichteten Familienstützpunkte in die wissenschaftliche Begleitung einbezogen. Wie bei den Jugendämtern wurden auch bei ihnen unterschiedliche Erhebungsformen kombiniert.

- **Quantitative Befragung I:** Nach der Auswahl bzw. Eröffnung wurden zunächst alle Stützpunkte mit Hilfe eines standardisierten Instruments zu ihren Strukturmerkmalen befragt (Zeitraum November 2011 bis Februar 2012).
- **Quantitative Befragung II:** Eine weitere standardisierte Erhebung folgte Mitte 2013 am Ende der Modellphase. Aufgrund der unterschiedlichen Rahmenbedingungen der Familienstützpunkte mussten dabei zwei Teilgruppen unterschieden werden: Etablierte Einrichtungen und so genannte alltagsnahe Orte (vgl. Kap. 5.3). Eine Differenzierung war u. a. bei der Formulierung einiger Fragen im standardisierten Fragebogen notwendig, was zur Folge hatte, dass die Auswertungen für die beiden Gruppen getrennt durchgeführt wurden und die Ergebnisse in einzelnen Bereichen nicht unmittelbar vergleichbar sind.

Aus der Gesamtgruppe der Familienstützpunkte wurde zudem eine theoretisch hergeleitete Substichprobe gezogen, um mit Hilfe eines Leitfadens in persönlichen Interviews tieferegehende Informationen zu erhalten. 13 Familienstützpunkte wurden mit Hilfe dieses Leitfadens befragt.

Im Rahmen einer Masterarbeit wurden weitere fünf Familienstützpunkte sowie fünf Vertreterinnen und Vertreter anderer freier Träger, die nicht Familienstützpunkt wurden, in die Befragung einbezogen (persönliche Leitfaden-Interviews) (Wünn 2012).

Tabelle 2 zeigt eine Übersicht über alle im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung durchgeführten Erhebungen. Alle leitfadengestützten Face-to-face-Interviews wurden aufgenommen, transkribiert und in das Auswertungsprogramm MAXQDA eingelesen. Die Texte wurden anschließend auf der Basis eines differenzierten Systems codiert, paraphrasiert und zusammengefasst. Die Angaben aus den standardisierten Erhebungen wurden mit dem Statistikprogramm SPSS ausgewertet.

Dokumentation der Tätigkeiten und Aktivitäten vor Ort

Jugendamt/Koordinierungsstelle: Während der ersten Projektphase wurden die Projektmitarbeiterinnen und -mitarbeiter gebeten, ihre projektbezogenen Tätigkeiten detailliert zu dokumentieren, um eine differenzierte Übersicht über die Aufgabenbereiche, Tätigkeiten und Aktivitäten im Zusammenhang mit der Umsetzung des Gesamtkonzepts bzw. mit der Übernahme der Koordinations- und Steuerungsfunktion im Jugendamt zu erhalten. Dokumentiert wurden auch alle Aktivitäten im Zusammenhang mit der Vernetzung.

Familienstützpunkte: Die neu eingerichteten Familienstützpunkte dokumentierten a) alle seit der Eröffnung durchgeführten Angebote und deren Teilnehmerzahlen und b) alle Anfragen von Eltern. Die Daten wurden jeweils in Excel übertragen und ausgewertet.

Dokumentenanalysen

Ausgewertet wurden nicht nur die speziell für die wissenschaftliche Begleitung erstellten Dokumente, sondern auch die im Rahmen der Umsetzungsprozesse dem Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration als Förderer vorgelegten Sachstandsberichte und kommunalen Familienbildungskonzepte. Alle Dokumente wurden mit Hilfe eines einheitlichen Rasters ausgewertet. Während der ersten Projektphase wurden außerdem für alle Standorte so genannte Standortprofile erstellt, in welchen alle verfügbaren Informationen zum Umsetzungsprozess zusammengetragen wurden.

Tab. 2: Übersicht über die im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung durchgeführten Erhebungen

Untersuchungsgruppe	Methode	Erhebungszeitpunkt(e)	Thematischer Schwerpunkt
Befragung aller Jugendämter bzw. Koordinierungsstellen (n = 11)	qualitativ, face-to-face	Drei Erhebungszeitpunkte: <ul style="list-style-type: none"> • Basisinterview zu Beginn des Modellprojekts • Zwischeninterview nach Erstellung des Familienbildungskonzepts bzw. Ende der ersten Projektphase • Abschlussinterview am Ende der Modellphase 	alle Themenbereiche
Befragung aller FSP (n = 55)	quantitativ, schriftlich	Zwei Erhebungszeitpunkte: <ul style="list-style-type: none"> • Befragung I nach der Eröffnung • Befragung II am Ende der Modellphase 	Befragung I: Strukturmerkmale Befragung II: Veränderungen, Erfahrungen etc.
Befragung ausgewählter FSP (n = 13)	qualitativ, face-to-face	Einmalig	Veränderungen, Erfahrungen
Befragung ausgewählter FSP (n = 4)	qualitativ, face-to-face	Einmalig	Vernetzung
Befragung freier Träger (nicht FSP) (n = 5)	qualitativ, face-to-face	Einmalig	Vernetzung

Quelle: Eigene Darstellung

Trotz des breiten Methodenspektrums und der Kombination von vielfältigem und umfangreichem Datenmaterial müssen die hier beschriebenen Ergebnisse als Momentaufnahmen des Geschehens vor Ort verstanden werden. Bereits während der Modelllaufzeit zeigte sich, dass die Auswahl, die Einrichtung und die Aufnahme des regulären Betriebs der Familienstützpunkte komplexe und in zeitlicher Hinsicht je nach den kommunalen Rahmenbedingungen äußerst unterschiedlich verlaufende Prozesse sind, die in den Modellkommunen noch keineswegs abgeschlossen sind. Insgesamt ergibt sich ein hochgradig heterogenes Bild.

Der Schwerpunkt dieses Abschlussberichts liegt auf der deskriptiven Darstellung. Dabei geht es nicht um die Formulierung eines idealtypischen Vorgehens, so dass – im Unterschied zur

Handreichung, die stark praxisbezogen ausgerichtet ist und Anregungen zum konkreten Vorgehen enthält – im vorliegenden Bericht auf Vorschläge für die praktische Umsetzung verzichtet wird.

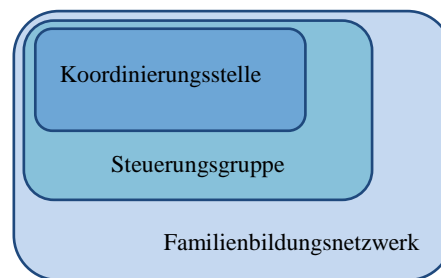
2 Voraussetzungen für die Weiterentwicklung kommunaler Familienbildung

Ein Ausgangspunkt für die Entwicklung des Bayerischen Gesamtkonzepts zur Familienbildung im Rahmen der Jugendhilfe war die Erkenntnis, dass die Familienbildung in der Kinder- und Jugendhilfe keinen angemessenen Stellenwert besitzt. Ihre unzureichende Institutionalisierung wird nicht zuletzt daran deutlich, dass der Bereich im Jugendamt keinen originären Platz hat und auch fachlich nicht verortet ist. Vor diesem Hintergrund zielte das Modellprojekt zunächst darauf ab, entsprechende Arbeitsstrukturen in der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe zu entwickeln und im Laufe des Prozesses vor Ort weiter zu verankern.

Während der Modellphase wurden analytisch drei Ebenen unterschieden und je nach lokalen Gegebenheiten sukzessive bzw. parallel aufgebaut:

- Eine Koordinierungsstelle im Jugendamt als verantwortliche Steuerungsinstanz für die Implementierung des Projekts,
- eine erweiterte Steuerungsgruppe und
- ein kommunales Familienbildungsnetzwerk.

Abb. 2: Arbeitsstrukturen im Modellprojekt Familienstützpunkte



Quelle: Eigene Darstellung

2.1 Einrichtung einer Koordinierungsstelle für Familienbildung im Jugendamt

Als Voraussetzung für alle weiteren Projektschritte wurde die Etablierung einer zentralen Koordinierungsstelle für Familienbildung innerhalb der Strukturen des Jugendamtes angesehen. Sie hatte die Aufgabe, sämtliche Aktivitäten und Akteure im Bereich der Familienbildung vor Ort zu strukturieren und als zentrale Anlaufstelle für Fachkräfte und Familien zu fungieren. Was dazu alles gehört, wird in folgendem Zitat deutlich:

„Es braucht auf jeden Fall ganz klare Zuständigkeiten am Anfang. [...] Personen, an die das Thema gebunden ist, (sind) meines Erachtens sehr wichtig und [das] hat sich auch bewährt an der Stelle. Also das, denke ich, ist Voraussetzung.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Stadt)

Zur Strukturierung des Bereichs Familienbildung vor Ort durch die Koordinierungsstelle gehörten im Einzelnen insbesondere folgende Aufgaben:

- Erstellung einer differenzierten Planungsgrundlage für den Bereich Familienbildung (Erfassung des Bestands, Analyse des Bedarfs an Familienbildung vor Ort etc.) in Zusammenarbeit mit der örtlichen Jugendhilfeplanung und

- Entwicklung einer kommunalen Konzeption gemeinsam mit den Akteuren der Familienbildung
- Aufbau bzw. Weiterentwicklung der Vernetzung aller Akteure vor Ort und Verzahnung mit angrenzenden Bereichen (Netzwerkmanagement)
- Koordination und Weiterentwicklung der familienbildenden Angebote und Sicherung der Qualität des Gesamtangebots in der Kommune in Zusammenarbeit mit den Trägern (Qualitätsmanagement)
- Förderung des Bekanntheitsgrades und der Akzeptanz von Familienbildung durch gezielte Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit (Eventmanagement)
- Vertretung des Bereichs Familienbildung innerhalb der Verwaltung sowie Gremienarbeit
- Akquise und Sicherung der Nachhaltigkeit von Ressourcen sowie Finanzplanung
- Koordination und Steuerung der Familienstützpunkte

Die umfangreichen und vielfältigen Tätigkeiten in der Koordinierungsstelle hatten in weiten Teilen einen (Sozial)Management-Charakter, d. h. es handelte sich weniger um eine direkte inhaltliche Arbeit mit der Zielgruppe als vielmehr um konzeptionelle und organisatorische Herausforderungen. Ungeachtet dessen wurden Kenntnisse über die bzw. Erfahrungen in der praktische(n) Arbeit mit der Zielgruppe als sehr sinnvoll betrachtet. So resümierte eine Projektverantwortliche:

„Was für mich diese Stelle ausmacht, ist die Kombination aus Theorie, aus klar strukturiertem Vorgehen und der Praxis vor Ort. Das ist der Anspruch an diese Stelle, und das ist oft ein Spagat, und das hat sehr viel mit Beziehungsarbeit zu tun.“ (Abschlussinterview Koordinierungsstelle, Stadt)

Die Tätigkeitsschwerpunkte in der Koordinierungsstelle veränderten sich im Lauf des Projekts. Standen zu Beginn besonders die empirischen Erhebungen und konzeptionellen Überlegungen im Mittelpunkt, verlagerte sich das Spektrum später hin zu eher praktischen Aufgaben im Zusammenhang mit der Auswahl, dem Aufbau und der Unterstützung der Familienstützpunkte. Alle diese Aufgaben und Aktivitäten erforderten vielfältige Qualifikationen und Kompetenzen. Als wichtige Basis hierfür sahen auch die Projektverantwortlichen eine sozialpädagogische akademische Ausbildung an, wie folgendes Zitat belegt:

„Also, Stellenbeschreibung – da [habe ich eine] ganz klare Antwort: Für mich kann diese Stelle, so wie sie auch beschrieben worden ist, nur ein Sozialpädagoge machen von der beruflichen Qualifikation her.“ (Abschlussinterview Koordinierungsstelle, Stadt)

Neben einer gewissen „Stressresistenz“ bzw. einem „langen Atem“ wurden darüber hinaus noch folgende Kompetenzen und Fähigkeiten als wertvoll beschrieben:

- Professionelle Kompetenzen in Gesprächsführung, Projektmanagement, Moderationstechniken und Konfliktmanagement
- Kenntnisse der Strukturen der öffentlichen und freien Kinder- und Jugendhilfe, insbesondere der Familienbildung, der Kindertagesbetreuung, familienunterstützender Leistungen und angrenzender Bereiche, wie z. B. ASD, KoKi, Beratung
- grundlegendes betriebswirtschaftliches Verständnis (Sozialmanagement)
- Kenntnisse zentraler Methoden der sozialen Arbeit (z. B. Sozialraumorientierung, Gemeinwesenarbeit)
- Fähigkeit zum konzeptionellen und zum wissenschaftlichen Arbeiten (empirische Sozialforschung, Sozialstrukturanalyse, Sozialplanung)

Deutlich gezeigt hat sich an den Modellstandorten, dass die Aufgaben der Koordinierungsstelle für Familienbildung nicht „nebenbei“ erledigt werden können. Für eine zweckmäßige und nachhaltige Erfüllung muss die Koordinierungsstelle mit ausreichend personellen bzw. zeitlichen Ressourcen ausgestattet sein. Deren Umfang hängt neben der Größe der Kommune von zahlreichen weiteren Faktoren, wie etwa der Anzahl der Familien oder der räumlichen Strukturen, ab. In den Modellstandorten betrug der Stellenumfang zwischen 25 und 100 % einer Vollzeitstelle: Fünf Kommunen gestanden der Koordinierungsstelle (mehr als) 100 % einer Vollzeitstelle zu, weitere drei 50 bis 75 % und die übrigen weniger als 50 %. Weitgehend einig war man sich darüber, dass die Arbeit mit einem kleinen Stundenkontingent nicht zu schaffen ist, wie folgende Aussagen belegen:

„Es ist ein Job rund um die Uhr. Nein, ich will's jetzt auch nicht übertreiben, aber ich bin jetzt mal froh, dass ich 30 Stunden Zeit habe. Ich habe aber auch ganz viele Überstunden, die ich aber gar nicht nehmen kann, weil [...], ich bin ja hier doch irgendwo allein auf weiter Flur und es ist so ganz viel zu tun. Also, es ist einfach so viel zu tun, und man muss einfach dranbleiben, damit sich auch was tut.“ (Abschlussinterview Koordinierungsstelle, Stadt)

„Und ich denke, grundsätzlich ist es schon so, dass, wenn man die Stützpunkte gut begleiten möchte und die auch einfach entlasten möchte bei gewissen Dingen, [...] man ein umfangreiches Stundenkontingent braucht, um das leisten zu können.“ (Abschlussinterview Koordinierungsstelle, Landkreis)

Besetzt wurde die Koordinierungsstelle überwiegend mit vorhandenem Personal des Jugendamtes, welches in der Mehrheit über Erfahrung in der Familienbildung oder in angrenzenden Bereichen verfügte. Nur an drei Standorten wurde die Stelle ausgeschrieben und Personal neu eingestellt. Durch die Besetzung der Stelle mit einer erfahrenen Fachkraft (aus dem Jugendamt), die mit den Rahmenbedingungen und Strukturen vor Ort vertraut ist und über gute Praxiskontakte verfügt, gestaltete sich insbesondere der Aufbau der Kooperationsstrukturen unkomplizierter. Dies wurde in einem Interview folgendermaßen beschrieben:

„Gerade am Anfang ist es unheimlich hilfreich, Wissen über die Jugendhilfelandchaft im Landkreis zu haben.“ „[So dass] wir gesagt haben, wir hätten gerne jemanden im Haus, weil dann einfach die Kontakte vorhanden sind, was jetzt jemand, der neu eingestiegen wäre, nicht gehabt hätte. Und ich denke, das macht eigentlich so die Koordinationsstelle aus.“ (Abschlussinterview Koordinierungsstelle, Landkreis)

„Die Verortung hier ist ideal, und durch meine anderen Aufgabengebiete habe ich [...] praktisch, wie nennt man das so schön, Synergieeffekte. Und das ist [...] so, dass ich durch meine Tätigkeit aus anderen Arbeitsfeldern ganz viel mit einbringen kann an Wissen, an Kontakten, an Gremien, an Zahlen, an Kenntnissen, wie es in den Stadtteilen ist und auch wieder von den Stützpunkten mit 'reinnehmen kann.“ (Abschlussinterview Koordinierungsstelle, Stadt)

Durch „etablierte Leute, die gut vernetzt sind, die kennen und gekannt werden“ (Abschlussinterview Koordinierungsstelle, Stadt) konnte nach Einschätzung einer Projektverantwortlichen auch die Akzeptanz der Koordinierungsstelle bei Trägern und Einrichtungen erhöht werden:

„Ich glaube, dass das gut ist, wenn man diese vernetzende Funktion innehat. Das wirkt sich auf die Familienstützpunkte super positiv aus, weil man eben die Kontakte schon hat, weil man nicht bei Null anfangen muss, weil man schon in die Stadtverwaltung verzahnt ist [...], weil man die Stadtteile kennt, weil man die Ansprechpartner in den Stadtteilen kennt, weil man mit denen schon Projekte gemacht hat. Da weiß man genau: Wenn ich mit dem das mache, das läuft. Da hat man Erfahrungswerte, die unglaublich wertvoll sind.“ (Abschlussinterview Koordinierungsstelle, Stadt)

In zahlenmäßiger Hinsicht wurde die Besetzung der Koordinierungsstelle ebenfalls unterschiedlich gestaltet: An rund der Hälfte der Standorte wurden alle Aufgaben einer Person übertragen, an den anderen Standorten teilten sich zwei (in Einzelfällen auch mehrere) Personen das Stundenkontingent und den Aufgabenbereich.

2.2 Einrichtung einer Steuerungsgruppe und Organisation eines Familienbildungsnetzwerks

Zur Unterstützung der Koordinierungsstelle und für eine höhere Transparenz und Akzeptanz der Entwicklungsprozesse bei den Trägern und Einrichtungen vor Ort war die Einrichtung einer Steuerungsgruppe vorgesehen. Diese sollte sich aus den Projektverantwortlichen bzw. der Koordinierungsstelle und weiteren relevanten Akteuren aus der öffentlichen und freien Jugendhilfe zusammensetzen. Zu ihren Aufgaben gehörten die inhaltliche und organisatorische Mitgestaltung aller Planungs- und Umsetzungsprozesse im Projekt, wobei der Schwerpunkt in der ersten Projektphase, d. h. in der Umsetzung der empirischen Erhebungen lag.

An fast allen Modellstandorten konnte die Steuerungsgruppe wie geplant implementiert werden. Dieser Schritt wurde von den Projektverantwortlichen auch als sehr sinnvoll angesehen. In einem Interview wurde dazu Folgendes formuliert:

„Die Steuerungsgruppe hat eine ganz zentrale Aufgabe [...] für die Projektentwicklung.“ (Abschlussinterview Koordinierungsstelle, Landkreis)

Sowohl die Zusammensetzung der Akteure als auch die Arbeitsweise der Steuerungsgruppe waren jedoch in hohem Maß von den jeweiligen Rahmenbedingungen vor Ort beeinflusst. So orientierte man sich bei der Auswahl der Mitglieder der Steuerungsgruppe in der Regel an der Beschaffenheit des jeweiligen Sozialraums, um lokal wichtige Akteure einzubinden:

„Es sind alle die, die in irgendeiner Form beteiligt sind und da mitreden und mitdenken sollen, sind da mit am Tisch.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Stadt)

Gab es vor Ort bereits Gremien, die inhaltlich den Bereich Familienbildung berührten, wurden dort geeignete Personen gezielt angesprochen.

„Also, wir haben natürlich auch in der Zusammensetzung der Steuerungsgruppe weitgehend eigentlich auf bekannte Aktive zurückgegriffen und haben die auch persönlich angefragt.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Stadt)

Mancherorts wurden von den Projektverantwortlichen aufgrund früherer Erfahrungen zusätzliche Vorgaben für die Zusammensetzung des Gremiums aufgestellt, wie beispielsweise

- die gezielte Auswahl von Akteuren aufgrund ihrer Funktionen bzw. Arbeitsbereiche,
- die zahlenmäßige Begrenzung politischer Mandatsträger,

- die explizite Einbeziehung kirchlicher Vertreter oder
- die zahlenmäßige Begrenzung der teilnehmenden Akteure insgesamt.

Im Nachhinein gab es hinsichtlich des eigenen Vorgehens bei der Zusammensetzung der Steuerungsgruppe gelegentlich auch Selbstkritik, wie folgende Aussage zeigt:

„Was wir vielleicht ein bisschen ungünstig gemacht haben, war, dass wir aus dem Bereich des Jugendamtes da zu viele praktisch mit hineingenommen haben, [...] und somit haben wir vielleicht – oder haben wir wahrscheinlich – auch, sage ich mal, wichtige Plätze, die wir hätten anderweitig vergeben können, belegt.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Stadt)

In allen Regionen, wo sowohl eine Stadt als auch ein Landkreis am Modellprojekt teilnahmen, wurde eine interkommunale Steuerungsinstanz/-gruppe eingerichtet. Begründet wurde dieser Schritt meist damit, dass die Einzugsgebiete der Träger in der Regel Stadt und Landkreis umfassen.

„Es ist ja fast zwingend [...] dass die maßgeblichen Akteure in der Familienbildung ja sowohl für Stadt als für den Landkreis zuständig sind. Und die meisten[sind] eh in der Stadt angesiedelt [...]. Von daher ist es einfach ganz klar, dass man in solchen Bereichen dann das auf jeden Fall gemeinsam bearbeitet.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Landkreis)

Eine interkommunale Zusammenarbeit wurde von den Projektverantwortlichen darüber hinaus als sinnvoll angesehen, um

- dem Aufbau von Doppelstrukturen entgegenzuwirken,
- Synergien hinsichtlich bestehender Angebote zu erzielen,
- Aufgaben im Modellprojekt unter den Akteuren der Steuerungsinstanz/-gruppe effektiv und effizient aufzuteilen,
- die Bestands- und Bedarfserhebung gemeinsam effizient durchzuführen,
- gemeinsam in der Öffentlichkeit aufzutreten (z. B. interkommunale Internetplattform zu familienbildenden Angeboten und Anbietern),
- das Verständnis für die jeweils andere Gebietskörperschaft auszubauen und letztlich
- gemeinsam ein interkommunales Familienbildungsnetzwerk aufzubauen.

Eine Projektverantwortliche erläuterte ihre Sicht im Interview folgendermaßen:

„Wir haben ja ein Gremium gehabt, ein Steuerungsgremium von Stadt und Landkreis gemeinsam, von Anfang an, weil alle Träger auch gemeinsam aufgestellt sind. Das wäre Quatsch im Grunde, das alles zu doppeln. Der enge Austausch zwischen Stadt und Landkreis war vor allem wichtig, um das Ganze jetzt ins Laufen zu kriegen und für solche Bereiche wie die Familienmesse, wie die Netzwerkarbeit, die eben auf die Träger fokussiert ist. In Zukunft werden wir diese Bereiche gemeinsam in dem Steuerungsgremium [...] zusammenführen, d. h. im Grunde geht die Steuerungsgruppe in dieses Gremium über und in diesem Gremium auf. Das ist eine ganz hohe personelle und inhaltliche Überschneidung.“ (Abschlussinterview Koordinierungsstelle, Landkreis)

Im Verlauf des Modellprojekts wurden allerdings auch die Grenzen der interkommunalen Zusammenarbeit deutlich. Angesichts der unterschiedlichen Herausforderungen von Städten

und Landkreisen konnten nicht alle Phasen und Aufgaben gemeinsam bewältigt werden; phasenweise war ein getrenntes Vorgehen notwendig:

„Jetzt in der Kooperation zum Landkreis haben wir in der ersten Zeit doch relativ eng miteinander zusammengearbeitet, [dann] hat sich aber im Frühjahr herausgestellt, dass wir [...] da zeitlich auseinanderdriften müssen eine Zeit lang, weil eben die Prozesse unterschiedlich sind, also sowohl städtisch wie vom Landkreis her.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Stadt)

„Also die Erfahrungen sind, dass wir interkommunal sehr gut zusammen arbeiten können, also da gibt es auch eigentlich überhaupt keine Spannungen. Das ist vollkommen klar für beide Seiten, dass wir konzeptionell unterschiedliche Wege gehen müssen, weil das eine ist eine sehr städtische Struktur mit gewachsenen Strukturen, und wir haben eine Landkreisstruktur, wo wir vor drei, vier Jahren begonnen haben, uns mit dem Thema Familienbildung intensiver auseinanderzusetzen. Und wir wollen eben grad auch Landkreisstrukturen weiter entwickeln, das heißt, da sind wir konzeptionell unterschiedlich, auf der anderen Seite sind wir sehr eng miteinander verbunden, weil wir in demselben Einzugsgebiet leben, den selben Lebensraum haben [...] – wie gesagt, das läuft eigentlich sehr gut, diese Zusammenarbeit.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Landkreis)

Nicht überall gelang es, eine Steuerungsgruppe einzurichten. An einem Standort scheiterte die Einrichtung der Steuerungsgruppe an der fehlenden Bereitschaft der anderen Akteure vor Ort:

„[...] wir hatten uns da mal getroffen, aber das hat nicht funktioniert. [...] Das war aber nur dieses Mal eben, weil wir Ihrem Konzept folgen wollten. [...] Dann waren die aber alle nicht bereit, sich da jetzt wirklich einzubringen. Also, man würde sich schon mal treffen und sich dann so anhören, wie das Projekt so verläuft, aber da jetzt wirklich selber was zu machen, mitzuarbeiten, da war irgendwie die Begeisterung nicht so groß.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Landkreis)

Ein anderer Standort, an welchem es während der Projektlaufzeit auch immer wieder größere Umstrukturierungen gab, berichtete zudem von zeitlichen Problemen, die den Aufbau einer Steuerungsgruppe erschwerten:

„Die Steuerungsgruppe ist ein bisschen vernachlässigt worden. Wir haben da Ende Januar 2011 ein Treffen gehabt, entstanden aus einem Arbeitskreis heraus. [...] Die haben sich damals sehr interessiert gezeigt und wir hätten dann eine Gruppe mit sechs bis sieben Personen gehabt, wobei ganz viele Vertreter von den jetzigen Familienstützpunkten schon damals Interesse angemeldet haben. Eigentlich gab es kein weiteres Treffen, weil wir das zeitlich nie auf die Reihe gekriegt haben.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Landkreis)

An den anderen Standorten gehörten der lokalen Steuerungsgruppe jeweils zwischen drei und dreizehn Personen an, wobei nur zweimal mehr als zehn Personen aufgeführt wurden. Diese Angaben decken sich mit der generellen Einschätzung der meisten Projektverantwortlichen, nach der eine Anzahl von unter zehn Personen eine sinnvolle Gruppengröße darstellt. Während der Modellphase traf sich die Steuerungsgruppe jeweils zwischen drei und 19 Mal, wobei häufigere Treffen, z. B. in einem vierteljährlichen oder sechswöchigen Turnus sehr verbreitet waren.

Neben der Steuerungsgruppe gehörte auch die Organisation eines kommunalen Familienbildungsnetzwerks zu den notwendigen Schritten zur Verankerung der Familienbildung in der Kommune. Das kommunale Familienbildungsnetzwerk und die damit verbundenen Erfahrungen an den Modellstandorten werden in Kapitel 3 beschrieben.

2.3 Verankerung der Familienbildung in den Strukturen der Jugendhilfe

Für die Verankerung der Familienbildung in den Strukturen der Jugendhilfe mussten noch zwei weitere Aspekte in den Blick genommen werden: die Einbeziehung der Familienbildung in die Jugendhilfeplanung sowie ihre stärkere Berücksichtigung im Jugendhilfeausschuss. Auch hierzu sollte das Modellprojekt die teilnehmenden Kommunen anregen.

2.3.1 Familienbildung als Teilbereich der Jugendhilfeplanung

Zur strukturellen Weiterentwicklung der Familienbildung gehört ihre explizite Berücksichtigung in der Jugendhilfeplanung.

Bei etwa einem Viertel der Standorte war die Familienbildung vor Beginn des Modellprojekts bereits in der Jugendhilfeplanung verankert, so dass im Modellprojekt darauf aufgebaut werden konnte. Bei den anderen Standorten gab es unterschiedliche Grade der Zusammenarbeit zwischen Koordinierungsstelle und Jugendhilfeplanung. Sie bestand teilweise in einer engen Kooperation, wie in folgendem Zitat beschrieben wird:

„Wir haben einen engen Kontakt, wir sprechen das alles ab, wir informieren uns gegenseitig.“ (Basisinterview Koordinierungsstelle, Stadt)

Andernorts war man sich zumindest der Tatsache bewusst, dass der Bereich der Familienbildung in die Jugendhilfeplanung „hineinspielt“ und peilte zukünftig eine stärkere Einbindung an. Nur wenige Projektverantwortliche gaben an, dass der Bereich der Familienbildung beim Start des Modellprojekts überhaupt nicht in die Jugendhilfeplanung integriert gewesen sei. Dies war beispielweise dort der Fall, wo es bisher überhaupt keine systematische Jugendhilfeplanung gab oder dieser Bereich eher „stiefmütterlich“ behandelt wurde.

„Also, die Familienbildung ist in der Jugendhilfeplanung so gar nicht aufgetaucht. Wir haben jetzt auch keine systematische Jugendhilfeplanung im letzten Jahrzehnt [...] umgesetzt. Das waren immer nur Teilaspekte, die man angegangen hat.“ (Basisinterview Koordinierungsstelle, Landkreis)

Während der Laufzeit des Modellprojekts konnte an zwei Standorten der Bereich der Familienbildung ganz unmittelbar in die Jugendhilfeplanung einbezogen werden, da die Projektkoordination dort bei den zuständigen Jugendhilfeplaner(innen) lag. An zwei weiteren Standorten waren Vertreterinnen und Vertreter der Jugendhilfeplanung als Mitglieder der Steuerungsinstanz eng in die Planungen zum Modellprojekt eingebunden, an einem weiteren Standort wurde die Jugendhilfeplanung durch die Teilnahme an der Steuerungsgruppe beteiligt.

Bei der Umsetzung der empirischen Erhebungen ließ sich eine enge Kooperation mit der örtlichen Jugendhilfeplanung – mit Ausnahme der Standorte, in denen die entsprechenden Fachkräfte ohnehin explizit im Projekt beteiligt waren – jedoch kaum realisieren. Die Fachkräfte in der Koordinierungsstelle mussten die auftretenden fachlichen und methodischen Probleme meist allein bewältigen. Dennoch war man an allen Modellstandorten sehr darum bemüht, die

Familienbildung stärker in die Jugendhilfeplanung zu integrieren. Angesichts der Rahmenbedingungen dürfte dies mancherorts jedoch eine eher langfristige Aufgabe darstellen.

2.3.2 Die Rolle des Jugendhilfeausschusses

Der Jugendhilfeausschuss als politisches Gremium befasst sich mit dem gesamten Bereich der Kinder- und Jugendhilfe, insbesondere werden dort aktuelle Problemlagen der Zielgruppe des SGB VIII, die Weiterentwicklung der örtlichen Kinder- und Jugendhilfe mit der dazugehörigen Jugendhilfeplanung sowie die Förderung der freien Kinder- und Jugendhilfe behandelt (a.a.O.: 177f.; vgl. § 71 Abs. 2 SGB VIII). Insofern spielte der Jugendhilfeausschuss auch für die Weiterentwicklung der kommunalen Familienbildung im Rahmen des Modellprojekts eine wichtige Rolle.

Obwohl familienbildende Angebote zu den Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe gehören, wurde die Familienbildung vor Beginn des Modellprojekts in kaum einer Kommune als eigenständiges Thema im Jugendhilfeausschuss erörtert. Entweder wurde sie im Kontext anderer Themenbereiche „mitbehandelt“ oder als indirekt vertreten angesehen, da viele im Jugendhilfeausschuss beteiligte Einrichtungen und Träger von ihrem Aufgaben- bzw. Angebotsspektrum her auch der Familienbildung zugeordnet werden konnten. Nur an einem Standort existierte ein eigener beschlussfähiger Familienausschuss (analog zum Jugendhilfeausschuss), in welchem alle relevanten Akteure der Familienbildung auf übergeordneter Ebene vertreten waren.

Vor diesem Hintergrund betonten daher auch die meisten Projektverantwortlichen in den Basisinterviews, dass sie die Familienbildung im Zuge des Modellprojekts explizit in den Jugendhilfeausschuss einbringen wollten. Im Verlauf des Modellprojekts konnte dies auch überall – in unterschiedlicher Weise und Intensität – umgesetzt werden. In der Regel wurde das Projekt mindestens einmal in einer Sitzung des Jugendhilfeausschusses präsentiert, zum Teil wurden auch fortlaufend Sachstandsberichte erstellt und in den Ausschuss eingebracht.

Eine besonders wichtige Rolle spielte der Jugendhilfeausschuss bei der Verabschiedung des kommunalen Familienbildungskonzepts (Näheres hierzu in Kap. 4.3.4) sowie bei der Auswahl der Familienstützpunkte (Näheres hierzu in Kap. 5.2).

2.4 Sozialraumorientierung als grundlegendes Konzept

Dem Konzept der Sozialraumorientierung kam während des gesamten Modellprojekts eine elementare Bedeutung zu. Bereits bei den Planungsprozessen, aber auch bei der Auswahl der Familienstützpunkte mussten sozialräumliche Differenzierungen beachtet werden.

Dabei ging es zum einen um die unterschiedlichen Sozialräume innerhalb einer Kommune (Stadt- oder Ortsteile, Quartiere oder Landkreisgemeinden). Die Projektverantwortlichen waren sich der Notwendigkeit einer differenzierten Planung bewusst, welche die unterschiedlichen sozialökologischen Lebensverhältnisse und soziokulturellen Lebenswelten von Familien berücksichtigt.

Die Einteilung des Jugendamtsbezirks in geeignete Planungsräume oder Gebiete bzw. die Nutzung vorhandener Differenzierungen stellte sich jedoch mitunter als Herausforderung dar, wie folgende Aussage belegt:

„Also, wir haben im Vergleich jetzt vorletztes Jahr einen Jugendhilfeplan ‚Spielen in der Stadt‘ verabschiedet – Spielflächenentwicklungskonzept, da ist es ganz, ganz kleinteilig: Also, [...] auf 57 Planungsbereiche sozusagen zergliedert und eine ganz, ganz kleinräumliche Betrachtung, wie viele Kinder sind da, wie viele Jugendliche sind da, wie ist der Überbauungsgrad, wie ist der Freiflächenanteil [...], welche Spielplätze gibt’s, welche Entwicklungsmöglichkeiten? Da kann man einen ganz feingliedrigen sozialräumlichen Ansatz fahren. Nur, wie macht man das bei der Familienbildung?“ (Basisinterview Koordinierungsstelle, Stadt)

Im Hinblick auf den niedrigschwelligen Zugang zu Angeboten mussten zudem räumliche Grenzen und Barrieren wie Straßen oder Flüsse beachtet werden, da sie im Alltag der Menschen häufig eine wichtige Rolle spielen.

Neben den Unterschieden innerhalb einer Kommune erwiesen sich zum anderen Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Räumen als bedeutsam. Kreisfreie Städte und Landkreise standen im Verlauf des Modellprojekts vor sehr unterschiedlichen Herausforderungen:

„Wir haben auch unterschiedliche Voraussetzungen, sowohl von der ganzen Struktur her, vom Bedarf her, als auch von den finanziellen Möglichkeiten und einfach andere, ja, Notwendigkeiten, die wir da beachten müssen.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Landkreis)

Dies zeigte sich sowohl bei den konzeptionellen und empirischen Projektschritten als auch bei der Realisierung der Familienstützpunkte:

„Und das ist aber aus meiner Sicht unser Kernproblem, und der Kernpunkt überhaupt, wie wir im Landkreis flächendeckend eine kompetente Stelle herkriegern.“ (Basisinterview Koordinierungsstelle, Landkreis)

Als ein Hauptunterschied stellte sich im Projektverlauf heraus, dass in Landkreisen mit den kreisangehörigen Gemeinden eine weitere politische Ebene einbezogen werden musste. Diese verfügen nicht nur über Infrastruktur und Personal vor Ort, sondern verfolgen auch eigene Interessen und konzeptionelle Vorstellungen im Hinblick auf familienbildende Strukturen. Insofern stellten sie in allen Projektphasen maßgebliche Partner dar und mussten von Anfang an in den Prozess eingebunden werden.

Trotz aller Unterschiede wurde eine enge interkommunale Zusammenarbeit, insbesondere zwischen kreisfreien Städten und angrenzenden Landkreisen, als grundsätzlich sinnvoll angesehen, wie folgendes Zitat belegt:

„Die Menschen nehmen Stadt und Landkreis als Region wahr. Die ganze Infrastruktur für den Landkreis – das gilt jetzt nicht nur für die Jugendhilfe – ist in der Stadt. Im Landkreis ist ja nichts! Und von daher ist es naheliegend, dass man dann eben auch, wenn man über Familienbildung nachdenkt, von vornherein darüber nachdenkt, dass man damit halt Stadt und Landkreis abdeckt.“ (Basisinterview Koordinierungsstelle, Stadt)

Die Zusammenarbeit erfolgte teilweise im Rahmen der Steuerungsgruppe (vgl. Kap. 2.2) oder des Familienbildungsnetzwerks (vgl. Kap. 3). In einem Fall wurde sie auch in einer gemeinsamen Erklärung der Stadt und des Landkreises offiziell festgeschrieben.

2.5 Formulierung einer gemeinsamen Definition von Familienbildung und Zielentwicklung

Für die angestrebte Weiterentwicklung der Familienbildung in den Modellkommunen war es notwendig festzulegen, was Familienbildung angesichts der jeweiligen Bedingungen vor Ort konkret bedeutet und anschließend gemeinsame Ziele zu formulieren.

In zwei Modellkommunen hatte man sich bereits vor Beginn des Modellprojekts mit der Definition von Familienbildung befasst. Dort gab es bereits entsprechende Formulierungen, an zwei weiteren lagen erste Entwürfe vor. Die übrigen Standorte setzten sich während der Modellphase mit dem Begriff Familienbildung auseinander. Dabei konnte ein Zusammenhang zwischen der Existenz von Vernetzungsstrukturen und dem Vorliegen einer Definition für den Bereich Familienbildung festgestellt werden: Dort, wo es bereits Arbeits- und Vernetzungsstrukturen im Bereich der Familienbildung gab, lag zu Beginn des Projekts auch eine Definition von Familienbildung vor. An den Standorten, wo es weder eine fertige Definition zum Begriff der Familienbildung noch einen Entwurf dazu gab, bestanden auch keine Netzwerke oder Arbeitskreise zum Thema Familienbildung.

Bei der Entwicklung einer Definition wurde meistens auf die vom **ifb** vorgeschlagene Begriffsbestimmung von Familienbildung zurückgegriffen; teilweise wurden auch andere Definitionen aus der Literatur oder aus themenverwandten Projekten herangezogen. Manche Standorte stützten sich vor allem auf den § 16 des SGB VIII oder auf Expertenmeinungen aus den im Rahmen des Projekts geführten Interviews.

Der Diskussionsprozess in den Kommunen verlief unterschiedlich: An drei Standorten wurde der Begriff der Familienbildung von den Projektverantwortlichen ohne Beteiligung weiterer Akteure formuliert. An vier Standorten wurde die Definition von Familienbildung im Familienbildungsnetzwerk erarbeitet oder zumindest dort diskutiert. Dabei wurde beispielsweise ein Entwurf von den Projektverantwortlichen vorbereitet und dann in der Steuerungsgruppe oder im Netzwerk diskutiert. An einem Standort entstand die Definition im Rahmen eines Workshops mit Akteuren aus dem Bereich der Kinder- und Jugendhilfe und z. T. aus der Erwachsenenbildung. Im anderen Fall wurden bei einem Netzwerktreffen zunächst Vorschläge gesammelt (Brainstorming), an Stellwänden visualisiert und anschließend kategorisiert. Die Ausformulierung der Definition und ihre Einarbeitung in das Familienbildungskonzept wurden dann von den Projektverantwortlichen übernommen. In einer Kommune wurde ein bereits vor dem Modellprojekt vorliegender Begriff von Familienbildung im Familienbildungsnetzwerk aufgegriffen und vor dem Hintergrund eines geplanten gemeinsamen Internetauftritts noch einmal neu diskutiert.

Der Formulierungs- bzw. Aushandlungsprozess der Definition von Familienbildung wurde von einigen Kommunen als schwierig bzw. als aufwändig empfunden. So wurde etwa berichtet, dass mehrere Definitionen mit unterschiedlichen Ansätzen und Vorgehensweisen existiert hätten und es eine Herausforderung gewesen sei, diese aufeinander zu beziehen. In einem Fall dauerte der Prozess mehrere Wochen:

„Wobei uns das sehr viele Nerven gekostet hat. [...] [Wir] sind da immer wieder über Dinge gestolpert.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Landkreis)

Ungeachtet der aufwändigen Erarbeitung waren alle Projektverantwortlichen von der Sinnhaftigkeit einer eigenen, kommunalen Definition von Familienbildung überzeugt. Ihr wurde vor allem der Nutzen zugeschrieben, familienbildende Angebote von anderen Bereichen abzugrenzen, wie beispielsweise Familienerholung, intervenierende Kinder- und Jugendhilfe oder den Koordinierenden Kinderschutzstellen (KoKi).

„Ich meine, es ist, glaube ich, schon angebracht, eben sich auf einer fachlichen Ebene noch mal damit auseinanderzusetzen, wie sehe ich denn jetzt die Familienbildung?“ (Abschlussinterview Koordinierungsstelle, Stadt)

Von der Begriffsbestimmung versprachen sich die Projektverantwortlichen auch eine Erleichterung bei der Entscheidung, welche Einrichtungen im Rahmen der Bestandserhebung befragt werden sollten (vgl. Kap. 4.1). Im späteren Verlauf des Modellprojekts wurde dieser Nutzen vereinzelt auch im Hinblick auf die Erstellung einer Internetplattform zur Familienbildung benannt. Nicht nur den Projektverantwortlichen selbst, sondern auch den freien Trägern wäre auf diese Weise klarer geworden, welche Angebote überhaupt als familienbildend gelten könnten und welche nicht.

„Das war für uns einfach ein wichtiger Arbeitsschritt. Ich glaube, dass nach wie vor, wenn du die Akteure fragst, was ist Familienbildung, du nicht eine aus der Pistole geschossene Antwort bei allen Netzwerkteilnehmern kriegst. Aber für uns [haben wir], [...] einen Konsens [...] gefunden [...], dass es sich abgrenzt von dem Bereich reine Freizeitangebote und von dem Bereich ‚Einzelfallorientierte Hilfen‘ und dass da in dem Bereich ein ganz, ganz großes wichtiges Feld ist, was es wert ist, gesehen zu werden und was auch einen guten Übergang schafft zwischen den verschiedenen Angeboten. Und dass es notwendigerweise auch ein bisschen fließende Grenzen gibt.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Landkreis)

Eine klare Definition von Familienbildung half nach Einschätzung der Projektverantwortlichen auch bei der Strukturierung von Aushandlungsprozessen im Familienbildungsnetzwerk:

„Man darf nicht so in einem engen Kontext nur Familien-, Elternbildung sehen, sondern muss schon [...] über den Tellerrand hinaus schauen – gerade wenn man Netzwerkstrukturen aufbaut. [...] Aber es ist enorm wichtig, dass man immer wieder zurückfindet auf den Punkt, um den es eigentlich geht.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Landkreis)

Und schließlich, so die Ansicht der Projektverantwortlichen, unterstützte der Definitionsprozess generell die Bewusstseinsbildung rund um den Bereich Familienbildung.

Bei der anschließenden Zielentwicklung ging es darum, die gemeinsame Richtung des Handelns zu bestimmen und weitere Schritte im Vorgehen darauf abzustimmen. Zunächst mussten Leitziele für das Projekt insgesamt gefunden werden. Dabei ging es darum, die generelle Richtung abzustecken und weitere erforderliche Schritte zu klären. Diese übergeordneten Leitziele sollten im Familienbildungskonzept (vgl. Kap. 4.3) niedergelegt und im weiteren Verlauf des Projekts in konkrete Handlungsziele für das Familienbildungsnetzwerk sowie für die Konzeptionen der Familienstützpunkte übersetzt werden (vgl. Kap. 3.2 und 5.4.1).

2.6 Zusammenarbeit mit den Koordinierenden Kinderschutzstellen

Die Koordinierenden Kinderschutzstellen (KoKi) sind zentrale Akteure im Bereich der Frühen Hilfen und insofern auch wichtige Partner für die Koordinierungsstelle für Familienbildung und die Familienstützpunkte. Daher wurde die Frage der Zusammenarbeit mit der KoKi vor Ort bereits im Auftaktinterview mit den Projektverantwortlichen an den Modellstandorten thematisiert. Es zeigte sich, dass an den meisten Modellstandorten der Aufgabenschwerpunkt der Koordinierenden Kinderschutzstelle im Bereich der (sekundären) Prävention gesehen wurde und die KoKi im Bereich der Angebote für Kinder unter drei Jahren als „natürlicher Kooperationspartner“ galt. Dabei ergaben sich mitunter auch Aufgabenüberschneidungen. Generell zeichnete sich die Zusammenarbeit zwischen der Koordinierungsstelle für Familienbildung und der KoKi laut den Aussagen der Projektverantwortlichen in den Interviews häufig durch kurze Kommunikationswege aufgrund der räumlichen Nähe beider Fachkräfte beim Träger der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe aus. Mehrfach wurde auch der Einsatz von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der KoKi als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zur Zielgruppenerreichung familienbildender Angebote gewürdigt.

Im Rahmen des Aufbaus der KoKi-Stellen hatte man an fünf Standorten bereits vor dem Modellprojekt interinstitutionelle Vernetzungsaktivitäten zur Abstimmung der Angebote im Bereich der Frühen Hilfen initiiert. In Verbindung damit waren an manchen Standorten auch Bestandserhebungen auf Einrichtungs- und Angebotsebene durchgeführt oder begonnen worden. Die vorhandenen Daten und die aufgebauten Strukturen konnten teilweise für das Modellprojekt genutzt werden:

„Das ist halt der Vorteil, den ich jetzt habe, dass da für die 0- bis 3-Jährigen ja schon ganz, ganz viel vernetzt worden ist und geleistet worden ist und das kann ich mir zu Nutze machen.“ (Basisinterview Koordinierungsstelle, Landkreis)

Im Modellprojekt selbst wurden die KoKis an allen Standorten von Beginn an einbezogen. Dabei gab es unterschiedliche Vorgehensweisen:

- An drei Standorten lag die Projektkoordination bei einer Person, die beim öffentlichen Träger angestellt war und daneben die Funktion der KoKi inne hatte,
- an weiteren drei Standorten wurde die KoKi direkt in die Steuerungsgruppe eingebunden, und
- an fünf Standorten wurde die KoKi in den erweiterten Akteurskreis der Familienbildung einbezogen.

Neben der Hoffnung auf Synergieeffekte äußerten einzelne Befragte zu Beginn der Modellphase auch Befürchtungen, dass aufgrund der inhaltlichen Überschneidungen auch Probleme bei der Abgrenzung zwischen Familienbildung und Koordinierendem Kinderschutz entstehen könnten.

Rückblickend zeigte sich jedoch, dass die positiven Erfahrungen bei weitem überwogen. Eine detaillierte Beschreibung der Erfahrungen, die im Verlauf des Modellprojekts in der Zusammenarbeit zwischen den Familienstützpunkten und den KoKis gemacht wurden, findet sich in Kap. 5.5.3.

3 Das kommunale Familienbildungsnetzwerk

Die Initiierung, der Aufbau und die Verstetigung eines Familienbildungsnetzwerks sind zentrale Bausteine im Gesamtkonzept zur Familienbildung und hatten deshalb auch bei der modellhaften Umsetzung des Projekts Familienstützpunkte einen hohen Stellenwert.

Die Ausgangsbedingungen im Bereich der interinstitutionellen Kooperation und Vernetzung waren an den einzelnen Standorten sehr unterschiedlich: In der Mehrzahl existierten bereits vor dem Modellprojekt verschiedene Arbeitskreise, Gremien, Runde Tische oder Lokale Bündnisse im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe oder in angrenzenden Bereichen. An drei Modellstandorten gab es auch bereits eine Art Familienbildungsnetzwerk, welches für das Modellprojekt genutzt werden konnte. Alle Städte und Landkreise, die gemeinsam einer Region angehörten, arbeiteten bereits im Rahmen von Arbeitskreisen, Projekten oder auf Ebene einzelner Angebote zusammen. Dabei deutete sich ein schwacher Zusammenhang zwischen Dauer und Ausmaß der Etablierung der bestehenden Strukturen einerseits und der Intensität der Vernetzung andererseits an: Je länger die Strukturen bestanden, desto intensiver war die Zusammenarbeit. Nur in drei Kommunen gab es vor Beginn des Modellprojekts wenig oder überhaupt keine explizite Netzwerkarbeit zwischen öffentlichen und freien Trägern.

3.1 Aufbau des Familienbildungsnetzwerks

Für die Initiierung, den Aufbau sowie für die Koordination der Netzwerkarbeit vor Ort war die Koordinierungsstelle verantwortlich.

3.1.1 Initiierung und Kontaktaufnahme

Zur Initiierung des Familienbildungsnetzwerks fanden an allen Standorten Auftaktveranstaltungen statt. Als sehr sinnvoll erwies sich aus Sicht der Projektverantwortlichen, die Auftaktveranstaltung gleich zu Beginn des Modellprojekts durchzuführen, um die Identifikation der Beteiligten mit dem Modellprojekt zu stärken. Zu dieser Veranstaltung wurden in der Regel alle potentiell relevanten Akteure aus der Region eingeladen. Manche Standorte entschieden sich dabei bewusst für einen sehr breiten Zugang:

„Bei der Auftaktveranstaltung haben wir sehr breit eingeladen damals. Wir haben alle Einrichtungen eingeladen, von denen wir wissen, dass sie für Familien irgendeine Art von Unterstützung anbieten. Alle Kindertageseinrichtungen, Schulen, aber auch sonstige freie Träger.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Stadt)

„Wir haben da [...] einen Weg gewählt, der die größtmögliche Bandbreite einfach ermöglicht. Wir haben wirklich so breit eingeladen, [...] natürlich alle großen Träger der Wohlfahrtspflege und im Bereich alles, was irgendwie mit Familie zu tun hat [...]. Und da hat sich dann ein Kern von 30 bis 40 aktiven Netzwerkpartnern herausgebildet und weitere 30 werden regelmäßig informiert, die eben auch Interesse dran haben, aber sich nicht aktiv beteiligen können.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Landkreis)

Mehrfach wurde betont, dass man zur Auftaktveranstaltung des Familienbildungsnetzwerks explizit auch bedeutende Persönlichkeiten eingeladen habe, um die Akzeptanz des Modellprojekts und der Vernetzung bei den anderen Gästen zu steigern:

„Und wir haben auch viele, ja sozusagen Persönlichkeiten eingeladen, also die Direktoren von den freien Wohlfahrtsverbänden und auch die Referenten der Stadt [...].“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Stadt)

An drei Standorten wurde am Ende der Auftaktveranstaltung das Interesse der anwesenden Akteure an weiteren Netzwerktreffen abgefragt. Dabei wurde eruiert, welche Akteure sich aktiv an der Netzwerkarbeit beteiligen, welche nur passiv involviert sein, d. h. lediglich über den Verlauf informiert werden wollten und welche kein weiteres Interesse an der Vernetzung hatten. Außerdem wurde erfasst, inwieweit die Akteure bereits in weiteren Arbeitskreisen, Gremien oder Netzwerken mitwirkten.

Mehrfach wurde in den Interviews betont, dass die eigene Mitwirkung der Projektverantwortlichen in Arbeitskreisen, Netzwerken, Projekten o. ä. sehr förderliche Auswirkungen auf den Aufbau des Netzwerks im Rahmen des Modellprojekts hatte:

„Also da nutzen wir einfach die vorhandenen, bewährten und sehr vertrauensvollen Netzwerkpartner, die wir da schon haben. Da haben wir wirklich Glück, dass wir darauf zurückgreifen können.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Stadt)

„Also, [...] man muss manchmal nur noch ein paar Knotenpunkte ergänzen, dann habe ich das entsprechende Netzwerk bzw. ein neues Thema in ein Netzwerk aufzunehmen, ist sicherlich auch sinnvoll.“ (Basisinterview Koordinierungsstelle, Stadt)

Gerade in kleineren Kommunen machten die Projektverantwortlichen häufig die Erfahrung, dass man in Gremien immer wieder auf die gleichen Personen traf:

„Dadurch, dass die Stadt relativ klein ist, sind es die identischen Leute, und dann baut man dann auf Vorhandenes schon auf [...]. Das ist insofern immer eine Art Fortführung, wenn wir neue Prozesse machen, die auf vorhandene Sachen aufbauen. Neue Leute sind da nicht drin gewesen.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Stadt)

Bei der Rekrutierung der Netzwerkmitglieder griffen alle Projektverantwortlichen ergänzend auch auf weitere persönliche Kontakte aus anderen Projekten oder Aktivitäten zurück. Genutzt werden konnten teilweise auch Einrichtungsübersichten oder Adressverzeichnisse zum Bereich der Familienbildung, die im Kontext früherer Vernetzungsaktivitäten (z.B. beim Aufbau eines KoKi-Netzwerks) erstellt worden waren.

An vier Modellstandorten nutzten die Projektverantwortlichen die Experteninterviews im Rahmen der Bestands- bzw. Bedarfserhebung, um Kontakte zu Einrichtungen herzustellen. Insbesondere auch in Landkreisen konnten hierdurch neue Partner gewonnen werden:

„Also, Frau [XY] hat auch immer Nachrichten mitgebracht [...] von ihren Interviews, wo sie immer nur gesagt hat: ‚Die wollen, die scharren die Hufe‘. Und ich gemerkt habe: Das ist neu! Also da kommt ein neues Potenzial dazu. Und das tut uns total gut. Das tut der Sache auch gut.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Stadt)

„Es gab aber auch wirklich Kommunen, die dann angerufen haben und gesagt haben: ‚Mir ist gar nicht bewusst, was wir alles tun oder was wir alles anbieten‘. Und die dann auch wirklich Interesse angemeldet haben und gesagt haben, sie möchten gerne mehr Informationen dazu haben und auf dem Laufenden gehalten werden.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Landkreis)

Auf diese Weise konnte in der Einschätzung der Projektverantwortlichen bei den freien Trägern auch das Bewusstsein für Familienbildung gefördert werden.

An Standorten, wo es keine anschlussfähigen Netzwerke gab, musste das Familienbildungsnetzwerk ganz neu aufgebaut werden. Hierbei wurde unterschiedlich vorgegangen: Während in manchen Kommunen einige wichtige Akteure der Region von Beginn an in die Planungen rund um das Modellprojekt einbezogen wurden, zogen es andere Standorte vor, sich zunächst intern abzustimmen, nur einzelne wichtige externe Akteure in die Steuerungsgruppe (vgl. Kap. 2.2) einzubeziehen und erst später den Akteurskreis zu erweitern.

3.1.2 Auswahl und Zusammensetzung der Akteure

Generell wurden für das Familienbildungsnetzwerk Vertreterinnen und Vertreter von Einrichtungen angesprochen, die Familienbildungsangebote bereits in ihrem Programm hatten oder von denen sich die Projektverantwortlichen wünschten, dass sie solche Angebote vorhalten. In der Regel wurde darauf geachtet, dass im Netzwerk Akteure mit unterschiedlichen institutionellen Hintergründen vertreten waren, um ein breites Spektrum abzudecken und viele verschiedene Ideen zusammenzubringen. Eine breite Auswahl wurde auch für die Bewusstseinsentwicklung als förderlich angesehen:

„Ich denke, dass es das Bewusstsein fördert, dass sich einfach viele Träger jetzt Gedanken machen; dass sie wissen, da passiert was [...]“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Landkreis)

Die Zusammensetzung der Familienbildungsnetzwerke war notwendigerweise an die jeweiligen lokalen Strukturen angepasst. Zu Beginn der Modellphase wurde überall zunächst eruiert, welche Akteure vor Ort aus Sicht der Projektverantwortlichen für die Familienbildung von Bedeutung waren. Auf Seiten der freien Träger gehörten dazu generell die Wohlfahrtsverbände. Auch die Erziehungsberatungsstellen bzw. Beratungsstellen für Kinder, Jugendliche und Eltern und die Schwangerschaftsberatungsstellen spielten eine zentrale Rolle. An fast allen Standorten war auch der Kinderschutzbund ein wichtiger Partner im Bereich der Familienbildung, an vier Standorten der Familienbund der Katholiken. An drei Vierteln der Standorte wurden auch Selbsthilfegruppen und/oder andere ehrenamtlich organisierte Familienbildungsstrukturen (z. B. Familienpaten) aufgeführt. Als relevante Akteure fungierten zudem Familienbildungsstätten, Mütter- und Familienzentren sowie (Mehr-)Generationenhäuser.

An der Hälfte der Standorte waren auch Erwachsenenbildungsträger beteiligt. Am häufigsten wurde dabei die Volkshochschule genannt, gefolgt von katholischen und evangelischen Bildungswerken bzw. -zentren, dem Kolping-Bildungswerk und vereinzelt dem Beruflichen Fortbildungszentrum der Bayerischen Wirtschaft.

In etwas über der Hälfte der Familienbildungsnetzwerke waren Kindertageseinrichtungen eingebunden, ferner Vertreterinnen und Vertreter der örtlichen Kirchengemeinden. Auch Einrichtungen des Gesundheitswesens, wie das Gesundheitsamt, Hebammen, Kinderärzte, Sozialpädiatrische Zentren, Gynäkologen oder Geburtskliniken, wurden an mehreren Standorten einbezogen. An drei Standorten wurden auch Fachakademien für Erzieherinnen und Erzieher benannt.

Von drei Projektverantwortlichen wurde betont, dass es wichtig sei, auch Vertreterinnen oder Vertreter von Schulen in das Netzwerk einzuladen, da laut der örtlichen Bedarfserhebung schulische Familienbildungsangebote „hoch im Kurs“ stünden und Schulen lebensnahe Orte für Familien seien. Besonders in den ländlichen Regionen wurden auch Vereine als wichtige Netzwerkpartner angesehen.

Auffällig war insgesamt, dass die Projektverantwortlichen im Interview zwar ohne Zögern eine Reihe von Akteuren benennen konnten, die für das Projekt bereits zu Beginn als besonders wichtig erschienen, gleichzeitig aber einräumten, dass darüber hinaus auch zahlreiche kleinere Einrichtungen Angebote der Familienbildung vorhalten würden, die den Projektverantwortlichen häufig jedoch gar nicht bekannt waren:

„Und dann gibt es so tausend kleine, wo man gar nicht weiß.“ (Basisinterview Koordinierungsstelle, Landkreis)

Eine wichtige Rolle spielte für alle Projektverantwortlichen die Verankerung der Netzwerkidee auf der Leitungsebene der Einrichtungen, da ohne diese eine aktive Einbeziehung von deren Mitarbeitenden nicht möglich sei:

„Wenn Vorbehalte gegen die Netzwerktreffen bei Vorgesetzten da wären, dann hätten wir auch keine Chance, die Mitarbeiter dann zu solchen Netzwerktreffen aktiv zu gewinnen.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Stadt)

Wichtig war auch, dass von Beginn an ein gemeinsamer Arbeitsauftrag bestand, aus dem zeitnah konkrete Produkte der Zusammenarbeit entstehen konnten, wie z. B. das Familienbildungskonzept oder gemeinsame öffentliche Veranstaltungen:

„Nur die Treffen zu machen, damit wir mal wissen, was so los ist, [da] kommt keiner. Das reicht nicht aus. Also man braucht eine gemeinsame Aufgabe.“ (Sonstiger freier Träger)

Als besondere Herausforderung für die Vernetzung im (strukturschwachen) ländlichen Raum erwies sich die Tatsache, dass es dort kaum Träger mit familienbildenden Angeboten gab. Gleichzeitig musste eine – mitunter sehr – große Anzahl eigenständiger Gemeinden in alle Projektschritte einbezogen werden, die sehr heterogene Sozialstrukturen und damit verbunden unterschiedliche Problemstellungen sowie verschiedene Ausgangsstadien in Bezug auf sozialräumliche interinstitutionelle Vernetzungsaktivitäten aufwiesen. Erschwert wurde die Vernetzungsarbeit in den Landkreisen auch durch unterschiedlich enge Kontakte der Projektverantwortlichen zu den einzelnen Gemeinden.

3.1.3 Nutzenerwartungen an die Netzwerkarbeit

Drei Projektverantwortliche gaben konkret ihre Erwartungen in Bezug auf eine Vernetzung im Bereich der Familienbildung an. Als gemeinsamer Nenner ihrer Aussagen lässt sich festhalten, dass das Netzwerk als eine Art (Multiplikations-)Plattform zur Information über das Modellprojekt, zum persönlichen Kennenlernen und zum fachlichen Austausch gesehen wurde. Als Chance für die Beteiligten wurden eine Erweiterung des eigenen Blickfelds und eine größere Transparenz bezüglich der Aufgaben und Zuständigkeiten der anderen Einrichtungen gesehen. Zudem eröffnete sich die Möglichkeit, im Netzwerk Angebote verschiedener Einrichtungen für die Region zielgruppengerecht aufeinander abzustimmen, Angebotslücken zu

identifizieren und im Bedarfsfall neue angebotsbezogene Kooperationen zwischen den Akteuren zu entwickeln. Ferner war man der Meinung, dass ein Netzwerk dazu beitragen kann, Vertrauen unter den Akteuren zu schaffen und damit Konkurrenzen vorzubeugen. Das Familienbildungsnetzwerk wurde zudem als unabdingbar zur Sicherung der Nachhaltigkeit des Modellprojekts gesehen, da nur so auch nach den ersten zwei Projektjahren ein ganzheitliches Angebot für die Familien vor Ort geschaffen und weitergeführt werden kann.

Ein(e) Projektverantwortliche(r) berichtete, dass zu Beginn von Seiten der freien Träger gewisse Vorbehalte gegenüber dem Modellprojekt und der Netzwerkarbeit bestanden, da es bereits viele Projekte und Aktivitäten vor Ort gebe und das Personal in den Einrichtungen kaum freie zeitliche Ressourcen neben ihrer täglichen Arbeit habe:

„Familienstützpunkt? Was soll denn das jetzt wieder sein? Also erst [herrschte] mal ein bisschen Skepsis. Wir mussten sehr viel Überzeugungsarbeit am Anfang leisten. Und wir haben natürlich auch festgestellt, das muss man einfach auch sagen, dass die Menschen, die in der sozialen Arbeit tätig sind, bis oben hin voll sind mit Arbeit.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Stadt)

Für die Überzeugungsarbeit wurde es daher als besonders wichtig angesehen, den Nutzen des Familienbildungsnetzwerks für die Akteure hervorzuheben. Dieser wurde beispielsweise auch in einer Erleichterung der Arbeit in den Einrichtungen gesehen:

„Ich habe mittlerweile ganz viele Rückmeldungen, sowohl von Einrichtungen wie auch von einzelnen Personen, die sagen, die Arbeit, die sie in Netzwerke investieren, kommt irgendwann zurück und man spart sich dadurch Zeit.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Landkreis)

Auch von den Einrichtungen selbst wurden Nutzenerwartungen formuliert: Im Vordergrund stand der Wunsch, einen Überblick über bestehende bzw. geplante Familienbildungsangebote vor Ort zu erhalten, um Familien bedarfsgerecht und direkt weiterverweisen zu können. Der Vernetzung wurde weiter der Nutzen zugesprochen, die eigene Einrichtung mit den Familienbildungsangeboten in der Öffentlichkeit und im Sozialraum bekannter zu machen, um in der Bevölkerung Hemmschwellen zur Inanspruchnahme von Leistungen abzubauen und die Zielgruppe möglichst niedrigschwellig erreichen zu können. Erhofft wurde die Chance, die eigene Fachkompetenz aufgrund praktischer Erfahrungen in der Arbeit mit der Zielgruppe in das Netzwerk einzuspeisen und hierdurch einen Gewinn für die Familien auf der Angebotsebene zu erzielen. Hinsichtlich der Zielgruppe wurde auch die Hoffnung formuliert, dass im Netzwerk der Bedarf an familienbildenden Angeboten vor Ort festgestellt wird und man gemeinsam passgenaue Angebote konzipieren könne.

3.2 Zusammenarbeit im Familienbildungsnetzwerk

Am Ende der Modellphase gab es an sieben Modellstandorten ein aktives Familienbildungsnetzwerk. An denjenigen Standorten, an denen bereits zu Beginn der Modellphase über Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und freien Trägern berichtet worden war, konnte dieses Ziel nicht erreicht werden. Ursächlich hierfür waren u. a. ausgeprägte Konkurrenzbeziehungen zwischen den Trägern, z. B. um öffentliche Finanzierungsmöglichkeiten oder auch in Bezug auf bestimmte Zielgruppen. Auch an den Standorten, wo es

vor dem Modellprojekt noch keine interkommunale Vernetzung von Stadt und Landkreis gab, gestaltete sich der Aufbau eines landkreisweiten Familienbildungsnetzwerks schwierig.

3.2.1 Gemeinsame Zieldefinition

Dort, wo ein Familienbildungsnetzwerk aufgebaut werden konnte, wurden dessen Ziele mehrheitlich gemeinsam im Netzwerk erarbeitet. Dabei traten nach Einschätzung der Projektverantwortlichen keine größeren Probleme auf. An einem Standort wurden die Ziele des bereits bestehenden Netzwerks weiterverfolgt. An drei Standorten bediente man sich für die Zielformulierung der Methode des Brainstormings. Die Vorschläge wurden gesammelt und z. B. auf Flipcharts visualisiert. Die Netzwerkakteure konnten anschließend anhand von Klebepunkten die Relevanz der vorgeschlagenen Ziele bewerten:

„Und da haben wir dann wirklich von den Teilnehmern selbst Ziele] in einem Brainstorming vorschlagen lassen und dann in einem Punktesystem bewerten lassen, um herauszufinden, was sind jetzt ganz konkrete Ziele, die die Teilnehmer gerne erreichen würden. Das glaube ich, war ein sehr gutes Vorgehen, weil es einfach noch einmal so [...] das Pragmatische auch mit reinbringt, dass man sagt, ‚Wir reden nicht nur von Familienbildung, wir wollen es eigentlich ganz konkret auch ganz gerne Dinge erreichen‘.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Stadt)

Die Priorisierung der Ziele war allerdings

„ein bisschen schwierig, weil es gibt eine ganze Reihe von Zielen, [von denen] man eben sagen muss, die sind mehr oder weniger gleich wichtig.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Stadt)

Diese Problematik wurde dadurch gelöst, dass Ziele, die nicht sofort umsetzbar waren und die vorherige Erreichung anderer Ziele voraussetzten, nachrangig verfolgt wurden. Die Ziel-sammlungen wurden in beiden Fällen von den Projektverantwortlichen inhaltlich strukturiert, schriftlich festgehalten und in das Familienbildungskonzept aufgenommen.

An einem anderen Standort war an der Zielfindung für das Netzwerk auch die Steuerungsgruppe maßgeblich beteiligt: Die Projektverantwortlichen hatten zunächst selbst Entwürfe erstellt und in die Steuerungsgruppe eingebracht. Nach einer Diskussion konnte in diesem Gremium ein gemeinsamer Nenner gefunden werden. Der erweiterte Akteurskreis im Familienbildungsnetzwerk wurde anschließend über das Ergebnis informiert. Seine Ergänzungen bzw. Anregungen wurden wiederum von der Steuerungsgruppe aufgenommen.

Bei den von den Standorten definierten zentralen Zielen der Vernetzung zeigten sich große Übereinstimmungen. Besonders verbreitet waren folgende Zielformulierungen:

- Schaffung eines Bewusstseins für Familienbildung auf allen Ebenen (Politik, Träger, Nutzer)
- Feststellung des Bestandes an familienbildenden Einrichtungen und Angeboten in der Region
- Feststellung des Bedarfs an familienbildenden Angeboten in der Region
- Abgleich zwischen Bestand und Bedarf, um
 - Angebotslücken aufzudecken,

- familienbildende Angebote neu zu konzipieren bzw. inhaltlich anzupassen, umzusetzen, aufeinander abzustimmen (inhaltlich, terminlich, örtlich) und
- konkrete Produkte für bestimmte Zielgruppen, wie z. B. Starterpaket für Familien mit Neugeborenen, (weiter-)zuentwickeln
- Schaffung eines Überblicks über bestehende familienbildende Angebote sowohl für die Vertreterinnen und Vertreter der (familienbildenden) Einrichtungen als auch für die Zielgruppe, so dass auch bei Bedarf fallbezogen weitervermittelt werden kann
- Schaffung von niedrighschwelligem Zugängen zu (schwer erreichbaren, bildungsfernen) Zielgruppen (spezielle Angebotsformen und Formen der Öffentlichkeitsarbeit, z. B. interkommunale Internetplattform)
- Wechselseitiges Kennenlernen der Netzwerkakteure untereinander, Stärkung der Kontakte und des gegenseitigen Verständnisses

An einzelnen Standorten wurden darüber hinaus folgende Zielsetzungen genannt:

- Entwicklung zielgruppenorientierter Ziele je nach Beschaffenheit und Problemstellungen der jeweiligen Sozialräume, z. B. Ermöglichung früher Kinderbetreuung, Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Frühzeitiges Erreichen von Familien
- Gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit für den Bereich Familienbildung

Grundsätzlich war man sich an den Modellstandorten darüber einig, dass klare Zielformulierungen in der Netzwerkarbeit unabdingbar sind. Letztlich sei nur so eine Erfolgskontrolle der Zusammenarbeit möglich. Die Aufgabe der Projektverantwortlichen wurde darin gesehen, die inhaltlichen Eckpunkte der Zusammenarbeit klar zu definieren, Ideen zur Zielfindung einzubringen, aber letztlich dem Netzwerk die Aushandlung zu überlassen. Sie sollten ferner klare Arbeitsaufträge formulieren, die dann beispielsweise in Arbeitsgruppen vertieft bearbeitet werden könnten.

3.2.2 Organisation der Zusammenarbeit im Netzwerk

Die Treffen der kommunalen Familienbildungsnetzwerke fanden in der Regel etwa drei- bis viermal im Jahr statt. An einem Standort trafen sich die Akteure alle sechs bis acht Wochen, um eine gemeinsame jährlich stattfindende Veranstaltung im Bereich der Familienbildung zu planen und zu organisieren.

Sehr gute Erfahrungen wurden an einem Standort damit gemacht, die Treffen jeweils bei einer anderen der teilnehmenden Einrichtungen durchzuführen. Die Einrichtungen konnten sich so den anderen Akteuren anschaulich präsentieren:

„Die sind auch stolz, ihr Haus zu zeigen. [...] Das sind so Kleinigkeiten, die sind aber im Hintergrund wichtig, dass dieses Vertrauen wächst.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Stadt)

An einem Standort wurden die Termine bewusst auf Wochenenden gelegt, um die Netzwerkakteure während der Woche zeitlich nicht zusätzlich zu belasten.

Die Projektverantwortlichen luden zu den Netzwerktreffen ein, bereiteten die geplanten Inhalte vor und moderierten die Treffen. Deren Ablauf sah an allen Standorten ähnlich aus: Zunächst wurde meist allgemein über den aktuellen Stand des Modellprojekts berichtet, bevor konkrete Inhalte besprochen und bearbeitet wurden. Um die Arbeitsatmosphäre an den Tref-

fen möglichst angenehm zu gestalten, wurde darauf geachtet, die Räumlichkeiten entsprechend der Inhalte und Arbeitsformen der Netzwerktreffen zu organisieren (z.B. mehrere Räume für Kleingruppenarbeiten sowie ein größerer Sitzungssaal mit entsprechender Technik für Präsentationen). An mehreren Standorten kümmerte man sich bewusst auch um eine angemessene Bewirtung, um die Wertschätzung gegenüber den im Netzwerk Engagierten auszudrücken.

Zur Strukturierung der inhaltlichen Arbeit im Netzwerk wurden unterschiedliche Arbeitsmethoden und Moderationstechniken eingesetzt. Besonders verbreitet waren Brainstorming oder Kartenabfragen zur Sammlung von Ideen oder Wünschen der Teilnehmenden, z.B. auch bezüglich der Zusammenarbeit im Netzwerk, die Visualisierung der besprochenen Inhalte an Stellwänden sowie der Einsatz von Kreativtechniken.

An vier Standorten wurden während der Netzwerktreffen Kleingruppen zur vertieften Auseinandersetzung mit bestimmten Fragestellungen gebildet. An zwei Standorten wurden in diesen Kleingruppen auch konkrete Arbeitsaufträge zur eigenverantwortlichen Bearbeitung vergeben. Die Ergebnisse wurden bei der nächsten Veranstaltung wieder in das Plenum eingebracht. Die Kleingruppenarbeit wurde von den Projektverantwortlichen als sehr positiv bewertet, zumal sie eine gute Möglichkeit bot, mit anderen Akteuren (erstmalig) persönlich ins Gespräch zu kommen. In einem überschaubaren Personenkreis war zudem die Hemmschwelle niedriger, sich aktiv zu beteiligen als in einem größeren Rahmen. Wie auch bei dieser Arbeitsform darauf geachtet wurde, die zusätzliche Arbeitsbelastung so gering wie möglich zu halten, schildert folgendes Zitat:

„Was jetzt gut geklappt hat, war im letzten Netzwerktreffen, dass wir die Möglichkeit gegeben haben, eine halbe Stunde eher zu kommen zum Netzwerktreffen und die Zeit zu nutzen, um an dem Ziel weiterzuarbeiten. Das hat gut funktioniert.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Stadt)

Die Ergebnisse der Netzwerktreffen wurden in der Regel von den Projektverantwortlichen oder deren Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeitern schriftlich oder auch fotografisch protokolliert. Die Protokolle hatten verbindlichen Charakter für alle Beteiligten und wurden an die Mitglieder versandt. Um auch zwischen den Netzwerktreffen die Kommunikation sicherzustellen, die Netzwerkakteure zusammenzuhalten und Unterstützungsbedarfe zu erkennen, hielten die Projektkoordinator(inn)en die Akteure, z.B. mit einem Newsletter, über den Projektstand auf dem Laufenden:

„Und es muss halt von unserer Seite eben, [...] sozusagen ein Koordinator sein oder die gute Seele, die auch so ein Netzwerk zusammenhält und dann auch sagt [...], wo kann man was anbieten, wo kann man auch jemanden noch unterstützen?“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Stadt)

3.2.3 Ressourcen für die Netzwerkarbeit

Für eine sinnvolle Netzwerkarbeit sind grundsätzlich ausreichende personelle, zeitliche, finanzielle sowie räumliche Ressourcen von allen Mitwirkenden erforderlich. In der ersten Projektphase, wo es um die Durchführung der Bestands- und Bedarfserhebungen sowie um die Erstellung des kommunalen Familienbildungskonzepts ging, wurde der zeitliche Aufwand als

am größten beschrieben. Wer welche Ressourcen bereitstellte, wurde in den Interviews mit den Projektverantwortlichen abgefragt.

Von Seiten des öffentlichen Trägers wurden im Wesentlichen die Steuerung und Koordination der Netzwerkarbeit eingebracht. Dabei handelte es sich um personelle, zeitliche und finanzielle Ressourcen (z. B. Gehälter der Projektverantwortlichen, Kosten zur Bereitstellung von Arbeitsmitteln an den Netzwerktreffen, für die Bewirtung der Netzwerkteilnehmer(innen) sowie für externe Referenten), um Fachkompetenzen hinsichtlich des Arbeitsfelds Familienbildung sowie hinsichtlich geeigneter Arbeits- bzw. Moderationsmethoden. Dies gaben sowohl die Projektverantwortlichen als auch die anderen befragten Akteure an. Kontakte zu wichtigen Akteuren wurden ebenfalls als Ressource der Projektverantwortlichen genannt.

Die freien Träger brachten insbesondere personelle und zeitliche Ressourcen in das Netzwerk ein. Als wichtige Ressource hervorgehoben wurde auch immer wieder die eigene Fachkompetenz im Bereich der Familienbildung aus der Arbeit mit der Zielgruppe und der Durchführung entsprechender Angebote. Einzelne Einrichtungen in freier Trägerschaft stellten zudem für die Netzwerktreffen Räumlichkeiten zur Verfügung. Von einzelnen Befragten wurde als Ressource auch der eigene Überblick über bestehende explizite oder implizite Vernetzungsaktivitäten in der Region oder in den einzelnen Sozialräumen genannt.

3.2.4 Das Thema Konkurrenz

Bei den Zwischeninterviews mit den Jugendämtern bzw. den Koordinierungsstellen kam auch das Thema Konkurrenz zur Sprache.

Allgemeine Konkurrenz

Es zeigte sich, dass in kaum einem Familienbildungsnetzwerk zu Beginn offene Konkurrenz unter den Beteiligten wahrgenommen wurde. Soweit mehrere Perspektiven pro Standort vorlagen (z. B. Sicht der Koordinierungsstelle und Sicht der freien Träger), stimmten die diesbezüglichen Wahrnehmungen in der Regel überein. Das Klima zwischen den unterschiedlichen Akteuren vor Ort wurde eher positiv eingeschätzt, wie folgende Aussage beispielhaft belegt:

„Ich habe eher den Eindruck, dass die sich gegenseitig ganz gut bereichern, inspirieren.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Stadt)

Aus einem Standort wurde allerdings berichtet, dass dort Konkurrenz immer wieder ein Thema gewesen sei. Man habe jedoch gleich zu Beginn der Netzwerkarbeit offen darüber diskutiert, wodurch ein konstruktiver Umgang miteinander möglich wurde:

„Und das war sehr spannend und das ist ganz, ganz positiv verlaufen und es ist von Anfang an auch offen kommuniziert worden – und die sehen sich auch heute noch als Konkurrenten, aber sehr wohlwollend. Also, die sehen sich wirklich auch als eine Einheit [...] – so unterschiedlich sie sind. [...] es gibt Absprachen, auch von Angeboten, [...] also wirklich ein sehr konstruktiver Umgang auch mit Konkurrenz.“ (Basisinterview Koordinierungsstelle, Stadt)

Ein(e) andere(r) Projektverantwortliche(r) sah in diesem Zusammenhang die Chance, durch die Netzwerkarbeit einer Konkurrenz auf Grund eines vermeintlichen Wissensvorsprungs anderer Akteure entgegenzuwirken:

„Und in dieser Arbeitsgemeinschaft Familienbildung haben wir eine Plattform gefunden, [...], wo wir erst mal auch über das Modellprojekt alle auf den gleichen Stand bringen können – ganz wichtig! Es wissen alle das Gleiche. Also es heißt nicht: ‚Wieso wissen die das schon und wir nicht, und warum haben die die Information und wir nicht?‘ Diese Arbeitsgemeinschaft Familien dient erst mal dazu, [...] den aktuellen Stand in Stadt und Landkreis allen mitzuteilen, auch zu hören, was steht bei euch im Moment an und natürlich das Miteinander anzukurbeln, den Austausch anzukurbeln, die Berührungspunkte abzubauen [...].“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Stadt)

In den Interviews wurden von den Projektbeteiligten folgende weitere Faktoren genannt, die dem Entstehen von Konkurrenz im Netzwerk vorbeugen könnten:

- Unterschiedliche institutionelle Hintergründe und darauf aufbauend verschiedene Arbeitsfelder und Zielgruppen der Einrichtungen
- Spezifische Ressourcen der Einrichtungen, die sich im Netzwerk ergänzen
- Kenntnis des Angebotspektrums der anderen Einrichtungen und gegenseitige Abgrenzbarkeit der Angebote:

„Jeder weiß vom anderen und wir schauen auch – ich denke, das kann ich von jedem sagen –, dass ich nicht [...] einer [etwas] machen muss, was der andere hat [...].“ (Sonstiger freier Träger)

- Gute Auslastung der familienbildenden Angebote der Einrichtungen
- Eigener sozialräumlicher Zuschnitt der Einrichtungen ohne Überschneidungen
- Persönliche und vertrauensvolle Kontakte unter den Akteuren schon vor Initiierung des Familienbildungsnetzwerks aufgrund früherer Zusammenarbeit, Kooperation etc.

Konkurrenz im Zusammenhang mit der Auswahl der Familienstützpunkte

Während das Thema Konkurrenz in den Kommunen auf einer allgemeinen Ebene weniger virulent war, zeigte sich an allen Standorten zum Zeitpunkt der Zwischeninterviews, dass im Zusammenhang mit der Auswahl der Einrichtungen, an welche die Familienstützpunkte angegliedert werden sollten, die Gefahr gesehen wurde, dass verdeckte Konkurrenzen unter den Mitgliedern des Familienbildungsnetzwerks oder zwischen anderen Akteuren offen ausbrechen könnten. Diesbezügliche Befürchtungen waren an einigen Modellstandorten bereits beim Basisinterview geäußert worden:

„Das ist eine ganz schwierige, diplomatische Geschichte. [...] Man kann da nicht mit der Tür ins Haus fallen und sagen: ‚Ok, ihr seid jetzt zehn Leute, aber von euch zehn kann ich leider nur drei fördern‘.“ (Basisinterview Koordinierungsstelle, Stadt)

Abgesehen von der Befürchtung, bei der Auswahl den Kürzeren zu ziehen, wurden von Seiten der Einrichtungen beispielsweise auch Bedenken dahingehend geäußert, dass von den neuen Familienstützpunkten Zielgruppen der eigenen Einrichtung abgezogen oder dass eigene Ideen für familienbildende Angebote in die Konzepte der Familienstützpunkte übernommen werden könnten:

„Aber ich denke, gerade wenn es um neue Ideen geht [...], dass da jeder Teilnehmer mit Vorsicht agiert und sich nicht so weit ‚rauslehnt. Also ich denke schon, dass da jeder guckt, [...] dass er es [ein Angebot] nicht vor Fertigstellung zu publik macht.“ (Sonstiger freier Träger)

„Es gibt jetzt Institutionen, die lassen sich nicht so gerne in die Karten schauen, [...] Wenn das Programm für den Herbst erarbeitet wird und dann wird gesehen, ‚Ah, die holen den oder jenen her, die sind da ganz aktiv‘, und andere wollen das vielleicht [auch] machen, dann steht man in Konkurrenz miteinander.“ (Sonstiger freier Träger)

Angesprochen wurde auch die Sorge, eigene Angebote könnten sich – vor dem Hintergrund der Zielsetzung, Parallelstrukturen zu vermeiden – als nicht mehr notwendig herausstellen.

Mit Hilfe verschiedener Maßnahmen wurde an den einzelnen Standorten versucht, diesen Befürchtungen bzw. der verdeckten Konkurrenz unter den Beteiligten im Zusammenhang mit der Auswahl der Familienstützpunkte zu begegnen. So wurde bereits zu Beginn des Modellprojekts mehrfach die Notwendigkeit betont, die freien Träger und auch anderweitig Interessierte von Beginn an in die Planungen und die Auswahl der Familienstützpunkte einzubeziehen:

„Die müssen wir mit ins Boot holen, und dann muss man sich [...] überlegen, wie kann das passieren, dass sich da keiner als Konkurrent empfindet [...] Es sind Konkurrenten, die da auf dem Markt sind und das muss man sensibel angehen.“ (Basisinterview Koordinierungsstelle, Stadt)

Des Weiteren wurde dafür plädiert, die Befürchtungen der unterschiedlichen Akteure offen anzusprechen, damit kooperative Lösungen gefunden werden könnten, etwa durch im Familienbildungsnetzwerk gemeinsam geplante und/oder umgesetzte Projekte oder Einzelaktionen:

„Da erhoffen wir uns, dass dann auch durch dieses Tätigwerden –, nicht nur dieses Sagen, sondern dieses Tätigwerden –, [...] auch klar wird, dass wir keine Konkurrenz [sein], sondern dass wir das gern mit ihnen zusammen machen wollen.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Landkreis)

Als wichtige und vertrauensbildende Maßnahme stellte sich an einem Standort die Auswahl der Familienstützpunkt-Einrichtungen auf der Basis vorher definierter, rein fachlicher Kriterien heraus. Generell wurde die hohe Bedeutung einer transparenten Entscheidungsfindung hervorgehoben (vgl. Kap. 5.2).

3.3 Einbeziehung der Zielgruppe in das Familienbildungsnetzwerk

Im Zusammenhang mit der Einrichtung eines Familienbildungsnetzwerks, an welchem alle relevanten Akteure beteiligt sein sollten, wurde auch die Frage aufgeworfen, inwieweit die direkte Einbeziehung der Zielgruppe in das Netzwerk sinnvoll ist. Es zeigte sich, dass dies nur von einem Standort befürwortet wurde. Alle anderen Befragten – egal ob Projektverantwortliche oder Vertreterinnen oder Vertreter der Familienstützpunkte oder sonstiger freier Träger – äußerten sich eher skeptisch bis ablehnend.

„Sinnvoll ja, wünschenswert ja – aber sicherlich eine sehr anspruchsvolle Aufgabe, das in die Praxis umzusetzen.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Stadt)

Häufig wurde die Ansicht vertreten, dass es keine Notwendigkeit dafür gebe, die Eltern direkt zu beteiligen, da ihre Wünsche und Vorstellungen durch die professionellen Akteure im Netzwerk ausreichend eingebracht würden.

„Die kommen ja eh schon, die Leute. Also man ist ja im Gespräch mit ihnen [...]: zwanglose Kaffeerunden, Spiele mit Familien, mit Kindern, mit Eltern und so weiter. [...] Da kann man schauen: ‚Was brauchen die, was wollen sie eigentlich?‘ Und dann im Gespräch [nachfragen]: ‚Sollen wir [...] mal einen Spielenachmittag machen oder wollt ihr mal eine gemeinsame Wanderung machen oder mal [ein] Gesundheitsthema ...‘“ (Interview Familienstützpunkt)

„Ich habe so die Erfahrung gemacht [...], dass das, was Familien eingebracht haben, das wurde schon vorher eingebracht. Das wussten wir schon alles.“ (Sonstiger freier Träger)

Weiterhin wurde vermutet, dass ohnehin nur „die eloquenten, umfassend informierten, kompetenten Familien“ für die Netzwerkarbeit gewonnen werden könnten und somit sozial schwächere Familien in der Angebotsgestaltung benachteiligt würden.

„Denn wie so oft in dem Bereich sind die, denen wir eigentlich Hilfestellung geben möchten und müssten und sollten, sehr zurückhaltend in ihren Äußerungen dahingehend, was ihnen denn helfen würde. [...] Elternbildung geht dann nur in eine ganz bestimmte Richtung und das fände ich schade, weil das wäre dann das Ziel verfehlt.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Stadt)

Angezweifelt wurde auch die Repräsentativität der eingebrachten Meinungen:

„Wenn man wirklich als Betroffener spricht, dann spricht man von seiner eigenen Situation, das ist dann vielleicht ganz interessant, aber das ist dann nur eine [Meinung].“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Landkreis)

Auch der Faktor Zeit wurde als Hindernis angeführt. Insbesondere junge Familien verfügten über wenig freie Zeit und seien zudem mit anderen Dingen beschäftigt. Weitere Argumente gegen die Einbeziehung der Zielgruppe waren, dass die inhaltliche Arbeit zu anspruchsvoll sei und dass es bei den Netzwerktreffen teilweise auch um Interna der beteiligten Einrichtungen gehe, die nicht unbedingt für die Öffentlichkeit bestimmt seien. Geäußert wurde auch die Ansicht, dass die beiden Ebenen nicht zusammenpassten:

„Das sind einfach zwei verschiedene Ebenen. Also in der Form, dass man sie einfach ins Netzwerk mit einbindet, glaube ich, nicht. Wenn, dann müsste das was Separates sein. [...] Es sind einfach zwei grundverschiedene Voraussetzungen.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Stadt)

An zwei Standorten wurden Eltern zwar nicht direkt in das übergreifende Familienbildungsnetzwerk eingeladen, aber im Rahmen öffentlicher (Netzwerk-)Veranstaltungen im Sozialraum der Familienstützpunkte an der Konzept- bzw. Angebotsentwicklung des jeweiligen Familienstützpunktes beteiligt.

3.4 Verstetigung des Familienbildungsnetzwerks

Mit dem Aufbau des kommunalen Familienbildungsnetzwerks war die Absicht verknüpft, die Zielsetzungen und Entwicklungsschritte des Modellprojekts vor Ort nachhaltig zu verankern und der Familienbildung zu einer besseren Struktur und Bedarfsgerechtigkeit zu verhelfen. Von mehreren Befragten wurde dieser Aspekt aufgegriffen, indem sie darauf hinwiesen, dass nur langfristig Angebote aufeinander abgestimmt und Lücken aufgedeckt werden könnten und

dass in der Region etablierte interinstitutionelle Netzwerke hierbei einen entscheidenden Beitrag leisten könnten.

In der Hälfte der Standorte wurde zum Zeitpunkt der Zwischeninterviews erwogen, das Familienbildungsnetzwerk auch nach Ende des Modellprojekts weiterzuführen. Hierzu gehörten vor allem die Kommunen, in denen man sich bereits vor dem Modellprojekt vernetzt hatte, sowie die Standorte mit einem interkommunalen Familienbildungsnetzwerk.

Um das Familienbildungsnetzwerk nach Ende des Projekts weiterführen zu können, müssen aus Sicht der Projektverantwortlichen verschiedene Faktoren erfüllt sein. Als absolut notwendig wurde ein grundsätzliches Interesse der Netzwerkteilnehmer an der Fortführung des Netzwerks erachtet. Hierzu sei es wichtig, dessen Nutzen herauszustellen (vgl. Kap. 3.1.3). Dieser kann beispielsweise darin bestehen, regelmäßig über Aktivitäten, Aufgaben, Bedarfe, Angebotslücken sowie der Neukonzeption von Angeboten informiert zu werden. Unbedingt erforderlich scheint zudem die zuverlässige Steuerung und Koordination der Vernetzung durch die Projektverantwortlichen des öffentlichen Trägers zu sein:

„Da wird immer jemand da sein müssen, der einlädt, der die Themen vorbereitet, nachbereitet, das wird sich nicht verstetigen, wenn da nicht jemand da ist, der sich darum kümmert. [...] Ich denke, dass es schon notwendig ist, dass da immer jemand da ist, der so eine Art – ich sage jetzt nicht Steuerung, aber sagen wir mal eher, Moderation übernimmt, weil sonst endet das wie bei ganz, ganz vielen Sitzungen und Veranstaltungen: Man wirft Themen auf, da muss aber jemand da sein, der sagt, o. k., wir sammeln das, wir werten das aus, machen wir dazu eine Arbeitsgruppe, wann treffen wir uns?“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Stadt)

Das grundlegende Netzwerkmanagement sollte zudem längerfristig bei einer Person angesiedelt sein:

„Sobald die Gesichter verschwinden, [...] verschwinden natürlich auch wieder Kontakte, Beziehungen.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Landkreis)

Die Form, in der das Familienbildungsnetzwerk nach der Modellphase weitergeführt werden sollte, war an den einzelnen Standorten sehr unterschiedlich: In mehreren Kommunen wurde eine Institutionalisierung des Familienbildungsnetzwerks in Form einer Arbeitsgemeinschaft gemäß § 78 SGB VIII angestrebt. Einem Standort gelang es, dieses Vorhaben noch während der Modellphase umzusetzen. Andernorts wurde eine Zusammenlegung des Familienbildungsnetzwerks mit anderen themenverwandten Netzwerken angedacht, damit die Beteiligten durch die verschiedenen Gremien nicht doppelt belastet würden und der Arbeitsaufwand für deren Netzwerktätigkeit im Alltagsbetrieb vertretbar bliebe. In Erwägung gezogen wurden auch seltenere Netzwerktreffen, wie beispielsweise nur noch ein- bis zweimal pro Jahr. An zwei Standorten sollte das Familienbildungsnetzwerk als jährlicher Fachtag zur Familienbildung mit Messecharakter weitergeführt werden. Auf diese Weise sei ein Rahmen für ungezwungenes „Networking“ unter den Institutionen geschaffen, der einen regelmäßigen Austausch über aktuelle Themen ermögliche.

4 Umsetzung der empirischen Planungsschritte

Die Anerkennung der Zugehörigkeit der Familienbildung zur Kinder- und Jugendhilfe sollte auch ihre Einbeziehung in die örtliche Jugendhilfeplanung gemäß §§ 79 und 80 SGB VIII nach sich ziehen. Daher war es ein wichtiger Bestandteil des Modellprojekts, die zentralen Elemente einer differenzierten Jugendhilfeplanung – Bestandserhebung, Bedarfsermittlung und Maßnahmenplanung – an den Modellstandorten speziell für den Bereich Familienbildung umzusetzen und zu erproben. Für die Planung und Organisation der einzelnen Arbeitsschritte war jeweils die Koordinierungsstelle verantwortlich.

4.1 Bestandserhebung

Die Bestandserhebung diente dazu, zunächst einen Überblick über die in der Kommune vorhandenen Angebote, Einrichtungen, Träger und Netzwerke im Bereich der Familienbildung zu erhalten. In die Erhebung einbezogen werden sollten nach Möglichkeit alle Einrichtungen und Träger, die familienbildende Angebote nach § 16 SGB VIII vorhalten. Dabei wurde angeregt, die Bestandserhebung nicht nur auf die „klassischen“ Anbieter der Familienbildung zu beziehen, sondern auch die so genannte „implizite“ Familienbildung in den Blick zu nehmen. Zu diesem Bereich gehören auch Einrichtungen, die auf den ersten Blick möglicherweise wenig mit Familienbildung zu tun haben, wie z. B. Selbsthilfeinitiativen oder Vereine, die im Alltag der Familien aber oft eine bedeutsame Rolle spielen.

Die beiden Leitfragen der Bestandserhebung lauteten:

- Welche familienbildenden *Einrichtungen* gibt es in der Kommune?
- Welche familienbildenden *Angebote* werden (an welchen Orten) durchgeführt?

Der Überblick war insbesondere auch im Zusammenhang mit der geplanten Auswahl und Einrichtung von Familienstützpunkten von Bedeutung (vgl. Kap. 5).

4.1.1 Konzeptionelle Vorüberlegungen und Instrumente

Vor der eigentlichen Erhebung sollte vor Ort entschieden werden, welches Ziel mit der Bestandserhebung – neben der Erstellung einer Planungsgrundlage – verfolgt und was genau erfasst werden soll: Denkbare Verwendungsmöglichkeiten waren z. B.

- die Erstellung einer Übersicht oder Datei mit einrichtungs- oder angebotsbezogenen Informationen für die Fachkräfte im Jugendamt und in den Familienstützpunkten,
- die Veröffentlichung einer Broschüre für Eltern, die entweder nur Anschriften von Einrichtungen und ggf. Hinweise auf deren Angebotsschwerpunkte enthält oder auch als regelmäßig erscheinende Publikation aktuelle Angebote und Termine auflistet oder
- die Zusammenstellung von Anbietern und/oder Veranstaltungen auf einer Internetplattform (vgl. Kap. 7).

Die Standorte hatten hierzu unterschiedliche Vorstellungen, die teils sehr vage waren, teils schon konkret in die Planung der Erhebung einfließen. Im Rahmen zweier vom **ifb** durchgeführter Workshops wurden geeignete Erhebungsmethoden vorgestellt und die entsprechenden Instrumente diskutiert. Für eine systematische Erhebung des Bestandes an Einrichtungen und Angeboten eignen sich insbesondere quantitative Verfahren. Aufgrund der vorgegebenen

Antwortmöglichkeiten lässt z. B. eine standardisierte Befragung einen vergleichsweise schnellen Überblick über den Bestand zu. Als Grundlage für eine solche Erhebung an den Modellstandorten wurde ein Fragebogen entwickelt, der ausgedruckt und handschriftlich oder direkt am PC als digitales Formular ausgefüllt werden konnte. Der Bogen richtete sich an familienbildende Einrichtungen und enthielt Fragen zur Einrichtung selbst sowie zu deren familienbildendem Angebot, wobei sich die Fragen auf das gesamte Angebot bezogen. In Abstimmung mit der wissenschaftlichen Begleitung konnte der Bogen an die spezifischen Gegebenheiten und Anforderungen einzelner Kommunen angepasst werden. Um detaillierte Angaben zu einzelnen Angeboten zu erheben, wurde ein ergänzender Bogen entwickelt, der Fragen zu Inhalten und Zielgruppen sowie zu Form und Art der Durchführung des Angebots enthielt. Hintergrund dieses Bogens war die Überlegung, dass die Weiterentwicklung des familienbildenden Gesamtangebots auf kommunaler Ebene nicht nur die Einrichtungsebene in den Blick nehmen, sondern nach Möglichkeit auch vom Bestand an konkreten Angeboten ausgehen und diesen in Bezug zu den formulierten Bedarfen setzen sollte (vgl. Kap. 4.3). Insbesondere für die Landkreise wurde ein dritter Bogen entwickelt, auf welchem zudem die Gelegenheitsstrukturen vor Ort, wie z. B. relevante Ansprechpartner für Familienthemen sowie mögliche Veranstaltungsorte in den Gemeinden, erfasst werden konnten. Des Weiteren wurden den Standorten auch qualitative Verfahren, wie z. B. leitfadengestützte Interviews, vorgestellt, welche sich auch zur persönlichen Kontaktaufnahme mit Einrichtungen und Trägern eignen.

4.1.2 Durchführung der Erhebung

Zehn Modellstandorte führten mit Hilfe des vom *ifb* entwickelten – teilweise modifizierten – Fragebogens eine standardisierte Bestandserhebung bei Einrichtungen bzw. Trägern vor Ort durch.² Pro Standort wurden dabei zwischen 16 und 389 Einrichtungen bzw. Träger befragt. Die quantitativen Unterschiede gehen nicht nur auf die unterschiedliche Größe der beteiligten Kommunen zurück, sondern auch auf die je nach Standort unterschiedlich breit angelegte Erhebung.

Adressaten

Der Adressatenkreis der Erhebung war breit gefächert. In den meisten Modellstandorten, vor allem in den größeren Städten, standen einige größere, klassische Einrichtungen oder Träger schnell als zentrale Befragungsteilnehmer fest. Angesichts der großen Menge an Anbietern konzentrierte man sich in städtischen Gebieten häufiger (zunächst) auf diese großen Akteure. In den ländlichen Gebieten ergab sich die Menge von Einrichtungen, die in die Erhebung einbezogen werden mussten, bereits aus der großen Anzahl landkreisangehöriger Gemeinden. Manche Standorte befragten ausschließlich Einrichtungen, während andere auch Träger oder Einzelpersonen in die Erhebung einbezogen. Gelegentlich ließen sich diese beiden Kategorien auch nicht klar voneinander abgrenzen, wie folgendes Zitat belegt:

² Ein Standort hatte kurz vor Projektbeginn bereits eine entsprechende Erhebung durchgeführt und plante, diese zu einem späteren Zeitpunkt mit Hilfe der im Rahmen des Modellprojekts neu entwickelten Internetplattform zu ergänzen.

„Und es gibt auch Träger, die keine Einrichtungen haben, die quasi dezentral oder mobil oder wie auch immer [...] arbeiten [...] [Wie z. B.] der Familienbund, der hat jetzt keine Familienbildungseinrichtung, der arbeitet mit den Pfarrgemeinden oder mit den katholischen Kindergärten zusammen [...]. Da ist es dann getrennt. Also deswegen hat diese Unterscheidung zwischen Träger und Einrichtungen bei uns eigentlich kaum so eine Rolle gespielt. Mit Ausnahme der Kinder- und Tages[einrichtungen]. Das war mir nochmal wichtig, die Tageseinrichtungen separat zu befragen, weil wir die mit dem anderen Fragebogen nicht erreichen konnten.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Landkreis)

Dort, wo sowohl eine kreisfreie Stadt als auch ein Landkreis aus der gleichen Region am Modellprojekt beteiligt waren, wurde die Bestandserhebung gemeinsam durchgeführt. Durch eine Aufteilung der zu befragenden Einrichtungen – insbesondere derjenigen aus der Stadt, da deren Nutzer häufig sowohl aus der Stadt als auch aus dem Landkreis stammen – konnte der Aufwand für beide Seiten reduziert werden.

„Wir haben die großen Träger im Stadtgebiet [...] einfach aufgeteilt, so halb-halb, wobei wir zusätzlich dann noch die Gemeinden angefragt haben.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Landkreis)

Zugang zu den Einrichtungen

Die Fragebögen wurden überwiegend per E-Mail verschickt oder als Datei zum Download ins Internet gestellt. Zur Information und als Werbung wurden zusätzlich häufig das Familienbildungsnetzwerk und andere Gremien und Arbeitskreise genutzt. Zum Teil wurde auch gezielt Öffentlichkeitsarbeit betrieben, insbesondere bei den Fachkräften (vgl. Kap. 6). An Standorten, wo die Kommunikation mit den Anbietern noch wenig ausgebaut war, konnte die Bestandserhebung auch zur Kontaktaufnahme genutzt werden, wie das folgende Zitat aus einem Landkreis illustriert:

„Also, besonders gut empfand ich wirklich die Befragung der Kommunen und der Pfarreien. Gar nicht, um die Daten zu gewinnen, sondern [...] in Kontakt [...] zu kommen und um das Bewusstsein der Kommunen und Pfarreien auf diesen Punkt zu lenken.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Landkreis)

Zwei Landkreise machten mit folgendem Vorgehen gute Erfahrungen: Zunächst wurde ein Informationsschreiben an die Bürgermeister sämtlicher Landkreisgemeinden versandt. Anschließend wurden von diesen dann Einrichtungen mit Angeboten zur Familienbildung sowie weitere Gelegenheitsstrukturen erfragt. Die Bestandserhebung auf Einrichtungs- und Angebotsebene erfolgte dann jeweils gemeinsam mit der benachbarten Stadt. Dieses Vorgehen wurde als sehr gut empfunden:

„Würde ich auf jeden Fall wieder so machen, weil dadurch die Gemeinden sehr gut informiert waren und auch sich selbst Gedanken gemacht haben, ‚Was gibt’s überhaupt bei uns für Familien, wer ist da Ansprechpartner‘. Weil es uns natürlich auch Informationen verschafft hat, also nur dadurch konnten wir so eine breite Bestandserhebung dann machen.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Landkreis)

Rücklaufquote

Die Rücklaufquote bei der standardisierten Bestandserhebung lag je nach Standort zwischen 24 und 100 %. Dabei fällt auf, dass an denjenigen Standorten, die nur wenige – in der Regel zentrale – Einrichtungen gezielt (und häufig persönlich) angesprochen hatten, die Rücklaufquote 80 % und mehr betrug, während bei sehr breit angelegten Befragungen, in die z. B. alle Kindertageseinrichtungen und alle kreisangehörigen Gemeinden einbezogen wurden, die Quoten deutlich niedriger lagen. Vermutlich wurde der Rücklauf von bestehenden Kontakten und einer entsprechend persönlichen Ansprache positiv beeinflusst, während eine neutrale Ansprache, z. B. durch ein postalisches Anschreiben, weniger zur Beteiligung anregte. Um den Rücklauf zu erhöhen, wurde teilweise nach einer angemessenen Zeit noch einmal an die Erhebung erinnert und um Rücksendung des Bogens gebeten.

„Bei denen, wo nichts kam oder die Daten einfach für uns nicht verwertbar waren, habe ich nachgehakt – mit unterschiedlichem Erfolg. Es gab Kommunen, da habe ich bis heute keine Rückmeldung, wobei das, glaube ich, insgesamt nur vier oder fünf waren.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Landkreis)

Als Gründe für einen nicht zufriedenstellenden Rücklauf wurden von Projektverantwortlichen auch ein ungünstiger Zeitpunkt der Erhebung sowie mangelnde zeitliche Ressourcen der Fachkräfte in den Einrichtungen vermutet.

Zwei Standorte ergänzten die standardisierte Bestandserhebung mit Experteninterviews und bewerteten dieses Vorgehen als sehr fruchtbar.

4.1.3 Aufbereitung und Auswertung der Daten

Die Angaben aus den Fragebögen mussten für die Auswertung erfasst und aufbereitet werden. Hierfür wurde vom **ifb** eine Excel-Datenmaske vorbereitet, in welche die Daten eingegeben werden konnten und welche die Durchführung von Auswertungen und Analysen ohne Einsatz eines speziellen Statistikprogramms ermöglichte. An einzelnen Modellstandorten holte man sich für die Auswertungen Unterstützung, z. B. bei der EDV-Abteilung:

„Die EDV bei uns im Hause hat uns da eine große Erleichterung gemacht. Die haben uns dieses Formular als digital ausfüllbares Formular gemacht.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Landkreis)

Die Analyse der Daten und die Darstellung der Ergebnisse wurde von einigen Projektverantwortlichen nicht nur als zeitlich aufwändige, sondern auch als fachlich anspruchsvolle Herausforderung empfunden, wie folgendes Zitat belegt:

„Wenn man ein Arbeitsinstrument einführt, wenn man eine bestimmte Methodik einführt, dann finde ich, muss man gucken, muss man sich dessen auch sicher sein, dass die Leute dieses Handwerkszeug auch beherrschen können.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Stadt)

4.1.4 Erfahrungen und Stolpersteine

Die Durchführung der Bestandserhebung wurde von den meisten Fachkräften in der Koordinierungsstelle als lohnende, gleichzeitig aber auch als herausfordernde und aufwändige Aufgabe wahrgenommen:

„Also das fand ich schwierig mit dem Bestand, weil man musste den Bestand zu einem bestimmten Zeitpunkt erheben und das ist ja immer etwas Fließendes. [...] Auf der anderen Seite – sehr interessant: was gibt es alles? Dass zum Beispiel in der Pubertät irgendwann mal so ein Loch ist, ganz interessante Information.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Stadt)

Die Bestandserhebung wurde als wichtiger Schritt für die Weiterentwicklung der Familienbildung in der Kommune angesehen:

„Dieser Bestand ist ganz wichtig, damit ich weiß, wer sitzt wo, wer hat mit wem Probleme, wo gibt es Lücken, wo gibt es Parallelstrukturen – ganz wichtig.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Stadt)

„Das war absolut eine sinnvolle Geschichte, und den Bestand zu erheben ist sowieso unerlässlich.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Landkreis)

Auch konnte sie zu einer Sensibilisierung der Akteure für die Familienbildung beitragen:

„Es gab aber auch wirklich Kommunen, die dann angerufen haben und gesagt haben: ‚Mir ist gar nicht bewusst, was wir alles tun oder was wir alles anbieten‘.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Landkreis)

In den Workshops und den Interviews wurde allerdings immer wieder auch von Schwierigkeiten und Stolpersteinen berichtet. Dabei gab es einige Schwerpunkte, wie die folgenden Ausführungen zeigen.

Definition und Abgrenzung von Familienbildung

Die Frage der Definition bzw. der Abgrenzung von Familienbildung erwies sich bei etwa einem Drittel der Standorte als Stolperstein: Eine unzureichende vorherige Klärung der Frage, welche Angebote als familienbildend gelten und welche Einrichtungen dem Bereich der Familienbildung zugeordnet werden sollen, führte wiederholt dazu, dass Einrichtungen und ihre Angebote nicht erfasst wurden, weil sie sich selbst nicht als Anbieter von Familienbildung verstanden.

„Ich denke, das war das Schwierigste und es sind auch sicher einige durchgerutscht, die gesagt haben: ‚Ja, wir machen zwar da was für Eltern, aber das ist ja keine Familienbildung‘.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Stadt)

Insbesondere im Zusammenhang mit Kindertageseinrichtungen wurde diese Erfahrung häufiger beobachtet:

„Und bei der Bestandserhebung war es so, dass wir am Anfang ja festgestellt haben, dass sich die wenigsten als familienbildende Maßnahmen ansehen, [...] z. B. auch [...] viele Kindergärten, die sich nicht als familienbildende Einrichtung einschätzen.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Stadt)

Als nicht immer einfach erwies sich auch die Auswahl der Einrichtungen, die in die Befragung einbezogen werden sollten: Durch die Konzentration auf große bzw. klassische Anbieter konnten manche Standorte die Breite des Anbieterspektrums vor Ort nicht vollständig abbilden. Andere Standorte machten die Erfahrung, dass ein zu offener Ansatz zu einer hohen Zahl von Nachfragen und viel Klärungsbedarf im Zusammenhang mit der Erhebung führte.

„Einen ähnlich breiten Weg haben wir auch bei der Bestandsaufnahme gewählt. Das ist natürlich logisch, dass man alle anschreibt, was irgend möglich ist, was einem irgend einfällt, also gerade im Landkreis, da denkt man natürlich dann an die Ortskulturringe, an die Vereine, ja alle möglichen Musikkapellen, die vielleicht irgendeine Art von Jugend- oder Familienarbeit machen.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Landkreis)

Vor allem an Standorten, an denen der Begriff Familienbildung noch nicht etabliert war, ergaben sich entsprechende Schwierigkeiten.

Verhältnis von Aufwand und Nutzen

Ein zweiter Aspekt, der von den Verantwortlichen in der Koordinierungsstelle häufig als schwierig empfunden wurde, bezog sich auf das Verhältnis von Aufwand und Nutzen: Konzeptionell war vorgesehen, die Einrichtungen auch differenziert nach einzelnen Angeboten zu befragen, um einen möglichst vollständigen Überblick über das familienbildende Angebot in der Kommune zu erhalten sowie dieses entsprechend dem Bedarf (vgl. Kap. 4.2) weiterzuentwickeln. An den meisten Standorten zeigte sich jedoch, dass der mit einem solchen Differenzierungsgrad verbundene Erfassungsaufwand von den Einrichtungen als nicht leistbar angesehen wurde.

„Wir haben recht gute Rückmeldungen bekommen zu dem ersten Teil des Fragebogens. Aber den zweiten Teil des Fragebogens, wo es dann darum ging, die einzelnen Angebote aufzulisten, der wurde gar nicht gut angenommen. Da haben dann viele wahrscheinlich gedacht, wir haben doch schon hier angegeben, was wir machen [...]. Das war ganz unterschiedlich und dadurch konnten wir den zweiten Teil nicht gut auswerten. Manche haben sich wirklich große Mühe gegeben, alle Angebote einzeln aufgelistet, aber andere dann gar nicht und dadurch, dass solche Lücken da waren, konnten wir das schlecht auswerten.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Stadt)

Das Zitat beschreibt die Erfahrung, dass – da zum Zeitpunkt der Erhebung häufig noch nicht genau feststand, in welcher Weise die Daten später verwendet werden sollten – der Nutzen einer differenzierten angebotsbezogenen Datenerhebung nicht gesehen wurde und viele Einrichtungen nicht bereit waren, umfängliche Angaben zu machen.

„Wir hatten ja versucht, die Ergebnisse aus der Bestandsaufnahme dann auch direkt zu übertragen in unsere Datenbank. Also wenn wir das noch mal machen, [...] so war jetzt unsere Überlegung, dann würden wir es konkreter an dem Zweck ausrichten, für den wir die Daten verwenden wollen.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Stadt)

„Und ich denke, das wäre für mich so was in Zukunft: [...] man müsste den Anbietern einfach einen [An]Reiz bieten, indem dass man sagt, ‚Okay, wir veröffentlichen euch oder euer Angebot auf dem Portal oder drucken euch ab‘. Ich denke, wenn sie [...] einen Wer-

beeffect hätten, wäre die Bereitschaft vielleicht noch mal größer.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Landkreis)

Die Rückmeldungen von den Modellstandorten warfen in diesem Zusammenhang ein grundsätzliches Dilemma auf: Für eine differenzierte Befragung, die auch detailliert die Angebots-ebene in den Blick nimmt, ist ein umfangreicher Fragebogen nötig, was dazu führt, dass die Bereitschaft der Träger sinkt, diesen (vollständig) auszufüllen. Der Rücklauf ist bei einem knapperen Erhebungsbogen höher, der Nutzen der Erhebung wird dann allerdings geringer – insbesondere für die Eltern:

„Ich fand die Bestandsaufnahme ziemlich wertvoll. Wir haben ja die Infodatenbank [...] daraus gemacht. Daraus können wir aber keine Angebote ziehen, sondern nur die Einrichtungen [und] zu welchen Themen sie Angebote machen. Das ist natürlich eine Information [...] für Fachleute, [...], aber Eltern suchen zielgerichtet nach einem Angebot, würde ich [...] mir denken.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Landkreis)

„Für die Eltern ist es völlig uninteressant, eigentlich, weil es einfach ganz schwierig ist, da das zu kriegen, was man will, nämlich ein konkretes Angebot.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Landkreis)

Die Erfahrungen belegen eindrücklich die Notwendigkeit, bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt zu entscheiden, in welcher Weise die Daten verwendet werden sollen.

Zeitliche Überschneidungen mit anderen Erhebungen

In mehreren Kommunen wurde die Bestandserhebung durch zeitliche Überschneidungen mit anderen Erhebungen erschwert: Eine Kommune entschied sich dafür, zwei Befragungen miteinander zu kombinieren, wobei sich der gleichzeitige Versand von zwei Bögen und die Selbstzuordnung der Einrichtungen zu dem für sie zutreffenden Bogen im Nachhinein als nachteilig herausstellte. Besser funktionierte eine Kombination beider Fragebögen, wobei diese Entscheidung mit Einbußen beim Fragenumfang einherging. In einer dritten Kommune wurde die Erhebung parallel zu einer Erhebung der Jugendhilfeplanung durch ein externes Institut durchgeführt. Auch hier kam man rückblickend zu der Einschätzung, dass eine zeitliche Entkopplung zielführend gewesen wäre:

„Problematisch war da vielleicht ein bisschen, dass wir zeitgleich auch die Jugendhilfeplanung am Laufen hatten [...] und ich denke, die Einrichtungen da auch ein bisschen überfordert waren mit der Menge der Fragebögen [...]. Wenn man das anders gegliedert hätte, [...] wäre vielleicht mehr rausgekommen.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Landkreis)

4.2 Bedarfsermittlung

§ 80 Abs. 1 Nr. 2 SGB VIII sieht die Ermittlung des Bedarfs an Jugendhilfeangeboten unter Berücksichtigung der Wünsche, Bedürfnisse und Interessen der Betroffenen und Eltern vor. Entsprechend sollte im Rahmen des Modellprojekts in den teilnehmenden Kommunen der Bedarf an Familienbildungsangeboten ermittelt werden.

4.2.1 Begriffsabgrenzung, Planung und methodisches Vorgehen

Zwischen den Bedürfnissen der Eltern und Familien und dem Bedarf an Familienbildungsangeboten bestehen wichtige konzeptionelle Unterschiede: Die Bedürfnisse von Eltern sind deren subjektive und individuelle Wünsche und Interessen, der Bedarf an Familienbildung ist das, was fachlich und politisch für erforderlich und möglich gehalten wird (Jordan/Schone 2010: 144). Diese Unterscheidung kann grundsätzlich nicht aufgelöst werden, da nur begrenzte Ressourcen zur Befriedigung der Bedürfnisse zur Verfügung stehen und auch von unterschiedlichen Personengruppen geäußerte Bedürfnisse miteinander in Konflikt geraten können (ebd.).

Während „Bedarfserhebung“ also den gesamten Prozess der Planungen, über die empirische Erhebungen bis hin zur Aushandlung und politischen Festlegung des Bedarfs, umfasst, wird im Folgenden der Begriff „Bedürfniserhebung“ verwendet, um die empirischen Erhebungen z. B. in Form von Elternbefragungen oder Experteninterviews zu beschreiben.

Die Modellstandorte hatten die Möglichkeit, durch empirische Erhebungen Erkenntnisse über die Bedürfnisse und Wünsche a) von allen vor Ort lebenden Familien, b) von bestimmten Zielgruppen, weil sie möglicherweise besonders häufig vorkommen, bisher unterversorgt sind oder sehr wenig über ihre Bedürfnisse bekannt ist, und/oder c) von Menschen, die in bestimmten Sozialräume leben, zu erhalten. Das jeweilige Erkenntnisinteresse entschied über die zu befragenden Personen und über die Methode der Erhebung. Es boten sich vielfältige – direkte und indirekte – Methoden an: Bei direkten Methoden werden Eltern persönlich oder schriftlich – z. B. durch standardisierte Elternbefragungen oder in Gruppendiskussionen oder auch durch andere niedrigschwellige (Beteiligungs-)Verfahren – nach ihren Bedürfnissen und Wünschen befragt. Bei indirekten Methoden – wie z. B. bei der Befragung von Expertinnen und Experten – werden mit Hilfe anderer Personen Informationen über die gewünschte Zielgruppe oder über einen bestimmten Sozialraum ermittelt. Eine Kombination unterschiedlicher Verfahren wurde empfohlen, um unterschiedliche Perspektiven zu berücksichtigen. Wichtig war zudem, dass „die Zugangswege zu diesen Bedürfnissen dem jeweiligen Gegenstand der Planung angemessen sein müssen“ (Schnurr et al. 2010: 103). Die Gestaltung der Erhebung hing auch von den Arbeitsressourcen und Möglichkeiten des jeweiligen Jugendamts ab.

Als Unterstützung für die Planung der Bedarfserhebung führte das **ifb** für alle Modellstandorte einen Workshop durch, der mögliche Datenquellen, den Ablauf, die Ziele, die Wahl der Erhebungsmethoden, die Durchführung, die Aufbereitung und Auswertung der Daten sowie die Aushandlung und Formulierung des Bedarfs zum Thema hatte. Ein Schwerpunkt war, welche vielfältigen Methoden der direkten und indirekten Bedarfserhebung es gibt, um die Bedürfnisse der Eltern zu erfassen. Zusätzlich stellte das **ifb** einen Musterfragebogen für eine standardisierte Elternbefragung zur Verfügung. In der Regel verwendeten die Standorte diesen Bogen und passten nur einzelne Fragen und das Anschreiben an die Erfordernisse vor Ort an.

Vor der Durchführung eigener Erhebungen war eine Sichtung und Analyse vorhandener Daten sinnvoll. An einigen Standorten konnten sozialräumliche Daten der statistischen Ämter herangezogen werden. Teilweise waren auch Ergebnisse früherer Befragungen brauchbar, so z. B. von einer Elternbefragung zum allgemeinen Unterstützungsbedarf; einer Familienumfra-

ge zum Bedarf an Kinderbetreuung und Erziehungsunterstützung zu Beginn des Projekts, die nahezu alle Eltern von Kindern im Alter von 0 bis 10 Jahren in der betreffenden Kommune einbezog und auch eine Frage zur Familienbildung enthielt; sowie einer Kita-Bedarfsplanung, die zu Beginn des Modellprojekts mit Unterstützung eines externen Instituts stattfand.

4.2.2 Durchführung der Erhebung

An allen Standorten wurden Bedürfniserhebungen durchgeführt. Dabei kombinierten die meisten Standorte – wie konzeptionell vorgesehen – mehrere unterschiedliche Erhebungsmethoden (vgl. Tab. 3): In acht Kommunen wurde eine standardisierte Elternbefragung organisiert, in einem Fall als Online-Erhebung. Ein Standort führte zusätzlich noch direkte Interviews mit Eltern. An acht Standorten fanden Expertenbefragungen statt. Drei Standorte entschieden sich ausschließlich für indirekte Methoden der Bedarfsermittlung: Experteninterviews und Gruppendiskussionen.

Tab. 3: Übersicht über die eingesetzten Methoden bei der Bedürfniserhebung (Mehrfachnennungen möglich)

	Direkte quantitative Elternbefragung		Direkte qualitative Elternbefragung	Indirekte qualitative Befragung	
	Schriftlich bzw. online	Telefonisch	Elterngespräche	Gruppendiskussion mit Expertinnen und Experten	Expertenbefragung/-interview
Städte	3	2	1	2	5
Landkreise	4	0	0	1	3

Quelle: Eigene Darstellung

Wie bei den einzelnen Methoden vorgegangen wurde, wird im Folgenden beschrieben.

Standardisierte Elternbefragung

An zwei Standorten – einer Stadt und einem umliegenden Landkreis – wurde eine repräsentative Zufallsstichprobe von Familien bzw. Haushalten gezogen. In der Stadt wurden 500 Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren aus dem Einwohnermelderegister zufällig herausgefiltert und angeschrieben, während im Landkreis zunächst sechs exemplarische Gemeinden nach Größe und Lage ausgewählt und in diesen Gemeinden 549 Familien angeschrieben wurden. Die anderen Standorte zogen keine repräsentative Stichprobe, sondern versuchten, die Eltern und Familien auf anderen Wegen zu erreichen. So nutzten vier Standorte Multiplikatoren in Einrichtungen, wie z. B. Leitungen von Kindertagesstätten oder Anbieter von Familienbildung, um Zugang zu den Eltern zu bekommen. Diese gaben die Fragebögen an die Eltern weiter und warben für eine Beteiligung. Besonders wenn Multiplikatoren und Kita-Leiterinnen die Befragung unterstützten und vom Projektkonzept überzeugt waren, konnten damit gute Erfahrungen gemacht werden.

„Wir haben ganz viele Fragebogen verteilt über die Kindertageseinrichtungen. Wir waren da bei Leitungstagen und haben da schon mal die Gelegenheit genutzt, uns vorzu-

stellen bei den Kindertagesstätten. [...] Die Leiterinnen von den Tagesstätten fanden das auch ganz gut so, dass der Landkreis sich [...] engagiert und dass man auch niederschwellig mal was macht, dass man nicht nur Eingriffsverwaltung ist usw. Die fanden das Konzept eigentlich ganz gut, und dadurch konnten wir ganz viele für uns gewinnen, die da Eltern auch dann überzeugen konnten, im Anschluss den Fragebogen auszufüllen. Da haben wir einen ganz hohen Rücklauf bekommen.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Landkreis)

Manche Standorte verteilten die Fragebögen direkt an Schulen, Kitas, Verbände, Vereine und/oder an soziale Einrichtungen. Ein Standort legte die Fragebögen im Landratsamt aus, wobei auf diesem Weg nur wenige Eltern erreicht werden konnten.

Als elementar für den Erfolg einer Erhebung über Multiplikatorinnen und Multiplikatoren erwies sich eine gute Kooperation der Jugendämter mit diesen. Diese konnte vor allem durch persönliche Gespräche erreicht werden. In Standorten mit einer guten Kooperation erhöhte diese auch die Bereitschaft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Einrichtungen, die Eltern auf die Befragung aufmerksam zu machen oder ihnen bei Sprach- oder Verständnisproblemen zu helfen. Dabei wurde jedoch auch die Erfahrung gemacht, dass unter Umständen Probleme der sozialen Erwünschtheit auftreten, wenn Eltern das Gefühl haben, den Fragebogen in einer bestimmten Weise ausfüllen zu müssen.

Ein typisches Problem schriftlicher Befragungen besteht darin, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen – vor allem sozial Benachteiligte – schlecht erreicht werden. In der Folge weisen die Ergebnisse meist einen sogenannten „Mittelschichtsbias“ auf, was ihre Aussagekraft bzw. die Repräsentativität der Ergebnisse für alle Familien einschränkt. Diese Erfahrung machten auch viele Modellstandorte bei der schriftlichen Elternbefragung. Sozial Benachteiligte und Migranten waren in den Befragungen unterrepräsentiert. Dies galt auch für Väter, da etwa 60 bis 95 % der Fragebögen von Müttern ausgefüllt worden waren. Bei den Standorten, die eine Zufallsstichprobe der Haushalte mit Kindern zogen, nahmen mehr Personen mit Migrationshintergrund an der Befragung teil als in den Standorten, die Fragebögen auslegten oder gezielt von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren ausgehen ließen, aber auch hier entsprach der Anteil nicht dem Anteil in der Gesamtbevölkerung.

Eine weitere Schwierigkeit bei schriftlichen Befragungen liegt darin, dass Eltern mit lückenhaften (oder fehlenden) Deutschkenntnissen möglicherweise Probleme beim Ausfüllen haben. Dies wurde auch von einigen Standorten berichtet. Ein Standort, der ein Forschungsinstitut mit der Bedürfnisermittlung beauftragte, ließ die Fragebögen für eine Telefonbefragung ins Türkische und ins Russische übersetzen.

Mit dem Rücklauf der Bögen machten die Standorte aufgrund ihres individuellen Vorgehens sehr unterschiedliche Erfahrungen: Die Spannweite der Rücklaufquote reichte von unter 20 % bis über 60 % der ausgegebenen Bögen. Zudem erfolgte der Rückfluss der Bögen an einigen Standorten eher schleppend, während an anderen keine größeren Probleme auftraten.

Online-Befragung

In einer Kommune wurde die Elternbefragung auf Basis des *ifb*-Bogens als Online-Befragung umgesetzt. Als Vorteil dieses Verfahrens sah man die Tatsache, dass der Umfang des Frage-

bogens nicht gleich ersichtlich sei. Um die Eltern über die Befragung zu informieren und für eine Teilnahme zu werben, wurde eine bunte Karte mit dem Link zur Befragung entworfen und breit gestreut. Zusätzlich wurden die Leitungen verschiedener Einrichtungen persönlich angesprochen und um Unterstützung gebeten. Wenngleich die Online-Befragung von den Projektverantwortlichen als „spannend“ empfunden wurde, führte sie trotz intensiver Öffentlichkeitsarbeit und mehrmaliger Verlängerung der Erhebungszeit nur zu einem geringen Rücklauf. Daher wurde der Fragebogen anschließend zusätzlich noch per Mail und in Papierform verschickt sowie persönlich verteilt. Besonders positiv wirkte sich die persönliche Ansprache mit ausgedruckten Fragebögen aus. Deswegen strebte man an diesem Standort für die nächste Elternbefragung eine Kombination aus Online- und „Paper-and-pencil“-Befragung an.

Expertenbefragungen

Um bestimmte Zielgruppen besser zu erreichen, wurden an einigen Standorten zusätzlich Fachleute aus der Praxis befragt:

„Und die Expertenbefragung, die wir gemacht haben, das war eine sehr gute Ergänzung zur Elternbefragung. Einfach gerade dadurch, dass uns verschiedene Zielgruppen so ‘rausgebrochen sind aus der Elternbefragung, war es ganz gut, die Experten dann noch mal wirklich direkt zu fragen: ‚Was braucht eure Klientel, was brauchen eure Zielgruppen?‘ In Bezug auf die Migranten, in Bezug auf sozial schwache Familien, fand ich das eine sinnvolle Ergänzung [...].“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Stadt)

Einbezogen wurden z.B. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jugendamts, Fachkräfte für einen bestimmten Sozialraum, Leitungen von Kindertageseinrichtungen und andere Fachleute aus Einrichtungen, die als Experten für schwer erreichbare Zielgruppen gelten. Die Zahl der pro Standort interviewten Personen lag zwischen 8 und 33, wobei eine hohe Bereitschaft der Fachkräfte zu beobachten war. Expertenbefragungen wurden auch häufiger für die Intensivierung des Kontakts bzw. für die Netzwerkarbeit genutzt.

Ein Standort entschied sich für die Durchführung von Experteninterviews, weil diese in besonderer Weise eine sozialraumorientierte und stadtteilspezifische Planung erleichtern. Als ein weiterer Grund für Experteninterviews wurde die Möglichkeit angeführt, in den Interviews für die Familienstützpunkte zu werben und diese auch in anderen Stadtteilen bekannt zu machen, da die Interviewten als Multiplikatoren wirkten.

Bei der Auswertung der Experteninterviews stellten die Projektverantwortlichen fest, dass dabei zu beachten war, dass die Interviewten die Bedürfnisse der Eltern teilweise aus ihrer Perspektive wiedergeben. Die Antworten durften nicht bereits als Bedarf an Angeboten interpretiert werden, sondern es musste bedacht werden, dass sie ein – u. U. gefilterter – Eindruck von den Bedürfnissen der Menschen sind, mit denen die Fachleute arbeiten.

„Profis, die in ihrem Stadtteil sehr verhaftet sind, verlieren manchmal den neutralen Blickwinkel.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Stadt)

Gruppendiskussionen

Gruppendiskussionen wurden sowohl mit Eltern als auch mit Experten durchgeführt. An einem Standort war eine Expertenrunde mit 10 bis 15 Personen das Verfahren der Wahl, um die

Bedürfnisse der Eltern in Bezug auf Familienbildung zu erheben. Sie setzte sich aus Personen zusammen, die sich bei der Auftaktveranstaltung des Modellprojekts dafür gemeldet hatten, und traf sich zweimal, um den Bedarf an Familienbildungsangeboten zielgruppen- und an Bildungsübergängen orientiert zu ermitteln.

Ein anderer Standort führte auf drei Ebenen Gruppendiskussionen durch: zunächst in fünf Sitzungen des Familienbildungsnetzwerks, dann in mehreren Sitzungen eines Lokalen Bündnisses für Familie und schließlich in fünf sozialräumlichen Netzwerken, bei denen die Bedürfnisse der Familien im jeweiligen Sozialraum im Mittelpunkt standen. Zusätzlich wurde auch noch eine Reihe von Einzelexperteninterviews geführt.

Als wichtige Faktoren für den Erfolg einer Gruppendiskussion haben sich u. a. eine überschaubare Größe, eine freiwillige Teilnahme sowie die Art der Moderation und Leitung erwiesen. Worauf es dabei besonders ankam, macht das folgende Zitat deutlich:

„Das ist ja auch so ein Grundprinzip der Arbeit [...], dass zwar hinterher Prioritäten gesetzt werden, aber das nicht irgendwelche Sachen ‘rausgeschmissen werden. Diese Zusage: ‚Es fällt nichts unter den Tisch‘, auch wenn das jetzt eine Meinung ist, die einen ganz kleinen Randbereich vielleicht nur umfasst – wir werden das trotzdem festhalten und werden das drin lassen, auch wenn die Prioritäten erst mal anders gesetzt werden, [...] ist natürlich für die Diskussion auch wichtig. Das hilft ein bisschen zu verhindern, dass einzelne jetzt unheimlich um ihre Dinge kämpfen und einfach ständig wieder die Diskussion anfangen.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Stadt)

4.2.3 Aufbereitung und Auswertung der Daten

Die Durchführung einer Bedürfniserhebung sowie die Aufbereitung und Auswertung der erhaltenen Daten erforderte neben zeitlichen Ressourcen auch fachliches und ggf. technisches Knowhow. Je nach Erhebungsform waren unterschiedliche Arbeitsschritte erforderlich. Abschließend sollten alle Ergebnisse der Bedürfniserhebung zielgruppen- oder sozialraumbezogen zusammengeführt werden.

Aufgrund der konzeptionellen Differenzierung zwischen Bedürfnis und Bedarf konnten die Ergebnisse nicht eins zu eins in die Maßnahmenplanung übernommen, sondern mussten fachlich und politisch bewertet werden. Während des Aushandlungsprozesses sollte es darum gehen, die Bedürfnisse der Eltern, die Interessen der Anbieter, fachliche Aspekte und die Gesamtperspektive des Jugendamts miteinander in Beziehung zu setzen. Der ausgehandelte Bedarf stellt schließlich die Grundlage für den Abgleich zwischen Bedarf und Bestand dar.

4.3 Abgleich und Erarbeitung des kommunalen Familienbildungskonzepts

4.3.1 Abgleich von Bestand und Bedarf

Der nächste Schritt bestand darin, den ausgehandelten Bedarf an familienbildenden Angeboten dem erhobenen Ist-Bestand gegenüber zu stellen und zu bewerten. Dabei ging es darum, Schlussfolgerungen zu ziehen und einen Soll-Zustand – beispielsweise bezogen auf bestimmte Zielgruppen oder Räume – zu formulieren. Anschließend wurden die Identifikation von

Lücken und die Frage, wie diese gefüllt werden sollten, erörtert. Dabei mussten Prioritäten gesetzt werden. Im Kontext des Abgleichs ging es auch bereits um die Familienstützpunkte.

Für den Abgleich der benötigten Familienbildungsangebote mit den vorhandenen Angeboten und Strukturen und zur Erleichterung der Bewertung hat das **ifb** Leitfragen mit Vorschlägen für entsprechende Maßnahmen formuliert. Diese sind in der Handreichung zu finden (S. 43f.).

4.3.2 Erarbeitung des kommunalen Familienbildungskonzepts

Das im Rahmen des Modellprojekts zu erstellende kommunale Familienbildungskonzept war eine Konkretisierung des § 16 SGB VIII für die einzelne Kommune. Es sollte erläutern, welche Strukturen und Angebote von welchen Akteuren für welche Zielgruppen mit welchen Mitteln und mittels welcher fachlichen Methoden vor Ort geschaffen oder angepasst werden sollen, um unter den gegebenen Rahmenbedingungen die im Familienbildungsnetzwerk oder in der Steuerungsgruppe vereinbarten Ziele zu erreichen. Ein zentrales Ziel war dabei die Einrichtung von Familienstützpunkten.

Die Hauptverantwortung für die Erarbeitung des Familienbildungskonzepts lag in allen Kommunen bei der Steuerungsinstanz bzw. den Projektverantwortlichen. Über die Erarbeitungs- und Aushandlungsprozesse selbst berichteten diese in den Interviews sehr wenig, wobei es sowohl positive, aber auch negative Erfahrungen gab. Moniert wurden beispielsweise die Langatmigkeit des Verfahrens oder auch der Umgang der Vorgesetzten mit dem Konzept. An zwei Standorten erfolgte eine breite Diskussion des Konzepts, bei der sich zahlreiche Akteure mit Vorschlägen und Anregungen einbringen konnten, wie folgendes Zitat erläutert:

„Ja, also wir haben einen Diskussionsprozess gehabt mit der Konzeption. Wir haben dann schon mehrere Entwürfe gehabt, und die haben wir eigentlich dann immer, sobald sie als schriftlicher Entwurf da waren, mit den Beteiligten dann auch formell abgestimmt, d. h., [...] wir haben um Stellungnahmen gebeten bis zu einem gewissen Zeitpunkt. Dann haben wir das wieder eingearbeitet [...]. Und ja, das ging eigentlich mehrmals so, und dann stand sozusagen das Gesamtkonzept irgendwann.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Stadt)

Ansonsten wurde das Konzept weitgehend von den Projektverantwortlichen bzw. jugendamtsintern erarbeitet. Vor allem der Schritt „Aushandlung des Bedarfs“ erwies sich in der Umsetzung als eher schwierig. In einem Landkreis wurden die Bedürfnisse der Eltern bewusst als solche in das Konzept übernommen und nicht wie vorgeschlagen in einen Bedarf überführt:

„Diesen Schritt fand ich an sich theoretisch sinnvoll. Wir haben aber im Konzept das nicht so sauber getrennt, weil mir war es einfach wichtig, die Bedürfnisse hinzustellen [...]. Wir haben versucht, in dem Konzept dann direkt auf die Bedürfnisse einzugehen. Im Grunde ist das auch eine intuitive Sache dann.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Landkreis)

4.3.3 Vergleichende Analyse der kommunalen Familienbildungskonzepte

Für die kommunale Familienbildungskonzeption selbst wurde vom **ifb** eine Mustergliederung entworfen. Dabei wurden die vorgesehenen Inhalte des Familienbildungskonzepts ausgehend von der in Kapitel 2 beschriebenen Definition drei Kapiteln zugeordnet:

- 1) Ausgangslage
- 2) Zielsetzungen und Perspektiven
- 3) Konkretisierung und Umsetzung (Maßnahmenplanung)

Die von den Modellstandorten erarbeiteten Konzepte wurden einer vergleichenden Analyse unterzogen.

Die Konzepte wiesen einen durchschnittlichen Umfang von 44 Seiten (ohne Anhänge) auf. Viele enthielten am Anfang zunächst eine kurze Einleitung. Dabei handelte es sich beispielsweise um eine Projektbeschreibung oder auch um ein offizielles Vorwort.

Auf die Beschreibung der **Ausgangslage**, zu der auch die Ergebnisse der empirischen Erhebungen gehörten, entfiel im Durchschnitt etwa die Hälfte des Konzeptumfangs. Zur Ausgangslage gehörten folgende Unterpunkte:

- Definition von Familienbildung (durchschnittlich 3 Seiten): Eine Definition von Familienbildung fand sich in jedem Konzept. Meist wurde dabei auch auf die Besonderheiten der Familienbildung in der jeweiligen Region eingegangen.
- Familienbildung im Jugendamt und vorhandene Arbeits- und Organisationsstrukturen (durchschnittlich 2 Seiten): Auf die Verankerung der Familienbildung im Jugendamt gingen nur zwei Konzepte explizit ein. In einigen anderen wurden an dieser Stelle die in der Kommune vorhandenen Strukturen der Familienbildung beschrieben.
- Merkmale der Kommune und vorliegende Richtlinien (durchschnittlich 3 Seiten): Die Merkmale und Besonderheiten der Kommune wurden in fast allen Konzepten behandelt. Vorliegende Richtlinien spielten dabei nur teilweise, beispielsweise in Form einer Erläuterung der rechtlichen Grundlagen, eine Rolle.
- Ergebnisse der Bestandserhebung (durchschnittlich 9 Seiten): Die Ergebnisse der Bestandserhebung fanden sich in allen Konzepten. Der vergleichsweise hohe Umfang in vielen Konzepten ergab sich u. a. durch die Verwendung vieler Grafiken.
- Ergebnisse der Bedürfniserhebung (durchschnittlich 9 Seiten): Auch die Ergebnisse der Bedürfniserhebung waren in fast allen Konzepten zu finden. Dabei wurden ebenfalls häufig Grafiken verwendet.

Der Abschnitt über die **Zielsetzungen und Perspektiven** der Familienbildung war im Durchschnitt der kürzeste Teil. Er beschrieb die folgenden Themenbereiche:

- Zielsetzungen und Bedarfsdefinitionen im Bereich Familienbildung (durchschnittlich 3 Seiten): Eine genaue Zielsetzung und Bedarfsdefinition wurde nur selten explizit formuliert, gelegentlich wurde dieser Aspekt in anderen Abschnitten am Rande erwähnt.
- Abgleich von Bedarf und Bestand (durchschnittlich 4 Seiten): Der Prozess des Abgleichs von Bedarf und Bestand wurde in den Konzepten in der Regel nicht weiter erläutert.

Die Darstellung der geplanten **Umsetzung und die Konkretisierung der Familienstützpunkte** machten im Durchschnitt etwa ein Drittel des Konzeptumfangs aus:

- Einrichtung von Familienstützpunkten (durchschnittlich 10 Seiten): Eine ausführliche Beschreibung der geplanten Einrichtung von Familienstützpunkten enthielten alle Konzepte.
- Weitere Handlungsansätze (durchschnittlich 4 Seiten): Weitere Handlungsansätze wurden meistens, aber nicht immer beschrieben. Sie vermischten sich zudem oft mit dem vorherigen Punkt.

- In einzelnen Konzepten wurden weitere spezielle Themenbereiche behandelt, wie z. B. „Möglichkeiten, Eltern für Familienangebote zu begeistern“.

Gemäß § 80 Abs. 1 Nr. 2 SGB VIII sollte das Familienbildungskonzept „für einen mittelfristigen Zeitraum“ erstellt werden. Diese Vorgabe gewährleistet ein gewisses Maß an Kontinuität, ermöglicht aber auch Flexibilität, um auf Veränderungen der Rahmenbedingungen, der Strukturen und der Bedürfnisse reagieren zu können. An einem Standort, der im Bereich Familienbildung schon jahrelange Erfahrung hat und in der Modellphase daher zügig voranschreiten konnte, gab es bereits während der Modellphase eine Aktualisierung und Konkretisierung des bereits sehr frühzeitig vorgelegten Familienbildungskonzepts. Die Notwendigkeit der Aktualisierung wurde von Seiten der Jugendämter teilweise bereits im Zwischeninterview, d. h. zu einem recht frühen Zeitpunkt, angesprochen.

*„Also die Konzeption schreiben wir sicherlich fort, auch nach Ende der Modellphase.“
(Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Stadt)*

4.3.4 Verabschiedung des kommunalen Familienbildungskonzepts durch den Jugendhilfeausschuss

Als ein Schritt von besonderer Bedeutung stellte sich die Verabschiedung des kommunalen Familienbildungskonzepts durch den Jugendhilfeausschuss heraus. Zum einen besitzt dieser Vorgang einen hohen symbolischen Wert.

„Das war wirklich ein ganz, ganz, ganz, ganz wichtiger Meilenstein, dass die Politik gesagt hat: ‚Das, was da drin steht, das ist unser Leitfaden‘.“ (Abschlussinterview Koordinierungsstelle, Stadt)

Zum anderen ergaben sich daraus auch weitreichende handlungspraktische Konsequenzen, wie z. B. die Bereitstellung entsprechender Mittel im kommunalen Haushalt:

„Das ist unsere Arbeitsgrundlage. Es ist ja die Grundlage auch gewesen für die Personal- und Kostenentscheidungen.“ (Abschlussinterview Koordinierungsstelle, Stadt)

Durch die Existenz eines offiziell verabschiedeten Konzepts für die Weiterentwicklung der Familienbildung in der Kommune bekamen das Modellprojekt, aber auch das Thema Familienbildung insgesamt einen öffentlichen Charakter und einen höheren Stellenwert in der Diskussion mit Politik, Fachöffentlichkeit und Trägern.

4.4 Fazit zu den empirischen Schritten

Über die generelle Notwendigkeit empirischer Erhebungen für die Planung und Weiterentwicklung der Familienbildung war man sich weitgehend einig, was folgendes Zitat exemplarisch verdeutlicht:

„Ich finde es wichtig, das ist für mich wie in den anderen Bereichen der Jugendhilfeplanung auch insofern wichtig, wenn ich wissen will, wohin will ich mit meiner Planung, muss ich ja erst mal wissen, was habe ich für einen Bestand und wo in welche Richtung zeigt ein Bedarf? Und erst dann, wenn ich das weiß, kann ich ja dann Maßnahmen mir überlegen, wie ich dann weiterkomme.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Stadt)

Gleichzeitig hat sich die Durchführung dieser Erhebungen für die meisten Standorte als anspruchsvolle und aufwändige Aufgabe herausgestellt.

„Also, es ist, wenn man die Erhebungen macht, sei es Bestand, Bedarfserhebung, Erstellung einer Konzeption und die Steuerungsgruppe, muss man [...] personelle Kapazitäten, einplanen. Also ich denke, wir haben das am Anfang sicher ein bisschen unterschätzt, so, was dann alles so dranhängt und von der ganzen Arbeit her [...].“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Stadt)

Zur Entlastung konnten teilweise Studierende oder Praktikanten ergänzend eingesetzt werden. Auch mit der Zusammenarbeit mit der ortsansässigen Universität wurden sehr gute Erfahrungen gemacht.

„[...] wir haben alle [Fragebögen] zurückgekriegt. Also von daher – unproblematisch, und bei der Auswertung auch. Da waren wir einfach auch schon ein eingespieltes Team mit der Uni. [...] Das liegt aber auch daran, dass da bei der Uni eben auch ein Mensch war oder ist, der sich das richtig zur Aufgabe gemacht hat, der da richtig dran geblieben ist und der auch – also, ob das Fachveranstaltung[en] waren oder sonst was – eigentlich das ganze Projekt da fortan begleitet hat.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Stadt)

An zwei Standorten wurden externe Forschungsinstitute mit der vollständigen bzw. teilweisen Durchführung der Elternbefragung beauftragt, um die Koordinierungsstelle von dem damit verbundenen zeitlichen und organisatorischen Aufwand zu entlasten. Die Zusammenarbeit wurde als sehr konstruktiv beschrieben.

„War ideal, weil wir dann wirklich auch diese Themen dann genau untersuchen konnten, die wichtig waren.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Stadt)

5 Einrichtung von Familienstützpunkten

5.1 Das Konzept Familienstützpunkt

Familienstützpunkte sind sozialraumorientierte und wohnortnahe Anlauf- und Kontaktstellen für alle Familien. Sie erleichtern den Zugang zu Angeboten der Familienbildung, indem sie über passgenaue Unterstützungsangebote informieren und bei Bedarf an andere Stellen und Einrichtungen weitervermitteln. Sie führen Angebote der Familienbildung selbst durch oder organisieren sie in Kooperation mit anderen Einrichtungen. Familienstützpunkte arbeiten eng mit der Koordinierungsstelle für Familienbildung im Jugendamt und mit anderen familienbildenden Einrichtungen im Sozialraum bzw. auf kommunaler Ebene zusammen.

Die Rahmenbedingungen für Auswahl, Einrichtung und Arbeitsweise der Familienstützpunkte wurden in der Modellphase durch die „Qualitätskriterien für die Errichtung eines Familienstützpunkts“ des Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration definiert (s. u.). Die Qualitätskriterien erläutern das Konzept Familienstützpunkt und beschreiben die Aufgabenstellung.³ Sie waren für alle teilnehmenden Kommunen verbindlich.

Qualitätskriterien für die Errichtung eines Familienstützpunktes (FSP):

Das Jugendamt trifft die Auswahl des FSP. Es bestimmt in Abstimmung mit den maßgeblichen örtlichen Akteuren der Eltern- und Familienbildung die Konzeption und Arbeitsweise der FSP. Mit Blick auf die Umsetzung und Weiterentwicklung dieser Konzeption ist eine enge Zusammenarbeit und Abstimmung zwischen Jugendamt und FSP unabdingbar.

Inhaltliche Beschreibung der Aufgabenstellung

1. Der FSP ist ein Ort der Eltern- und Familienbildung nach § 16 SGB VIII. Er ist ausschließlich an eine bestehende Einrichtung anzugliedern. Dies können vor allem Kindertageseinrichtungen, Mütter- und Familienzentren, Familienbildungsstätten oder Erziehungsberatungsstellen sein. In Fällen, in denen keine bestehenden Einrichtungen im Sozialraum vorhanden sind, kann auch eine Gemeinde oder ein Gemeindeverbund FSP werden, sofern die fachliche Kompetenz durch eine Fachkraft sichergestellt wird.
2. Der FSP berät, unterstützt und stärkt Familien nach Bedarf in Fragen der Erziehung und vermittelt sie gegebenenfalls an andere Beratungseinrichtungen. Das Thema „Erziehung“ steht im Fokus jedes FSP. Der FSP verfolgt einen präventiven, familienorientierten und ganzheitlichen Ansatz, d. h. er spricht alle Familienmitglieder an. Die Arbeit eines FSP orientiert sich am Empowerment-Ansatz: Jede Familie und alle Erziehenden verfügen über individuelle Stärken, Potenziale und Erfahrungen. Eine professionelle Unterstützung hilft ihnen dabei, ihre Fähigkeiten im Erziehungsalltag richtig einzusetzen und zu erweitern.

³ Für das an das Modellprojekt anschließende Förderprogramm wurden die Qualitätskriterien nach den Erkenntnissen aus dem Projekt überarbeitet und in die Richtlinie zur Förderung der strukturellen Weiterentwicklung kommunaler Familienbildung und von Familienstützpunkten integriert (s.

www.stmas.bayern.de/imperia/md/content/stmas/stmas_internet/familie/richtlinie_foerderprogramm_8.03.2013.pdf).

3. Der FSP bietet ergänzend zur bestehenden Einrichtung zusätzliche Angebote und Dienstleistungen an. Der FSP soll auch neue Angebote initiieren und die Kooperation der unterschiedlichen Anbieter befördern. Die im FSP eingesetzten Fachkräfte müssen über aktuelle Beratungsmöglichkeiten, Angebote und Therapien in der Umgebung/ im Sozialraum informieren können und Eltern beraten.
4. Der FSP muss für alle Familien im Sozialraum gut erreichbar sein (Sozialraumorientierung). Die Öffnungszeiten müssen sich an den Bedürfnissen der Eltern orientieren.
5. Der FSP muss einen niedrighschwelligen Zugang ermöglichen. Damit Eltern Angebote im FSP wahrnehmen können, soll eine temporäre Kinderbetreuung sichergestellt sein.
6. Barrierefreiheit ist bei der Auswahl eines FSP zu berücksichtigen: Einrichtungen sollen für behinderte Menschen in der allgemein üblichen Weise, ohne besondere Erschwernis und grundsätzlich ohne fremde Hilfe zugänglich sein.
7. FSP erstellen ein Konzept für ihre Öffentlichkeitsarbeit.

Kooperationserfordernis

1. Der FSP arbeitet mit Einrichtungen der Jugendhilfe zusammen. Eine enge Kooperation mit den Koordinierenden Kinderschutzstellen (KoKis) in der Kommune ist anzustreben.
2. Der FSP soll als Netzwerkstelle von Organisationen und Einrichtungen fungieren, die vor Ort Angebote für Eltern und Kinder vorhalten. Der FSP soll mit den vorhandenen Einrichtungen der Eltern- und Familienbildung im Sozialraum kooperieren.

Ausschlusskriterien für einen FSP:

1. Gewerbliche Einrichtungen und Träger
2. Träger, die bisher keine Angebote der Eltern- und Familienbildung nach § 16 SGB VIII anbieten.
3. Organisatorische Angliederung an KoKis
4. Freizeitangebote für Familien ohne Familienbildungsansatz

Die Qualitätskriterien waren bewusst sehr offen formuliert worden und gewährten den am Modellprojekt teilnehmenden kreisfreien Städten und Landkreisen bei Auswahl und Konzeption der Familienstützpunkte einen relativ weiten Handlungsspielraum. Dies eröffnete auch die Möglichkeit, neue Wege und Ansätze auszuprobieren.

„Wobei ich von Anfang an gesagt habe – und ich sage das auch immer bei jeder Sitzung – ich nutze da ein Projekt, ein Modellprojekt, auch dazu aus, um etwas auszuprobieren: Also, dieser neue Familienstützpunkt [...] ist ein Experiment!“ (Abschlussinterview Koordinierungsstelle, Stadt)

5.2 Die Auswahl der Einrichtungen

Um keine zusätzlichen Strukturen in der Familienbildung zu schaffen, sahen die Qualitätskriterien des Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration vor, Familienstützpunkte grundsätzlich an bestehende familienbildende Einrichtungen anzugliedern, wobei kein bestimmter Einrichtungstyp vorgesehen war. Falls in ländlichen Sozialräumen keine entsprechenden Strukturen vorhanden waren, konnten Familienstützpunkte jedoch auch an Einrichtungen der Gemeinden bzw. von Gemeindeverbänden angegliedert werden. Voraussetzung hierfür war jedoch, dass die fachliche Kompetenz durch eine Fachkraft sichergestellt wurde. Grundsätzlich ausgeschlossen waren gewerbliche Träger und Einrichtungen.

Die Entscheidung darüber, in welchen Sozialräumen und an welchen Einrichtungen Familienstützpunkte eingerichtet werden sollten, war dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe überlassen. Er sollte diese Entscheidung idealerweise gemeinsam mit den relevanten familienbildenden Akteuren vor Ort und in inhaltlicher Abstimmung mit den weiteren Planungen im Rahmen des kommunalen Familienbildungskonzepts treffen.

Über den Prozess der Entscheidungsfindung sowie über ihre Argumentationen zur Begründung der getroffenen Auswahl berichteten die Projektverantwortlichen bei den Zwischen- und Abschlussinterviews. Entsprechende Fragen wurden auch in den Interviews mit Fachkräften an ausgewählten Familienstützpunkten gestellt.

Bereits bei der Auswahl der Familienstützpunkte sahen sich Landkreise und Städte mit ganz unterschiedlichen Rahmenbedingungen und Herausforderungen konfrontiert. Dies lag im Wesentlichen daran, dass es in ländlichen und städtischen Sozialräumen völlig unterschiedliche Strukturen der Familienbildung gibt: Den Städten bot sich eine breite Palette etablierter familienbildender Einrichtungen, welche die Kriterien für Familienstützpunkte in der Regel erfüllten. Für sie stellte sich somit die Frage, an welche der zahlreichen grundsätzlich geeigneten etablierten Einrichtungen der Familienbildung die Familienstützpunkte angegliedert werden sollten. Viele Landkreise standen bei der Auswahl hingegen vor dem Problem, dass in einzelnen Sozialräumen kaum geeignete Einrichtungen der Familienbildung existierten.

„Aber es hat sich im Verlauf des Projektes auch ganz deutlich gezeigt, dass wir auch ganz, ganz viele Unterschiede haben. Das bringt die Fläche mit sich und die Fülle. Bei uns in der Stadt ballt sich die Fülle der Anbieter für Familienbildung. Das ist einfach so. Und der Landkreis hat das Problem, die Fläche zu füllen.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Stadt)

Dieses Problem trat insbesondere dann auf, wenn – wie das an einigen Modellstandorten der Fall war – Kinderbetreuungseinrichtungen als Familienstützpunkte ausgeschlossen wurden (vgl. Kap. 5.2.2). Für Landkreise ohne etablierte familienbildende Strukturen stellte unter diesen Bedingungen die Frage, an welchen Einrichtungen einer Gemeinde bzw. eines Gemeindeverbundes die Familienstützpunkte angegliedert werden sollten, eine nicht zu unterschätzende Herausforderung dar.

Die Auswahl der Einrichtungen, an welche die Familienstützpunkte angegliedert werden sollten, wurde damit unter unterschiedlichen Rahmenbedingungen getroffen. Zudem kamen verschiedene Auswahlverfahren und Auswahlkriterien zum Einsatz.

5.2.1 Auswahlverfahren

Zur Auswahl der Familienstützpunkte wurden in der Modellphase zwei Verfahren eingesetzt: die Organisation eines Bewerbungsverfahrens sowie die gezielte Anfrage geeigneter Einrichtungen.

Bewerbungsverfahren

An vier Modellstandorten wurde zur Auswahl der Familienstützpunkte vom Jugendamt ein Bewerbungsverfahren organisiert. Interessierte familienbildende Träger oder Einrichtungen konnten sich, sofern sie die Qualitätskriterien des Staatsministeriums für Arbeit und Soziales,

Familie und Integration erfüllten, darum bewerben, Familienstützpunkt zu werden. Zur Bewerbung wurden die Träger und Einrichtungen auf verschiedenen Wegen aufgefordert: Während mancherorts die Bewerbungsmöglichkeit auf einen ausgewählten Kreis von Einrichtungen beschränkt wurde, nutzte man an anderen Modellstandorten mehrere Kommunikationswege, um möglichst viele Träger und Einrichtungen zu erreichen: Aufruf über das Familienbildungsnetzwerk, Rundschreiben, Informationsveranstaltungen sowie gezielte Anfragen bei geeigneten Einrichtungen. Darüber hinaus wurde auch in der regionalen Presse an die Einrichtungen appelliert, sich zu bewerben. Dieses breite Vorgehen wurde insbesondere deshalb gewählt, um keinem Träger bzw. keiner Einrichtung das Gefühl zu geben, ausgeschlossen zu werden:

„Also, wir haben ja wirklich ganz breit gefragt, wer hat Interesse [...] an einer Einrichtung des Stützpunkts und haben die Qualitätskriterien öffentlich gemacht und haben da wirklich versucht, alle einzubinden, die Interesse daran haben und es hat eben Zeit gebraucht. Aber ich denke, das war auch sehr sinnvoll, denn dadurch haben wir nicht dieses Konkurrenzdenken.“ (Abschlussinterview Koordinierungsstelle, Stadt)

In den Landkreisen wurde besonderer Wert darauf gelegt, die kreisangehörigen Gemeinden frühzeitig über das Modellprojekt und die Familienstützpunkte zu informieren. Dies war zum einen deshalb wichtig, weil auch sie potenzielle Träger für Familienstützpunkte sein konnten. Zum anderen war man auch auf die Unterstützung der Kommunalpolitik angewiesen, um einen Familienstützpunkt in freier Trägerschaft in einer Gemeinde einrichten zu können (vgl. Kap. 2.4). Nicht zuletzt ging es dabei auch um die Kosten, die auf die Gemeinden zukommen:

„Können wir den Stützpunkt da einrichten, wo wir ihn gerne hätten und wo die Einrichtungen ihn gerne hätten, ist es möglich, oder sagen die Bürgermeister [...] einfach aus Ängsten heraus, ‚Es entstehen neue Kosten‘. Es kam immer wieder der Vorwurf: ‚Der Landkreis zieht wieder mal ein Projekt an Land und wir bleiben auf den Kosten sitzen‘. Also gerade dieser Kostenpunkt ist einfach was, was man nicht unterschätzen darf. Und ich denke, da wäre es wirklich sinnvoll gewesen, mehr auf die politische Ebene im Vorfeld zu gehen, um sich da vielleicht im Nachhinein ein bisschen Ärger zu ersparen.“ (Abschlussinterview Koordinierungsstelle, Landkreis)

Die Erfahrungen eines Modellstandorts zeigten in diesem Zusammenhang, dass eine schriftliche Information an die Bürgermeister häufig nicht ausreichend war. Viele Gemeinde-Bürgermeister schätzten vielmehr ein persönliches Gespräch oder wandten sich selbst an die Koordinierungsstelle für Familienbildung, um ihre Fragen zu klären.

Die Anzahl interessierter Einrichtungen war an den Modellstandorten erstaunlich ähnlich: Pro Standort bewarben sich sieben bis zehn Interessenten darum, Familienstützpunkt zu werden. Bei der Sichtung, Bewertung und Auswahl der beim Jugendamt eingegangenen Interessenbekundungen wurde einer legitimen, transparenten und sachlichen Entscheidungsfindung große Bedeutung beigemessen. Keinesfalls wollte man Träger und Einrichtungen, denen eine Absage erteilt werden musste, verärgern und die weitere Zusammenarbeit belasten. Daher bediente man sich unterschiedlicher Instrumente, um die Entscheidung zu legitimieren: Der Einbindung des Jugendhilfeausschusses bzw. des Landrats, der Anonymisierung der eingereichten Bewerbungen sowie der vorangehenden Formulierung von Entscheidungskriterien.

So erhält die Entscheidung über die Auswahl der Familienstützpunkte durch die Einbindung des Jugendhilfeausschusses besondere Legitimität und kann zudem nicht einzelnen Personen zugerechnet werden. Drei der vier Modellstandorte, an welchen ein Bewerbungsverfahren durchgeführt wurde, haben bei der Entscheidung den Jugendhilfeausschuss eingebunden. An zwei Standorten wurde die Entscheidung über die Familienstützpunkte direkt vom Jugendhilfeausschuss getroffen und an einem weiteren wurde die Jugendhilfeverwaltung vom Jugendhilfeausschuss beauftragt, die Bewerbungen zu bewerten und die Auswahlentscheidung zu treffen.

An einem Modellstandort wurde die offizielle Entscheidung vom Landrat getroffen, um ihr das nötige Gewicht zu verleihen. Voraus ging eine erste Auswahl durch ein kleineres Team, welches die anonymisierten Unterlagen der Bewerber sichtete. Die Anonymisierung der von den Trägern bzw. Einrichtungen eingereichten Bewerbungsunterlagen bzw. Kurzkonzepten sollte den Einfluss persönlicher Sympathien oder Antipathien auf die Auswahlentscheidung eindämmen. Diese sollte allein an den in den Kurzkonzepten dargestellten Fakten, wie Arbeitsschwerpunkte, Angebote, der sozialräumlichen Vernetzung der Einrichtungen sowie Zielen und Planungen als Familienstützpunkt getroffen werden.

„Also wir wollten so dieses ‚Ja, die sind mir jetzt sympathischer als die‘ [...] ein bisschen umgehen. Und vor allem [...] war es uns ganz wichtig einfach, wirklich Argumente zu haben, warum dieser Stützpunkt und nicht jener – was sich im Nachhinein als sehr wertvoll heraus gestellt hat.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Landkreis)

Die Anonymisierung der Unterlagen wurde von der Koordinierungsstelle Familienbildung dieses Landkreises jedoch als relativ aufwändig und schwierig beschrieben. Zudem sei es aufgrund der engen Zusammenarbeit der Personen aus dem mit der Vorauswahl betrauten Team mit den Einrichtungen nicht möglich gewesen, die Identität der Einrichtung völlig zu verbergen. Dennoch habe das Verfahren dazu beigetragen, sich bei der Auswahl bewusst an sachlichen Kriterien zu orientieren.

An einem Modellstandort legte man besonders großen Wert darauf, vorab bestimmte Auswahlkriterien zu definieren, auf deren Basis die Bewerbungen der Träger bzw. Einrichtungen bewertet werden konnten.

„Also in Bezug auf die Familienstützpunkte [haben] wir uns wirklich genaue Kriterien überlegt [...] vorneweg, um es gut begründen zu können auch, welche Einrichtung [...], welchen Träger wir für den Familienstützpunkt auswählen und warum.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Landkreis)

Auf diese Kriterien wurde dann auch bei der Formulierung der Zu- bzw. Absageschreiben Bezug genommen, in welchen jedem Bewerber die Gründe für seine Berücksichtigung bzw. Nichtberücksichtigung erläutert wurden.

Gezielte Anfrage bei geeigneten Institutionen

An etwa der Hälfte der Modellstandorte hat die Koordinierungsstelle für Familienbildung geeignete Einrichtungen gezielt ausgewählt und nach ihrer Bereitschaft gefragt, Familienstützpunkt zu werden. Mit einer Ausnahme wurde dabei sozialraumorientiert vorgegangen, d.h. es wurden gezielt passende Einrichtungen in bestimmten Sozialräumen gesucht, wobei

man sich meist an bereits definierten sozialräumlichen Einteilungen oder an Stadtteilen orientierte.

„[...] wir haben ja überlegt, wo wäre es sinnvoll, in welchen Stadtteilen, und sind dann auf die zugekommen [...] und haben dann gefragt, besteht die Möglichkeit, aus den und den Gründen wäre es sinnvoll, wenn wir das bei euch andocken würden.“ (Abschlussinterview Koordinierungsstelle, Stadt)

Bei der gezielten Auswahl geeigneter Einrichtungen wurden, sofern vorhanden, etablierte Strukturen besonders berücksichtigt: Ein Modellstandort entschied sich beispielsweise für Stadtteilzentren, die in Kooperation mehrerer Träger betrieben werden und für die Bewohner des jeweiligen Stadtteils wohnortnah eine Vielzahl unterschiedlicher Angebote vorhalten. An einem anderen Standort gab es in den einzelnen Sozialregionen bereits kommunal geförderte Anlaufstellen für Familien, deren Aufgabenbereich modifiziert wurde. In einer weiteren Kommune wurden zufällig gerade städtische Räumlichkeiten frei, die für die Einrichtung eines Familienstützpunkts geeignet waren.

Die gezielte Suche nach geeigneten Einrichtungen stellte insbesondere für diejenigen Projektverantwortlichen in der Koordinierungsstelle für Familienbildung eine große Herausforderung dar, die bislang wenig Erfahrung im Arbeitsfeld und eine entsprechend geringe Kenntnis der familienbildenden Strukturen vor Ort hatten:

„Das war bei uns ein ganz großes Thema, dass wir Stützpunkte finden – überhaupt mal zu sehen, wo muss einer hin und wo hätten wir gerne einen oder wo lässt sich einer überhaupt einrichten, welcher Bürgermeister macht mit und wie ist das realisierbar. Und das war ein [...] Riesenthema für uns und hat wahnsinnig viel Zeit eingenommen.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Landkreis)

Obwohl die Auswahl der Familienstützpunkte an fünf Modellstandorten durch eine gezielte Anfrage bei geeigneten Einrichtungen in bestimmten Sozialräumen getroffen werden sollte, gingen in vier Kommunen als Folge ihrer breiten Öffentlichkeitsarbeit (vgl. Kap. 6) jedoch auch Initiativbewerbungen bzw. Interessenbekundungen von Einrichtungen ein. Diese Einrichtungen wurden ebenfalls in die Auswahl einbezogen.

Die Entscheidung über die Auswahl mittels gezielter Anfrage wurde in der Regel durch den Jugendhilfeausschuss im Rahmen der Verabschiedung des Familienbildungskonzepts legitimiert. Einige Modellstandorte haben ihre Erfahrungen bei der Auswahl der Familienstützpunkte dazu genutzt, einen strukturierten Verfahrensweg für die Auswahl weiterer Familienstützpunkte zu erarbeiten.

5.2.2 Auswahlkriterien

Unabhängig vom Auswahlverfahren wurde an allen Modellstandorten einer sachlichen Begründung der Entscheidung großes Gewicht beigemessen. Die Entscheidung sollte für alle Akteure nachvollziehbar und akzeptabel sein. Die Notwendigkeit einer rationalen Entscheidung beschreibt folgendes Zitat:

„Das kann man jetzt nicht einfach nach dem Gefühl entscheiden. Wir haben dann ganz konkret die Kriterien verglichen, die wir angesetzt hatten im Vorfeld, die Qualitätskrite-

rien, und haben dann ganz rational ausgewählt.“ (Abschlussinterview Koordinierungsstelle, Stadt)

Neben den Vorgaben des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration zur Einrichtung von Familienstützpunkten spielten bei der Auswahl weitere, meist standortspezifische Überlegungen eine Rolle. Im Rahmen der Zwischeninterviews mit den Koordinierungsstellen für Familienbildung wurden diese erhoben. Sie lassen sich danach unterscheiden, ob sie sich auf den Sozialraum oder die Einrichtungen beziehen. An allen Modellstandorten spielten beide Aspekte eine Rolle, wobei häufig zuerst der Sozialraum und dann die geeignete Einrichtung ausgewählt wurden.

Grundsätzlich wurde an allen Modellstandorten eine sozialräumliche Verteilung der Familienstützpunkte im Jugendamtsbezirk angestrebt, um Familienbildung wohnortnah anbieten zu können und die räumlichen Distanz zum nächsten Familienstützpunkt für die Familien möglichst gering zu halten. Die Zahl der realisierten Familienstützpunkte und die damit verbundene Versorgung der Sozialräume wurden jedoch auch stark durch die in der Kommune zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen bestimmt.

Da sich Familien in Landkreisen vielfach Richtung Stadt orientieren, hätte es für die Landkreise theoretisch auch die Möglichkeit gegeben, etablierte Einrichtungen in der Stadt zu unterstützen oder Außenstellen städtischer Einrichtungen als Familienstützpunkte im Landkreis zu eröffnen. Allen Landkreisen im Modellprojekt war es jedoch wichtig, ihre Familienstützpunkte an etablierten Einrichtungen im ländlichen Raum anzusiedeln und dort dezentrale, wohnortnahe Anlaufstellen zu unterstützen bzw. zu schaffen:

„Wir haben uns dazu entschieden und ich denke, das haben alle Modellteilnehmer so gemacht, dass die Stützpunkte wirklich [...] lokal verortet sein sollen. Nicht, dass wir jetzt sagen, für den Landkreis unterstützen wir auch eine Einrichtung, die in der Stadt sitzt. Das hätte man ja theoretisch auch machen können, weil ganz viele auch vom Landkreis genutzt werden. Aber wir haben gesagt, die Stützpunkte sollen auf jeden Fall auf Landkreisboden sein und da sind andere Voraussetzungen, andere Zielgruppen, andere Größenverhältnisse.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Landkreis)

Die Entscheidung, in welchen Sozialräumen vorrangig Familienstützpunkte eingerichtet werden sollen, wurde an den Modellstandorten unterschiedlich begründet. Vielfach war dabei die soziodemografische Bevölkerungsstruktur der entsprechenden Sozialräume ausschlaggebend, so wurden an einigen Modellstandorten die Familienstützpunkte gezielt an Einrichtungen in so genannten „sozialen Brennpunkten“ angegliedert:

„Wir haben gesagt, wir setzen die Prioritäten schon da, wo wir den größten Bedarf sehen. Und das ist eben wirklich ein benachteiligtes Wohngebiet mit einer schwierigeren Sozialstruktur, mit einem relativ hohen Migrantenanteil, hohen Alleinerziehendenanteil und sehr viele[n] Familien im ALG II-Bezug. Das sind natürlich Faktoren, wo man sagen muss, da ist es am dringendsten, was zu machen auf der einen Seite. Und auf der anderen Seite sind das die Leute, die wir vorher am wenigsten erreicht haben.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Stadt)

Dieses Zitat verdeutlicht, dass hier ein hoher Bedarf der Familien bei gleichzeitig fehlenden familienbildenden Strukturen für die Auswahl eines Sozialraums ausschlaggebend war. Ent-

sprechende Erkenntnisse wurden in der Regel aus der Bestands- und Bedarfserhebung gewonnen (vgl. Kap. 4). Einem Landkreis war es besonders wichtig, die Familienstützpunkte in Sozialräumen mit möglichst unterschiedlichen soziodemographischen Strukturen einzurichten, um die Modellphase zur Sammlung von breit gestreuten Erfahrungen zu nutzen. Ein wichtiges sozialraumbezogenes Entscheidungskriterium in Landkreisen war auch die Lage der Gemeinden sowie die Mobilitätsmuster der Familien im ländlichen Raum. So stellte sich beispielsweise für einige Gemeinden ihre randständige Lage im Landkreis als ein Ausschlusskriterium dar.

Neben den Charakteristika der Sozialräume waren auch Merkmale der Einrichtungen und Träger für die Auswahl der Familienstützpunkte ausschlaggebend. So entschieden sich einige Modellstandorte bewusst dazu, Familienstützpunkte vorrangig an Kindertageseinrichtungen anzugliedern, da diese flächendeckend verbreitet und den Familien durch ihre Alltagsnähe vertraut sind und der Aufwand und die Hemmschwelle, sich dort zu informieren oder Unterstützung in Anspruch zu nehmen, gering ist. Kinderhäuser mit ihren Bildungs- und Betreuungsangeboten für Kinder aus unterschiedlichen Altersgruppen wurden als besonders geeignet angesehen, Familienstützpunkt zu werden, da sie auch Eltern mit älteren Kindern erreichen. So führte eine Koordinierungsstelle für Familienbildung auf die Frage, welche Gründe für Kindertageseinrichtungen als Familienstützpunkte sprächen, Folgendes aus:

„Ja, weil da eben der konkrete und regelmäßige Kontakt zu der Zielgruppe schon da ist. Wir müssen nicht völlig von vorne anfangen, sondern man hat ein relativ großes Spektrum schon abgedeckt. Die zusätzliche Herausforderung ist dann eigentlich nur noch, Eltern zu erreichen, die ganz kleine Kinder haben, also vor Krippenalter praktisch.“ (Abschlussinterview Koordinierungsstelle, Stadt)

Andere Modellstandorte schlossen Kindertageseinrichtungen dagegen grundsätzlich als Standorte für einen Familienstützpunkt aus. Begründet wurde dies folgendermaßen:

- Es wurde befürchtet, dass Familienstützpunkte an einer bestimmten Kinderbetreuungseinrichtung möglicherweise ausschließlich von denjenigen Eltern genutzt würden, deren Kinder die Einrichtung besuchen, und auch in der Öffentlichkeit als ein Angebot ausschließlich für diese Gruppe wahrgenommen würden.
- Die z. T. geringe Größe und die knappen räumlichen und personellen Ressourcen vieler Kindertageseinrichtungen, insbesondere im ländlichen Raum, wurden für Familienstützpunkte als eher ungünstig beurteilt.
- Es wurde die Gefahr gesehen, dass z. B. in einer landkreisangehörigen Gemeinde mit mehreren Kindertageseinrichtungen die Auswahl einer einzelnen Einrichtung zu Unmut bei den anderen Einrichtungen führen und womöglich Kooperationen beeinträchtigen könnte.
- Sorgen machte man sich schließlich auch dahingehend, dass eine große Zahl kleinerer Einrichtungen als Familienstützpunkte in meist unterschiedlichen Trägerschaften die Koordination durch das Jugendamt erschweren könnte.

Einigen Modellstandorten war es wichtig, die Familienstützpunkte an verschiedenartige Einrichtungstypen in möglichst unterschiedlicher Trägerschaft anzugliedern. Auf diese Weise sollten auch verschiedene Zielgruppen besser erreicht werden.

Zum Teil wurde bei Trägern und Einrichtungen eine gewisse Ressourcenausstattung vorausgesetzt, um Familienstützpunkt zu werden. Darüber hinaus wurde auch die Größe des Trägers, die Anzahl und Art seiner Einrichtungen und deren Verteilung im Stadtgebiet, die Vielfalt an Angeboten sowie seine Vernetzung innerhalb der Kommune berücksichtigt.

„Was uns auch sehr wichtig war, dass die Träger auch schon zur Bevölkerung wirklich Kontakte haben und da erfolgreich sind [...], die jetzt nicht nur die Kindertageseinrichtung haben, [...], sondern eben auch die Migrationssozialdienste und da Kontakte zu den Menschen und Familien mit Migrationshintergrund haben. [...] Also, dass wirklich schon verschiedenste Zugangswege da sind zu der Bevölkerung.“ (Abschlussinterview Koordinierungsstelle, Stadt)

Als weitere Entscheidungskriterien spielten u. a. bewährte Kooperationsbeziehungen bzw. gute Erfahrungen in der Zusammenarbeit, die Akzeptanz des Konzepts Familienstützpunkt im Fachkräfteteam der Einrichtung und das Vorhandensein eines Qualitätssicherungssystems eine Rolle. Vielfach sollten mit der Ansiedlung eines Familienstützpunkts auch positive Entwicklungen im Bereich Familienbildung bei einzelnen Einrichtungen oder Gemeinden weiter unterstützt werden. So wählte beispielsweise ein Landkreis eine Gemeinde aus, die im Themenbereich Jugend und Familie bereits aktiv war und mit der Schaffung entsprechender Strukturen begonnen hatte. Eine nicht unwesentliche Rolle bei der Entscheidung über den Standort eines Familienstützpunkts spielte in Landkreisen auch die Aufgeschlossenheit der jeweiligen Bürgermeister für das Thema Familienbildung.

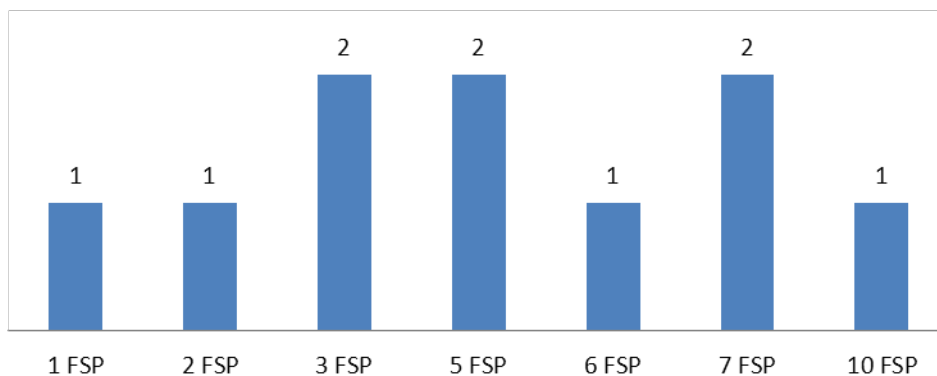
5.3 Die Familienstützpunkte der Modellphase im Überblick

In der Modellphase wurden an den elf Modellstandorten 55 Familienstützpunkte offiziell eröffnet.⁴ Auf diese beziehen sich die folgenden Analysen. Sie basieren auf der Auswertung zweier standardisierter Befragungen der Familienstützpunkte sowie den leitfadengestützten Interviews mit Fachkräften ausgewählter Familienstützpunkte und mit den Koordinierungsstellen für Familienbildung. Im weiteren Verlauf des Modellprojekts kamen zusätzliche Familienstützpunkte dazu bzw. befanden sich in Planung. Diese wurden aus methodischen Gründen nicht in die wissenschaftliche Begleitung einbezogen.

Die Zahl der Familienstützpunkte pro Standort lag zwischen einem und zehn (vgl. Abb. 3). Die meisten Modellstandorte eröffneten drei bis sieben Familienstützpunkte.

⁴ An einem Modellstandort wurden Ort und Träger eines Familienstützpunkts im Laufe der Modellphase einmal geändert, da sich die getroffene Entscheidung als schwierig realisierbar gezeigt hat.

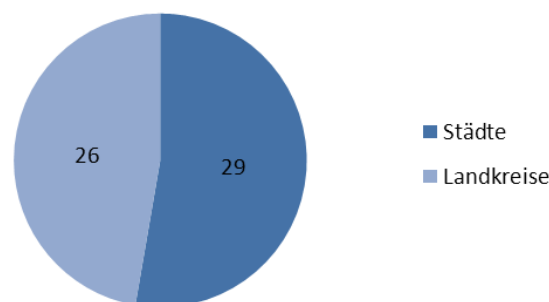
Abb. 3: Anzahl der Familienstützpunkte pro Standort (absolute Zahlen)



Quelle: Eigene Berechnungen; n = 55

Von den 55 Familienstützpunkten entfallen 26 auf die vier Landkreise und 29 auf die sieben Städte (vgl. Abb. 4). Damit wurden in den Landkreisen durchschnittlich deutlich mehr Familienstützpunkte eröffnet als in den Städten, was mit dem Ziel, auch in flächenmäßig großen Landkreisen dezentrale und gleichzeitig wohnortnahe Anlaufstellen für die Familien zu schaffen, zusammenhängt.

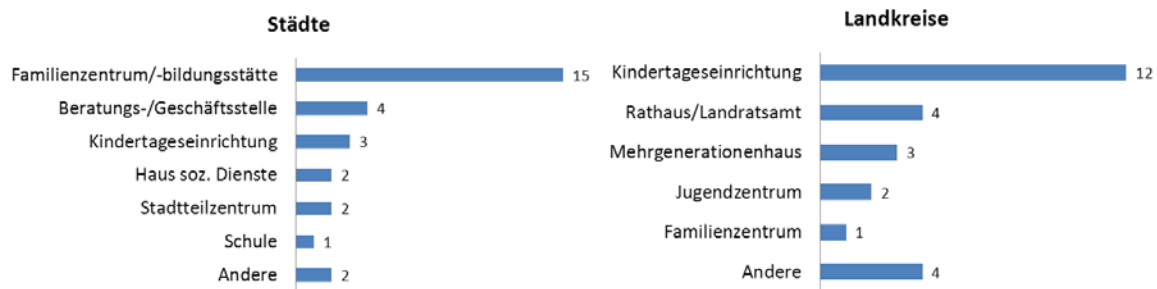
Abb. 4: Anzahl der Familienstützpunkte, nach Städten und Landkreisen (absolute Zahlen)



Quelle: Eigene Berechnungen; n = 55

Die Familienstützpunkte wurden an ganz unterschiedlichen Einrichtungen angedockt. Die Zusammensetzung der Einrichtungstypen unterscheidet sich zwischen Städten und Landkreisen deutlich und spiegelt die unterschiedlichen Rahmenbedingungen wider: Während die Städte ihre Familienstützpunkte zum Großteil an den traditionellen Einrichtungen der Familienbildung, wie Familienzentren bzw. Familienbildungsstätten ansiedeln konnten (diese werden im Folgenden als „etablierte Einrichtungen“ bezeichnet), waren die Landkreise aufgrund der fehlenden Strukturen auf andere Orte angewiesen. Am häufigsten wurde hier auf Einrichtungen der Kindertagesbetreuung zurückgegriffen (vgl. Abb. 5).

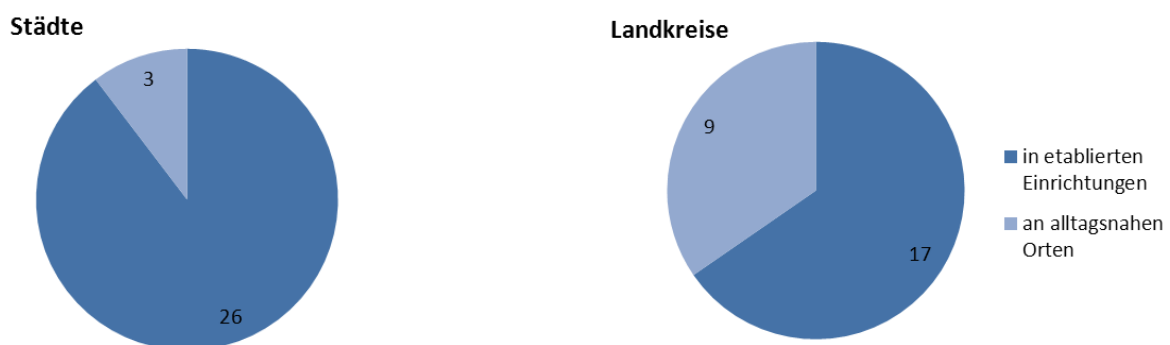
Abb. 5: Einrichtungstypen, nach Städten und Landkreisen (absolute Zahlen)



Quelle: Eigene Berechnungen; n = 55

Aufgrund fehlender familienbildender Strukturen in Landkreisen waren daneben auch andere Einrichtungen und Räumlichkeiten von Gemeinden bzw. Gemeindeverbänden von Bedeutung. Da es sich hierbei um Orte handelt, die im Alltag von Familien eine Rolle spielen, wie z. B. Rathäuser oder Jugendzentren, werden diese Einrichtungen im Folgenden als „alltagsnahe Orte“ bezeichnet. Solche alltagsnahen Orte sind in den Landkreisen quantitativ bedeutsamer als in den Städten (vgl. Abb. 6): Während in den sieben Städten 26 Familienstützpunkte an etablierten familienbildenden Einrichtungen und lediglich drei Familienstützpunkte an alltagsnahen Orten eingerichtet wurden, gab es in den vier Landkreisen 17 Familienstützpunkte an etablierten familienbildenden Einrichtungen und neun an alltagsnahen Orten. Bei den alltagsnahen Orten in Städten handelte es sich um eine Schule, ein Jugendzentrum sowie städtische Räumlichkeiten. In den Landkreisen zählten mehrere Rathäuser, ein Landratsamt, mehrere Jugendzentren, ein kirchliches Gemeindehaus, Büroräume der Gemeindejugendarbeit sowie von einem Verein genutzte Räumlichkeiten zu den alltagsnahen Orten.

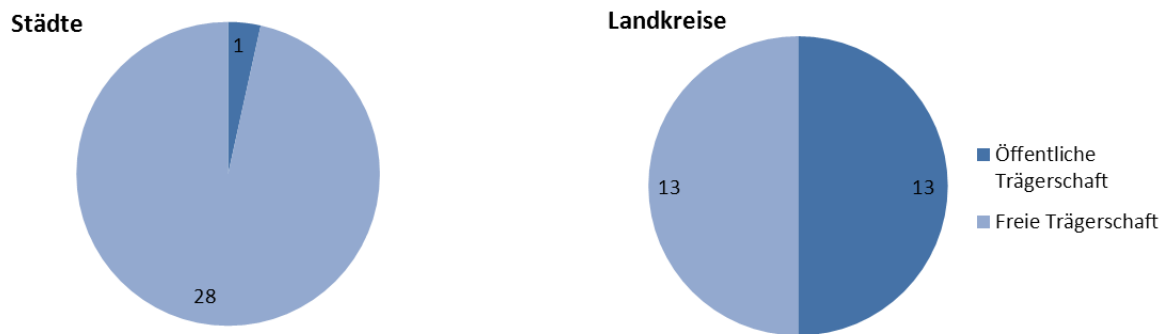
Abb. 6: Familienstützpunkte an etablierten Einrichtungen und an alltagsnahen Orten, nach Städten und Landkreisen (absolute Zahlen)



Quelle: Eigene Berechnungen; n = 55

Die Unterschiede zwischen Städten und Landkreisen bezüglich der genutzten Einrichtungstypen und Orte zeigen sich auch bei der Trägerschaft (vgl. Abb. 7): Da die alltagsnahen Orte und z. T. auch die Kinderbetreuungseinrichtungen vielfach von Gemeinden getragen werden, haben öffentliche Träger in den Landkreisen eine deutlich größere Bedeutung als in Städten.

Abb. 7: Trägerschaft der Familienstützpunkte, nach Städten und Landkreisen (absolute Zahlen)



Quelle: Eigene Berechnungen; n = 55

In der Modellphase haben sich in Einzelfällen noch weitere Konstruktionen ergeben: Eine Kommune richtete zwei Außenstellen von Familienstützpunkten als „Ort der Familienbildung“ ein. Dabei handelte es sich um niedrigschwellige Anlaufstellen für Familien an einer Schule sowie in einem Familienzentrum, welche die Angebote eines Familienstützpunkts vorhalten, jedoch nicht eigenständig arbeiten, sondern einem anderen Familienstützpunkt zugeordnet sind und von diesem organisiert werden.⁵ Diese Konstruktion war auf die spezifischen Rahmenbedingungen und politischen Vorgaben am Modellstandort zurückzuführen, nach denen ausschließlich gewachsene Strukturen genutzt, gleichzeitig jedoch die Versorgung von Familien aus anderen Sozialräumen sichergestellt werden sollten.

In einer anderen Kommune wurden so genannte „Verbund-Familienstützpunkte“ gebildet. Dabei handelte es sich um den Zusammenschluss von jeweils zwei Kindertageseinrichtungen, wobei die Grundleistungen eines Familienstützpunkts von beiden Einrichtungen vorgehalten und nur darüber hinaus gehende Aktivitäten untereinander aufgeteilt werden.⁶

In einer Kommune wurde ein Kleinbus zum mobilen Familienstützpunkt: Dieser wird von einem Familienstützpunkt an einer etablierten Einrichtung betrieben und fährt Spielplätze und andere Aufenthaltsorte von Familien an. Als Brücke zwischen der Lebenswelt der Eltern und dem örtlichen Familienstützpunkt eröffnet er Zugänge zu den Familienstützpunkten, informiert Eltern und Familien über die dortigen Angebote und sammelt deren Wünsche und Anregungen für die weitere Programmplanung.

Hinsichtlich der Art der Anbindung des Familienstützpunkts an die jeweiligen Einrichtungen oder an Orte lassen sich zwei Varianten unterscheiden:

- Zum einen konnte die ganze Einrichtung Familienstützpunkt werden. In der Folge fühlen sich alle Fachkräfte für den Familienstützpunkt verantwortlich.
- Zum anderen kann der Familienstützpunkt einen eigenen Arbeitsbereich innerhalb der Einrichtung darstellen – beispielsweise in der Form, dass nur ein Teil der Fachkräfte die

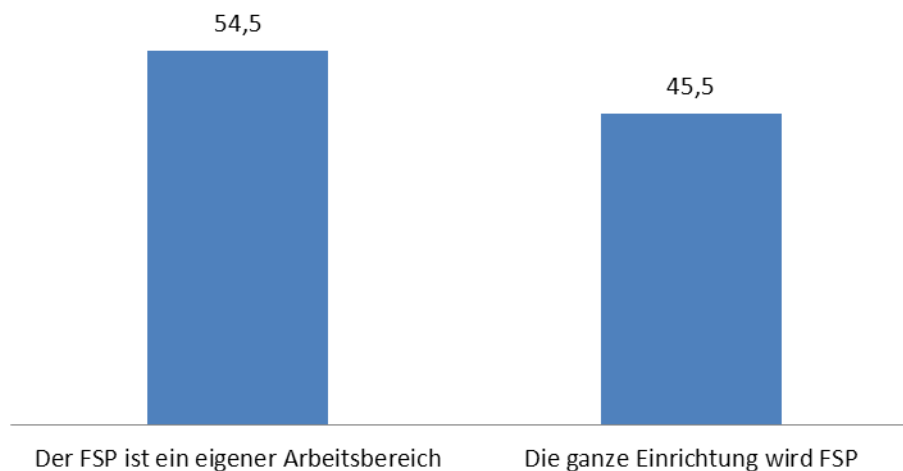
⁵ Da die Orte der Familienbildung die Aufgaben eines Familienstützpunkts erfüllen, werden sie in den hier präsentierten Auswertungen als Familienstützpunkte betrachtet.

⁶ Die Verbund-Familienstützpunkte gingen jeweils als zwei Familienstützpunkte in die Analysen ein.

Familienstützpunkt-Aufgaben übernimmt oder spezielle Familienstützpunkt-Fachkräfte in einem eigenen Büro des Familienstützpunkts in den Räumlichkeiten der Einrichtung tätig sind.

Im Rahmen der ersten standardisierten Befragung wurden die Familienstützpunkte an etablierten Einrichtungen gebeten anzugeben, wie der Familienstützpunkt an die bestehende Einrichtung angebunden wurde. Es zeigte sich, dass ein Großteil der Einrichtungen den Familienstützpunkt als eigenen Arbeitsbereich definierte (Abb. 8). Ein Vergleich der Einrichtungstypen ergab, dass in dieser Gruppe der Anteil der Familienzentren vergleichsweise hoch ist. Daran lässt sich bereits erkennen, dass es insbesondere für diesen Einrichtungstyp, der vielfach in der Tradition der Selbsthilfe steht, eine Herausforderung darstellen kann, das eigene Selbstverständnis mit dem neuen Konzept „Familienstützpunkt“ in Einklang zu bringen (vgl. dazu auch Kap. 5.4.5). Bei Kindertageseinrichtungen gab im Unterschied dazu ein Großteil an, dass die gesamte Kindertageseinrichtung Familienstützpunkt wird.

Abb. 8: Familienstützpunkte nach Art der Anbindung (in %)



Quelle: Eigene Berechnungen; Befragung der Familienstützpunkte I; n = 44 (nur FSP an etablierten Einrichtungen)

In den Fällen, in denen der Familienstützpunkt ein eigener Arbeitsbereich in der Ausgangseinrichtung wurde, bemühte sich die Koordinierungsstelle für Familienbildung um eine gute Kooperation zwischen Familienstützpunkt-Fachkräften und dem Einrichtungsteam, da die beiden Arbeitsbereiche in einem gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnis stehen:

„Dieser Familienstützpunkt jetzt als zusätzliches Angebot ist auch nur dann glaubwürdig, wenn die Basiseinrichtung, also in dem Fall Kinderkrippe, Kindergarten auch wirklich eine gute Qualität bietet [...]. Ich kann nicht die Eltern ansprechen für verschiedene [Angebote], für Eltern-AG, für Workshops, für Veranstaltungen, wenn die mit der Einrichtung selbst unzufrieden sind, wenn es da ständig Konflikte gibt [...].“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Stadt)

5.4 Rahmenbedingungen und Ressourcen

Für die Erfüllung ihrer Aufgaben waren die Familienstützpunkte auf geeignete Rahmenbedingungen angewiesen. Von großer Bedeutung waren insbesondere die finanzielle, personelle

und räumliche Ressourcenausstattung sowie die Unterstützung durch die Koordinierungsstelle für Familienbildung im Jugendamt, durch den Träger und ggf. durch die Gemeinde.

5.4.1 Konzeptionierung des Aufgabenbereichs

Eine wichtige Voraussetzung für die Aufnahme der Arbeit in den einzelnen Familienstützpunkten war die Konkretisierung und Konzeptionierung ihrer Aufgaben und Tätigkeitsfelder sowie die Festlegung von Zielen und darauf bezogenen Handlungsplänen. Dabei mussten die Familienstützpunkte sowohl die gegebenen Voraussetzungen der Einrichtung und die sozial-räumlichen Gegebenheiten als auch die Qualitätskriterien des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration berücksichtigen. Auswertungen der qualitativen Interviews mit den Koordinierungsstellen für Familienbildung sowie mit Fachkräften ausgewählter Familienstützpunkte zeigen, dass an den Modellstandorten unterschiedlich vorgegangen wurde: Während an einigen spezielle Anforderungskriterien erarbeitet wurden, beschränkten sich andere Kommunen auf Absprachen mit den Einrichtungen.

Formulierung von Anforderungskriterien

Einige der am Modellprojekt beteiligten Jugendämter setzten mit der Erarbeitung von detaillierten Anforderungskriterien, welche über die Qualitätskriterien des Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration hinausgingen (teilweise nach unterschiedlichen Struktur-, Leistungs- oder Themenbereichen unterteilt) inhaltliche Rahmenbedingungen für die Entwicklung ihrer Familienstützpunkte. Die Anforderungskriterien wurden in der Regel in der Steuerungsgruppe erarbeitet, an einem Standort wurden auch die Familienstützpunkte in diesen Arbeitsschritt einbezogen.

In einer Kommune wurden die Anforderungskriterien im Rahmen mehrerer Treffen allen Familienstützpunkt-Fachkräften vorgestellt und gemeinsam diskutiert. Im Anschluss an jede Zusammenkunft sollte jeder Familienstützpunkt die Kriterien vor dem Hintergrund seiner jeweiligen Rahmenbedingungen mit Inhalten füllen.

An einem anderen Standort wurden das Team des Familienstützpunkts sowie weitere Vernetzungspartner, wie u. a. die zuständige Stadtteilmutter, der Quartiersbeirat, Vertreter relevanter städtischer Einrichtung und des Trägers, weiterer Einrichtungen und Eltern aus dem Stadtteil im Rahmen einer so genannten Startveranstaltung dazu aufgerufen, ihre Ideen und Vorstellungen für die Arbeit des Familienstützpunkts einzubringen. In mehreren Schleifen wurde daraus ein Konzept entwickelt, so dass zur offiziellen Eröffnung des Familienstützpunkts ein von allen Seiten akzeptiertes Dokument vorlag. Diese Vorgehensweise wurde von der Koordinierungsstelle für Familienbildung als sehr bereichernd erlebt:

*„[...] Ja, ist eigentlich immer recht befruchtend, wenn dann verschiedene, die Eltern, dann der Quartiersbeirat [...] da mitmischen, [...] aber trotzdem eine Gruppe da ist, die dann das Ganze bündelt, damit dann auch eben ein einheitliches Ziel zu erkennen ist.“
(Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Stadt)*

In einem Landkreis wurden die konzeptionellen Grundlagen für jeden Familienstützpunkt einzeln in einer separaten Steuerungsgruppe erarbeitet. Diese bestand aus den in der jeweiligen Gemeinde relevanten politischen Akteuren sowie aus Fachkräften aus bedeutsamen sozia-

len Arbeitsbereichen, wie z.B. Gemeindejugendpflegerinnen und Gemeindejugendpflegern oder Fachkräften aus der Jugendsozialarbeit an Schulen. Bei der Entscheidung, welche Schwerpunkte gesetzt, welche Angebote gemacht und welche Kooperationen angestoßen werden sollten, orientierte man sich am ermittelten sozialräumlichen Bedarf. Die Koordinierungsstelle für Familienbildung hielt im Rahmen des Abschlussinterviews fest:

„Das ist mir schon wichtig, dass die Steuerungsgruppe über die Inhalte auch redet, was dann vor Ort auch stattfinden soll.“ (Abschlussinterview Koordinierungsstelle, Landkreis)

Absprachen zwischen Jugendamt und Familienstützpunkten

Im Unterschied zu diesen vergleichsweise aufwändigen Vorgehensweisen gab es an anderen Modellstandorten lediglich Absprachen zwischen den Familienstützpunkten und dem Jugendamt über die Tätigkeitsfelder und die konkreten Angebote der Familienstützpunkte. Dabei fiel auf, dass dies insbesondere dort der Fall war, wo die Familienstützpunkte auf der Basis eines Bewerbungsverfahrens (vgl. Kap. 5.2.1) ausgewählt worden waren. Die Einrichtungen hatten dort in der Regel bereits im Rahmen des Bewerbungsverfahrens konzeptionelle Ansätze eingereicht, die dann nur noch mit dem Jugendamt abgestimmt werden mussten.

5.4.2 Ressourcenausstattung

Eine angemessene und ausreichende Ressourcenausstattung der Familienstützpunkte stellt eine wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Tätigkeit der Familienstützpunkte dar. Zu unterscheiden sind dabei finanzielle, personelle und räumliche Ressourcen.

Finanzielle Ressourcen

Das Konzept des Modellprojekts überließ die Ausgestaltung der Finanzierung der Familienstützpunkte dem jeweils zuständigen Träger der öffentlichen Jugendhilfe. Dieser hatte somit in diesem Bereich einen vergleichsweise großen Handlungsspielraum und konnte die Finanzierungsmodalitäten der Familienstützpunkte passgenau auf die Strukturen vor Ort abstimmen.

Nahezu alle Familienstützpunkte erhielten für ihre neuen Aufgaben zusätzliche Fördermittel. Deren Höhe hing u. a. von der staatlichen Fördersumme und der Anzahl der eröffneten Familienstützpunkte ab.

Die Finanzierung der Familienstützpunkte wurde an den Modellstandorten unterschiedlich gestaltet. Informationen darüber lieferten die qualitativen Interviews mit den Koordinierungsstellen für Familienbildung. Einige Modellstandorte haben ihren Familienstützpunkten eine einmalige Anschubfinanzierung gewährt. Bei Familienstützpunkten an etablierten Einrichtungen wurde diese Unterstützung z.B. dazu verwendet, ihre Räumlichkeiten (erwachsenengerecht) auszustatten oder das Fachkräfteteam fortzubilden. An alltagsnahen Orten war es häufig notwendig, den Familienstützpunkt grundlegend neu einzurichten. Die Anschubfinanzierung wurde an einigen Modellstandorten pauschal, an anderen in Abhängigkeit vom jeweiligen Bedarf der Familienstützpunkte gewährt. Ein Modellstandort wählte eine konzeptionsgebundene Förderung. An diesem Standort hatten die Familienstützpunkte eigene Konzepte erstellt, welche ihre Planungen für das jeweilige Förderjahr enthielt. Diese Konzepte enthielten

jeweils auch einen detaillierten Kostenplan, an welchem sich die Förderung des Jugendamtes orientierte.

Einige Modellstandorte unterschieden bei ihrer Förderung zwischen der laufenden finanziellen Förderung und der Unterstützung konkreter Angebote. Die laufende finanzielle Förderung war an den Modellstandorten in unterschiedlichem Ausmaß sachgebunden konzipiert: Während die Familienstützpunkte an einigen Modellstandorten frei über die Verwendung der jährlichen Fördersumme entscheiden konnten, wurden den Familienstützpunkten an anderen Modellstandorten die Fördermittel differenziert nach Personal- und Sachmitteln zur Verfügung gestellt.

Auch bei der Förderung konkreter familienbildender Angebote gab es an den Modellstandorten unterschiedliche Verfahren: In einigen Kommunen wurde allen Familienstützpunkten ein pauschales Budget für familienbildende Angebote zur Verfügung gestellt. An anderen Standorten mussten sich die Familienstützpunkte bei der Koordinierungsstelle für Familienbildung um die Mittel für die Durchführung familienbildender Angebote bewerben. In diesen Fällen entschied die Koordinierungsstelle über die Angebote an den Familienstützpunkten mit. Dies wurde zum einen insbesondere in der Aufbauphase der Familienstützpunkte als wichtig angesehen, zum anderen sollte den Familienstützpunkten auf diese Weise ein Anreiz zur Durchführung von Angeboten gegeben werden.

„Der Anreiz ist, glauben wir, höher, wenn man sagt, man kriegt das nicht pauschal und macht dann was oder auch nicht, sondern man kriegt es dann konkret, wenn man was macht.“ (Abschlussinterview Koordinierungsstelle, Landkreis)

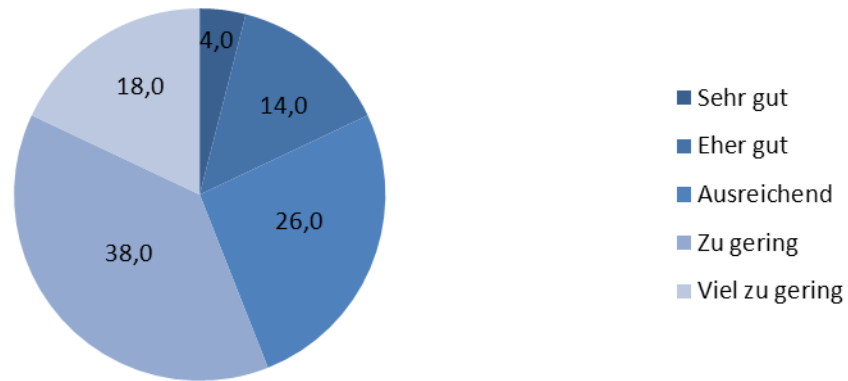
Einige Jugendämter nutzten ihre Erfahrungen in der Modellphase auch dazu, einen konkreten Finanzplan für die bestehenden bzw. zukünftigen Familienstützpunkte zu erarbeiten. So setzte beispielsweise ein Landkreis längerfristig auf einen Finanzierungsmix aus Mitteln des Freistaats, des Landkreises sowie der beteiligten Gemeinden. Auch ein anderer Landkreis, welcher die Familienstützpunkte zu einem Großteil an Einrichtungen in freier Trägerschaft angegliedert hat, plante, die Gemeinden, in welchen die Familienstützpunkte liegen, stärker in die Finanzierung einzubeziehen. Eine Stadt erarbeitete im Zusammenhang mit der Formulierung eines detaillierten Bewerbungsprozesses für interessierte Einrichtungen einen konkreten Finanzplan und verabschiedete diesen im Stadtrat. Damit wurde interessierten Einrichtungen eine verlässliche Entscheidungsbasis zur Verfügung gestellt.

Im Rahmen der quantitativen Abschlussbefragung wurden die Familienstützpunkt-Fachkräfte um eine Bewertung ihrer finanziellen Ressourcen gebeten. Es zeigte sich, dass nur 18,0 % der Befragten ihre finanziellen Ressourcen als sehr gut oder eher gut einschätzten. 26,0 % bewerteten sie immerhin noch als ausreichend. Dagegen bewerteten über die Hälfte der Befragten ihre verfügbaren finanziellen Ressourcen als nicht ausreichend: 38,0 % finden sie zu gering, 18,0 % sogar als viel zu gering (vgl. Abb. 9). Der Großteil der Familienstützpunkt-Fachkräfte empfindet die finanzielle Ressourcenausstattung damit als nicht zufriedenstellend.

Betrachtet man die Beurteilung der finanziellen Ressourcen differenziert nach Familienstützpunkttyp, zeigt sich ein überraschendes Ergebnis: Etablierte Einrichtungen bewerteten ihre verfügbaren finanziellen Ressourcen als schlechter als alltagsnahe Einrichtungen. Dies könnte damit erklärt werden, dass sich Familienstützpunkte an alltagsnahen Orten tendenziell noch in

der Aufbauphase befinden und im Vergleich zu etablierten Einrichtungen noch recht klein sind. Es ist zu vermuten, dass sich mit steigendem Bekanntheitsgrad, mit zunehmender Nutzung durch die Eltern und einem damit einhergehenden Ausbau der Leistungen die Bewertungen angleichen dürften.

Abb. 9: Bewertung der finanziellen Ressourcen des Familienstützpunktes (in %)



Quelle: Eigene Berechnungen; Befragung der Familienstützpunkte II; n = 50

Personelle Ressourcen

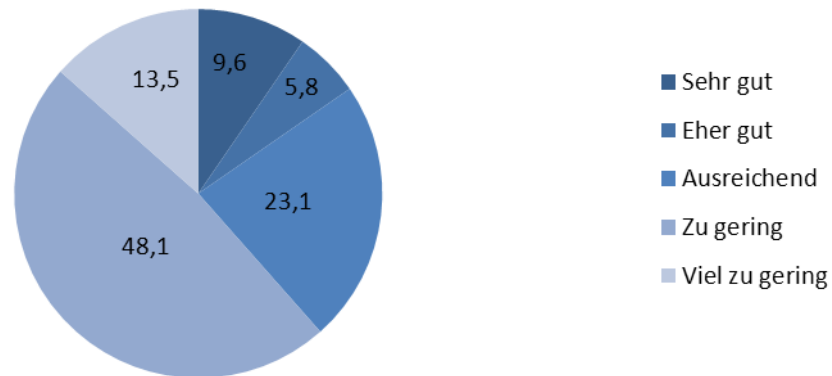
Neben einer angemessenen Finanzierung sind ausreichende personelle Ressourcen für einen Familienstützpunkt unverzichtbar. Dabei geht es zum einen um die Qualifikation und zum anderen um das (zusätzlich) erforderliche Personal- und Stundenkontingent. Vorgaben des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration hinsichtlich der Qualifikation des Personals gab es dahingehend, dass die Familienstützpunkte von Fachkräften betreut werden sollten. Gemeint waren dabei grundsätzlich Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen. Die Auswertung der ersten Befragung der Familienstützpunkte nach ihren Strukturmerkmalen ergab, dass in den Familienstützpunkten dieses Kriterien fast ausnahmslos erfüllt wurde: Zählt man zu den Fachkräften neben Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen auch Psychologinnen und Psychologen, Pädagoginnen und Pädagogen sowie Erzieherinnen und Erzieher, so waren in 96,2 % der Familienstützpunkte Fachkräfte mit der Arbeit betraut.

Zum Umfang der Personalressourcen wurden in den Qualitätskriterien des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration keine Festlegungen getroffen. Die Anzahl der Fachkräfte bzw. das (zusätzliche) Stundenkontingent für die Arbeit in den Familienstützpunkten wurde von den Jugendämtern auf Basis der vorhandenen finanziellen Mittel entschieden. Damit standen den Familienstützpunkten an den elf Modellstandorten in unterschiedlichem Umfang zusätzliche Personalressourcen zur Verfügung. Diese reichten von keinen Personalressourcen über wenige Stunden pro Woche bis zu einer halben Personalstelle.

Im Rahmen der standardisierten Abschlussbefragung bewerteten 15,4 % der Familienstützpunkte ihre personellen Ressourcen als sehr gut oder eher gut, weitere 23,1 % als ausreichend. 48,1 % schätzten die personellen Ressourcen dagegen als zu gering, 13,5 % sogar als viel zu

gering ein (vgl. Abb. 10). Damit wurden die personellen Ressourcen von nahezu zwei Dritteln der Familienstützpunkte als nicht ausreichend angesehen.

Abb. 10: Bewertung der personellen Ressourcen des Familienstützpunktes (in %)



Quelle: Eigene Berechnungen; Befragung der Familienstützpunkte II; n = 52

Betrachtet man die Bewertungen der Personalausstattung differenziert nach den Einrichtungstypen, zeigen sich – ähnlich wie bei der Beurteilung der finanziellen Ressourcen – bei den Fachkräften an etablierten Einrichtungen negativere Beurteilungen. Eine mögliche Ursache hierfür könnte darin liegen, dass in Familienstützpunkten an etablierten Einrichtungen zahlreiche Aktivitäten von dem vorhandenen Personal im Rahmen deren Stundenkontingent mit erledigt wurde. Darüber hinaus arbeitete ein großer Teil der Familienstützpunkt-Fachkräfte nach eigenen Aussagen häufig über die bezahlte Arbeitszeit hinaus.

Familienstützpunkte an etablierten familienbildenden Einrichtungen hatten vielfach die Möglichkeit, selbst darüber zu entscheiden, wie die Personalmittel eingesetzt werden sollten. So wurden an einigen Familienstützpunkten neue Fachkräfte eingestellt, in einigen Fällen wurde die Einrichtungsleitung für eine bestimmte Stundenzahl freigestellt. In manchen Einrichtungen wurden die zur Verfügung stehenden Stunden auf mehrere interessierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufgeteilt. Durch dieses Vorgehen waren die Aufgaben des Familienstützpunkts im Team verankert und der Familienstützpunkt konnte von den individuellen Kompetenzen und Kontakten profitieren.

„Also, [...] die Frau [XY] ist für den Migrationsbereich zuständig. Sie hat viele Anfragen von Migrantinnen und Migranten. Dann hat sie in ihrem Feld auch ein Spezialnetzwerk und das kann sie nutzen. Das kann ich jetzt nicht so nutzen wie sie. Also, es ist ganz sinnvoll, wenn das mehrere Leute sind, die auch so bestimmte Arbeitsfelder abdecken und dann ergibt sich da eine [...] Vielfalt, da es einfach verschiedene Bereiche gibt. Also über andere Bereiche, jetzt Jugendamt oder ASD, da kann ich jetzt wieder mehr Kontakte wahrnehmen und kann die vermitteln.“ (Familienstützpunkt, Stadt)

Da es sich bei den Familienstützpunkten an alltagsnahen Orten um Neugründungen handelte, mussten dort in der Regel erst Fachkräfte gesucht werden, welche die geforderten Aufgaben erfüllen konnten. Meist war es eine Fachkraft pro Stützpunkt, in wenigen Fällen waren es zwei Personen, teilweise auch mit unterschiedlichen Professionen, wie z. B. eine Sozialpäda-

gogin bzw. ein Sozialpädagoge sowie eine Verwaltungsfachkraft. Einige dieser Fachkräfte waren ausschließlich mit dem Familienstützpunkt betraut und hatten darüber hinaus kein weiteres Aufgabengebiet, andere waren bereits in einer anderen Funktion bei der jeweiligen Gemeinde beschäftigt und stockten ihren Arbeitszeitumfang auf, um den Familienstützpunkt zu leiten. Dabei gab es allerdings von Seiten eines Jugendamts Befürchtungen dahingehend, dass die Familienstützpunkt-Arbeit neben den anderen Aufgaben zu kurz kommen oder auch die Identifikation der Fachkräfte mit dem Familienstützpunkt geringer ausgeprägt sein könnte:

„Wenn ich heute gefragt würde: [...] Man hat eine Kraft, die nur wenige Stunden [...] ausschließlich das macht und dort arbeitet oder man hat eine Vollzeitkraft in der Gemeinde, die das mitmachen muss, würde ich mich aus heutiger Sicht für die Kraft mit wenig Stunden entscheiden als für die andere, weil ich weiß, dass die mehr unter ‚Erfolgsdruck‘ steht [...] wie derjenige, der es ‚einfach mitmacht‘. [...] Wenn ich ausschließlich für den Sektor zuständig bin und ich habe gar nichts gemacht, dann muss ich erklären, warum nichts passiert ist.“ (Abschlussinterview Koordinierungsstelle, Landkreis)

Bei der offenen Frage nach den größten Schwierigkeiten bezüglich ihrer Ressourcenausstattung wies ein Großteil der Familienstützpunkt-Fachkräfte auf das geringe Personal- bzw. Stundenkontingent hin und forderte mehr Zeit für die vielfältigen Aufgaben eines Familienstützpunkts. So sei für den Aufbau und die Pflege von Kooperations- und Vernetzungsstrukturen, für die Öffentlichkeitsarbeit sowie für die Abstimmungsgespräche mit der Koordinierungsstelle für Familienbildung viel Zeit nötig, was vielfach zu Lasten der Arbeit mit den Familien ginge.

Räumliche Ressourcen

Den Vorgaben des Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration zufolge sollten die Räumlichkeiten der Familienstützpunkte den Eltern einen niedrigschwelligen Zugang ermöglichen und barrierefrei sein. Im Rahmen der qualitativen Interviews mit den Koordinierungsstellen für Familienbildung wurden angemessene und ansprechende Räumlichkeiten von nahezu allen Gesprächspartnern als wesentliche Voraussetzung dafür gesehen, dass Familienstützpunkte gut arbeiten können. Aus ihrer Sicht sollten die Familienstützpunkte Orte sein, wo Eltern „einfach hingehen“ können, wo sie sich wohl fühlen und gerne aufhalten.

„Es müssen gewisse Rahmenbedingungen geschaffen werden für die Stützpunkte, und, ja, gewisse Räumlichkeiten müssen einfach vorhanden sein.“ (Abschlussinterview Koordinierungsstelle, Stadt)

Nach Einschätzung der Projektverantwortlichen sollten den Familienstützpunkten in jedem Fall ein Büroraum mit gängiger Büroausstattung und internetfähigem Computer zur Verfügung stehen, in welchem auch vertrauliche Elterngespräche geführt werden können. Darüber hinaus wäre ein größerer Raum für Gruppenangebote, eine eigene Küche sowie eine Freifläche oder ein kleiner Außenspielplatz wünschenswert.

In Abhängigkeit davon, an welchen Einrichtungen und Orten die Familienstützpunkte angegliedert wurden, waren in Bezug auf die Räumlichkeiten unterschiedliche Voraussetzungen gegeben. Etablierte Einrichtungen der Familienbildung, wie Familienbildungsstätten, Familien- und Mütterzentren, verfügten in der Regel über ausreichende Räumlichkeiten. Da Kinderbetreuungseinrichtungen in der Regel eher kind- als erwachsenengerecht ausgestattet sind,

mussten bei einem Großteil von ihnen Anpassungen vorgenommen werden. Geschaffen wurden u. a. Möglichkeiten für vertrauliche Elterngespräche sowie erwachsenengerechtere Aufenthalts- und Sitzmöglichkeiten

„Es müssen auch gewisse räumliche Voraussetzungen da sein, die nicht in jedem Kindergarten von vorne herein gegeben sind. Weil, ja gut, nach den Förderrichtlinien, wie die Kindergärten bisher gebaut worden sind, sind nur Gruppenräume, Nebenräume [...] und nicht irgendwie noch ein zusätzlicher Raum, wo man Elterngespräche führen kann oder kleine Veranstaltungen machen.“ (Abschlussinterview Koordinierungsstelle Stadt)

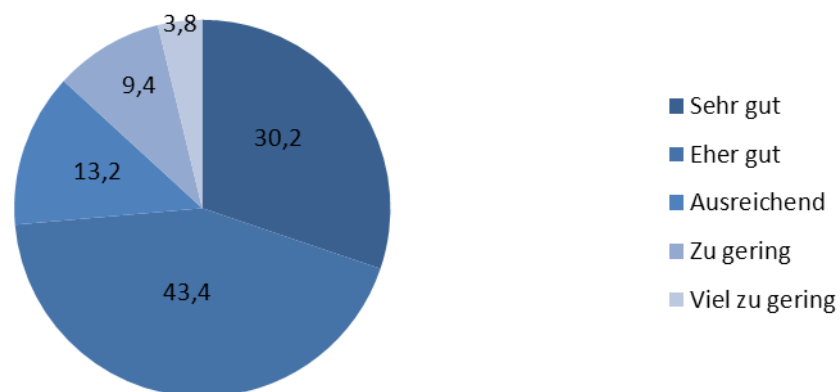
Wurden die Familienstützpunkte an alltagsnahe Orte angegliedert, so waren vielfach größere Anstrengungen nötig. So gestaltete sich in einigen Gemeinden bereits die Suche nach geeigneten Räumlichkeiten für einen Familienstützpunkt schwierig (vgl. Kap. 5.2).

„Also das muss kein großartiger Raum sein, aber einfach einer, wo klar ist, das ist jetzt nicht das Vorzimmer vom Bürgermeister. [...] Und das muss klar abgetrennt sein, zumindest für die Zeit. Also, der kann ja ruhig zu anderen Zeiten auch noch anders genutzt werden. Ja, und das ist zum einen die räumliche Voraussetzung mit einer kleinen Spielecke, dass das ein bisschen freundlich gestaltet ist, [...] ja, freundlich, nett, ansprechend.“ (Abschlussinterview Koordinierungsstelle, Landkreis)

Waren die Räumlichkeiten gefunden, mussten sie in der Regel neu ausgestattet werden. An einem Modellstandort wurden die neu einzurichtenden Familienstützpunkte mit einem Schreibtisch, einem PC sowie einem Telefon bestückt. Auch wurde überlegt, welche weiteren Räumlichkeiten und Gelegenheitsstrukturen in unmittelbarer Nähe der Familienstützpunkte mitgenutzt werden könnten.

Bei der Abschlussbefragung zeigte sich insgesamt eine recht hohe Zufriedenheit der Familienstützpunkt-Fachkräfte mit ihren räumlichen Ressourcen (vgl. Abb. 11): 30,2 % beurteilten ihre räumlichen Ressourcen als sehr gut, 43,4 % bewerteten sie als eher gut und 13,2 % als ausreichend. Nur 13,2 % der Familienstützpunkte bewerteten ihre räumlichen Ressourcen als zu gering oder viel zu gering.

Abb. 11: Bewertung der räumlichen Ressourcen des Familienstützpunktes (in %)



Quelle: Eigene Berechnungen; Befragung der Familienstützpunkte II; n = 53

Die differenzierte Auswertung nach dem Typ des Familienstützpunkts ließ erkennen, dass Fachkräfte an Familienstützpunkten, die an Kinderbetreuungseinrichtungen, an Familienzentren und an Familienbildungsstätten angedockt wurden, ihre räumlichen Ressourcen tendenziell schlechter bewerten als die Fachkräfte an Familienstützpunkten, welche an alltagsnahen Orten angegliedert wurden. Die tendenziell schlechtere Bewertung von Familienstützpunkten an Kinderbetreuungseinrichtungen könnte auf die eher auf Kinder ausgerichtete räumliche Grundausstattung zurückgeführt werden. Es kann vermutet werden, dass die nötigen Veränderungen für die Familienbildungsarbeit mit den Eltern bislang noch nicht abgeschlossen wurden. Die schlechtere Bewertung von Familienstützpunkten an Familienzentren und Familienbildungsstätten könnte, wie bereits in Bezug auf die Bewertungen der finanziellen und personellen Ressourcen ausgeführt wurde, mit der Größe der Einrichtung in Zusammenhang gebracht werden: Möglicherweise haben etablierte Einrichtungen aufgrund ihrer höheren Nutzung und der großen Zahl von Angeboten einen höheren räumlichen Bedarf.

5.4.3 Unterstützung durch den Träger

Die Tätigkeit der Familienstützpunkte kann nicht nur bilateral zwischen der jeweiligen Einrichtung und der Koordinierungsstelle für Familienbildung konzipiert und abgestimmt werden, sie muss auch vom jeweiligen Träger befürwortet werden. Die Unterstützung durch den Träger stellt damit für die Arbeit der Familienstützpunkte eine weitere wesentliche Rahmenbedingung dar.

Die Zusammenarbeit mit den Trägern wurde an nahezu allen Modellstandorten sowohl von den Koordinierungsstellen für Familienbildung als auch von den Familienstützpunkt-Fachkräften insgesamt als positiv beschrieben. Die Modellstandorte lassen sich jedoch bezüglich dieser Thematik in zwei Gruppen einteilen: Modellstandorte mit direkter Zusammenarbeit mit den Trägern und Modellstandorte, an denen die Träger nicht direkt einbezogen waren.

An einigen Modellstandorten wurde das Profil der Familienstützpunkte gemeinsam von der Koordinierungsstelle für Familienbildung, den Familienstützpunkt-Fachkräften sowie den Vertretern des Trägers erarbeitet. Das heißt, die Koordinierungsstelle für Familienbildung stand in intensivem und direktem Kontakt zu den Trägern der Familienstützpunkte.

„Für den Träger ist es natürlich auch was vollkommen Neues. Die müssen also auch hier erst mal diese Grundidee von einem Familienstützpunkt kennen lernen und wissen, was das für sie heißt und sie sollen die Entwicklung ja auch unterstützen. Die müssen ja auch dann immer Entscheidungen treffen. Wenn also die Mitarbeiter kommen und sagen, wir haben die und die Pläne, dann muss der Träger natürlich da auch was dazu sagen, also auch der Träger muss da gut informiert sein.“ (Abschlussinterview Koordinierungsstelle, Stadt)

In dieser Gruppe waren vielfach Landkreise vertreten, die ihre Familienstützpunkte an alltagsnahen Orten eingerichtet hatten. Da die Träger dieser Familienstützpunkte zum Großteil Gemeinden sind, für welche die Familienstützpunkte ein relativ neues Handlungsfeld darstellten, hatten die Koordinierungsstellen für Familienbildung viel Kontakt zu den Bürgermeistern. Mit ihnen besprachen sie beispielsweise Personal- und Finanzierungsfragen oder Optimierungsmöglichkeiten, falls sich der jeweilige Familienstützpunkt nicht in die gewünschte Richtung entwickelte.

An anderen Standorten hatte die Koordinierungsstelle für Familienbildung hingegen kaum direkten Kontakt zu den Trägern. Die Kommunikation fand ausschließlich zwischen den Familienstützpunkten und ihren Trägern statt. Zu dieser Gruppe zählten besonders solche Kommunen, die zur Auswahl der Familienstützpunkte ein Bewerbungsverfahren durchgeführt hatten. Dort wurde z. B. seitens der Koordinierungsstelle für Familienbildung die Zustimmung des jeweiligen Trägers vorausgesetzt bzw. keine Notwendigkeit gesehen, den Träger in die Arbeit mit den Familienstützpunkt-Fachkräften enger einzubeziehen:

„Im Moment sind die Träger [...] informiert, aber jetzt tatsächlich speziell nicht enger eingebunden. Das war jetzt auch nicht wirklich so vorgesehen, weil ich denke, ich gehe einfach davon aus, wenn die Träger sich für so ein Projekt bewerben [...], dass sie da dahinterstehen, dass sie das wollen. Und die konkrete Arbeit vor Ort machen ja dann die Fachkräfte. Ja, wie gesagt, ich setzte da einfach diese Unterstützung durch die Träger voraus und es gab bisher einfach noch keinen Fall oder irgendeine Begebenheit, wo es notwendig gewesen wäre, den Träger noch mal enger mit einzubinden [...].“ (Abschlussinterview Koordinierungsstelle, Landkreis)

Die Familienstützpunkte selbst kooperierten mit ihren Trägern in ganz unterschiedlicher Weise: So gab es z. B. bei einigen Familienstützpunkten regelmäßige Kooperationsgespräche mit einem Trägervertreter, an anderen nahmen Trägervertreter auch an internen Team-Besprechungen des Familienstützpunkts teil. Andernorts gab es eine Abstimmung mit dem Träger lediglich bei konkreten Anlässen.

5.4.4 Zusammenarbeit mit der Koordinierungsstelle für Familienbildung

Im Rahmen der gesamtkommunalen Steuerungsverantwortung des Jugendamtes begleitete die Koordinierungsstelle für Familienbildung den Aufbau und die weiteren Aktivitäten der Familienstützpunkte kontinuierlich. Vor allem in der Aufbauphase war eine intensive Begleitung und Unterstützung der Familienstützpunkte notwendig.

Die Kooperation wurde im Rückblick sowohl von Seiten der Koordinierungsstellen für Familienbildung als auch von Seiten der Familienstützpunkt-Fachkräfte insgesamt als sehr positiv beschrieben. Bei der standardisierten Abschlusserhebung gaben alle Familienstützpunkt-Fachkräfte an, sich mit ihren Anliegen jederzeit an die Koordinierungsstelle für Familienbildung wenden zu können. Auch die Koordinierungsstellen für Familienbildung äußerten sich zur Zusammenarbeit insgesamt sehr positiv, wie folgende Zitate belegen:

„Sehr gut, sehr gut. Wir spüren da ein sehr hohes Engagement, wir spüren da ein sehr hohes Interesse und es ist auch schon eine echt faszinierende [...] Kreativität spürbar.“ (Abschlussinterview Koordinierungsstelle, Landkreis)

„Da muss ich schon ein großes Lob auch aussprechen, einfach mal so an die Partner, dass da auch wirklich ganz viel Engagement und Bereitschaft da ist.“ (Abschlussinterview Koordinierungsstelle, Stadt)

„Aber das ist bei uns sowieso eigentlich wirklich ein tolles Miteinander, muss ich einfach sagen! Wenn irgendwelche Fragen auftauchen, dann kann man einfach offen darüber reden und kann Lösungen finden, die für alle eigentlich passen.“ (Abschlussinterview Koordinierungsstelle, Stadt)

Nur in Ausnahmefällen wurde von Seiten der Projektverantwortlichen über Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit berichtet. Diese bezogen sich meist auf Familienstützpunkte an etablierten familienbildenden Einrichtungen und hatten z. B. mit einer grundlegenden Skepsis dieser Einrichtungen gegenüber dem Konzept zu tun (vgl. hierzu Kap. 5.4.5).

Im Folgenden wird die Zusammenarbeit der Koordinierungsstellen für Familienbildung und den Familienstützpunkten im Hinblick auf die Organisation sowie die Inhalte der Zusammenarbeit erläutert.

Organisation der Zusammenarbeit mit der Koordinierungsstelle

Die Zusammenarbeit zwischen den Familienstützpunkten und der Koordinierungsstelle für Familienbildung war an nahezu allen Standorten insbesondere zu Beginn der Arbeit der Familienstützpunkte sehr intensiv, da es bei den Einrichtungen noch viele Fragen und viel Unsicherheit gab. Sie fand auf mehreren Ebenen statt und war sehr unterschiedlich organisiert:

An allen Modellstandorten fanden in regelmäßigen zeitlichen Abständen gemeinsame Besprechungen zwischen der Koordinierungsstelle für Familienbildung und allen dortigen Familienstützpunkten statt. Dies wurde in der standardisierten Abschlussbefragung von den Familienstützpunkten bestätigt. Von den Koordinierungsstellen für Familienbildung wurde diesen Treffen insbesondere für die Familienstützpunkte an alltagsnahen Orten eine große Bedeutung beigemessen. Denn diese waren in der Regel auf sich allein gestellt und hatten kaum Möglichkeiten zum fachlichen Austausch:

„Also da ist ein richtiger Bedarf da, die wollen alle nicht Einzelkämpfer vor Ort sein, die brauchen den Austausch, gerade jetzt in der Aufbauphase – später wahrscheinlich noch genauso.“ (Abschlussinterview Koordinierungsstelle, Landkreis)

„Das ist wichtig, die sind sonst wirklich Einzelkämpfer. In der Regel sind die einzeln in der Gemeinde. Die brauchen irgendwo einen fachlichen Austausch und das ist eine ganz klassische Aufgabe eines Landkreises, diesen interkommunalen, fachlichen Austausch [...] sicherzustellen.“ (Abschlussinterview Koordinierungsstelle, Landkreis)

An einigen Standorten waren diese Treffen einem bestimmten Thema gewidmet. In der Regel wurden sie jedoch dazu genutzt, die Familienstützpunkt-Fachkräfte allgemein über wesentliche Entwicklungen zu informieren und ihnen die Möglichkeit zu geben, sich mit der Koordinierungsstelle für Familienbildung sowie den Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Stützpunkten fachlich auszutauschen. An einem Modellstandort legte die Koordinierungsstelle großen Wert darauf, jedes Treffen in den Räumlichkeiten eines anderen Familienstützpunktes stattfinden zu lassen. Auf diese Weise konnten sich Einrichtungen den anderen vorstellen. Dort, wo sowohl die Stadt als auch der zugehörige Landkreis am Modellprojekt teilnahmen, fanden in größeren zeitlichen Abständen zudem gemeinsame Arbeitstreffen aller Familienstützpunkte mit den beiden Koordinierungsstellen für Familienbildung statt.

Neben den gemeinsamen Runden mit allen Familienstützpunkten gab es häufig zusätzlich auch Treffen der Koordinierungsstellen für Familienbildung mit einzelnen Familienstützpunkten. So gaben 60 % der Familienstützpunkte in der Abschlussbefragung an, dass sie sich regelmäßig einzeln mit der Koordinierungsstelle für Familienbildung besprechen. Dabei ging es häufig um spezifische Finanzierungsaspekte und angebots- oder fallbezogene Fragen. Eine

Koordinierungsstelle für Familienbildung organisierte diese Einzelgespräche auch vorrangig dazu, das bislang Erreichte gemeinsam mit den Verantwortlichen vor Ort zu reflektieren und die weiteren Ziele der Familienstützpunkt-Aktivitäten abzustimmen. Die Einzeltreffen fanden an einigen Modellstandorten in regelmäßigen zeitlichen Abständen statt, andere organisierten sie eher bedarfsbezogen.

„Wir haben dann mit den einzelnen Familienstützpunkt-Fachkräften regelmäßige Besprechungen, die aber immer abhängig davon sind, was jeweils dort gerade eben passiert. Es gibt mal eine intensivere Frequenz, dann gibt es mal wieder eine etwas lockerere Frequenz.“ (Abschlussinterview Koordinierungsstelle, Landkreis)

Eine standortbezogene Auswertung ergab, dass an manchen Standorten die Frage nach individuellen Gesprächen von den dortigen Familienstützpunkten uneinheitlich beantwortet wurde. Dies deutet darauf hin, dass die entsprechenden Einzeltermine mit der Koordinierungsstelle sich am Bedarf der einzelnen Familienstützpunkte orientierten.

Auch über die Einzelbesprechungen hinaus waren die Projektverantwortlichen bisweilen vor Ort. Dies war zum einen in Kommunen der Fall, wo nur wenige Familienstützpunkte eröffnet und diese sehr intensiv begleitet wurden und zum anderen dort, wo Familienstützpunkte an alltagsnahen Orten grundlegend neu aufgebaut werden mussten. So engagierte sich z. B. eine Koordinatorin persönlich nicht nur bei der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten, sondern auch bei deren Ausstattung. Auch waren die Projektverantwortlichen häufiger bei Veranstaltungen der Familienstützpunkte, z. B. für Multiplikatoren, anwesend.

Eine Koordinierungsstelle für Familienbildung versandte zusätzlich regelmäßig einen Newsletter, um den Familienstützpunkten relevante Informationen zukommen zu lassen.

Inhalte der Zusammenarbeit mit der Koordinierungsstelle

Die Inhalte der Zusammenarbeit der Koordinierungsstellen für Familienbildung und der Familienstützpunkt-Fachkräfte waren sehr vielfältig und meist sehr standortspezifisch. Daneben gab es jedoch auch einige Bereiche, wo die Unterstützung durch die Koordinierungsstelle für Familienbildung von einem Großteil der Familienstützpunkte als besonders wichtig angesehen wurde. Tabelle 4 zeigt, dass es sich dabei schwerpunktmäßig um begleitende und übergeordnete Maßnahmen handelt und weniger um die familienbildenden Angebote selbst.

Tab. 4: Wichtigkeit der Unterstützung der Familienstützpunkte durch die Koordinierungsstelle für Familienbildung (in %)

Unterstützung durch die Koordinierungsstelle für Familienbildung bei der ...	Sehr wichtig	Eher wichtig	Eher unwichtig	Ganz unwichtig
Lobbyarbeit in Gremien	73,1	19,2	7,7	0
Kooperation und Vernetzung	59,6	34,6	5,8	0
Konzeption und Profilentwicklung des FSP	51,0	41,2	7,8	0
Öffentlichkeitsarbeit	49,0	35,3	15,7	0
Fort- und Weiterbildung der Fachkräfte	39,2	35,3	25,5	0
Qualitätsentwicklung	32,7	44,2	23,1	0
Konzeption von Angeboten	29,4	27,5	39,2	3,9
Durchführung von Angeboten	9,8	33,3	43,1	13,7

Quelle: Eigene Berechnungen; Befragung der Familienstützpunkte II; n = 53

Am wichtigsten war den Familienstützpunkten die Unterstützung bei der Lobbyarbeit in Gremien: Fast drei Viertel von ihnen fanden diese sehr wichtig, für jeden fünften Familienstützpunkt war sie eher wichtig. Eine Familienstützpunkt-Fachkraft beschrieb den Nutzen folgendermaßen:

„Sie [die Koordinierungsstelle für Familienbildung] bringt halt das Verständnis und die Lobby und die Wichtigkeit der Stützpunkte voran – extrem. Also, dadurch, dass sie in vielen Arbeitskreisen ist und natürlich ihre wertvolle Privatzeit hernimmt und sagt, das ist mir wichtig, ist sie präsent, tut ganz viel im Image.“ (Familienstützpunkt, Stadt)

Besonders relevant war die ideelle Unterstützung der Familienstützpunkte durch Gremien- und Lobbyarbeit in den Landkreisen. So stellte sich in der Modellphase die Unterstützung der Gemeinden, insbesondere das Interesse des Bürgermeisters und des Gemeinderats, als ein wichtiger Erfolgsfaktor heraus – auch dann, wenn die Gemeinde nicht selbst Träger des dortigen Familienstützpunkts war:

„Da ist eine zentrale Voraussetzung [...] das starke Interesse der politischen Kommune, also der Gemeinde, Bürgermeister, Gemeinderat, das ist eine ganz wichtige Grundvoraussetzung.“ (Abschlussinterview Koordinierungsstelle, Landkreis)

Als besonders notwendig wurde die Unterstützung der Koordinierungsstelle für Familienbildung auch im Bereich der Kooperation und Vernetzung angesehen: Für 60 % der Familienstützpunkte war dies sehr wichtig, für ein weiteres Drittel eher wichtig. Die Koordinierungsstellen für Familienbildung unterstützten die Familienstützpunkte hier beispielsweise, indem sie sich an der Suche nach geeigneten Kooperationspartnern beteiligten, den Familienstützpunkt-Fachkräften die Kontaktdaten relevanter Ansprechpartner weitergaben oder Kontakte zu relevanten Stellen initiierten (vgl. hierzu auch Kap. 5.5.3). An einem Modellstandort diskutierten die Familienstützpunkt-Fachkräfte auch Fragen zu Kooperationsverträgen mit anderen freien Trägern mit der Koordinierungsstelle für Familienbildung.

Über 90 % der Familienstützpunkte schätzten die Unterstützung der Koordinierungsstelle für Familienbildung bei der Konzeption und Profilentwicklung des Familienstützpunkts als sehr oder eher wichtig ein. Aus den Interviews mit den Koordinierungsstellen für Familienbildung

geht hervor, dass hier vor allem formale Aspekte zu klären waren, die sich zum Großteil aus den Qualitätskriterien des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration ergaben. An einem Modellstandort konkretisierte die Koordinierungsstelle für Familienbildung die Qualitätskriterien zunächst und besprach anschließend einzeln mit den Familienstützpunkten, wie diese im konkreten Fall umgesetzt werden können. Unsicherheit bestand darüber hinaus auch in Bezug auf die verfügbaren Ressourcen. Insbesondere der Umfang der finanziellen Förderung und die Verwendungsmöglichkeiten der staatlichen Fördermittel warfen vielfältige Fragen auf.

Eine Unterstützung der Koordinierungsstelle für Familienbildung im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit fanden über 80 % der Familienstützpunkte besonders wichtig. Diesem Thema ist ein eigenes Kapitel gewidmet (vgl. Kap. 6).

Die Fort- und Weiterbildung der Fachkräfte war ein Aufgabenbereich, in welchem die Unterstützung der Koordinierungsstelle für Familienbildung von knapp drei Viertel der Familienstützpunkte als unentbehrlich beschrieben wurde. Das Engagement der Koordinierungsstellen für Familienbildung in diesem Bereich war an den Modellstandorten sehr unterschiedlich: Einige boten selbst Weiter- und Fortbildungen für die Fachkräfte und ehrenamtlich Tätigen in den Familienstützpunkten an, andere organisierten diese mit Hilfe externer Anbieter. Angebotene Themen waren z.B. Pressearbeit, interkulturelle Kompetenz, Vernetzung oder Kennenlernen und Umgang mit den vor Ort verfügbaren Informationsmedien zu familienbildenden Akteuren und Angeboten, wozu an einigen Standorten auch die im Rahmen des Modellprojekts eingerichtete Internetplattform (vgl. Kap. 7) zählte. Ähnlich viele Familienstützpunkte fanden Unterstützung im Bereich Qualitätsentwicklung wichtig.

Bei der Konzeption und besonders bei der Durchführung von Angeboten benötigten die Familienstützpunkte am wenigsten Hilfe. Weniger als die Hälfte der Familienstützpunkte fand eine Unterstützung durch die Koordinierungsstelle für Familienbildung in diesem Bereich erforderlich. Dennoch wurde hier von vielfältigen Hilfen berichtet: An manchen Modellstandorten konzipierte die Koordinierungsstelle für Familienbildung gemeinsam mit den Familienstützpunkt-Fachkräften zielgruppengerechte Angebote. An einem Modellstandort gab es die Überlegung, Angebote der Familienbildung im städtischen Bildungsbüro zu planen und in den Familienstützpunkten umzusetzen. Die Koordinierungsstelle für Familienbildung unterstützte auch bei der Angebotsplanung und -organisation, beriet bei der Auswahl von Angebotskonzepten, bei der Suche nach geeigneten Referentinnen oder Referenten oder auch bei räumlichen Fragen. Die angebotsbezogene Unterstützung der Familienstützpunkte wurde von Seiten einiger Koordinierungsstellen für Familienbildung damit begründet, dass man durch die empirischen Erhebungen gut über die Bedürfnisse der Eltern informiert sei sowie einen größeren Überblick über familienbildende Angebote habe als der einzelne Familienstützpunkt:

„Wir werden natürlich denen [den Familienstützpunkten] auch immer wieder Angebote machen, die aus unserer Sicht, aus Sicht einer übergreifenden Familienbildung wichtig wären. Also, wir werden auch eigene Angebote entwickeln, über unser Bildungsbüro z. B., was jetzt auch den Schwerpunkt Elternarbeit hat [...]. Da werden wir natürlich die Familienstützpunkte auf diese Angebote hinweisen und auch sehen, dass man die Angebote zum Teil auch im Familienstützpunkt eben umsetzt.“ (Abschlussinterview Koordinierungsstelle, Stadt)

Differenziert man den Unterstützungsbedarf der Familienstützpunkte nach dem Einrichtungstyp, zeigen sich tendenzielle Unterschiede: Der Unterstützungsbedarf etablierter Einrichtungen der Familienbildung, wie Familienbildungsstätten und Familienzentren, die bereits viel Erfahrungswissen in der praktischen familienbildenden Arbeit haben, bezog sich im Unterschied zu Familienstützpunkten an alltagsnahen Orten stärker auf strukturelle und flankierende Aspekte: Unterstützung bei der Öffentlichkeitsarbeit, der Vernetzung und der Lobbyarbeit in Gremien wurde von diesen Akteuren häufiger als sehr wichtig erachtet. Dagegen sahen Familienstützpunkte an alltagsnahen Orten eine Unterstützung im Bereich der Konzept- und Profilentwicklung des Familienstützpunkts, bei der Konzeption von Angeboten, bei der Durchführung von Angeboten sowie im Bereich der Fort- und Weiterbildung häufiger als sehr wichtig an.

5.4.5 Selbstverständnis und Identität

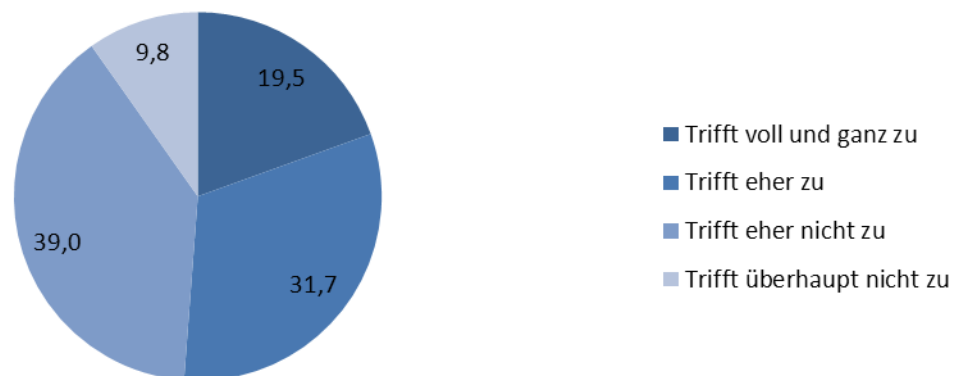
Während die Fachkräfte an Familienstützpunkten an alltagsnahen Orten häufig in allen Arbeitsbereichen grundlegende Aufbauarbeit leisten mussten, konnten viele etablierte Einrichtungen, insbesondere die klassischen Einrichtungen der Familienbildung, auf Bestehendes aufbauen. Je nachdem, an welche Einrichtung der Familienstützpunkt angegliedert wurde und mit welchem Selbstverständnis diese bislang arbeitete, konnten die beschriebenen Veränderungsprozesse allerdings auch mit grundsätzlichen – unter Umständen auch schwierigen – Fragen nach der Identität der Einrichtung einhergehen. So waren etablierte Einrichtungen besonders gefordert, ihr historisch gewachsenes und das neue Profil miteinander in Einklang zu bringen.

Die Angaben in der standardisierten Abschlussbefragung zeigen, dass dies für die Hälfte der Familienstützpunkte an etablierten Einrichtungen eine große Herausforderung darstellte bzw. noch immer darstellt. So war nur die Hälfte der entsprechenden Familienstützpunkte der Ansicht, dass das Selbstverständnis der Einrichtung stark von der Familienstützpunkt-Arbeit geprägt wird (vgl. Abb. 12).

Damit zeigt sich eine deutliche Zweiteilung: Während einige Einrichtungen sich mit dem Konzept Familienstützpunkt offenbar problemlos identifizieren konnten, standen andere der neuen Ausrichtung eher kritisch gegenüber und sahen ihre bisherige Identität in Frage gestellt.

Abb. 12: Selbstverständnis der Einrichtungen (in %)

"Unser Selbstverständnis als Einrichtung wird stark von der FSP-Arbeit geprägt."



Quelle: Eigene Berechnungen; Befragung der Familienstützpunkte II; n = 41 (nur FSP an etablierten Einrichtungen)

Keine größeren Probleme in dieser Hinsicht gab es in einer Kommune, in der sich die ausgewählten Kindertageseinrichtungen aus Sicht der Koordinierungsstelle nun vorrangig als Familienstützpunkte und als Orte der Familienbildung verstanden:

„Es verändert das Profil der Kindertageseinrichtung [...] auf jeden Fall schon sehr. Die sind nicht Kita, die noch ein bisschen Familienstützpunkt sind, sondern das ist, glaube ich, mittlerweile fast anders herum; dass die sagen, wir sind Familienstützpunkt und Kita.“ (Abschlussinterview Koordinierungsstelle, Landkreis)

Aus einer anderen Kommune dagegen wurde von der Koordinierungsstelle berichtet, dass die dortigen Einrichtungen teilweise Mühe hatten, sich mit dem Begriff Familienstützpunkt zu identifizieren:

„Es muss bei den Stützpunkten, also bei uns, noch ein bisschen mehr in die Köpfe, dass sie Familienstützpunkte sind – also der Begriff, wissen Sie, der Begriff ‚Familienstützpunkt‘. Also, das kommt erst so, das dauert einfach.“ (Abschlussinterview Koordinierungsstelle, Stadt)

Von den Einrichtungen selbst wurden verschiedene Gründe für ein zögerliches Aufgreifen der neuen Aufgabe genannt. Insbesondere von langjährig aktiven Einrichtungen wurde beispielsweise mehrfach die Sorge angesprochen, mit dem Familienstützpunkt das bisherige Alleinstellungsmerkmal zu verlieren. Auch gab es Bedenken, dass die gewachsene Identität verloren gehen und die erbrachten Leistungen nicht mehr der ursprünglichen Einrichtung, sondern dem Familienstützpunkt zugerechnet werden könnten:

„Und dann kommt jemand daher und sagt: ‚Ja, ihr seid jetzt alle Familienstützpunkt‘. Na ja, dann muss man wirklich gucken, dass man so seine Identität als Familienzentrum wahrt. Also [...] zu überlegen, was macht man wie und was ist eigentlich unsere ureigenste Aufgabe, und wo will jemand uns was ‚draufdrücken‘.“ (Familienstützpunkt, Stadt)

Ganz anders stellte sich die Situation bei den Familienstützpunkten an alltagsnahen Orten dar: Hier stimmten sämtliche Einrichtungen der Aussage „Unser Selbstverständnis als Einrichtung

ist von der Familienstützpunkt-Arbeit geprägt.“ zu. Diese Einrichtungen standen im Gegensatz zu den etablierten Einrichtungen allerdings vor einer ganz anderen Herausforderung, nämlich der, überhaupt erst einmal ein eigenes Profil und damit auch ein eigenes Selbstverständnis zu entwickeln. Dies beschrieb eine Projektverantwortliche im Rahmen des Abschlussinterviews folgendermaßen:

„Wir haben schon die Schwierigkeit, dass eben jeder Stützpunkt sich selber neu erfinden muss oder ja, selber seine eigenen Schwerpunkte [setzen] muss, selber sich eine Identifikation aufbauen muss – und das ist natürlich schon was, was eine Herausforderung auch für die Mitarbeiter vor Ort ist.“ (Abschlussinterview Koordinierungsstelle, Stadt)

5.5 Leistungen in den zentralen Aufgabenbereichen

Folgt man den Qualitätskriterien des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration, lassen sich die Aufgaben der Familienstützpunkte im Wesentlichen drei Bereichen zuordnen:

- Allgemeine Beratung, Information und Weitervermittlung von ratsuchenden Eltern,
- Initiierung und Durchführung familienbildender Angebote sowie
- Kooperation und Vernetzung im Bereich Familienbildung.

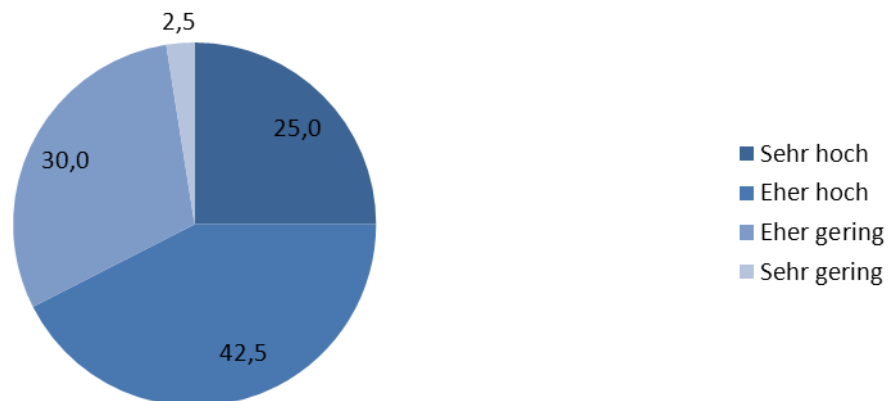
Im Folgenden werden die Leistungen der Familienstützpunkte in diesen zentralen Bereichen beschrieben. Dabei werden sowohl Auswertungen der qualitativen Interviews mit den Koordinierungsstellen für Familienbildung und den Fachkräften an ausgewählten Familienstützpunkten als auch Daten aus der standardisierten Abschlussbefragung der Familienstützpunkt-Fachkräfte herangezogen.⁷

Je nach Einrichtungstyp bzw. Ort, an welchen die neue Anlaufstelle angedockt wurde, hatten die Familienstützpunkte in ihren Aufgabenbereichen unterschiedliche Ausgangsvoraussetzungen. Damit ergaben sich verschiedene Anforderungen, aber auch Entwicklungsmöglichkeiten. Bei der Abschlussbefragung wurde der bisherige Aufwand, den Anforderungen an einen Familienstützpunkt gerecht zu werden, insgesamt als relativ hoch eingeschätzt: Mehr als zwei Drittel der Fachkräfte an etablierten Einrichtungen beurteilten ihn als eher oder sehr hoch (vgl. Abb. 13).

⁷ In den Fragebögen für die standardisierte Abschlussbefragung der Familienstützpunkte wurden für die Einschätzung der Leistungen unterschiedliche Versionen für Familienstützpunkte an etablierten Einrichtungen (n = 43) bzw. an alltagsnahen Orten (n = 12) verwendet. Sie enthielten zwar die gleichen Fragestellungen, diese mussten jedoch unterschiedlich formuliert werden, da neu eingerichtete Familienstützpunkte an alltagsnahen Orten z. B. nicht nach Veränderungen zur vorherigen Situation gefragt werden konnten.

Die meisten der in diesem Kapitel abgebildeten Grafiken zeigen die Ergebnisse für die Familienstützpunkte an etablierten Einrichtungen. Die entsprechenden Daten für die Familienstützpunkte an alltagsnahen Orten werden jeweils im Text erläutert.

Abb. 13: Einschätzung des Aufwands, um den Anforderungen eines Familienstützpunktes zu entsprechen (in %)



Quelle: Eigene Berechnungen; Befragung der Familienstützpunkte II; n = 40 (nur FSP an etablierten Einrichtungen)

Die Fachkräfte an alltagsnahen Orten schätzten den Aufwand sogar ausnahmslos als hoch ein, mehr als die Hälfte (54,5 %) sogar als sehr hoch. An diesen Einschätzungen ist abzulesen, dass der Aufwand für Familienstützpunkte an alltagsnahen Orten, welche in der Regel grundlegende Aufbauarbeit leisten mussten, höher ausfiel als für etablierte Einrichtungen. Differenziert man in der Gruppe der etablierten Einrichtungen weiter zwischen den beiden häufigsten Einrichtungstypen, den Kinderbetreuungseinrichtungen und den Familienzentren, zeigt sich zudem, dass der Aufwand für erstere deutlich höher ist. Dies liegt daran, dass Familienzentren und Familienbildungsstätten dem Profil eines Familienstützpunkts bereits sehr nahe kommen, während Kinderbetreuungseinrichtungen ihr familienbildendes Angebot vielfach erst noch ausbauen und ergänzen mussten. Angesichts dieser Unterschiede wird in den folgenden Ausführungen an einigen Stellen nach diesen unterschiedlichen Typen von Familienstützpunkten differenziert.

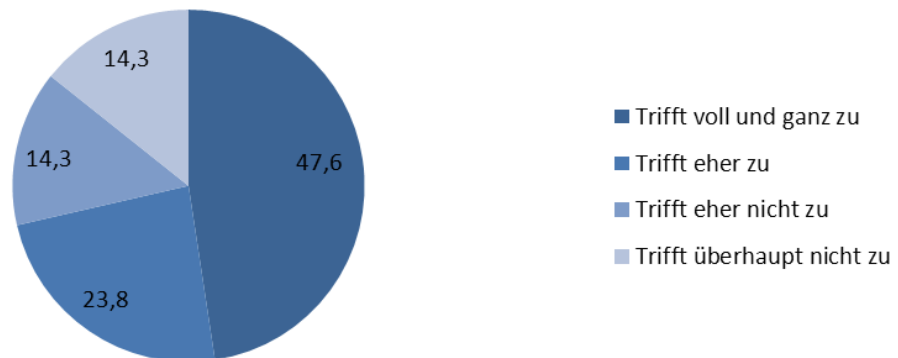
5.5.1 Beratung, Information und Weitervermittlung von Eltern

Ein zentrales Angebot der Familienstützpunkte ist die allgemeine Beratung von Eltern in Fragen der Erziehung. Dabei sollen Ratsuchende auch an andere (Beratungs-)Einrichtungen weitervermittelt oder auf passende familienbildende Angebote hingewiesen werden.

Die Daten der Abschlussbefragung zeigen, dass knapp drei Viertel der Familienstützpunkte an etablierten Einrichtungen ihr Angebot zur Information und Beratung von Eltern ausgebaut beziehungsweise erweitert haben (vgl. Abb. 14).

Abb. 14: Einführung bzw. Ausbau der Informations- und Beratungszeiten (in %)

„Wir haben spezielle Zeiten zur Information und Beratung von Eltern und Familien eingeführt bzw. ausgebaut.“



Quelle: Eigene Berechnungen; Befragung der Familienstützpunkte II; n = 42 (nur FSP an etablierten Einrichtungen)

Da es sich bei dem Informations- und Beratungsangebot um eine Pflichtaufgabe handelt, ist davon auszugehen, dass die übrigen Familienstützpunkte bereits über entsprechende Angebote verfügten, so dass diese in der Modellphase nicht weiter ausgebaut werden mussten.

Von den Koordinierungsstellen für Familienbildung wurde in den Abschlussinterviews zudem davon berichtet, dass auch in den etablierten Einrichtungen das Bewusstsein für diese allgemeinen Informations- und Beratungsleistungen gestiegen sei und sie in den Einrichtungen einen höheren Stellenwert erhalten hätten:

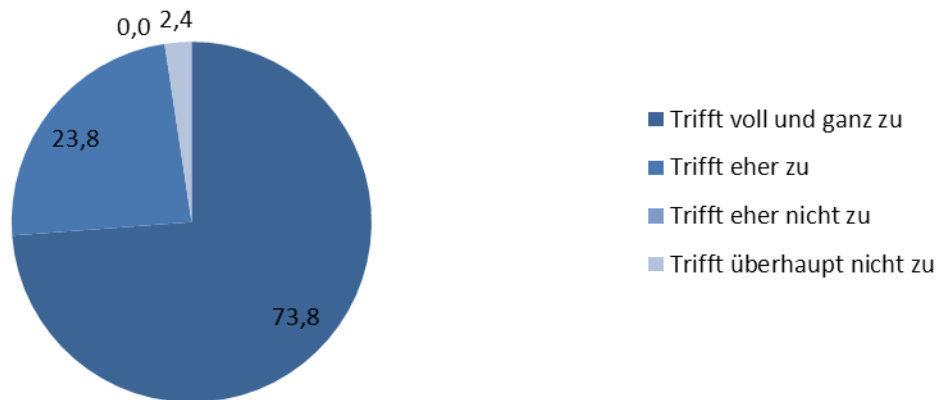
„Was dieses Beratungsangebot angeht – ich glaube, dass sich da wirklich die Familienstützpunkte noch einmal geöffnet haben. [...] Das ist schon noch einmal intensiviert worden dadurch.“ (Abschlussinterview Koordinierungsstelle, Stadt)

Auch die Familienstützpunkte an alltagsnahen Orten haben spezielle Zeiten zur Information und Beratung von Eltern eingerichtet. Alle befragten Fachkräfte gaben an, ein entsprechendes Angebot vorzuhalten.

In einem engen Zusammenhang mit den Informations- und Beratungsleistungen der Familienstützpunkte steht die Aufgabe einer möglichst passgenauen Weitervermittlung ratsuchender Eltern und Familien an andere Stellen und Einrichtungen. Nahezu alle Familienstützpunkte an etablierten Einrichtungen gaben in der Abschlussbefragung an, diese Lotsenfunktion wahrzunehmen (vgl. Abb. 15).

Abb. 15: Wahrnehmung der Lotsenfunktion und Weitervermittlung (in %)

„Wir nehmen unsere Lotsenfunktion wahr und vermitteln Eltern und Familien passgenau an andere Stellen und Einrichtungen.“



Quelle: Eigene Berechnungen; Befragung der Familienstützpunkte II; n = 42 (nur FSP an etablierten Einrichtungen)

Bei den Familienstützpunkten an alltagsnahen Einrichtungen sagten 90 %, dass sie sich als Lotsen für Eltern und Familien sehen (60 % stimmten der entsprechenden Aussage voll und ganz zu, 30 % stimmten ihr eher zu). Insbesondere für die Fachkräfte in Familienstützpunkten an alltagsnahen Einrichtungen schien es während der Aufbauphase wichtig zu sein, sich immer wieder mit den Grenzen der eigenen Fachlichkeit und Zuständigkeit auseinanderzusetzen und Eltern in speziellen Fragen an andere Stellen weiterzuvermitteln. Zum einen verfügten viele Fachkräfte dort noch nicht über das Erfahrungswissen der Fachkräfte in etablierten Einrichtungen. Zum anderen zeigten die Erfahrungen einiger Modellstandorte, dass Familienstützpunkte in Landkreisgemeinden für die Bürgerinnen und Bürger nicht selten zu Anlaufstellen in ganz unterschiedlichen Angelegenheiten werden:

„Wie ja schon gesagt, der Familienstützpunkt [ist] ja für die Menschen dort nicht so trennscharf [...]. Die gehen jetzt auch zu den Familienstützpunktleuten hin, wenn sie dieses oder jenes Problem haben. [...] Der Familienstützpunkt hört sich das jetzt erst einmal an, ist so Erstanlaufstelle und sagt dann: ‚Ja, da gibt es die Frau [X] vom ASD oder die Frau [Y] vom ASD, möchten Sie gerne, dass ich mal einen Kontakt zwischen Ihnen herstelle, dass Sie dann das Problem mehr mit der Person [besprechen]?‘ Oder es gibt die KoKi oder was auch immer, wo dann diese Problemsituationen besprochen werden.“
(Abschlussinterview Koordinierungsstelle, Landkreis)

Die Ergebnisse der qualitativen Befragungen der Familienstützpunkt-Fachkräfte machen deutlich, dass die Lotsentätigkeit der Familienstützpunkte sich nicht allein auf die Informations- und Beratungszeiten reduziert. Vielfach werden Eltern und Familien auch durch den Besuch eines Angebots im Familienstützpunkt auf andere Einrichtungen aufmerksam und dazu motiviert, weitere Angebote wahrzunehmen. Daneben werden in zahlreichen Familienstützpunkten große Anstrengungen unternommen, um die Hemmschwellen bei Eltern und Familien zu senken, auch andere Einrichtungen und Stellen aufzusuchen. So laden z. B. viele Familienstützpunkte externe Ansprechpartner ein, damit diese sich bei den Eltern und Familien bekannt machen können. Ferner ermöglichen es die Fachkräfte, gleich vom Büro der Familienstützpunkt-Fachkraft aus telefonisch oder per E-Mail einen Termin bei der jeweiligen Stelle

oder Einrichtung zu vereinbaren. Manche Fachkräfte bieten Eltern und Familien sogar an, sie persönlich dorthin zu begleiten. Einige Familienstützpunkte überlegten auch, eine Art „Infopoint“ im Familienstützpunkt einzurichten – bestenfalls mit Internetanschluss und Telefon – von welchem Eltern und Familien direkt Kontakt zu den entsprechenden Stellen aufnehmen können. Die Vermittlung funktionierte jedoch auch in die andere Richtung: Eltern und Familien wurden auch von den Kooperationspartnern zu den Familienstützpunkten vermittelt.

*„Aber es ist jetzt schon immer mehr so, dass, wenn irgendwelche Fragen auftauchen, dann sagt die Kindergartenleitung: ‚Fragen Sie doch mal im Familienstützpunkt nach‘.“
(Familienstützpunkt, Landkreis)*

Gleichwohl zeigten sich auch Grenzen der Weitervermittlung, insbesondere bei sozio-ökonomisch benachteiligten Eltern und Familien. Gerade für diese Zielgruppen wurde es als wichtig beschrieben, Leistungen externer Anbieter vor Ort in die Familienstützpunkte selbst zu holen. Voraussetzung dafür sei allerdings auch die Bereitschaft der Kooperationspartner, diese Art der Geh-Strukturen aufzubauen.

„Aber das ist schon schwierig [bei der Weitervermittlung], weil die Menschen hier aus verschiedensten Gründen, ob jetzt Sprachbarriere oder vielleicht eine soziale Angst oder, oder ..., nicht unbedingt andere Stellen aufsuchen. [...] Also, das ist genau das, wo wir dran sind, die Leute oder die Angebote ins Haus zu holen.“ (Familienstützpunkt, Stadt)

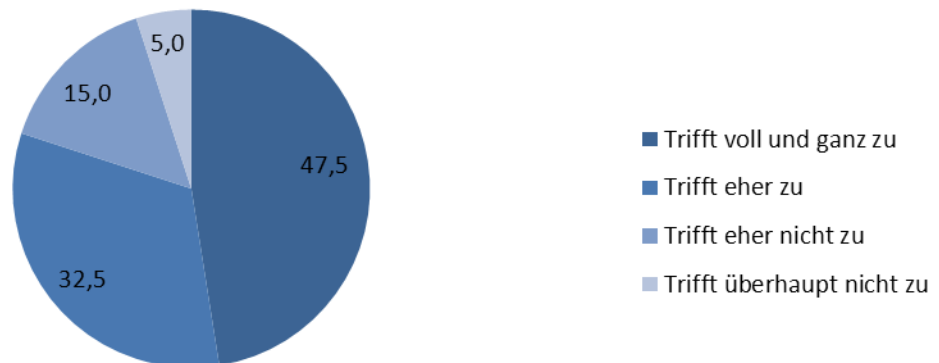
5.5.2 Initiierung und Durchführung familienbildender Angebote

Den Qualitätskriterien des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration zufolge sollen Familienstützpunkte neben der allgemeinen Information und Beratung für Eltern auch selbst Angebote der Familienbildung vorhalten oder initiieren. Idealerweise sollten diese die vor Ort vorhandenen Angebote ergänzen.

Auswertungen der Abschlussbefragung der Familienstützpunkte zeigen, dass in der Modellphase an einem Großteil der Familienstützpunkte das familienbildende Angebot aus- bzw. aufgebaut werden konnte. So stimmten 80 % der Fachkräfte an etablierten Einrichtungen der Aussage zu, die Anzahl der familienbildenden Angebote in der Einrichtung sei deutlich erhöht worden (vgl. Abb. 16).

Abb. 16: Umfang des familienbildenden Angebotes (in %)

„Wir haben die Anzahl familienbildender Angebote in unserer Einrichtung deutlich erhöht.“

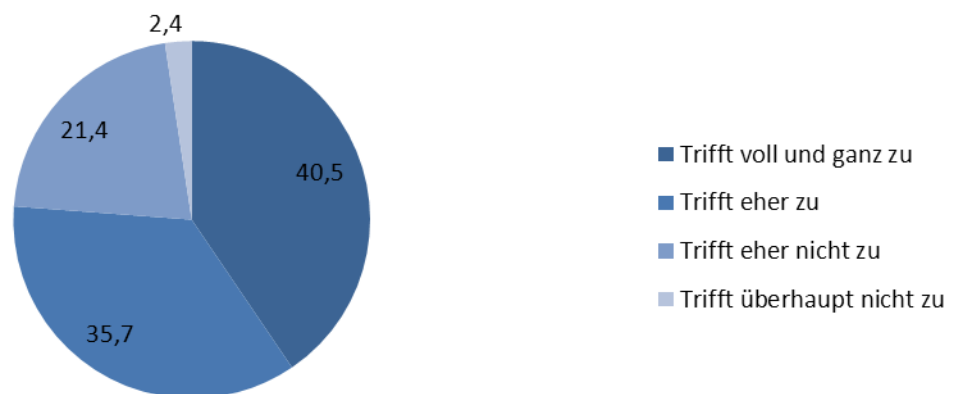


Quelle: Eigene Berechnungen; Befragung der Familienstützpunkte II; n = 40 (nur FSP an etablierten Einrichtungen)

An 76,2 % der Familienstützpunkte wurden auch neue Programme eingeführt (vgl. Abb. 17).

Abb. 17: Einführung neuer familienbildender Angebote (in %)

„Wir haben neue familienbildende Programme eingeführt.“



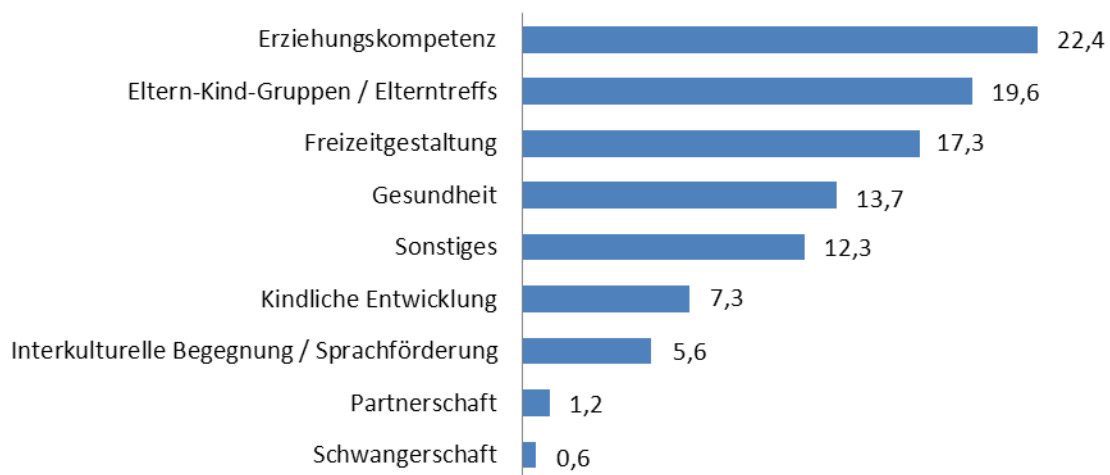
Quelle: Eigene Berechnungen; Befragung der Familienstützpunkte II; n = 42 (nur FSP an etablierten Einrichtungen)

Vergleichbare Ergebnisse zeigten sich auch bei Familienstützpunkten an alltagsnahen Orten: Dort gaben 80 % der Einrichtungen an, eigene familienbildende Angebote durchzuführen und 90 % der Familienstützpunkte an alltagsnahen Orten arbeiteten auch mit neuen familienbildenden Programmen.

Einen tieferen Einblick in die Struktur der familienbildenden Angebote der Familienstützpunkte liefern die Analysen der Angebotsdokumentationen. Auf den entsprechenden Dokumentationsbögen wurden für den Zeitraum seit der Eröffnung bis Ende 2012 von 44 Fami-

lienstützpunkten insgesamt 566 Angebote gemeldet.⁸ Wie Abbildung 18 zeigt, lagen die thematischen Schwerpunkte der Angebote an den Familienstützpunkten im Bereich der Förderung der Erziehungskompetenz (22,4 %), bei inhaltlich eher offen gehaltenen Angeboten wie Eltern-Kind-Gruppen und Elterntreffs (19,6 %) sowie bei Angeboten zur Freizeitgestaltung wie z. B. Ausflüge, Familienspaziergänge und Bastelaktionen (17,3 %). Wenngleich bei letzterer Kategorie die Abgrenzung der entsprechenden Angebote zu reinen Freizeitveranstaltungen mitunter nicht ganz eindeutig war, eröffnen diese doch durch ihre niedrigschwellige Gestaltung für viele Eltern einen ersten Zugang zur Familienbildung und zur Auseinandersetzung mit Familien- und Erziehungsthemen. Angebote zu Partnerschaft und Schwangerschaft werden von den Familienstützpunkten sehr selten durchgeführt.

Abb. 18: Themenschwerpunkte der familienbildenden Angebote (in %)

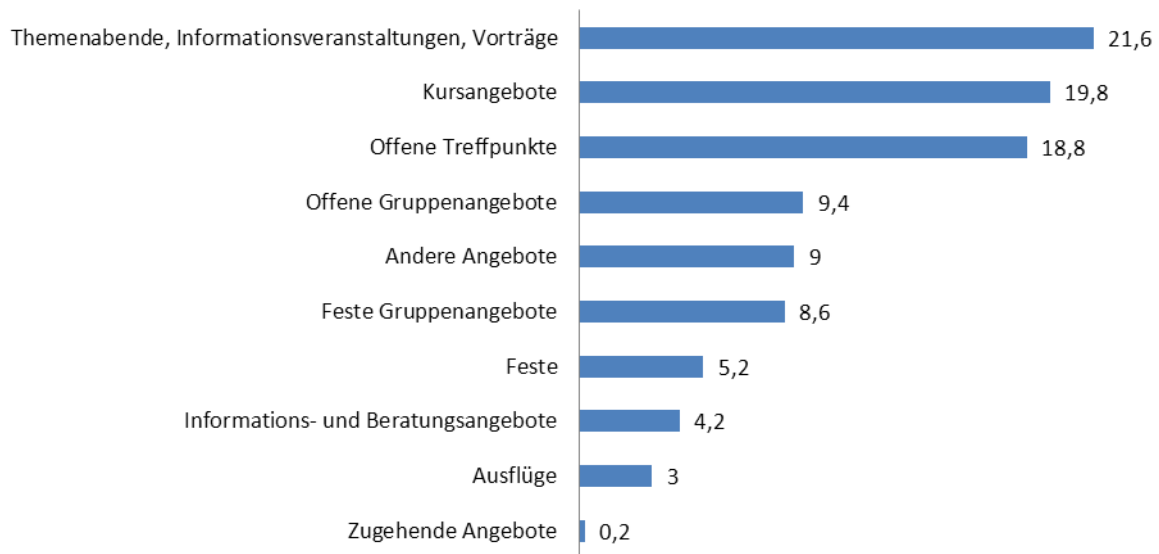


Quelle: Eigene Berechnungen; n = 500

Betrachtet man die Angebote hinsichtlich ihrer Form (vgl. Abb. 19), zeigt sich, dass Themenabende, Informationsveranstaltungen und Vorträge am häufigsten angeboten werden (21,6 %). Kursangebote (19,8 %) sowie offene Treffpunkte (18,8 %) sind ebenfalls häufig vertreten. Zugehende Angebote machen dagegen nur 0,2 % aller gemeldeten Angebote aus.

⁸ 66 Angebote richteten sich ausschließlich an Kinder und Jugendliche und wurden daher nicht in die Auswertung der familienbildenden Angebote einbezogen. Da nicht alle Familienstützpunkte vertreten waren und die Dokumentationszeiträume der einzelnen Einrichtungen sich teilweise deutlich unterschieden, zeigen die folgenden Analysen nur Tendenzen auf.

Abb. 19: Form der familienbildenden Angebote (in %)

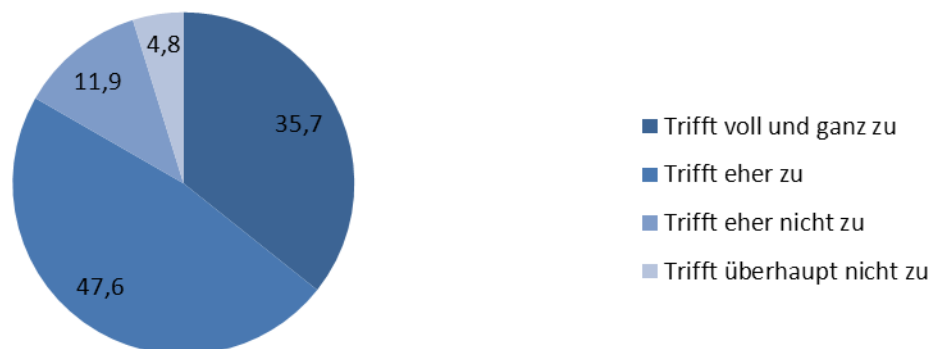


Quelle: Eigene Berechnungen; n = 500

Bei der Planung und Durchführung von Angeboten geht es immer auch um deren Bedarfsgerechtigkeit. Damit setzten sich die Fachkräfte nun stärker auseinander. Die Daten der Abschlussbefragung ergaben eine gestiegene Sensibilität für die Bedürfnisse der Eltern und Familien im Sozialraum (vgl. Abb. 20): 83,3 % der befragten Familienstützpunkt-Fachkräfte an etablierten Einrichtungen gaben an, in dieser Hinsicht stärker sensibilisiert zu sein (35,7 % stimmten der entsprechenden Aussage voll und ganz zu, 47,6 % stimmten ihr eher zu).

Abb. 20: Sensibilisierung für die Bedürfnisse von Eltern und Familien (in %)

„Wir sind für die Bedürfnisse der Eltern und Familien im Sozialraum stärker sensibilisiert.“



Quelle: Eigene Berechnungen; Befragung der Familienstützpunkte II; n = 42 (nur FSP an etablierten Einrichtungen)

Die Fachkräfte an alltagsnahen Einrichtungen stimmten der entsprechenden Aussage sogar zu 100 % zu (60 % stimmten der entsprechenden Aussage voll und ganz zu, 40 % stimmten ihr eher zu). Im Rahmen der persönlichen Interviews berichteten Familienstützpunkt-Fachkräfte, dass sie den Bedürfnissen der Eltern und Familien gegenüber offen und sensibel seien, dass

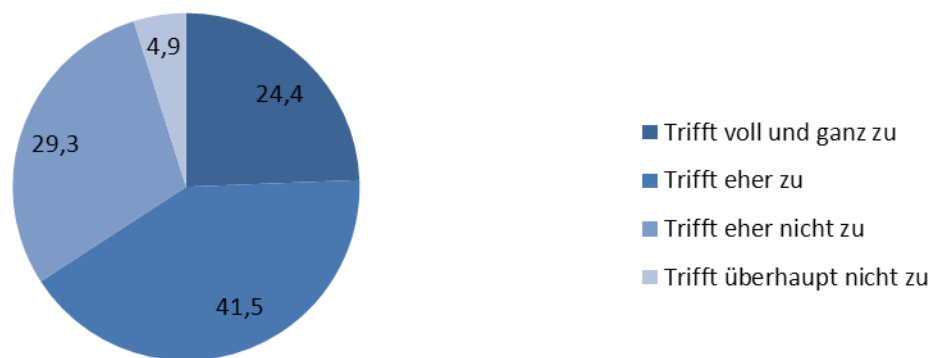
sie die Eltern dazu aufforderten, ihre Wünsche mitzuteilen und sich auch theoretisch mit dem Wandel der Familie und den damit verbundenen neuen Bedürfnissen auseinandersetzen.

„Ich glaube, dass meine Mitarbeiter auch offener geworden sind, was die Belange der Eltern angeht, sich da mehr ‚reinzufühlen‘ und ‚reinzusetzen‘.“ (Familienstützpunkt, Landkreis)

Knapp zwei Drittel der Fachkräfte an etablierten Einrichtungen gaben an, aufgrund von Elternwünschen neue Angebote im Sozialraum initiiert zu haben (vgl. Abb. 21).

Abb. 21: Initiierung neuer Angebote aufgrund von Elternwünschen (in %)

„Wir haben aufgrund von Wünschen der Eltern neue Angebote im Sozialraum initiiert.“



Quelle: Eigene Berechnungen; Befragung der Familienstützpunkte II; n = 41 (nur FSP an etablierten Einrichtungen)

Bei Familienstützpunkten an alltagsnahen Orten lag dieser Anteil bei 90 % (40 % stimmten der entsprechenden Aussage voll und ganz zu, 50 % stimmten ihr eher zu). Offenbar wird in den Familienstützpunkten an alltagsnahen Orten noch stärker als in Familienstützpunkten an etablierten Einrichtungen eine Aufgabe darin gesehen, als Mittler zwischen den Wünschen und Bedürfnissen der Eltern und Familien und den familienbildenden Einrichtungen zu fungieren. Eine Familienstützpunkt-Fachkraft führte hierzu im Interview aus:

„Oder ich strukturiere ein Angebot. Das war ganz am Anfang. [...] Ganz viele Familien mit kleineren Kindern [haben] mir [mitgeteilt], es sei schade, es war mal ein Angebot an Mutter-Kind-Turnen und das tut den Kindern gut, [so etwas] wäre doch schön. Das ist ja immer so auch die Angebotsebene, die die Eltern dann auch interessiert. Nachdem das dann vermehrt kam, dann bin ich als Familienstützpunkt in Kontakt getreten mit dem örtlichen Sportverein, bin in Kontakt getreten mit den Eltern, habe die alle an einen Tisch gebracht und wir haben ein Konzept geschmiedet, das heute noch eigentlich Bestand hat.“ (Familienstützpunkt, Landkreis)

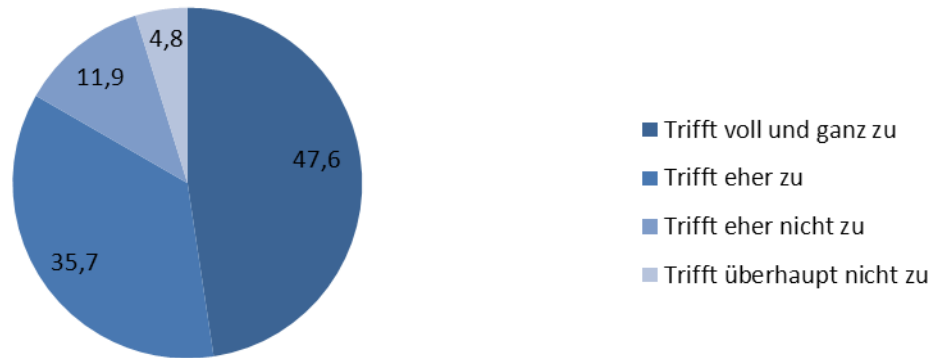
Das Modellprojekt führte auch dazu, dass die Einrichtungen nicht nur ihre eigene Organisation im Blick haben, sondern sich auch stärker für die Familienbildung insgesamt engagieren.

Dazu sind Kenntnisse über die Aufgaben und Tätigkeitsfelder anderer Einrichtungen hilfreich. In Abbildung 22 ist zu sehen, dass sich das Modellprojekt hier positiv ausgewirkt hat

und das diesbezügliche Wissen bei 83,3% der Familienstützpunkte an etablierten Einrichtungen nach eigener Einschätzung zugenommen hat.

Abb. 22: Wissen über andere Einrichtungen (in %)

„Unser Wissen über die Aufgaben und Tätigkeitsfelder anderer relevanter Einrichtungen hat zugenommen.“

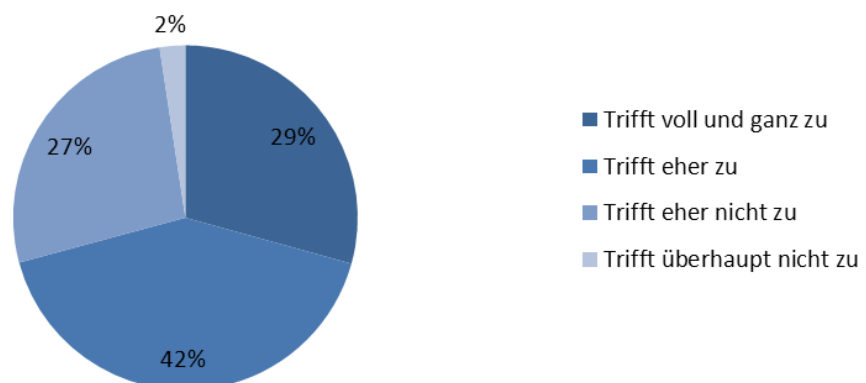


Quelle: Eigene Berechnungen; Befragung der Familienstützpunkte II; n = 42 (nur FSP an etablierten Einrichtungen)

Verbessert wurde durch das Modellprojekt auch der Informationsstand über Lücken in der familienbildenden Angebotsstruktur im Sozialraum. 70,8 % der Fachkräfte an etablierten Einrichtungen gaben an, in dieser Hinsicht nun besser informiert zu sein (vgl. Abb. 23). Bei den Familienstützpunkten an alltagsnahen Orten stimmten der entsprechenden Aussage alle Fachkräfte zu.

Abb. 23: Kenntnis über Lücken in der Familienbildungslandschaft (in %)

„Wir sind über Lücken in der familienbildenden Angebotsstruktur in unserem Sozialraum besser informiert.“

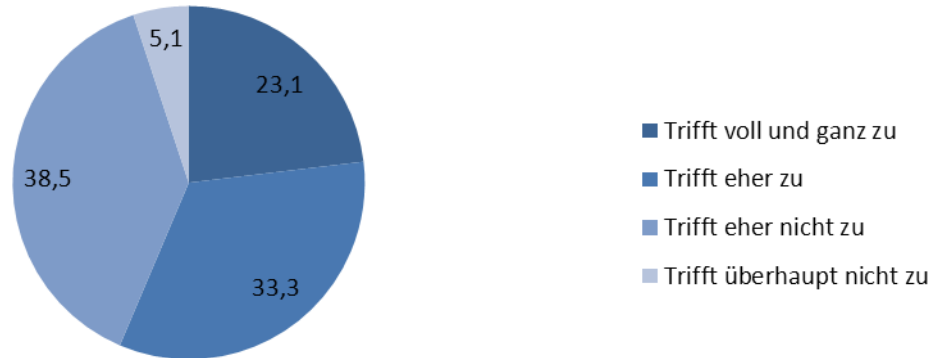


Quelle: Eigene Berechnungen; Befragung der Familienstützpunkte II; n = 41 (nur FSP an etablierten Einrichtungen)

Zudem führte über die Hälfte der Familienstützpunkte an etablierten Einrichtungen nicht nur in ihrer eigenen Einrichtung Angebote durch, sondern unterstützte auch andere Einrichtungen bei der Umsetzung familienbildender Angebote (vgl. Abb. 24).

Abb. 24: Unterstützung anderer Einrichtungen bei der Umsetzung familienbildender Angebote (in %)

„Wir haben andere Einrichtungen bei der Umsetzung familienbildender Angebote unterstützt.“



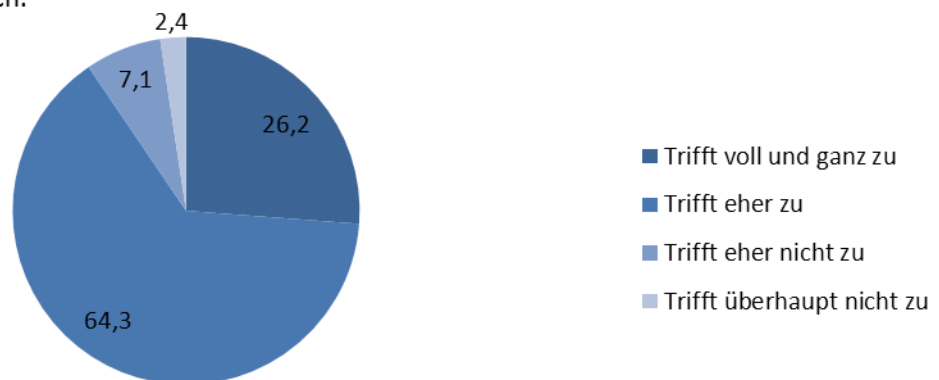
Quelle: Eigene Berechnungen; Befragung der Familienstützpunkte II; n = 39 (nur FSP an etablierten Einrichtungen)

Familienstützpunkte an alltagsnahen Orten sahen die entsprechende Aussage ausnahmslos als zutreffend an. Die Unterstützung anderer Einrichtungen bei der Umsetzung familienbildender Angebote scheint damit bei neugegründeten Anlaufstellen im Gegensatz zu etablierten Einrichtungen einen höheren Stellenwert zu haben. Erklärt werden könnte dies mit der Vermutung, dass diese möglicherweise freier in der Definition ihres Leistungsbereiches sind und die Unterstützung anderer Einrichtungen von vornherein zu ihren Aufgaben zählen.

Schließlich zeigten sich auch bezüglich des Verantwortungsgefühls der Familienstützpunkte für das gesamte familienbildende Angebot im Sozialraum wahrnehmbare Effekte. So gaben 90,5 % der Familienstützpunkte an etablierten Einrichtungen an, dass sie sich für das gesamte familienbildende Angebot im Sozialraum stärker verantwortlich fühlten (vgl. Abb. 25).

Abb. 25: Verantwortung für das familienbildende Angebot im Sozialraum (in %)

„Wir fühlen uns stärker für das gesamte familienbildende Angebot im Sozialraum verantwortlich.“



Quelle: Eigene Berechnungen; Befragung der Familienstützpunkte II; n = 42 (nur FSP an etablierten Einrichtungen)

Bei den Familienstützpunkten an alltagsnahen Orten gaben sogar alle Befragten an, diese Verantwortung zu fühlen (60 % stimmten der entsprechenden Aussage voll und ganz zu, 40 % stimmten ihr eher zu).

Zusammenfassend lässt sich also festhalten, dass das Modellprojekt bei den Familienstützpunkten an etablierten Einrichtungen nicht nur zu einer Ausweitung des eigenen familienbildenden Angebots führte, sondern auch mit einer besseren Kenntnis der Bedürfnisse der Familien sowie der familienbildenden Angebotsstruktur im Sozialraum einherging. Das Verantwortungsgefühl der Fachkräfte für das familienbildende Gesamtangebot im Sozialraum wurde insgesamt gestärkt. Bei den Familienstützpunkten an alltagsnahen Orten, wo keine Veränderungen abgebildet werden konnten, zeigt sich ein ausgeprägtes Bemühen, den eigenen Arbeitsbereich bedarfsgerecht auszugestalten und dabei sowohl die Familien als auch die anderen Anbieter im Sozialraum im Blick zu haben.

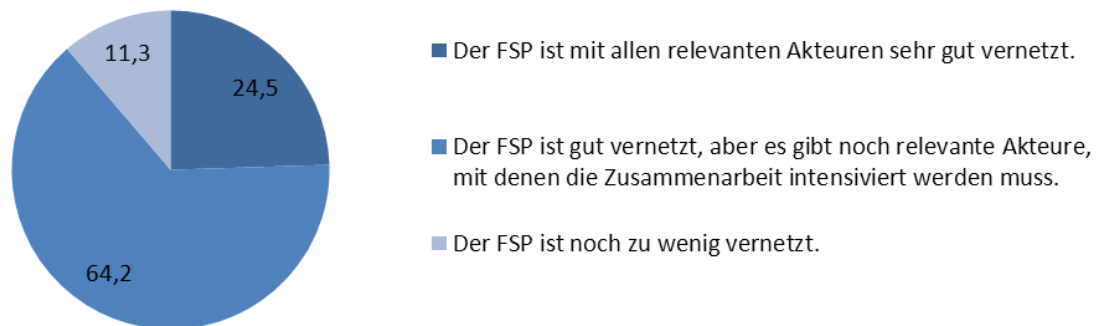
5.5.3 Vernetzung

Gemäß den Qualitätskriterien des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration gehörte auch die Vernetzung zu den Aufgaben, die jeder Familienstützpunkt erfüllen muss. Der Aufbau und die Pflege von Kooperations- und Vernetzungsstrukturen und der damit einhergehende Wissenserwerb über andere Einrichtungen und Träger ist zudem eine wesentliche Voraussetzung für die passgenaue Weitervermittlung von Eltern und Familien sowie zur Schließung von Lücken in der familienbildenden Angebotsstruktur.

Im Rahmen der quantitativen Abschlussbefragung gaben 83,3 % der Familienstützpunkt-Fachkräfte an etablierten Einrichtungen an, sie hätten sich in der Modellphase verstärkt mit anderen Einrichtungen vernetzt. 47,6 % stimmten der entsprechenden Aussage voll und ganz, 35,7 % stimmten ihr eher zu. Von den alltagsnahen Einrichtungen nutzten alle die Modellphase, um sich mit anderen Einrichtungen zu vernetzen.

Nach der Bewertung ihrer derzeitigen Vernetzung befragt, gab rund jeder vierte (24,5 %) Familienstützpunkt an, dass er mit allen relevanten Akteuren sehr gut vernetzt sei. Knapp zwei Drittel (64,2 %) beurteilten ihren Vernetzungsgrad als gut, sahen jedoch noch Optimierungsmöglichkeiten. So gebe es vor Ort weitere relevante Akteure, mit welchen die Zusammenarbeit noch intensiviert werden müsse. Nur 11,3 % der Familienstützpunkte sind den eigenen Angaben zufolge noch zu wenig vernetzt (vgl. Abb. 26).

Abb. 26: Vernetzung der Familienstützpunkte (in %)



Quelle: Eigene Berechnungen; n = 53

Es lassen sich kaum Unterschiede im Grad der Vernetzung zwischen Familienstützpunkten an etablierten Einrichtungen und Familienstützpunkten an alltagsnahen Orten ausmachen. Geht man auch hier davon aus, dass die Familienstützpunkte an alltagsnahen Orten zum Großteil neu eingerichtet wurden und grundsätzliche Aufbauarbeit leisten mussten, während etablierte Einrichtungen vielfach bereits in Netzwerkstrukturen eingebunden waren, so deuten diese Ergebnisse darauf hin, dass die Familienstützpunkte an alltagsnahen Orten während der Modellphase intensive Vernetzungsarbeit betrieben haben. Generell hatte Vernetzung im Tätigkeitsfeld aller Familienstützpunkte einen sehr hohen Stellenwert. Im Folgenden werden die wichtigsten Akteure sowie die Organisation der Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern beschrieben.

Die wesentlichen Kooperations- und Vernetzungspartner

Die Palette der Akteure, mit denen die Familienstützpunkte zusammenarbeiteten bzw. sich vernetzt haben, war breit gestreut. Berichtet wurde von verschiedensten trägerinternen und -externen Kooperationsbeziehungen auf sozialräumlicher, gesamtkommunaler sowie interkommunaler Ebene.

Auf sozialräumlicher Ebene waren insbesondere Kooperationen mit folgenden Akteuren bedeutsam: Schulen bzw. Jugendsozialarbeit an Schulen, Kinderbetreuungseinrichtungen und teilweise auch Elternbeiräte. Hinzu kamen beispielsweise Büchereien im eigenen Sozialraum, Stadtteilmütter, das Quartiersmanagement, die Jugendpflege oder die kommunale Jugendarbeit, ehrenamtliche Initiativen oder auch themenverwandte Projekte. Auch der Allgemeine Sozialdienst war ein wichtiger Partner. Vor allem im ländlichen Raum wurden auch Vereine und (Kirchen-)Gemeinden als wichtige Akteure vor Ort genannt.

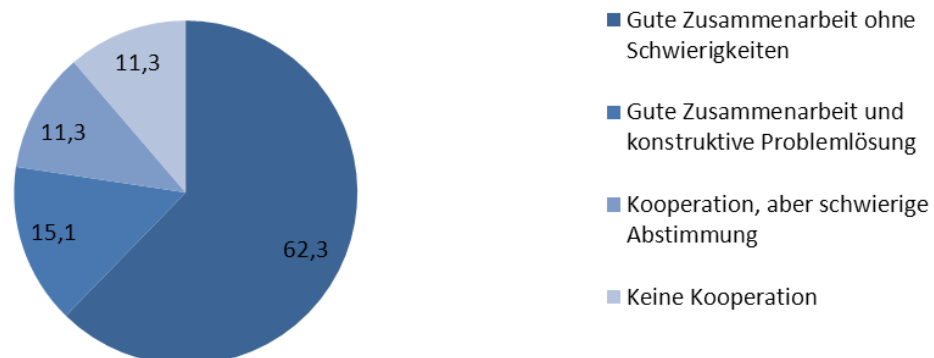
Eher auf gesamtkommunaler Ebene fanden sich Kooperationsbeziehungen mit verschiedensten Einrichtungen aus dem Bereich der Familienbildung oder angrenzenden Bereichen wie beispielsweise Erziehungsberatung, Schwangerschaftsberatung, Ehe- und Partnerschaftsberatung, Lebenshilfe, Frühförderstellen, Alleinerziehendenberatung oder Schuldnerberatung. Auch Mehrgenerationenhäuser spielten an einzelnen Standorten eine Rolle. Weiter wurden Erwachsenenbildungsträger und sämtliche Institutionen des Gesundheitswesens als wichtig

für eine Vernetzung und/oder Kooperationen angesehen – insbesondere Hebammen, Ärzte und Ärztinnen, das örtliche Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie das Gesundheitsamt, aber auch Fachkräfte aus den Bereichen Osteopathie, Ergotherapie oder Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie. Einrichtungen in öffentlicher Trägerschaft, wie z.B. Gleichstellungs- und Integrationsstellen, die Agentur für Arbeit oder das Job Center, spielten in manchen Regionen eine Rolle. Auch Unternehmen der freien Wirtschaft, freie Künstler, Kultureinrichtungen oder Fachakademien wurden als direkte Kooperationspartner der Familienstützpunkte benannt. Besonders wichtig war für die Familienstützpunkte auch die Zusammenarbeit oder zumindest der regelmäßige Austausch mit anderen Familienstützpunkten am Modellstandort, welcher meist von der Koordinierungsstelle organisiert bzw. unterstützt wurde (vgl. Kap. 5.4.4).

Außerordentlich wichtige Vernetzungspartner für die Familienstützpunkte sind die Koordinierenden Kinderschutzstellen (KoKi). Im Rahmen der Abschlussbefragung wurden die Familienstützpunkte gebeten, die Zusammenarbeit mit der KoKi zu bewerten. Abbildung 27 zeigt die Ergebnisse: Knapp zwei Drittel gaben an, mit der KoKi gut zusammenzuarbeiten, die Abstimmung bereite keinerlei Schwierigkeiten. Bei 15,1 % der Befragten war die Zusammenarbeit gut, ggf. auftretende Abstimmungsprobleme konnten konstruktiv gelöst werden. Fasst man diese beiden Kategorien zusammen, so ist festzuhalten, dass mehr als drei Viertel der Familienstützpunkte gute und konstruktive Kooperationsbeziehungen mit der Koordinierenden Kinderschutzstelle pflegten. Nur 11,3 % gaben an, dass zwar eine Kooperationsbeziehung bestand, die Abstimmung aber schwierig war. Rund jeder zehnte Familienstützpunkt räumte ein, dass es keinerlei Kooperation gab. Nähere Analysen ergaben, dass sich die Familienstützpunkte, die angaben, keine Kooperationsbeziehungen zur KoKi zu haben, auf vier Modellstandorte konzentrierten.

Die Ergebnisse der standardisierten Befragung zeigen damit, dass ein Großteil der Familienstützpunkte problemlos mit den Koordinierenden Kinderschutzstellen kooperieren konnte und sich zwischen dem Aufgabenfeld der Frühen Hilfen und demjenigen der Familienstützpunkte kaum Abgrenzungsprobleme ergaben.

Abb. 27: Zusammenarbeit mit der KoKi (in %)



Quelle: Eigene Berechnungen; Befragung der Familienstützpunkte II; n = 53

Auch in den qualitativen Interviews benannten nahezu alle Befragten der Familienstützpunkte die Mitarbeiter(innen) der Koordinierenden Kinderschutzzstellen als sehr wichtige Partner für die eigene Arbeit. Grundsätzlich wurde es als sinnvoll angesehen, wenn beide Seiten über die Angebote und Hilfestellungen der anderen informiert sind und direkte Ansprechpartner kennen. Konkret war die Zusammenarbeit an den Modellstandorten sehr unterschiedlich ausgestaltet:

- An manchen Modellstandorten wurde die KoKi bereits bei der Erstellung des Konzepts des Familienstützpunkts involviert.
- Eine minimale Kooperation, die jedoch bereits auf diesem Niveau sehr intensiv sein kann, ist ein gegenseitiges Fungieren von Familienstützpunkt und KoKi als Multiplikatoren und letztere für familienbildende Angebote in die Arbeit der Familienstützpunkte eingebunden wurden.
- In den meisten Fällen waren die Fachkräfte der KoKi in die sozialräumlichen Vernetzungsaktivitäten der Familienstützpunkte einbezogen und im Familienbildungsnetzwerk, gelegentlich auch in der Steuerungsgruppe, vertreten.
- In einem Familienstützpunkt bot die Fachkraft des Koordinierenden Kinderschutzes auch eine offene Sprechstunde an.
- Daneben gab es vielerorts weitere projekt-, kurs- oder veranstaltungsbezogene Kooperationen zwischen KoKi und Familienstützpunkt.

Die interkommunale oder überregionale Ebene umfasst vorwiegend den strategischen Austausch, z. B. im Rahmen eines interkommunalen Netzwerks. An einem Modellstandort wurden weitere direkte Kooperationspartner angrenzender Regionen als wichtig erachtet, weil der Sozialraum des Familienstützpunkts an den Sozialraum eines anderen Landkreises angrenzte.

Organisation der Kooperation und Vernetzung

In der Modellphase konnten unterschiedliche Formen der Zusammenarbeit zwischen den Familienstützpunkten und weiteren Akteuren beobachtet werden. Wie sich die jeweilige (sozialräumliche) Netzwerkarbeit und die Kooperationen rund um die Familienstützpunkte gestalten, hing stark vom jeweiligen Bedarf und von den örtlichen Strukturen ab. Neben fallbezogenen Kooperationen werden im Folgenden angebotsbezogene sowie weitere anlassbezogene Kooperationen unterschieden.

Zu fallbezogenen Kooperationen, insbesondere der Weitervermittlungen von Eltern und Familien zu passenden Stellen und Einrichtungen, kam es vor allem dann, wenn die Grenzen der eigenen Fachlichkeit erreicht waren, weiterführende intervenierende Hilfen als notwendig erachtet wurden oder bestimmte familienbildende Angebote nicht vom Familienstützpunkt selbst, sondern nur von den Partnern durchgeführt wurden.

„Und was bei uns auch ganz, ganz wichtig ist, ist einfach das persönliche Gespräch! Und deswegen ist es so wichtig, dass wir gut vernetzt sind, weil wenn irgendwo was auftaucht, wo man merkt, da brauchen Eltern Hilfe oder vielleicht auch bloß ein Angebot – es muss ja nicht immer gleich brennen – dann können wir durch die gute Vernetzung auch wirklich gleich an den Nächsten verweisen und können sagen, ‚Das wäre was für Sie, da wäre was für Sie‘.“ (Familienstützpunkt, Stadt)

Eine wesentliche Voraussetzung für diese fallbezogenen Kooperationen war, dass die Familienstützpunkt-Fachkräfte über die Angebote und Leistungen der Familienbildung und der angrenzenden Bereiche informiert sind und die Kontaktdaten der Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner haben. Hier wurden die Fachkräfte vielfach von den Koordinierungsstellen für Familienbildung unterstützt. Im Sozialraum etablierte und bei den Familien bekannte Kooperationspartner stellten an vielen Modellstandorten wichtige Multiplikatoren dar und schafften für bestimmte Zielgruppen niederschwellig Zugänge zu den Familienstützpunkten. An einigen Familienstützpunkten erfüllten beispielsweise die Stadtteilmütter diese Funktion, indem sie den Kontakt zwischen den jeweiligen Familienstützpunkt-Fachkräften und den Eltern mit Migrationshintergrund aus dem Sozialraum herstellten und letztere dazu ermutigten, an familienbildenden Angeboten teilzunehmen. Einige Familienstützpunkte unterstützten ihre Kooperationspartner bei der Weitervermittlung, indem sie ihnen die eigene Angebotsplanung per Mail-Verteiler zukommen ließen. Andere legten Einrichtungs- oder Angebotsflyer bei ihren Partnern aus. Eine Fachkraft an einem Familienstützpunkt nutzte auch die Bring- und Abholzeiten der nächstgelegenen Kindertageseinrichtung, um auf die Angebote des Familienstützpunkts hinzuweisen und zur Teilnahme zu motivieren. Nach den Ausführungen der Koordinierungsstelle für Familienbildung entstanden aus diesen direkten Kontakten zu den Eltern auch neue Angebotsideen:

„Die [Familienstützpunkt-Fachkraft] ist auch relativ oft präsent bei den Bringzeiten im Kindergarten und dort kommt sie mit den Müttern ins Gespräch und daraus sind jetzt schon auch Ideen für Veranstaltungen entstanden. Die erste [...] war eine Veranstaltung für Mütter zum Thema ‚Kinder im Trotzalter‘. War total gut besucht und [wir] haben gleich bei der Veranstaltung dann gesagt, [dass wir] weitere Themen, die einfach wichtig sind [aufgreifen werden] und [...] weitere Veranstaltungen machen.“ (Abschlussinterview Koordinierungsstelle, Landkreis)

Neben der (gegenseitigen) Weitervermittlung von Eltern und Familien spielten an den Familienstützpunkten auch angebotsbezogene Kooperationen eine große Rolle. Unterschieden werden können zeitlich begrenzte Formen der Zusammenarbeit von zeitlich unbegrenzten Kooperationen: Zu den zeitlich begrenzten Kooperationsformen zählten beispielsweise gemeinsam organisierte Themenabende und Fachvorträge oder auch kursbezogene Kooperationen, etwa im Rahmen eines Erziehungskurses, sowie einzelne Projekte. So organisierten viele Familienstützpunkte gemeinsam mit Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen oder der Jugendsozialarbeit an Schulen familienbildende Angebote. An einem Modellstandort veranstalteten die Familienstützpunkte auch gemeinsam mit einer Fachakademie zur Weiterbildung von Fachkräften eine Workshop-Reihe im Bereich der Familienbildung. Zu den zeitlich unbegrenzten Kooperationen zählen z. B. wöchentliche offene Sprechstunden einer Beratungsstelle in den Räumlichkeiten des Familienstützpunkts oder umgekehrt regelmäßige Unterstützungsangebote der Familienstützpunkt-Fachkraft in anderen Einrichtungen des Sozialraums. Ein Großteil der Familienstützpunkte, insbesondere diejenigen an Kinderbetreuungseinrichtungen, boten den Eltern und Familien regelmäßig offene Sprechstunden diverser Beratungsstellen in den eigenen Räumlichkeiten an. Neben dem Migrationsdienst, der Erziehungsberatung und der Frühförderung hatten in manchen Familienstützpunkten auch die Koordinierenden Kinderschutzzstellen eigene Sprechzeiten.

Nahezu alle Familienstützpunkte waren neben ihren fallbezogenen und angebotsbezogenen Kooperationsbeziehungen auch in (sozialräumliche) Arbeitskreise, Gremien, Runde Tische und Ausschüsse etc. eingebunden. Diese Arbeitsgremien bestanden vielfach bereits vor Einrichtung der Familienstützpunkte und dienten den Familienstützpunkt-Fachkräften auch dazu, das Modellprojekt und die Tätigkeitsfelder eines Familienstützpunkts vorzustellen.

„Es gibt so einen [...] Arbeitskreis [...]. Wir treffen uns alle zwei, drei Monate in großer Runde: Alle, die hier im Stadtteil was mit Kindern zu tun haben, und es ist einfach eine ganz tolle Energie vorhanden.“ (Familienstützpunkt, Stadt)

In einigen Fällen ging die Initiative für diese Arbeitstreffen auch von den Familienstützpunkten aus. So luden einige Familienstützpunkt-Fachkräfte selbst alle Partner anlassbezogen oder regelmäßig (z. B. alle drei bis sechs Monate) zu so genannten Vernetzungstreffen ein. An einem Modellstandort wurde beispielsweise das Familienstützpunkt-Konzept gemeinsam mit den Vernetzungspartnern erarbeitet (vgl. Kap. 5.4.1). Unabhängig davon, ob diese Arbeitsstrukturen vom Familienstützpunkt koordiniert wurden oder nicht, waren sie wichtig, um Kontakte zu weiteren relevanten Akteuren zu knüpfen, zentrale Entwicklungen im Bereich der Familienbildung zu erfahren und daran mitzuwirken. So tauschte man sich in diesen Gremien über die Bedürfnisse der Zielgruppen oder über aktuelle familienbildende Angebote aus und lernte die anderen Ansprechpartner und ihre Einrichtungen persönlich kennen.

Neben diesen Formen der Zusammenarbeit gab es in der Modellphase noch weitere anlassbezogene Kooperationen: Gemeinsam wurden öffentliche Feste oder Veranstaltungen im Sozialraum ausgerichtet – häufig vom Familienstützpunkt initiiert und (mit-)organisiert. So wurde an einem Modellstandort die Auftaktveranstaltung zur Eröffnung des Familienstützpunkts mit einem großen Familienfest gekoppelt, auf welchem sich alle familiennahen sozialen Einrichtungen und Stellen präsentieren konnten. Einige Familienstützpunkte teilten sich Räumlichkeiten mit anderen Stellen oder Einrichtungen und schließlich bot sich auch die Öffentlichkeitsarbeit als ein Bereich an, in welchem gewinnbringend kooperiert werden konnte.

6 Öffentlichkeitsarbeit

Eine aktive Öffentlichkeitsarbeit hatte in allen Phasen des Modellprojekts einen hohen Stellenwert. Sie sollte dazu beitragen, die neuen Familienstützpunkte der Öffentlichkeit vorzustellen, Familienbildung – als Begriff und als Unterstützungsmöglichkeit – bekannt(er) zu machen und die Eltern zu einer Nutzung familienbildender Angebote zu animieren.

Gehörte die Öffentlichkeitsarbeit zunächst zu den vordringlichen Aufgaben der Koordinierungsstelle für Familienbildung, waren im Verlauf der Modellphase zunehmend auch die Familienstützpunkte selbst für entsprechende Aktivitäten in ihrem Sozialraum zuständig. Dabei übernahmen sie meist andere Aufgaben als die Koordinierungsstelle für Familienbildung, wie das folgende Zitat veranschaulicht:

„Als Jugendamt waren wir nur für die überörtliche Presse zuständig [...]. Ansonsten läuft der Großteil der Öffentlichkeitsarbeit auf örtlicher Ebene.“ (Abschlussinterview Koordinierungsstelle, Landkreis)

Die im Folgenden beschriebenen Ergebnisse stammen aus den Interviews mit den Koordinierungsstellen, den Interviews mit den ausgewählten Familienstützpunkten, aus den Familienbildungskonzepten und Sachstandsberichten sowie aus der Auswertung der beiden standardisierten Erhebungen mit den Familienstützpunkten zu Beginn und am Ende der Modellphase.

6.1 Rahmenbedingungen

Zur Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit stellte das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration den Modellstandorten einmalig zusätzliche Mittel zur Verfügung. Außerdem wurde eine eigene Wort-Bild-Marke entwickelt und markenrechtlich geschützt. Alle neu eröffneten Familienstützpunkte erhielten ein Türschild mit diesem Logo, um als Anlaufstelle für Familien erkennbar zu sein.

Aufgrund seiner farbenfrohen Gestaltung und seines hohen Wiedererkennungswertes wurde das Logo „Familienstützpunkt“ auch in den Bereichen der Öffentlichkeitsarbeit als zentrales Gestaltungselement eingesetzt:

„Wenn die [...] sehen, da ist das Logo Familienstützpunkt im Gemeindeblatt, dann gucken die schon hin.“ (Abschlussinterview Koordinierungsstelle, Landkreis)

„Es ist unglaublich, wo ich mittlerweile überall über dieses Logo stolpere, wo mir welche Artikel entgegenflattern, wo mir welche Flyer entgegenflattern – das ist unglaublich!“ (Abschlussinterview Koordinierungsstelle, Landkreis)

Neben der Gestaltung, die Interesse und Aufmerksamkeit weckte, erwies sich auch die Trägerunabhängigkeit des Logos als ein Vorteil:

„Es ist ganz banal so: Wenn ein buntes Bildchen mit Familienstützpunkt irgendwo prangt, schauen die Leute noch mal eher hin, weil es einfach was Neues ist, weil es erst mal was Trägerunabhängiges ist. Ja, ist es einfach erst noch mal ein Eye-Catcher, was die Leute aufmerksam macht.“ (Familienstützpunkt, Stadt)

Als eine Schwierigkeit im Zusammenhang mit der Öffentlichkeitsarbeit erwies sich dagegen des Öfteren der Begriff „Familienbildung“. Es zeigte sich, dass er vielen Eltern und Familien

unbekannt ist und sie nicht wissen, was damit gemeint ist. Überdies fürchteten manche Akteure, dass gerade bildungsferne Familien von dem Begriff „Bildung“ abgeschreckt werden könnten. Daher verzichteten einige von ihnen bei der Werbung für Angebote oder bei der Vorstellung der Familienstützpunkte auf den Begriff Familienbildung:

„Es ist ohnehin schwer gewesen, das zu transportieren, was mit Familienbildung gemeint ist, und der Begriff Familienbildung ist nach wie vor immer wieder schwierig, und deswegen nennen wir unsere Messe jetzt auch nicht ‚Familienbildungsmesse‘. Weil es ist zum einen einfach wirklich immer dieses Missverständnis: Sollen Familien gegründet werden, sollen Kinder gemacht werden? Das ist das eine Problem. [...] Und das andere Problem ist, dass es zu sehr mit Bildung in Verbindung gebracht wird, und eben nicht alle Zielgruppen anspricht.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Landkreis)

6.2 Elemente der Öffentlichkeitsarbeit

Die Öffentlichkeitsarbeit wurde an den Modellstandorten sehr vielfältig gestaltet. Wichtige Elemente waren die Durchführung von Veranstaltungen und Festen, die Herstellung von Printprodukten, Pressearbeit, die Präsenz im Internet sowie Mundpropaganda.

6.2.1 Veranstaltungen und Feste

Alle Standorte organisierten gleich zu Beginn eine offizielle Auftaktveranstaltung, um das Modellprojekt „Familienstützpunkte“ der Öffentlichkeit, den Fachkräften und vor allem den Eltern vorzustellen. Diese öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen trugen sehr zur Bekanntmachung des Projekts bei und wirkten damit auch unterstützend bei den nachfolgenden Planungsschritten Bestands- und Bedarfserhebung. An jedem Modellstandort fand außerdem eine offizielle Eröffnungsveranstaltung statt, bei welcher alle Familienstützpunkte vor Ort präsentiert wurden und von der Bayerischen Familienministerin bzw. vom Staatssekretär das Türschild überreicht bekamen. Über diese Veranstaltungen wurde in der örtlichen Presse oder dem Lokal-TV meist ausführlich berichtet. Einige Standorte organisierten zudem öffentlichkeitswirksame Großveranstaltungen, z. B. eine „Familienmesse“ oder ein „Lernfest“, die sehr erfolgreich verliefen, so dass inzwischen weitere Termine geplant wurden.

Auch für die Familienstützpunkte erwiesen sich Auftaktveranstaltungen und Familienfeste als ein wichtiges und erfolgreiches Mittel der Öffentlichkeitsarbeit. Neben dem offiziellen Festakt führten sie eigene Auftaktveranstaltungen im Sozialraum durch, um den Familienstützpunkt dort bekannt zu machen:

„Ich muss das Thema mit Auftaktveranstaltungen in die Stadtteile tragen, sonst kommt da niemand.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Stadt)

Auch auf Familienfesten wurden die Familienstützpunkte in lockerer Atmosphäre im Sozialraum bekannt gemacht. Dadurch konnten Adressatinnen und Adressaten die Fachkräfte und die Angebote des Familienstützpunkts niedrigschwellig kennenlernen und Vertrauen aufbauen. Als wichtig wurde auch die Präsenz der Familienstützpunkte auf anderen Veranstaltungen, die nicht direkt mit Familienbildung assoziiert wurden, beschrieben. So konnte ein gelungenes Fest zu einem positiven Image des Familienstützpunkts bei den Familien beitragen:

„Bekannt wird er [der Familienstützpunkt] auch dadurch, dass er mal ein Familienfest gemacht hat, was schön war und da hat man das Logo hunderttausend Mal gesehen, dann sieht man es im Gemeindeblatt wieder und dann guckt man natürlich hin, was da steht.“ (Abschlussinterview Koordinierungsstelle, Landkreis)

6.2.2 Printprodukte

Außerordentlich beliebte Medien der Öffentlichkeitsarbeit waren Flyer bzw. Handzettel, Broschüren und Plakate. An fast allen Standorten wurde von der Koordinierungsstelle ein Flyer erstellt, der einen einheitlichen Überblick über alle Familienstützpunkte in der Stadt bzw. im Landkreis und deren Kontaktdaten, Öffnungszeiten und Angebotsspektrum ermöglichte.

„Wir haben ja jetzt diese Öffentlichkeitskampagne, wir haben Tausende von Flyern und Booklets. Im nächsten Schritt werden wir die allen Kinderärzten, Hebammen, allen Beratungsstellen, Schwangerschaftsberatungsstellen [weitergeben]. Wir haben wirklich sehr viel Material [...] erstellt, das wir jetzt dann verteilen. Zum Teil werden wir die städtischen Netze benutzen, [...] wir werden aber auch persönlich [...] vorsprechen. Das wird ein Rieseninput geben für die Familienstützpunkte, weil ganz viele Leute das wissen.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Stadt)

Ergänzend zu diesem gemeinsamen Flyer wurden häufig noch individuelle Flyer für jeden Familienstützpunkt vor Ort gedruckt. Lediglich an einem Standort lehnten die Familienstützpunkte einen gemeinsamen Flyer ab, weil sie ihre Eigenständigkeit betonen wollten. Gute Erfahrungen wurden mit einer mehrsprachigen Gestaltung gemacht:

„[Es] ist [...] noch mal ein anderer Zugang, wenn es in ihrer Muttersprache quasi steht und sie das noch mal anders wahrnehmen können. Es ist so was von einer anderen Wertschätzung, einem anderen [sich] ernstgenommen fühlen.“ (Familienstützpunkt, Stadt)

6.2.3 Pressearbeit

Artikel und Berichte in der lokalen Presse, in Amtsblättern und Stadtteilzeitungen hatten ebenfalls eine hohe Bedeutung für die Öffentlichkeitsarbeit im Modellprojekt. Dabei setzte die Pressearbeit der Koordinierungsstelle besonders auf breite Informationen über das Modellprojekt, über die Familienstützpunkte vor Ort sowie auf die Berichterstattung über größere Veranstaltungen, während die Familienstützpunkte selbst vorrangig ihre Angebote bewarben, z. B. in Stadtteilzeitungen oder örtlichen Familienmagazinen. In einer Kommune wurde im Amtsblatt eine Rubrik bzw. Reihe „Familienstützpunkt“ eingerichtet, in welcher regelmäßig über Neuigkeiten aus dem Modellprojekt und aus den Familienstützpunkten berichtet wurde.

„Also verschiedene Presseartikel, immer wieder. Jetzt im Vorfeld der Eröffnung war es mal wieder eine Information im Rathausjournal [...]. Das Rathausjournal ist ja das Mitteilungsblatt der Stadt [...] und kommt alle zwei Wochen raus. [...] Und da haben wir immer wieder, alle paar Wochen, informiert, wo der Stand gerade ist und haben dann auch an der Eröffnung der Stützpunkte eine richtig große Seite quasi gemacht dazu. [...] Mit Bildern und richtig ausführlichem Bericht und ja, Fotos von der Eröffnung – das war ganz schön – und haben diese Information auch immer an den kompletten Medienvertreiler geschickt, den die Pressestelle hat.“ (Abschlussinterview Koordinierungsstelle, Stadt)

Es zeigte sich, dass in Landkreisen eine gute Positionierung von Artikeln über die Familienstützpunkte in der lokalen und regionalen Presse tendenziell einfacher zu bewerkstelligen war als in Städten. Dort war dies aufgrund der Vielzahl von anderen Ereignissen und Nachrichten oftmals eine Herausforderung. Als nützlich erwiesen sich hier persönliche Kontakte und Ansprechpartner.

Um für ihre Angebote zu werben und die neue Anlaufstelle im Sozialraum bekannt zu machen, war es auch für die Familienstützpunkte wichtig, Anzeigen und redaktionelle Beiträge in den „richtigen“ Medien zu platzieren:

„Da wo die Leute hinschauen, das, was sie lesen, da müssen wir drinstehen.“ (Familienstützpunkt, Landkreis)

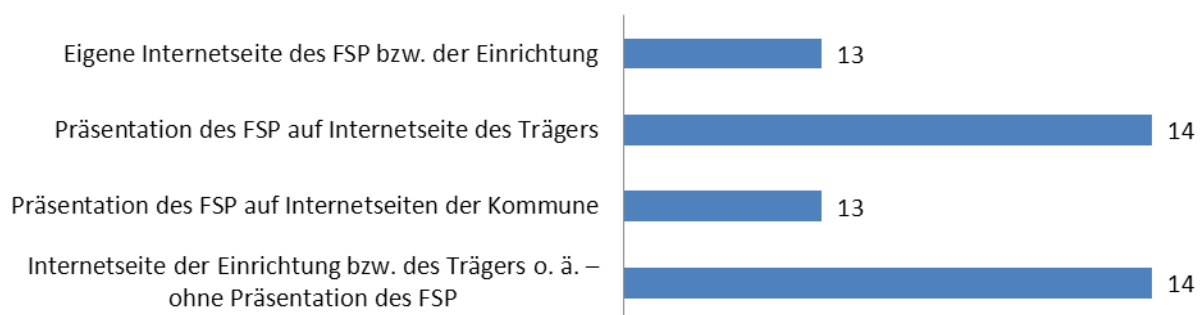
6.2.4 Internetpräsenz

Eine Internetpräsenz spielte im Modellprojekt auf zwei Ebenen eine Rolle: An mehreren Modellstandorten wurden auf kommunaler Ebene eigene übergeordnete Internetplattformen zur Familienbildung eingerichtet. Diesem Thema ist ein eigenes Kapitel dieses Berichts gewidmet (vgl. Kap. 7).

Für die einzelnen Familienstützpunkte ging es dagegen primär um die Darstellung der eigenen Einrichtung im Internet sowie um die Erreichbarkeit auf diesem Weg. Zum ersten Befragungszeitpunkt nach der Eröffnung hatte bereits jeder vierte Familienstützpunkt eine eigene Internetseite eingerichtet, 42,3 % waren über die Internetseite der Einrichtung erreichbar, an welche der Familienstützpunkt angedockt war. 29,5 % planten eine eigene Internetseite. 13,7 % der Familienstützpunkte betrieben zu diesem Zeitpunkt keine eigene Internetseite und planten auch nicht, eine solche einzurichten.

Im November 2013 wurde eine Internetrecherche durchgeführt, um die Erreichbarkeit der Familienstützpunkte nach Abschluss der Modellphase zu überprüfen. Das Ergebnis ist in Abbildung 28 dargestellt. Es lassen sich vier Gruppen unterscheiden.

Abb. 28: Präsenz der Familienstützpunkte im Internet nach Abschluss der Modellphase (absolute Zahlen)



Quelle: Eigene Berechnungen; n = 54

Unverändert lag der Anteil an Familienstützpunkten, die eine eigene Internetseite betrieben, in der sie sich erkennbar als Familienstützpunkt präsentierten und ihre Arbeit vorstellten, bei einem knappen Viertel. Ein weiteres Viertel wurde auf der Internetseite des Trägers explizit

als Familienstützpunkt präsentiert. Erkennbar war dies an der Verwendung des Logos bzw. der Bezeichnung „Familienstützpunkt“. Eine dritte Gruppe von Familienstützpunkten besaß keine eigene Internetpräsenz. Informationen über diese waren nur über die neu gestaltete kommunale Internetplattform, die von der Koordinierungsstelle eingerichtet wurde, abrufbar. Zu dieser Kategorie gehörten auch einige Familienstützpunkte aus der vierten Gruppe, welche zwar über eine eigene Internetseite verfügen oder über die Trägerseite erreichbar sind, aber jeweils ohne expliziten Hinweis darauf, dass es sich bei der Einrichtung nun um einen Familienstützpunkt handelt.

6.2.5 Mundpropaganda

Immer wieder betonten die Fachkräfte der Familienstützpunkte, dass die für die Erreichung von Zielgruppen bedeutungsvollste Form der Öffentlichkeitsarbeit auf „informellem“ Weg und über Mundpropaganda verlaufe. Diese informellen Wege, z. B. die Nutzung bestehender Kontakte oder persönliche Einladungen verbunden mit dem Verteilen von Gutscheinen zum Kaffeetrinken im offenen Treff, hatten wie in allen Bereichen der Sozialen Arbeit auch für das Projekt Familienstützpunkte eine große Bedeutung:

„Meiner Meinung nach läuft es am besten über Mundpropaganda oder einfach über Handzettel, die man Leuten mitgibt oder die man über bestimmte Institutionen verteilen lässt.“ (Familienstützpunkt, Landkreis)

Allerdings brauche es Zeit, bis Menschen ihre positiven Erfahrungen in ihre Netzwerke und Beziehungen hineinbringen und Bekannte und Freunde auf Angebote aufmerksam würden:

„Das eine ist quasi, die, die wir schon kennen, zu nutzen, die das entsprechend weitertragen können, [...] einfach diese positive Erfahrung zu machen und zu sagen, die dürfen das gerne weitererzählen und dürfen gerne ihre Freunde, Bekannte mitbringen. Ja, dass man dann so ein bisschen einen Schneeballeffekt hat.“ (Familienstützpunkt, Stadt)

6.2.6 Radiokampagne

In einer interkommunalen Zusammenarbeit initiierten zwei Standorte (Stadt und Landkreis) eine gemeinsame Radiokampagne bestehend aus Werbespots und redaktionellen Beiträgen. Hintergrund dieser Initiative war die Annahme, dass jüngere Menschen bzw. die Zielgruppe eher über das lokale Radio als über Printmedien zu erreichen seien:

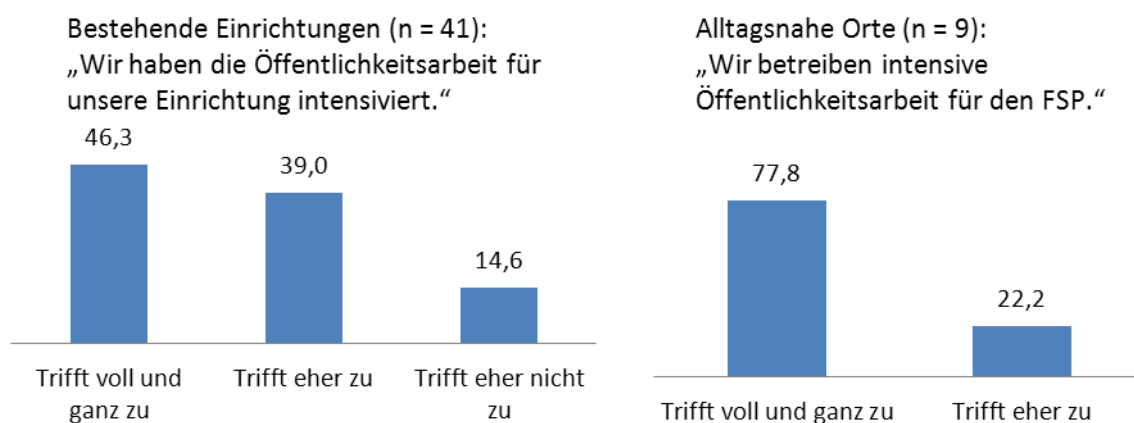
„Warum machen wir Radiowerbung? Weil wir denken, dass [...] die Zielgruppe, wenn es darum geht, den Familienstützpunkt zu etablieren, eher erreichbar ist über andere Medien als ausschließlich über Printmedien. Und auch [...] Flyer [sind] sicherlich hilfreich, aber ist nicht das Alleinseligmachende.“ (Abschlussinterview Koordinierungsstelle, Stadt)

Die Realisierung der Radiokampagne setzte neben einer umfangreichen Planung auch einen größeren finanziellen Etat voraus, der im Modellprojekt durch die zusätzliche staatliche Förderung für die Öffentlichkeitsarbeit aufgebracht werden konnte.

6.3 Unterstützung der Familienstützpunkte durch die Koordinierungsstelle im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit

Die Familienstützpunkte räumten der Öffentlichkeitsarbeit hohe Priorität ein. In der Abschlussbefragung gaben 85,4 % der Familienstützpunkte an bestehenden Einrichtungen an, die Öffentlichkeitsarbeit in der Modellphase intensiviert zu haben (vgl. Abb. 29). Für die Familienstützpunkte an alltagsnahen Orten war die Öffentlichkeitsarbeit noch wichtiger. Sie gaben zu einhundert Prozent an, intensive Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben.

Abb. 29: Engagement der Familienstützpunkte im Bereich Öffentlichkeitsarbeit (in %)



Quelle: Eigene Berechnungen; n = 50; unterschiedliche Frageformulierungen für bestehende Einrichtungen und alltagsnahe Orte.

Einige Aufgaben der Öffentlichkeitsarbeit erforderten allerdings umfangreiche und aufwändige Planungen, welche viele Familienstützpunkte allein nicht bewältigen konnten. Dazu gehörten z.B. die Entwicklung und die Herstellung von Flyern und Broschüren, die Durchführung aufwändiger Werbekampagnen oder die Planung und Durchführung größerer Veranstaltungen. Über 80 % der Familienstützpunkte schätzten daher die Unterstützung in diesem Bereich durch die Koordinierungsstelle eher wichtig oder sehr wichtig ein. Nur 15,7 % der Einrichtungen fanden die Unterstützung in diesem Bereich eher unwichtig (vgl. Tab. 4).

Besonders Familienstützpunkte an etablierten Einrichtungen wünschten sich Unterstützung bei der Öffentlichkeitsarbeit: Von ihnen hielten 53,7 % eine entsprechende Unterstützung für sehr wichtig, während bei den Familienstützpunkten an alltagsnahen Orten nur 30 % dieser Ansicht waren. Vor Ort mussten sich daher die Fachkräfte in den Familienstützpunkten und die Koordinierungsstelle darüber verständigen, wer im Einzelnen welche Aufgaben übernimmt und wie die Öffentlichkeitsarbeit der Familienstützpunkte von der Koordinierungsstelle unterstützt werden kann.

6.3.1 Erhaltene Unterstützung

Welche Unterstützung die Familienstützpunkte durch die Koordinierungsstelle konkret erhielten, hing von den jeweiligen Ressourcen der Koordinierungsstelle und den Rahmenbedingungen der Familienstützpunkte vor Ort ab. Sie nahm alle Formen zwischen weitgehender Alleinzuständigkeit des einzelnen Familienstützpunktes bis hin zu einer weitreichenden Entlastung von den entsprechenden Aufgaben durch die kommunale Koordinierungsstelle an.

Wenngleich sich dabei alle Formen beobachten ließen und sich der Umfang und die Form der Unterstützung im Bereich Öffentlichkeitsarbeit im Projektverlauf änderten, können die Modellstandorte grob in zwei etwa gleich große Gruppen eingeteilt werden: Standorte mit weitgehend eigenständiger Öffentlichkeitsarbeit der Familienstützpunkte (Gruppe 1, fünf Modellstandorte) und Standorte mit (eher) hoher Unterstützung der Familienstützpunkte durch die Koordinierungsstelle (Gruppe 2, sechs Modellstandorte).

Für die Einteilung wurden im Wesentlichen Aussagen aus den Interviews mit den Koordinierungsstellen und den Familienstützpunkten herangezogen und interpretiert, aber auch die Familienbildungskonzepte und die Sachstandsberichte ausgewertet. Die Zuordnung erfolgte somit auf der Basis von Informationen, die vor der Abschlussbefragung der Familienstützpunkte erhoben wurden. Maßgeblich für die Einteilung waren Angaben darüber, inwiefern Aufgaben im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit entweder ganz von der Koordinierungsstelle übernommen wurden, ob und in welchem Umfang die Koordinierungsstelle Hilfestellung anbot, Materialien bereitstellte (z. B. Flyer und Werbematerialien) oder weitere Aufgaben übernahm (z. B. das Verfassen von Artikeln) oder ob der Bereich der Öffentlichkeitsarbeit den Familienstützpunkten übertragen wurde. Beispielhaft für eine weitgehend eigenständige Öffentlichkeitsarbeit der Familienstützpunkte ist die folgende Formulierung:

„Das machen ganz stark die einzelnen Stützpunkte auch selber. Ich denke, das muss auch der einzelne Stützpunkt vor Ort leisten, weil das ganz viel über Vernetzungsarbeit auch läuft, die Öffentlichkeitsarbeit. Die Flyer und die Visitenkarten, die werden bei uns zentral angefertigt, die geben wir vor, das übernehmen wir.“ (Abschlussinterview Koordinierungsstelle, Landkreis)

An zahlreichen Modellstandorten beriet die Koordinierungsstelle für Familienbildung die Familienstützpunkte bei der Öffentlichkeitsarbeit jedoch auch intensiv, beispielsweise beim Aufbau einer eigenen Homepage oder bei der Pressearbeit:

„Ich glaube auch, dass von Seiten des neuen Familienstützpunktes aus ab und zu so eine gewisse Unsicherheit da ist: ‚Ist es denn jetzt richtig, was wir da machen?‘ Und man braucht da einfach auch ein Feedback, [wie] zu sagen, ‚Okay, die Internetseite kann man so aufbauen‘. [...] Also, sie machen vieles da nicht so komplett eigenständig, sondern wollen da letztendlich auch die Unterstützung, um den richtigen Weg zu gehen.“ (Abschlussinterview Koordinierungsstelle, Stadt)

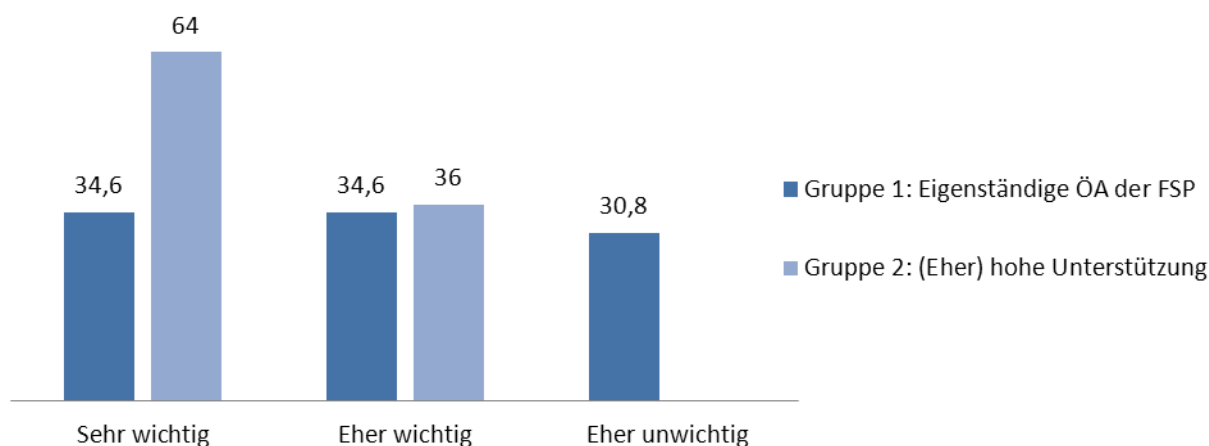
Besonderer Unterstützungsbedarf wurde von manchen Familienstützpunkten im Umgang mit der Presse geäußert. Hier fehlte es häufig an Erfahrung, wie der Kontakt zur Presse hergestellt werden kann und wie geeignete Beiträge aussehen müssen. Manche Koordinierungsstellen für Familienbildung unterstützten die Familienstützpunkte daher beim Verfassen von Presseartikeln, ein Standort beschäftigte eine Honorarkraft für die Pressearbeit und in einer dritten Kommune organisierte die Koordinierungsstelle eine Fortbildung:

„Wie muss ein Artikel ausschauen, damit er gelesen wird? Wie muss ein Artikel sein, damit er veröffentlicht wird? [...] [Hierzu] haben wir uns jetzt einen Referenten gesucht, der die Stützpunkter schult konkret, also einen Redakteur von der Zeitung, der uns dazu einfach noch mal einen halben Tag eine Schulung gibt.“ (Abschlussinterview Koordinierungsstelle, Landkreis)

6.3.2 Bewertung der Unterstützung

Setzt man die Wichtigkeit der Unterstützung im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit mit der von der Koordinierungsstelle praktisch geleisteten Unterstützung (entsprechend der oben dargestellten Einteilung in zwei Gruppen von Standorten) in Beziehung, zeigt sich ein deutlicher und signifikanter Zusammenhang (vgl. Abb. 30): Familienstützpunkte in Kommunen, die der Gruppe 1 zugeordnet worden waren (eigenständige Öffentlichkeitsarbeit der Familienstützpunkte), hielten eine Unterstützung in diesem Bereich deutlich häufiger für eher unwichtig (30,8 % im Vergleich zu 15,7 % in der Gesamtstichprobe), während Familienstützpunkte an Modellstandorten, an denen die Koordinierungsstelle viel Unterstützung gab, diese zu 64 % auch als sehr wichtig beurteilten. Allerdings gab es einige Familienstützpunkte an Standorten mit eigenständiger Öffentlichkeitsarbeit, die eine Unterstützung durch die Koordinierungsstelle als sehr wichtig ansahen (34,6 %). Dies kann dahingehend interpretiert werden, dass sich diese Familienstützpunkte möglicherweise mehr Unterstützung bei ihren öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten gewünscht hätten.

Abb. 30: Einschätzung des Unterstützungsbedarfs im Bereich Öffentlichkeitsarbeit, nach Unterstützungstypen der Standorte (in %)



Quelle: Eigene Berechnungen; n = 51

Zu diesen Befunden passt das Ergebnis, dass die Öffentlichkeitsarbeit und das Bekanntmachen von Angeboten derjenige Bereich war, der von den Familienstützpunkten in der Abschlussbefragung am häufigsten als größte Herausforderung beim Aufbau eines Familienstützpunktes genannt wurde (16 Nennungen).⁹ Dabei lag der Anteil der Familienstützpunkte, die diese Angabe machten, an Standorten mit eigenständiger Öffentlichkeitsarbeit bei etwa einem Viertel (25,9 %), während er an Standorten mit hoher Unterstützung 34,6 % betrug. Dies lässt darauf schließen, dass sich die Unterstützung der Koordinierungsstellen an den Standorten tendenziell nach dem von den Familienstützpunkten geäußerten Bedarf richtete.

⁹ Die Frage wurde „offen“ gestellt, d. h. es waren keine Antworten vorgegeben, weswegen die tatsächliche Wahrnehmung des Bereiches Öffentlichkeitsarbeit als Herausforderung noch höher liegen dürfte.

7 Internetplattformen zur Familienbildung

Öffentlichkeitsarbeit findet heute zunehmend auch im Internet statt. Daher wurde auch im Verlauf des Modellprojekts die Frage der Einrichtung einer Internetplattform für Familienbildung intensiv diskutiert. Angesichts des hohen Stellenwerts dieser Frage im Modellprojekt sowie der weitreichenden Herausforderungen, die mit der Einrichtung einer Internetplattform verbunden sind, wird dieser Bereich – obwohl zur Öffentlichkeitsarbeit gehörig – im Folgenden separat dargestellt.

Im Laufe des Modellprojekts wurden insgesamt fünf Internetplattformen zur Familienbildung eingerichtet. Drei dieser Plattformen waren als interkommunale Projekte angelegt, so dass insgesamt acht Standorte an der Entwicklung einer Internetplattform zur Familienbildung beteiligt waren und in diesem Bereich Erfahrungen sammeln konnten.

Sowohl inhaltlich als auch von ihrer optischen Gestaltung her präsentierten sich die einzelnen Plattformen sehr vielfältig. Sie stehen damit für die verschiedenen Erfahrungen der Modellstandorte, aber auch für die Möglichkeiten und Funktionen einer Internetplattform.

7.1 Zielsetzungen

Die Einrichtung einer Internetplattform wurde vor allem mit dem Ziel in Angriff genommen, eine bessere Orientierung über die Familienbildungslandschaft mit ihren Angeboten und Einrichtungen vor Ort zu ermöglichen und zu einer besseren Transparenz und Übersichtlichkeit beizutragen (Orientierungs- und Informationsfunktion). Insbesondere für Eltern und Fachkräfte sollte die Internetplattform zu einem virtuellen Bezugspunkt für Familienbildung werden.

Für Eltern ermöglicht eine Internetplattform einen Zugriff auf Informationen über Einrichtungen und Angebote rund um die Uhr und von jedem Ort aus.

„So was muss vom Jugendamt dann auch forciert werden, dass [...] man so eine Gesamtübersicht dann auch zu Verfügung hat.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Stadt)

Für den Aspekt der Niedrigschwelligkeit spielt zudem auch die Möglichkeit der anonymen Nutzung eine Rolle.

Auch Fachkräfte sollten sich mit Hilfe einer entsprechend gestalteten Internetplattform über die Angebote anderer Einrichtungen vor Ort informieren können. Für sie sollte zudem die Sammlung von Informationen über Einrichtungen erleichtert werden, um die Koordination der Angebote zu unterstützen und Doppelangebote zu vermeiden (Wissensmanagement und Koordinationsfunktion). Dies verdeutlicht folgendes Zitat:

„Da kam ganz stark das Signal von den Netzwerkteilnehmern, dass die sehr, sehr nützlich wäre, die Datenbank, also [dass sie] das gerne nutzen und dass [sie] es für die Arbeit brauchen können, um nachzuzucken, wo sind noch Kollegen tätig, in welchen Themenbereichen, wo kann man da auch mal anrufen und zusammen arbeiten oder auch Klienten überweisen.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Stadt)

Attraktiv erschienen die Möglichkeiten einer Internetplattform insbesondere für Landkreise, wo es strukturell bedingt aufgrund großer Entfernungen schwieriger ist, Kenntnis über das Angebotsspektrum aller Einrichtungen zu bekommen.

Des Weiteren erhoffte man sich auch positive Effekte für die Kooperation zwischen den Einrichtungen. Hierbei kann eine Internetplattform als ein wichtiges Arbeitsmedium für die Familienstützpunkte und andere Einrichtungen fungieren. Um diese Kooperationsfunktion zu stärken, wurde auf einer Internetplattform ein passwortgeschütztes Mitgliederforum eingerichtet, in dem sich Fachkräfte austauschen können. Da dieser Bereich durch das Jugendamt aus Zeitgründen nicht kontrolliert werden kann, erhielten nur ausgewählte und bekannte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Institutionen einen Zugang zu diesem Forum.

7.2 Konzeptionelle Entwicklung

Bei der konzeptionellen Entwicklung einer Internetplattform mussten inhaltliche und technische Fragen geklärt werden.

7.2.1 Inhaltliche Struktur

Grundsätzlich stellen alle Internetplattformen Informationen über die Familienstützpunkte und andere Einrichtungen bereit. Sie liefern Adressen, an die sich Eltern bei Fragen oder wenn sie an einem Angebot der Einrichtung teilnehmen möchten, wenden können bzw. an die sich andere Einrichtungen zur Kooperation und Koordination wenden können. Darüber hinaus lassen sich die eingerichteten Internetplattformen grob in zwei Gruppen einteilen: „angebotsbasierte“ und „einrichtungsbasierte“ Internetplattformen.

Die einrichtungsbasierten Internetplattformen informieren über thematische Arbeitsschwerpunkte, Kontaktdaten und Öffnungszeiten der Einrichtungen, Anlaufstellen und Familienstützpunkte. Die angebotsbasierten Internetplattformen stellen über die einrichtungsbezogenen Daten hinaus Informationen zu konkreten Angeboten bereit, die häufig in einen Veranstaltungskalender eingebettet sind, sodass auch gezielt nach Angeboten zu bestimmten Themen oder an bestimmten Tagen gesucht werden kann. Zeit, Veranstalter, Ort, Inhalte und Teilnahmebedingungen der Angebote können nachgeschlagen werden. Dabei ist es auf einer Internetplattform sogar möglich, sich Angebote für spezifische Zielgruppen wie Schwangere oder Alleinerziehende anzeigen zu lassen. Die Vielfalt der eingestellten Angebote bewegt sich zwischen Erziehungskursen wie „Starke Eltern – Starke Kinder“ über Eltern-Kind-Gruppen bis hin zu Freizeit- oder Bastelangeboten. Durch die Aufnahme von Freizeitangeboten verfolgten die Modellstandorte das Ziel, niedrighschwellig familienbildende Angebote mitzubewerben und eine hohe Nutzung durch Familien zu erreichen.

Prinzipiell wurde von allen Standorten eine angebotsbasierte Internetplattform angestrebt, weil die Möglichkeit, dass Eltern selbstständig nach Angeboten suchen können, als eine zentrale Funktion der Internetplattformen angesehen wurde. Es zeigte sich aber bald, dass die Einrichtung eines Veranstaltungskalenders an manchen Standorten mit größeren technischen Hürden verbunden war, als man anfangs vermutet hatte (vgl. Kap. 7.2.2). Zusätzlich waren bei der Bestandsaufnahme nur selten Informationen zu konkreten Angeboten erhoben worden (vgl. Kap. 4.1), sodass die fehlenden Daten erst eingeholt werden mussten. Daher starteten nur zwei Internetplattformen von Beginn an angebotsbasiert. Während der Projektlaufzeit wurden die Inhalte der Plattformen jedoch weiterentwickelt, sodass am Ende der Modellphase auf vier der fünf Internetplattformen eine Recherche konkreter Angebote möglich war.

Wie weitreichend und grundlegend die Informationen zur Familienbildung sind, ist sehr unterschiedlich. So gibt es bei einigen Plattformen auch Erziehungstipps, Informationen zu finanziellen Hilfe, Büchertipps oder Informationen zum Jugendamt. Auch der erwähnte Mitgliederbereich ist auf einer Internetplattform zu finden. An einem Modellstandort wurde in ein bereits bestehendes Informationsportal für Familien in der Region ein neuer Bereich zur Familienbildung integriert, der eine Datenbank mit Informationen über Einrichtungen und Anlaufstellen enthält.

Das Layout der meisten Internetplattformen, insbesondere, wenn sie sich explizit an Eltern richten, ist farblich und grafisch betont freundlich und ansprechend aufgemacht. Allerdings erwies sich die technische und optische Gestaltung als größte Schwierigkeit bei der Umsetzung der Internetplattformen. Vor allem die Recherche von Informationen zu konkreten Angeboten war unterschiedlich aufwändig. Es stellte sich für viele Standorte als Herausforderung dar, eine inhaltlich gehaltvolle und vielfältige Internetseite einzurichten, die zugleich übersichtlich und verständlich ist und intuitiv bedient werden kann.

Insgesamt zeigt sich bei fast allen Internetplattformen eine Diskrepanz zwischen ursprünglich gewünschter und tatsächlich realisierter Plattform. So musste in zwei Fällen die Komplexität der Seiten wieder reduziert werden, weil sowohl Eltern als auch Fachkräfte mit dem Aufbau der Seite und der Menge der Informationen überfordert waren.

7.2.2 Technische Umsetzung

Die Einrichtung der Internetplattform war in den meisten Fällen ein langwieriges, aufwändiges und auch kostspieliges Projekt, welches häufig ohne die Fördermittel des Modellprojektes nicht hätte umgesetzt werden können. Auch aus diesem Grund wurde die Plattform meist in einer interkommunalen Zusammenarbeit realisiert.

Für die technische Umsetzung suchten die Modellstandorte Kooperationspartner wie z. B. IT-Dienstleister oder die ortsansässige Universität. Trotz dieser externen Unterstützung hatten die meisten Modellstandorte mit Schwierigkeiten zu kämpfen. Diese waren zum einen technischer Natur, zum anderen mussten auch in der Zusammenarbeit mit IT-Dienstleistern viele konzeptionelle Probleme von der Koordinierungsstelle geklärt werden. Gelegentlich war ein beauftragtes Unternehmen auch überfordert, sodass ein Standort zu folgendem Ergebnis kam:

„Wenn ich heute ein Angebot von einem Kleinen kriegen würde, ob er das macht, dann würde ich sagen: ‚Nein‘.“ (Abschlussinterview Koordinierungsstelle, Landkreis)

Überdies mussten bei der Einrichtung einer kommunalen Internetplattform auch intern rechtliche Bedingungen, Verantwortlichkeiten und der Umgang mit dem Corporate Design oder der Corporate Identity der Kommune abgeklärt werden. Teilweise führte auch dies zu langwierigen Abstimmungsprozessen.

„Ich weiß auch nicht, ob ich es noch mal machen würde, dass das [...] stadintern, so schwierig ist, so was auf die Füße zu stellen, hätte ich mir jetzt wirklich nicht im Traum vorgestellt!“ (Abschlussinterview Koordinierungsstelle, Stadt)

Insgesamt übertraf die Dauer des Planungs- und Umsetzungsprozess in den meisten Modellstandorten erheblich die Anfangserwartungen, was folgende Zitate belegen:

„Wenn wir gewusst hätten, wie viel Arbeit das ist und was wir uns da antun, dann hätten wir es vielleicht auch nicht gemacht.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Landkreis)

„Da hapert es halt ein bisschen jetzt an der Umsetzung, weil das schon eine größere Dimension ist, aber wir sind immer noch optimistisch, dass wir es also hinkriegen. Ich denke mir, man darf jetzt nicht die Schlussfolgerung ziehen, weil es vielleicht technische Schwierigkeiten oder Schwierigkeiten in der Umsetzung gibt, machen wir es gar nicht.“ (Zwischeninterview Koordinierungsstelle, Stadt)

Nur ein Standort beschrieb keine Schwierigkeiten bei der Umsetzung.

7.3 Pflege und Aktualisierung der Inhalte

Die meisten Standorte planten, auf der Internetplattform einen Veranstaltungskalender mit Informationen zu Angeboten und Einrichtungen zu integrieren. Eine Grundlage für die Informationen über Einrichtungen und Angebote lieferte die Bestandsaufnahme. Da allerdings oft detaillierte Informationen zu den Angeboten, wie z. B. Name, Veranstaltungszeit und -ort sowie ggf. Teilnahmevoraussetzungen, fehlten, mussten diese später separat von den Anbietern eingeholt und regelmäßig aktualisiert werden. Insofern war die Kooperationsbereitschaft der Träger und Einrichtungen für den Aufbau und die regelmäßige Pflege einer Internetplattform unerlässlich.

An einigen Standorten wurde die Eingabe und Pflege der eigenen Daten gleich an die Einrichtungen bzw. Träger delegiert. Als Anreiz konnte die Koordinierungsstelle die Möglichkeit anbieten, dort alle familienbildenden Angebote kostenfrei präsentieren und bewerben zu können.

An anderen Standorten wurde die Bestückung des Veranstaltungskalenders mit detaillierten Informationen zu Angeboten und die regelmäßige Aktualisierung dieser Daten durch die Koordinierungsstelle übernommen. Die Einrichtungen und Träger lieferten die Informationen an die Koordinierungsstelle, welche diese dann einstellte. Diese Variante wurde u. a. dann gewählt, wenn bei den Einrichtungen Hemmschwellen gegenüber den technischen Herausforderungen der Dateneingabe vermutet wurden:

„Das ist ja auch immer so eine Hemmschwelle. Eigentlich ist es ja leicht, das in ein Contact-Management-System einzupflegen, aber man muss es sich auch trauen. Ja, das ist einfach schwierig, wenn man da nicht so vertraut ist mit der ganzen Technik.“ (Abschlussinterview Koordinierungsstelle, Stadt)

Angesichts des hohen Zeitaufwandes für eine regelmäßige Aktualisierung der Daten strebten alle Modellstandorte die Dateneingabe und -aktualisierung durch die Einrichtungen bzw. Träger an. Die entsprechenden Kenntnisse und Fähigkeiten konnten jedoch nicht überall vorausgesetzt werden. An manchen Standorten führte das zu Schwierigkeiten:

„Wir haben uns das so selbsterklärend vorgestellt und [...] das ist nicht so einfach.“ (Abschlussinterview Koordinierungsstelle, Landkreis)

Einige Standorte bemühten sich, die technischen Grundlagen sowie das benötigte Wissen mit Hilfe von Handbüchern oder Redaktionsschulungen zu vermitteln. Dennoch zeigte sich, dass

für die Akzeptanz der Internetplattform durch die Fachkräfte (und die Koordinierungsstelle) nicht nur das technische Vorwissen eine wichtige Rolle spielte. Auch zeitliche Engpässe und ein komplizierter und komplexer Seitenaufbau stellten oft eine Hürde für das Einpflegen der Informationen dar, wie eine Familienstützpunkt-Mitarbeiterin beschrieb:

„Es ist extrem zeitaufwändig, da was einzugeben oder was wieder zu löschen oder zu ändern.“ (Familienstützpunkt, Landkreis)

Auch eine Projektkoordinatorin betonte die Bedeutung einer übersichtlichen und benutzerfreundlichen Struktur, damit die Informationen gepflegt und auch dauerhaft auf dem aktuellen Stand gehalten werden:

„[Es ist] ganz wichtig, dass es so aufgebaut ist, dass es eben auch auf Dauer leistbar ist. Weil alles, was zu viel Aufwand bedeutet, wird dann auch als Belastung empfunden, und wird dann vielleicht auch wieder umgangen.“ (Abschlussinterview Koordinierungsstelle, Stadt)

An einem Standort wurden gute Erfahrungen mit der Weitergabe der E-Mail-Adresse der Firma, die für das Webdesign verantwortlich war, gemacht, damit sich die Einrichtungen bei Problemen direkt dorthin wenden konnten.

Trotz der beschriebenen Schwierigkeiten konnten im Rahmen des Modellprojekts fünf Internetplattformen eingerichtet werden, die in der örtlichen Familienbildungslandschaft sowohl Eltern als auch Fachkräften Orientierung und hilfreiche Informationen bieten. Der Prozess von den ersten Überlegungen bis zur Freischaltung der Internetplattform gestaltete sich dabei vielfach als langwierig und teilweise auch als mühsam. Die Ambivalenz der Projektverantwortlichen illustriert folgendes Zitat:

„Für mich ist halt einmal diese Internetnutzung der Kommunikation das, was wir brauchen, gerade jetzt auf dem Sektor mit der Vernetzung, mit den Stützpunkten draußen. Aber es ist der Aufwand enorm hoch. Wenn ich heute noch mal gefragt würde, ich weiß, was ich nicht mehr machen würde. Ich bin froh, dass wir es haben, aber ich weiß nicht, ob ich es noch mal machen würde. Weil es war schon, hat viel Kapazität [...] gebunden.“ (Abschlussinterview Koordinierungsstelle, Landkreis)

8 Wirkungen des Modellprojekts „Familienstützpunkte“

Die wissenschaftliche Begleitung von Modellprojekten soll die Wirkungen, die durch das Projekt erzielt wurden, so gut wie möglich erfassen und bewerten. Auf die komplexen Herausforderungen, die mit dieser Aufgabe verbunden sind, kann an dieser Stelle nicht ausführlich eingegangen werden. Angesichts der Rahmenbedingungen, der Komplexität und der vergleichsweise kurzen Laufzeit des Modellprojekts „Familienstützpunkte“ war jedoch offenkundig, dass es nicht möglich sein würde, eindeutige quantitative Effekte zu messen. Gleichwohl lassen sich bezogen auf die beiden Zielsetzungen des Modellprojekts (vgl. Kap. 1.2) verschiedene Wirkungen beschreiben. Für eine Bewertung der Erreichung dieser Ziele konnten unterschiedliche Indikatoren bzw. Einschätzungen herangezogen werden.

8.1 Strukturelle Weiterentwicklung der Familienbildung in der Kommune

Um einschätzen zu können, in welcher Weise sich das Modellprojekt auf gesamtkommunaler Ebene ausgewirkt hat, wurden zunächst die entsprechenden Passagen aus den Abschlussinterviews mit den Projektverantwortlichen analysiert. Ergänzend fand gegen Ende der Modellphase im Mai 2013 eine gemeinsame Schlussauswertung mit den Projektverantwortlichen statt. Sie stand unter der Fragestellung „Was hat das Modellprojekt Familienstützpunkte in Ihrer Stadt bzw. Ihrem Landkreis (bisher) bewirkt?“ Alle Antworten wurden auf Kärtchen geschrieben, gesammelt, ausgewertet und gemeinsam verschiedenen Themenbereichen zugeordnet. Diese erwiesen sich als ausgesprochen vielfältig.¹⁰

8.1.1 Institutionalisierung und Finanzierung von Familienbildung

Als deutlich wahrnehmbare Folge des Modellprojekts beschrieben viele Projektverantwortlichen die stärkere Verortung und Verankerung der Familienbildung als Aufgabe im Jugendamt bzw. im jeweiligen Amt für Kinder, Jugend und Familie, wie folgendes Zitat veranschaulicht:

„Man muss zugeben, dass es vorher echt sehr stiefmütterlich behandelt worden ist: Ich war quasi als Jugendhilfeplaner mehr oder weniger zusätzlich Ansprechpartner bisher für die Familienbildung, was ich aber kaum wahrgenommen habe, [...] also da ist eigentlich nicht viel passiert, was sich jetzt natürlich mit diesem Modellprojekt vom Ministerium schon wesentlich verändert hat. Wir haben jetzt tatsächlich mal eine saubere Planung gemacht, haben auch schon eine gute Idee mit diesen Familienstützpunkten umgesetzt und das hat den Bereich natürlich [...] schon deutlich ausgefüllt jetzt im Vergleich zu vorher. Und wir werden jetzt natürlich auch weiterhin das Thema fortführen.“ (Abschlussinterview Koordinierungsstelle, Landkreis)

¹⁰ Anzumerken ist, dass bei der Kartenabfrage durch die explizite Frage nach „Wirkungen“ Schwierigkeiten, negative Erfahrungen oder (noch) nicht eingetretenen Entwicklungen seltener erwähnt wurden. Dennoch gab es Aspekte, die während der Modellphase in den Modellstandorten immer wieder diskutiert wurden oder die auf Wunsch des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit, Soziales, Familie und Integration von den Modellkommunen stärker in den Blick genommen werden sollten, wie z.B. die Abgrenzung zu den koordinierenden Kinderschutzzstellen und zur Erziehungsberatung sowie die Festlegung der exakten Aufgaben und Grenzen eines Familienstützpunkts. Einige dieser Fragen wurden in der Handreichung ausführlicher dargestellt.

Diese Wirkung wurde nicht nur durch die aktive Betonung der Bedeutung von Familienbildung als kommunale Aufgabe, z. B. in den Gremien und Ausschüssen des Jugendamts, erzielt, sondern vor allem durch zusätzliche Personalressourcen – in Form neuer Stellen oder durch Aufstockung von Stundenkontingenten – für diesen Bereich. An fünf Modellstandorten wurden im Zusammenhang mit dem Projekt Stellen bzw. Personalaufstockungen geschaffen, die auch dauerhaft mit Familienbildung beauftragt sein werden. In zwei Kommunen ist geplant, die für das Modellprojekt neu eingerichteten Stellen zu verstetigen. Hinsichtlich der Verankerung der Familienbildung in der Jugendhilfeplanung wird jedoch häufig noch Entwicklungsbedarf gesehen, wie das folgende Zitat zeigt:

*„Nein, nein, in den planerischen Bereich, glaube ich, ist es noch nicht so verankert.“
(Abschlussinterview Koordinierungsstelle, Stadt)*

Die Verbesserung der Personalsituation für Familienbildung hängt eng mit der besseren Finanzierung von Familienbildung zusammen. Hier wurde in mehreren Kommunen eine erhöhte Bereitschaft wahrgenommen, finanzielle Mittel für die Familienbildung zur Verfügung zu stellen und die Familienstützpunkte dauerhaft zu finanzieren.

8.1.2 Kooperation und Vernetzung der Akteure vor Ort

In den Abschlussinterviews wiesen die Projektverantwortlichen darauf hin, dass das Miteinander der Akteure im Bereich der Familienbildung sich im Laufe des Projekts positiv verändert hat und dass es – besonders auch durch das Familienbildungsnetzwerk – weniger Berührungspunkte und Konkurrenzdenken gibt. Stattdessen wurde die gegenseitige Wertschätzung und Offenheit füreinander gestärkt:

„Ich erlebe, dass die Vertreter und Vertreterinnen sich mit viel mehr Wertschätzung begegnen und dass man sich offener austauscht, dass man nicht mehr so viel Berührungspunkte hat [...] Ich habe so das Gefühl, das Thema Familienbildung, da ziehen jetzt alle viel mehr an einem Strang. Das ist ganz, ganz entlastend für eine Kommune, total entlastend.“ (Abschlussinterview Koordinierungsstelle, Stadt)

Insgesamt entwickelte sich laut den Einschätzungen der Projektverantwortlichen eine intensivere und qualitativ bessere Vernetzung zwischen den Anbietern der Familienbildung. Aber auch die Zusammenarbeit zwischen den freien Trägern und dem Jugendamt wurde positiv beeinflusst, z. B. durch wechselseitige Informationsweitergabe oder durch Kooperationsverträge. Insgesamt führte das Modellprojekt zu mehr Austausch und Zusammenarbeit. Dabei war dies insbesondere dort festzustellen, wo die Kooperation bislang weniger ausgeprägt war. In Kommunen, wo die Zusammenarbeit zwischen dem Jugendamt und den Anbietern von Familienbildung bereits vorher sehr gut verlief, gab es weniger Veränderung.

Auch die interkommunale Zusammenarbeit zwischen Städten und Landkreisen sowie innerhalb Bayerns wurde – durch den intensiven Kontakt und Austausch unter den Modellstandorten – gestärkt.

8.1.3 Bewusstseinsbildung

Beim Thema Bewusstseinsbildung mussten unterschiedliche Adressaten differenziert werden. Als relevante Gruppen wurden die Kommunalpolitik, die Fachöffentlichkeit sowie die Familien bzw. die Bevölkerung vor Ort identifiziert.

Eine Bewusstseinsveränderung auf Seiten der Kommunalpolitik im Sinne einer stärkeren Sensibilisierung für die Familienbildung ließ sich nach Einschätzung der Projektkoordinatorinnen und -koordinatoren in nahezu allen Kommunen beobachten, auch wenn dieser Prozess unterschiedlich weit vorangetrieben werden konnte. Sowohl bei einzelnen Mandatsträgern als auch in politischen Gremien wurde der Stellenwert der Familienbildung gestärkt, wie folgendes Zitat verdeutlicht:

„Dass das Thema Familienbildung einfach in politischen Entscheidungsprozessen an Wert gewinnt, an Stellenwert gewinnt und stärker wahrgenommen wird, das ist ganz klar ein Effekt.“ (Abschlussinterview Koordinierungsstelle, Landkreis)

In einem anderen Interview mit einer Koordinierungsstelle wurde davon gesprochen, dass sich im Bewusstsein *„radikal was verändert“* (Abschlussinterview Koordinierungsstelle, Landkreis) habe. Man kann davon ausgehen, dass sich diese Veränderungen auf politischer Ebene auch auf die bessere Finanzierung und Institutionalisierung der kommunalen Familienbildung ausgewirkt haben.

Unter anderem durch die Zusammenarbeit und den Austausch im Familienbildungsnetzwerk wurden auch die freien Träger für den Bereich Familienbildung (noch) stärker sensibilisiert.

Die vielfältigen Formen der Öffentlichkeitsarbeit (vgl. Kap. 6) haben in den Augen der Projektverantwortlichen zu einer stärkeren Sichtbarkeit der Familienbildung bei den Eltern und Familien und insgesamt in der Öffentlichkeit beigetragen. Dabei gelang es an manchen Orten, auch die Begrifflichkeiten Familienbildung und Familienstützpunkt in der Bevölkerung bekannter zu machen. An zwei Modellstandorten waren besonders die gut besuchten Großveranstaltungen wichtige Meilensteine. Auch die Außenwahrnehmung des Jugendamts hat in der Einschätzung einiger Projektverantwortlicher vom Modellprojekt und den entsprechenden Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit profitiert. Durch die Etablierung von Familienstützpunkten als offene Anlaufstellen konnte sich die Jugendhilfe im präventiven Bereich stärker profilieren.

8.1.4 Angebotsgestaltung und Zielgruppenerreichung

Die Bedarfs- und Bestandserhebungen, die im Laufe des Modellprojektes durchgeführt wurden, hatten laut den Projektkoordinatoren positive Impulse auf die Jugendhilfeplanung, wenn gleich die Verankerung in den entsprechenden Prozessen der Jugendhilfe insgesamt noch nicht als zufriedenstellend betrachtet werden kann. Durch den detaillierten Überblick über die Angebotsvielfalt konnten die Planung verbessert und beispielsweise Doppelangebote vermieden werden. Ebenso wurde der Fokus auf bestimmte, bisher möglicherweise weniger beachtete Zielgruppen gerückt, die im Rahmen der Bedarfserhebung identifiziert wurden. Als positiver Effekt wurde in der Kartenabfrage auch benannt, dass *„schwierige Zielgruppen“* durch die Familienstützpunkte besser und früher erreicht werden könnten und der Zugang zu ihnen verbessert würde.

8.2 Akzeptanz und Nutzung der Familienstützpunkte

Die zweite Zielsetzung des Modellprojekts richtete sich auf die Einrichtung und Etablierung von niedrigschwelligen und sozialräumlich verankerten Anlaufstellen für Eltern. Die erfolgreiche Einrichtung von 55 Familienstützpunkten wurde in Kapitel 5 beschrieben. Erkenntnisse über die Akzeptanz und Nutzung der Familienstützpunkte können aus der standardisierten Abschlussbefragung der Familienstützpunkte gewonnen werden; auch im Rahmen der qualitativen Interviews mit den Projektverantwortlichen wurde darauf Bezug genommen.¹¹

Im Zusammenhang mit der Frage nach Effekten wurde von allen Projektbeteiligten immer wieder auf die relativ kurze Zeitspanne seit Eröffnung der Familienstützpunkte hingewiesen, aufgrund derer es in vielen Bereichen noch vergleichsweise wenige Erfahrungen gebe. Betont wurde sehr häufig, dass es viel Zeit brauche, bis die neuen Anlaufstellen wahrgenommen und genutzt würden:

„Was es unbedingt braucht, das ist einfach mehr Zeit.“ (Familienstützpunkt, Landkreis)

Auch die Eltern und Familien selbst müssten erst genügend Erfahrungen mit den neuen Anlaufstellen machen, bevor sie diese an andere weitergeben könnten. So führte eine Projektverantwortliche im Rahmen des Abschlussinterviews aus:

„Es ist auch sofort angenommen worden, aber es muss trotzdem natürlich beworben werden – und die einzig wirkliche Bewerbung, das wird mir da auch immer wieder genannt, ist die Mundpropaganda! Es müssen einfach Erfahrungen gesammelt werden von Eltern, die das dann auch wieder anderen, die darüber reden und dadurch läuft es dann einfach auch richtig. Und von daher ist die Kontinuität einfach ein ganz, ganz wesentlicher Faktor.“ (Abschlussinterview Koordinierungsstelle, Stadt)

8.2.1 Bekanntheitsgrad

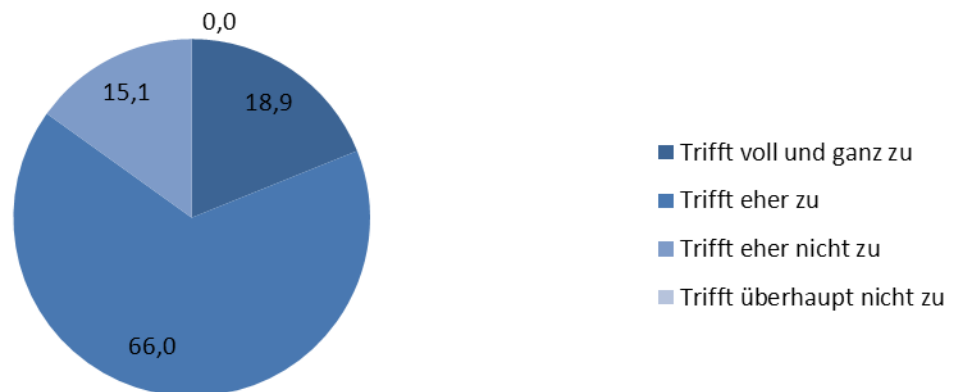
Als ein erster Indikator für die Akzeptanz der Familienstützpunkte kann deren Bekanntheitsgrad bei Eltern und Familien, bei Fachkräften und in der Politik herangezogen werden.

Den Bekanntheitsgrad der Familienstützpunkte bei Eltern und Familien im Sozialraum schätzten die Fachkräfte in den Familienstützpunkten recht positiv ein: Wie Abbildung 31 zeigt, waren bei der Abschlussbefragung acht von zehn Familienstützpunkten der Ansicht, dass ihre Einrichtung bei Eltern und Familien im Sozialraum gut bekannt sei. Nur 15,1 % meinten, dass dies nicht der Fall sei.

¹¹ Die Sicht der Nutzerinnen und Nutzer selbst konnte im Rahmen des Modellprojekts aus methodischen und projekttechnischen Gründen nicht erhoben werden.

Abb. 31: Bekanntheitsgrad der Familienstützpunkte im Sozialraum (in %)

„Der FSP ist bei Eltern und Familien im Sozialraum gut bekannt.“



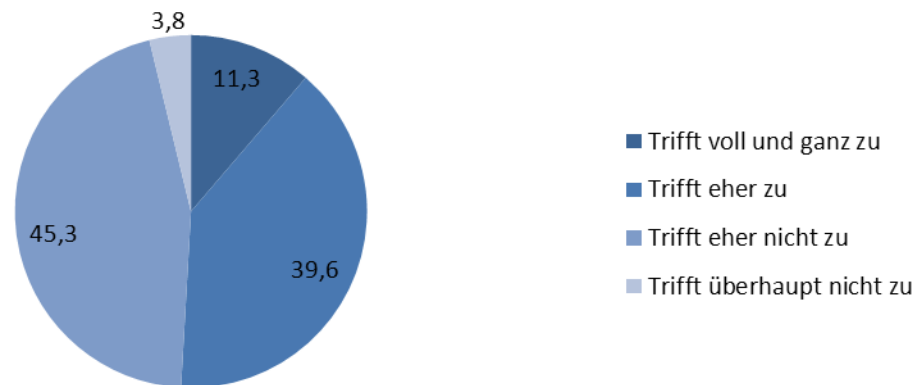
Quelle: Eigene Berechnungen; Befragung der Familienstützpunkte II; n = 53

Es wäre zu erwarten gewesen, dass der Bekanntheitsgrad von Familienstützpunkten an etablierten Einrichtungen deutlich höher eingeschätzt wird als der von an alltagsnahen Orten neu gegründeten Familienstützpunkten. Überraschenderweise lagen die Familienstützpunkte an alltagsnahen Orten mit ihrer Einschätzung des Bekanntheitsgrads mit 81,8 % jedoch nur etwa vier Prozentpunkte niedriger als die Familienstützpunkte an etablierten Einrichtungen (85,7 %). Zwei Erklärungsmöglichkeiten sind denkbar: Zum einen wurden Familienstützpunkte an alltagsnahen Orten zum Großteil in Gemeinden im ländlichen Raum eingerichtet, Familienstützpunkte an etablierten Einrichtungen gibt es hingegen häufiger in den Städten. Vermutet werden kann vor diesem Hintergrund, dass die Bedingungen, einen Familienstützpunkt bekannt zu machen, in einer kleineren Gemeinde besser sind als in einem größeren städtischen Sozialraum. Zum anderen wurde in den qualitativen Interviews mit den Familienstützpunkt-Fachkräften in ländlichen Räumen betont, dass diese besonders große Anstrengungen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit unternommen hätten, welche sich dann möglicherweise in ihrer Einschätzung widerspiegeln.

Entwicklungspotenzial wurde dagegen bezüglich der Selbstverständlichkeit gesehen, mit welcher Eltern und Familien die Familienstützpunkte bei Erziehungsfragen aufsuchen: Der Aussage „Der Familienstützpunkt ist im Sozialraum eine selbstverständliche Anlaufstelle in Erziehungsfragen“ konnte nur die Hälfte der Familienstützpunkte zustimmen (vgl. Abb. 32). Die andere Hälfte nahm diesbezüglich eine eher kritische Haltung ein.

Abb. 32: Familienstützpunkte als Anlaufstelle für Eltern (in %)

„Der FSP ist im Sozialraum eine selbstverständliche Anlaufstelle in Erziehungsfragen.“



Quelle: Eigene Berechnungen; Befragung der Familienstützpunkte II; n = 53

Im Interview führte eine Familienstützpunkt-Fachkraft zu diesem Thema aus:

„Ich denke, das Ziel ist ja auch, [...] dass jeder da einfach hinget, ohne dass das jetzt irgendein Stigma ist [...] und halt zu sehen: ‚Ah ja, Familienstützpunkt, ähnlich wie Bürgerzentrum, ich habe ein Anliegen in Richtung Familie, da kann ich hingehen.‘ Also das ist noch nicht geschafft. Wenn man das so will, dann muss man in die Richtung noch was tun.“ (Familienstützpunkt, Stadt)

Weitere Differenzierungen ergaben, dass Familienstützpunkte an etablierten Einrichtungen offenbar eine selbstverständlichere Anlaufstelle für Eltern und Familien darstellen. Genauere Analysen zeigten zudem, dass im Vergleich zu etablierten Familienzentren und Familienbildungsstätten sowie zu Familienstützpunkten an alltagsnahen Einrichtungen besonders Familienstützpunkte an Kinderbetreuungseinrichtungenangaben, von Eltern und Familien als eine selbstverständliche Anlaufstelle in Erziehungsfragen wahrgenommen zu werden.

Tendenziell positiv wurde auch die Wahrnehmung der Familienstützpunkte durch die Politik und die Fachöffentlichkeit bewertet. Darauf deuteten sowohl die Aussagen in den qualitativen Interviews mit Familienstützpunkt-Fachkräften als auch mit den Koordinierungsstellen für Familienbildung hin. Insbesondere Fachkräfte anderer Einrichtungen stellen wichtige Multiplikatoren dar und schaffen Zugänge zu den Angeboten des Familienstützpunkts. Mehrere Familienstützpunkt-Fachkräfte berichteten in den qualitativen Interviews, dass ihre Arbeit sichtbarer geworden sei und allgemein größeres Interesse daran bestünde, wie die folgenden Zitate illustrieren:

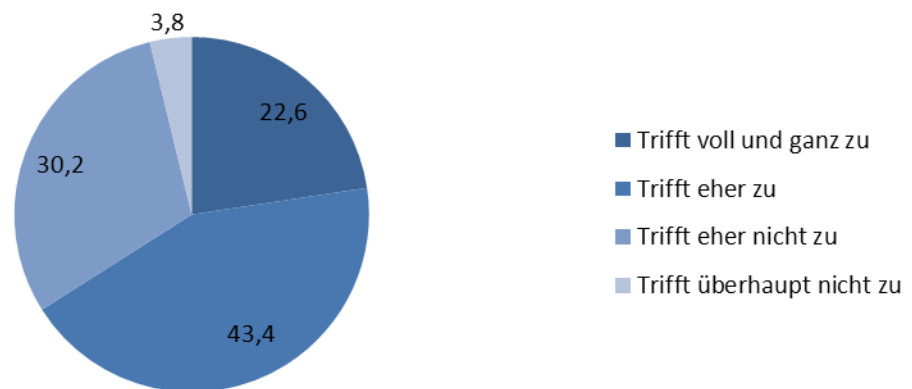
„Familienzentren werden besser in unserer Arbeit wahrgenommen, seitdem es Familienstützpunkt ist und zwar von der Politik und von den, was weiß ich, Familienhelferinnen, von den Kinderärzten, also da tut sich eine Menge, dass die sagen: ‚Halt, hoppla, wir wollen da auch mitmischen.‘ Über diese Idee des Familienstützpunktes [...], kommen Leute auf uns zu, die sagen: ‚Was macht ihr denn im Familienzentrum?‘“ (Familienstützpunkt, Stadt)

„Also, das glaube ich, da hat sich viel verändert! Also, wie gesagt, die Veränderungen müssen nicht unbedingt in den Familienstützpunkten stattfinden, sondern vielleicht wirklich in den Leuten, die damit zu tun haben, aber in anderen Stellen, politischen Gremien.“ (Familienstützpunkt, Stadt)

Die Ergebnisse der standardisierten Abschlussbefragung belegen ebenfalls, dass die Familienstützpunkte nach eigener Einschätzung vielfach auch von Fachkräften aus anderen Einrichtungen als Anlaufstelle zum Thema Familienbildung geschätzt wurden. Der entsprechenden Aussage stimmten rund zwei Drittel der Familienstützpunkte zu (vgl. Abb. 33). Damit zeigt sich insgesamt ein recht positives Ergebnis, wobei zahlreiche Fachkräfte hier offenbar noch Optimierungspotenzial sehen.

Abb. 33: Familienstützpunkte als Anlaufstelle für Fachkräfte (in %)

„Der Familienstützpunkt ist auch für Fachkräfte aus anderen Einrichtungen eine Anlaufstelle zum Thema Familienbildung.“



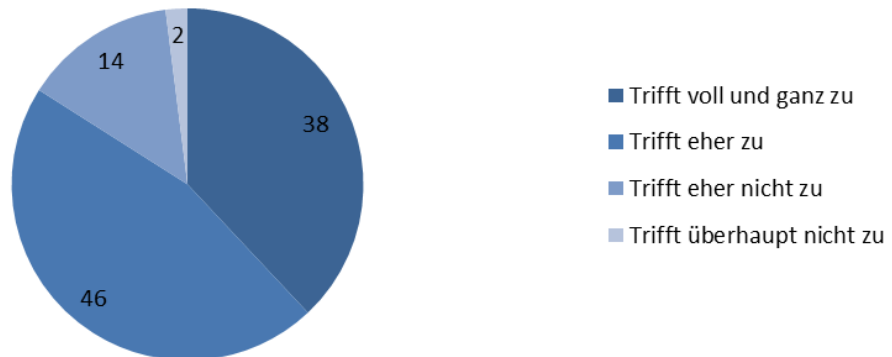
Quelle: Eigene Berechnungen; Befragung der Familienstützpunkte II; n = 53

8.2.2 Nutzung der familienbildenden Angebote

Zur Untersuchung der Frage, in welcher Weise ihr familienbildendes Angebot von den Eltern wahrgenommen und genutzt wird, wurden den Familienstützpunkten in der Abschlusserhebung mehrere Fragen vorgelegt. Zunächst ging es dabei um die Frage, inwieweit die Familienstützpunkte zu einer besseren Information der Eltern über familienbildende Angebote beitragen. 84 % aller Familienstützpunkte waren der Ansicht, dass durch die Arbeit der Familienstützpunkte Eltern und Familien besser über familienbildende Angebote vor Ort informiert sind (vgl. Abb. 34).

Abb. 34: Information der Eltern über familienbildende Angebote (in %)

„Durch die Arbeit des FSP sind Eltern und Familien besser über familienbildende Angebote in der Kommune informiert.“

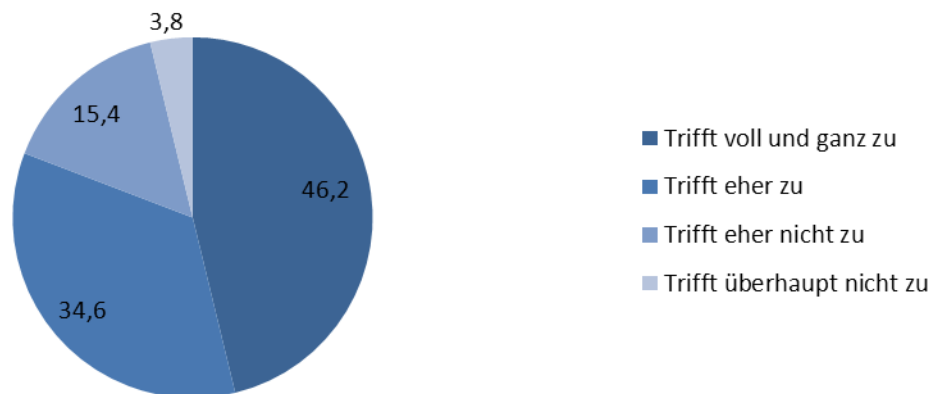


Quelle: Eigene Berechnungen; Befragung der Familienstützpunkte II; n = 50

Positiv eingeschätzt wurde auch der Zugang der Eltern und Familien zu Angeboten der Familienbildung: Abbildung 35 zeigt, dass rund 80 % der Fachkräfte an den Familienstützpunkten der Überzeugung waren, dass der Familienstützpunkt Hemmschwellen senkt und Eltern und Familien einen leichteren Zugang zum familienbildenden Angebot eröffnet.

Abb. 35: Senkung von Hemmschwellen und Erleichterung des Zugangs (in %)

„Der FSP senkt Hemmschwellen und schafft damit für viele Eltern- und Familien einen leichteren Zugang zur Familienbildung.“

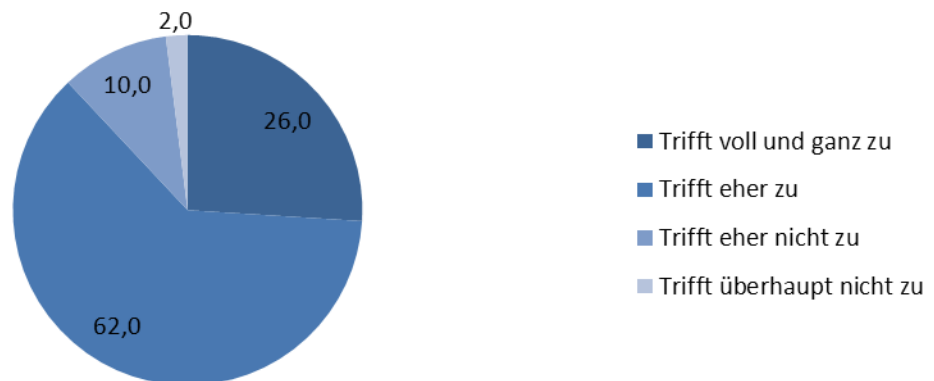


Quelle: Eigene Berechnungen; Befragung der Familienstützpunkte II; n = 52

Die familienbildenden Angebote der Familienstützpunkte selbst wurden nach Einschätzung der Fachkräfte gut besucht (vgl. Abb. 36). Allerdings lassen sich die Angaben der Familienstützpunkte dahingehend interpretieren, dass bei der Nutzung der Angebote durch die Eltern und Familien noch Entwicklungspotenzial besteht. Zwar bewerteten 88 % die Teilnehmerzahlen grundsätzlich positiv, aber nur in jedem vierten Familienstützpunkt war man von der entsprechenden Aussage voll und ganz überzeugt.

Abb. 36: Nutzung der familienbildenden Angebote der Familienstützpunkte (in %)

„Die familienbildenden Angebote des FSP werden von Eltern und Familien gut besucht.“



Quelle: Eigene Berechnungen; Befragung der Familienstützpunkte II; n = 50

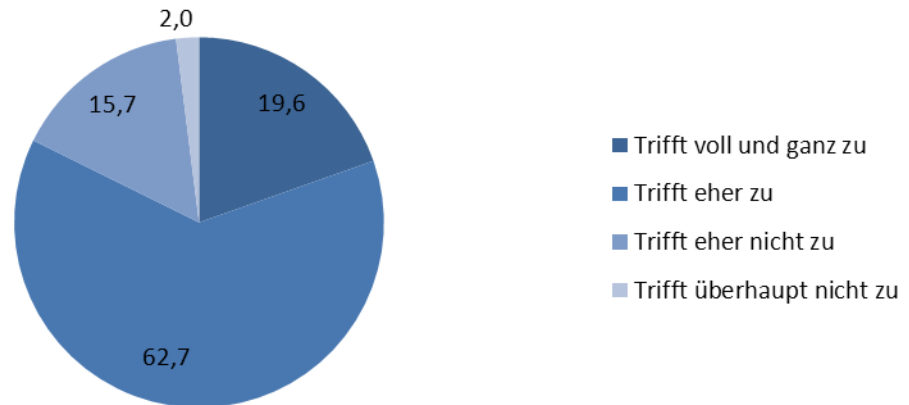
Positive Beurteilungen zur Nutzung der Veranstaltungen gab es auch von Seiten einiger Koordinierungsstellen für Familienbildung, wie folgende Aussage illustriert:

„[...] Man sagt ja immer, es wäre immer so schwierig in der Familienbildung, dann plant man Veranstaltungen und es kommt keiner, die Erfahrung haben wir überhaupt nicht gemacht – zum Glück! Ganz im Gegenteil: Wir haben relativ gute bis sehr gute Resonanz bei allen Veranstaltungen mit vielen Teilnehmern, viel Interesse, viele positive Rückmeldungen von den Eltern.“ (Abschlussinterview Koordinierungsstelle, Landkreis)

Entwicklungspotenzial bestand nach Auffassung der Familienstützpunkte allerdings noch bei der Zielgruppenerreichung. Die Bewertungen der Aussage, dass der Familienstützpunkt die anvisierten Zielgruppen erreiche, fielen zwar ebenso wie die Bewertung des Besuchs generell positiv aus, jedoch nicht uneingeschränkt (vgl. Abb. 37). Die Zustimmung insgesamt war mit 82,4 % hoch; differenziert nach dem Grad der Zustimmung zeigte sich jedoch, dass der Großteil der Familienstützpunkte – sowohl an etablierten Einrichtungen als auch an alltagsnahen Orten jeweils knapp zwei Drittel – der Meinung war, dass diese Aussage lediglich „eher“ zutrifft.

Abb. 37: Zielgruppenerreichung (in %)

„Der FSP erreicht die anvisierten Zielgruppen.“

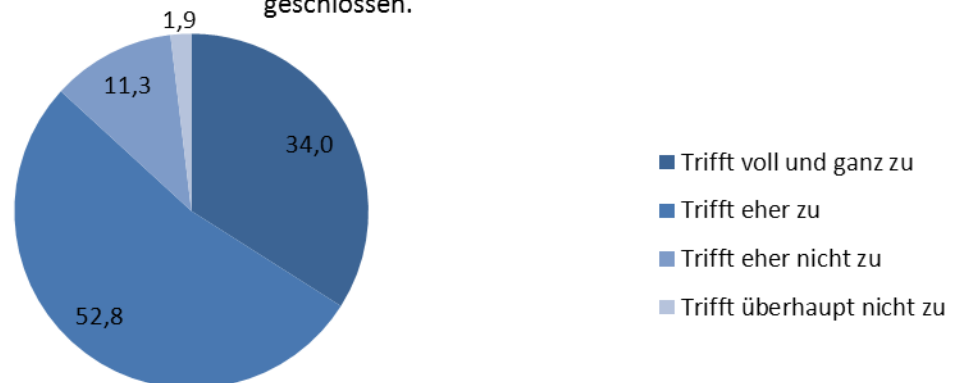


Quelle: Eigene Berechnungen; Befragung der Familienstützpunkte II; n = 51

Die Konzeption des Modellprojekts sah vor, dass die Familienstützpunkte im Sozialraum – vergleichbar zur Koordinierungsstelle auf gesamtkommunaler Ebene – Aufgaben der Koordination und Abstimmung der familienbildenden Angebote übernehmen. Diese Verantwortungen nahmen die allermeisten Familienstützpunkte sehr ernst (vgl. Kap. 5.5.2). Zudem fühlten sich die Fachkräfte durch das Projekt besser über Lücken im Angebot informiert (vgl. ebd.). Eine Schließung solcher Lücken durch eigene, neue Angebote des Familienstützpunkts war eine gewünschte Konsequenz. In Abbildung 38 ist zu sehen, dass über 80 % der Familienstützpunkte bei der Abschlusserhebung die Ansicht vertraten, dass durch den Familienstützpunkt Lücken in der Angebotsstruktur im Sozialraum geschlossen werden konnten. Familienstützpunkte an alltagsnahen Orten vertraten diese Ansicht besonders häufig. Allerdings zeigt die Verteilung der zustimmenden Antworten, dass nach Ansicht der Fachkräfte in diesem Bereich noch Entwicklungspotenzial besteht.

Abb. 38: Schließung von Angebotslücken im Sozialraum (in %)

„Durch den FSP werden Lücken in der Angebotsstruktur im Sozialraum geschlossen.“



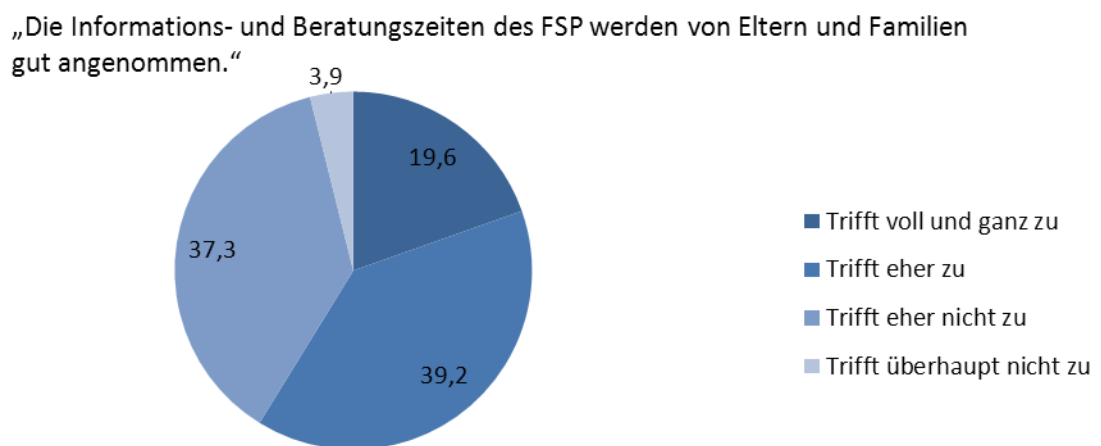
Quelle: Eigene Berechnungen; Befragung der Familienstützpunkte II; n = 53

8.2.3 Nutzung der allgemeinen Informations- und Beratungszeiten

Wie in Kapitel 5.5.1 beschrieben wurde, hat der Großteil der Familienstützpunkte sein Angebot zur allgemeinen Information und Beratung in Erziehungsfragen auf- bzw. ausgebaut. Erste Befunde zur Inanspruchnahme dieser Dienstleistung ergeben sich aus der Nutzerdokumentation, welche die Einrichtungen jeweils für ein Jahr nach der Eröffnung führten. Insgesamt wurden von den Familienstützpunkten über 11.000 Anfragen von Eltern und anderen Erziehungspersonen dokumentiert. Von diesen wurde über die Hälfte bei persönlichen Besuchen im Familienstützpunkt gestellt (57,1 %), ein weiteres Drittel (33,7 %) erfolgte telefonisch. Per E-Mail gelangte nur jede zehnte Anfrage an einen Familienstützpunkt (9,1 %). Offenbar bevorzugen Eltern den persönlichen Kontakt, während das Medium E-Mail bislang nur eine geringe Rolle spielt. Auch telefonische Anfragen, die zu Beginn etwas häufiger waren, gingen später zugunsten eines persönlichen Gespräches zurück. Abgesehen von einem Anstieg der Anfragen, der in den meisten Familienstützpunkten zu beobachten war, schlugen sich die äußerst heterogenen Rahmenbedingungen und Strukturen der einzelnen Familienstützpunkte auch in sehr unterschiedlichen Nutzerzahlen nieder.

Die Bewertung der Inanspruchnahme der Informations- und Beratungszeiten durch die Familienstützpunkte selbst fällt allerdings nicht einhellig positiv aus: Nur 59,2 % der befragten Familienstützpunkte gaben bei der standardisierten Abschlusserhebung an, dass die Informations- und Beratungszeiten gut angenommen würden (vgl. Abb. 39). 41,2 % der Fachkräfte sind hier weniger optimistisch.

Abb. 39: Nutzung der Informations- und Beratungszeiten (in %)



Quelle: Eigene Berechnungen; Befragung der Familienstützpunkte II; n = 51

Zudem zeigten sich beträchtliche Unterschiede zwischen Familienstützpunkten an etablierten Einrichtungen und solchen an alltagsnahen Orten: Während fast ein Viertel der Familienstützpunkte an etablierten Einrichtungen völlig davon überzeugt war, dass die Informations- und Beratungszeiten des Familienstützpunkts von Eltern und Familien gut angenommen würden, war dies nur bei jedem zehnten Familienstützpunkt an alltagsnahen Orten der Fall. Dagegen waren mit fast zwei Dritteln doppelt so viele Familienstützpunkte an alltagsnahen Orten wie in etablierten Einrichtungen der Ansicht, dass diese Aussage eher nicht zutrifft. Of-

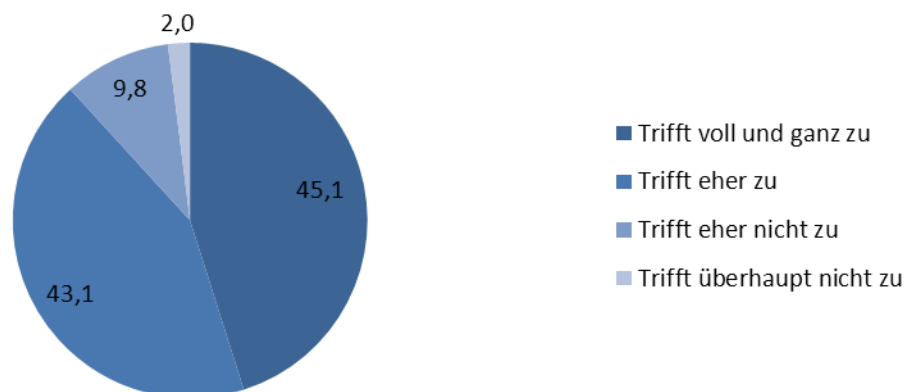
fenbar nehmen Eltern und Familien in Familienstützpunkten an etablierten Einrichtungen die Informations- und Beratungszeiten eher wahr als an neu gegründeten Familienstützpunkten. Da sich bei den Bekanntheitswerten der Familienstützpunkte keine Unterschiede zeigten (siehe oben), könnte vermutet werden, dass etablierten familienbildenden Einrichtungen aufgrund ihrer längeren Existenz größeres Vertrauen entgegengebracht wird. Dieses müssen sich neu eingerichtete Familienstützpunkte an alltagsnahen Orten möglicherweise erst erarbeiten.

Differenziert man weiter zwischen den zwei größten Gruppen von Familienstützpunkten an etablierten Einrichtungen, den Kinderbetreuungseinrichtungen und den Familienzentren sowie Familienbildungsstätten, zeigt sich, dass die Inanspruchnahme von Informations- und Beratungszeiten in Kinderbetreuungseinrichtungen etwas besser bewertet wurde. Fachkräfte an Familienstützpunkten an Kinderbetreuungseinrichtungen stimmten der Aussage „die Informations- und Beratungszeiten des Familienstützpunkts werden von Eltern und Familien gut angenommen“ zu 33,3 % voll und ganz zu. Bei Familienstützpunkten an Familienzentren und Familienbildungsstätten lag der Anteil derjenigen, die dieser Aussage voll und ganz zustimmen, nur bei 13,3 %. Eltern und Familien nahmen Informations- und Beratungszeiten in Kinderbetreuungseinrichtungen somit tendenziell eher in Anspruch. In diesem Zusammenhang bestätigt sich die oben erläuterte Mutmaßung, dass es vor allem die Kinderbetreuungseinrichtungen sind, denen Eltern – u. a. aufgrund des regelmäßigen Kontaktes im Rahmen der Bring- und Abholzeiten – großes Vertrauen entgegenbringen.

Die Abgrenzung der Aufgabenbereiche zu anderen Einrichtungen und Stellen erwies sich im Lauf des Modellprojekts als bedeutsame Fragestellung. Es wurde großer Wert darauf gelegt, dass die Familienstützpunkte die Grenzen ihres Aufgabenbereichs und ihrer Kompetenzen wahren und Eltern und Familien in entsprechenden Fällen an geeignete Stellen und Einrichtungen vermitteln. Dadurch schaffen sie zudem Zugänge zu weiteren familienbildenden Angeboten sowie weiterführenden Fachdiensten und Einrichtungen. Diese Vermittlung in das weitere Hilfe- und Unterstützungssystem wird nach der Einschätzung der Fachkräfte in den Familienstützpunkten von Eltern und Familien in hohem Maße geschätzt. 86,9 % von ihnen hielten die diesbezügliche Aussage für zutreffend (vgl. Abb. 40).

Abb. 40: Akzeptanz der Weitervermittlung (in %)

„Eltern und Familien schätzen die Weitervermittlung durch den FSP an geeignete andere Stellen und Einrichtungen.“



9 Zusammenfassung und Ausblick

Die Wirkungen des Modellprojekts Familienstützpunkte lassen sich kurz zusammengefasst folgendermaßen beschreiben:

Hinsichtlich der strukturellen Weiterentwicklung der Familienbildung auf kommunaler Ebene kann festgehalten werden, dass der Bereich Familienbildung durch die angestoßenen Planungs- und Vernetzungsprozesse in allen beteiligten Kommunen stark an Dynamik gewonnen hat. Durch den politischen Willen, das fachliche Engagement, und nicht zuletzt auch mit Hilfe eines entsprechenden finanziellen Einsatzes kann dieser Bereich auf kommunaler Ebene vorgebracht und weiterentwickelt werden. Nötig ist allerdings nicht selten ein langer Atem, denn konzeptionelle Veränderungen, Vernetzungsprozesse und die Etablierung neuer Arbeitsstrukturen brauchen Zeit. Die berichteten Erfahrungen deuten jedoch darauf hin, dass sich dieser Einsatz lohnt. Positiv verändert haben sich insbesondere das Bewusstsein in Verwaltung und Fachöffentlichkeit, aber auch die Sichtbarkeit der Familienbildung in der breiten Öffentlichkeit.

In Bezug auf die neu eingerichteten Familienstützpunkte belegen die Ergebnisse, dass trotz der vergleichsweise kurzen Projektlaufzeit deren Engagement bereits erste Erfolge zeigt. So sind die Familienstützpunkte bei den Familien bekannt, sie schaffen Zugänge zum weiteren familienbildenden Angebot in der kreisfreien Stadt bzw. im Landkreis, beispielsweise indem sie Eltern und Familien über das familienbildende Angebot informieren oder an relevante Stellen und Einrichtungen weitervermitteln. Zudem schaffen sie bei Bedarf Zugänge zum weiterführenden Hilfs- und Unterstützungssystem. Die familienbildenden Angebote der Familienstützpunkte schließen Lücken in der Angebotsstruktur des Sozialraums und werden von den Eltern und Familien zunehmend in Anspruch genommen. Neben Eltern und Familien schätzen auch Fachkräfte anderer Stellen und Einrichtungen die Familienstützpunkte als Möglichkeit der Information und des Austauschs.

Die Befunde weisen jedoch auch auf weiteres Entwicklungspotenzial der Familienstützpunkte hin. So überwogen in den meisten abgefragten Bereichen zwar eher positive Bewertungen, „Bestnoten“ wurden jedoch deutlich seltener vergeben. In zwei Bereichen fielen die Einschätzungen der Familienstützpunkt-Fachkräfte zudem deutlich reservierter aus, was teilweise sicherlich mit der vergleichsweise kurzen Zeitspanne zu erklären ist, auf welcher die Einschätzungen basierten: So wurde deutlich, dass ein Großteil der Familienstützpunkte für Eltern und Familien noch keine selbstverständliche Anlaufstelle für Erziehungsfragen darstellt. Zudem werden die Informations- und Beratungszeiten, ein Kernbereich der Familienstützpunkte, bislang noch nicht in ausreichendem Maß angenommen. Es ist jedoch zu erwarten, dass sich die Familienstützpunkte mit der Zeit weiter etablieren werden und ihr vielseitiges Angebot auf steigendes Interesse bei den Eltern und Familien vor Ort stoßen wird.

Das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration hat im Anschluss an das Modellprojekt ein bayernweites Förderprogramm zur strukturellen Weiterentwicklung kommunaler Familienbildung und von Familienstützpunkten verabschiedet. Ab 1. Juli 2013 können die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe in Bayern unter bestimmten Voraussetzungen auf Antrag Sach- und Personalkosten erhalten. Hierbei sind folgende Aufgaben zu erfüllen:

- Die Einrichtung einer Koordinierungsstelle für die Eltern- und Familienbildung und für die Familienstützpunkte (Koordinierungsstelle) beim örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe. Dabei gilt das Erfordernis, dass Fachkräfte eingesetzt werden, die mindestens 10 Stunden pro Woche (in Abhängigkeit von der Geburtenzahl s.u.) für das Projekt zur Verfügung stehen.
- Die Durchführung einer Bestandsaufnahme und einer Bedarfsanalyse, deren Abgleich und auf dieser Basis die Erstellung eines kommunalen Konzeptes für die Eltern- und Familienbildung. Verantwortlich für die Konzeptentwicklung und Umsetzung ist der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe. Das Konzept soll innerhalb von maximal zwei Jahren entwickelt werden, es ist regelmäßig fortzuschreiben, wobei der Turnus höchstens drei Jahre betragen soll.
- Die Umsetzung des erstellten Konzepts schließt die Einrichtung von örtlichen Familienstützpunkten sowie deren Betrieb und ihre nachhaltige Sicherung ein.

Somit können nun alle Träger der öffentlichen Jugendhilfe entsprechende Fördermittel beantragen, und zwar

- bis zu 40 EUR für jedes im Bemessungszeitraum (in aller Regel das Vorjahr) geborene Kind für maximal zwei Jahre, höchstens jedoch 100 Tsd. EUR,
- bis zu 30 EUR für jedes im Bemessungszeitraum geborene Kind (spätestens) ab dem dritten Jahr (höchstens 100 Tsd. EUR).

Die Anträge können auch auf Vorleistungen (wie z. B. eine bereits vorhandene Bestandserhebung) verweisen, die – sofern diese sachlich und zeitlich den Vorgaben entsprechen – eine Verkürzung der Projektlaufzeit erlauben. Dies setzt eine positive Prüfung seitens des StMAS voraus. Bei Anrechnung von Vorleistungen beträgt die Förderung bis zu 30 EUR für jedes im Bemessungszeitraum geborene Kind (wiederum höchstens 100 Tsd. EUR).

Die Kommunen müssen eine Kofinanzierung in Höhe von 50% der Fördermittel nachweisen; diese kann allerdings auch durch die Bereitstellung entsprechender Personalressourcen eingebracht werden. Verpflichtend ist weiterhin eine jährliche Berichterstattung.

Die fachliche Begleitung der Förderung übernehmen das **ifb** und das StMAS, wobei es sich im Wesentlichen um den regelmäßigen Austausch, um Workshops, die Bereitstellung der Erhebungsinstrumente sowie um punktuelle Beratung handelt. In diesem Kontext werden im jährlichen Wechsel jeweils ein Fachtag und eine Fortbildung für die Koordinierungsstellen und Fachkräfte der Familienstützpunkte angeboten. Der erste Fachtag fand am 3. Juli 2014 statt und stieß auf großes Interesse.

10 Literatur

- Jordan, Erwin/Schone, Reinhold (2010): Jugendhilfeplanung als Prozess – Zur Organisation von Planungsprozessen. In: Maykus, Stephan/Schone, Reinhold (Hrsg.): Handbuch Jugendhilfeplanung. Grundlagen, Anforderungen und Perspektiven. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 115-156.
- Rätz-Heinisch, Regina/Schröer, Wolfgang/Wolff, Mechthild (2009): Lehrbuch Kinder- und Jugendhilfe: Grundlagen, Handlungsfelder, Strukturen und Perspektiven. Juventa Verlag, Weinheim und Basel.
- Rupp, Marina/Mengel, Melanie/Smolka, Adelheid (2009): Leitfaden zur Familienbildung im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe in Bayern. ifb-Materialien 9-2009, Bamberg.
- Rupp, Marina/Mengel, Melanie/Smolka, Adelheid (2010): Handbuch zur Familienbildung im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe in Bayern. ifb-Materialien 7-2010, Bamberg.
- Schnurr, Johannes/Jordan, Erwin/Schone, Reinhold (2010): Gegenstand, Ziele und Handlungsmaximen von Jugendhilfeplanung. In: Maykus, Stephan/Schone, Reinhold (Hrsg.): Handbuch Jugendhilfeplanung. Grundlagen, Anforderungen und Perspektiven. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 91-113.
- Smolka, Adelheid/Friedrich, Lena/Wünn, Sarah/Engelhardt, Dorothee (2013): Strukturelle Weiterentwicklung kommunaler Eltern- und Familienbildung. Erfahrungen aus dem Modellprojekt „Familienstützpunkte“ und weiterführende Handlungsempfehlungen des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen. ifb-Materialien 4-2013, Bamberg.
- Wünn, Sarah (2012): Interinstitutionelle Vernetzung in der Familienbildung. Eine qualitative Untersuchung zum Aufbau interinstitutioneller Familienbildungsnetzwerke im Rahmen des Modellprojekts „Familienstützpunkte in Bayern – Familienbildung geht in die Praxis“. Coburg: Unveröffentlichtes Manuskript.